

Technische Universität Dortmund

Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie

**„Wir Gerechtigkeitsmacher – zur lebensweltanalytischen
Ethnographie eines politischen Sinnangebots“**

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktor der
Philosophie (Dr. phil.)

vorgelegt von David Emling

geboren am 15.05.1987

vorgeschlagener Erstgutachter: Prof. Dr. Ronald Hitzler

vorgeschlagener Zweitgutachter: Prof. Dr. Peter Mohler

07. März 2017

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
1 Einleitung	3
1.1 Gerechtigkeit als Zustand (in) der Welt: Philosophische Erörterungen	8
1.2 Politik als Beruf: politikwissenschaftliche Erörterungen	12
1.3 Soziologische Erörterungen	22
1.3.1 Goffmans „dramatologischer Ansatz“ als situative Problemlösungsstrategie	23
1.3.2 Das „Unbehagen in der Modernität“: Moderne Gesellschaft als komplexe Gesellschaft	28
1.3.3 Zusammenfassung: Der soziologische Rahmen	32
1.4 Ethnographie als methodenpluraler Ansatz	38
1.5 Theoretische Ausrichtung	44
1.5.1 Alfred Schütz‘ Protozoziologie als theoretische Grundlage	46
1.5.2 „Neuere Wissenssoziologie“ als Weiterentwicklung: „Die Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“	53
1.6 Anmerkungen zum methodischen Vorgehen	58
1.6.1 Politisches Handeln aus der Innenperspektive	58
1.6.2 Datenerhebung und Datenverarbeitung	62
1.6.3 Methodologische Anmerkungen	68
2 Empirie	79
2.1 Gerechtigkeitskonstruktion im Alltag eines Politikerbüros	82
2.1.1 Das MdB-Büro	83
2.1.1.1 Wahlkreis – Berlin: eine komplexe Beziehung	83
2.1.1.2 Die Sitzungswoche in Berlin	85
2.1.1.3 Die Wahlkreiswoche	97
2.1.1.3.1 Termintypen	101
2.1.1.3.2 (Re-)Präsen(tan)z	104
2.1.1.3.3 Terminvorbereitungen	108
2.1.1.3.4 Zusammenfassung: Die Arbeit im MdB-Büro als zyklisches Facettenmodell	122

2.1.2 Die Position des Beigeordneten	144
2.2 Gerechtigkeit als Element subjektiver Sinnkonstitution im Rahmen politischen Handelns.....	154
2.2.1 Sinnkonstitution nach Alfred Schütz	156
2.2.2 Gerechtigkeit und Objektivierung: von den ‚Krisen des Selbst‘ zum Handlungsentwurf	159
2.2.3 Gerechtigkeit und Objektivierung: vom Sinnangebot zur Handlung	168
2.2.4 Zusammenfassung: Die Rolle fundamentaler Sinnangebote in der modernen Gesellschaft	172
3 Schluss	179
Literatur.....	182
Erklärungen.....	192

Vorwort

Eine der wohl größten Aufgaben, die ein Soziologe in seinem Alltag lernen muss anzunehmen, ist das Eingeständnis, von jenen Einflüssen, Problemen und Fragestellungen moderner Gesellschaft, die man wissenschaftlich reflektiert, ebenso geprägt zu sein wie der sogenannte ‚Mann auf der Straße‘, dem Alfred Schütz seine Protozoziologie widmete. Freilich würden einige dies mit Verweis auf die Profession des werturteilsfreien Beobachters und Soziologen zurückweisen. Dennoch, davon bin ich überzeugt, ist jeder Soziologe immer auch als Mensch mit allerlei langwierigen und komplizierten Fragen konfrontiert, die sich vermutlich sehr viele stellen. Jeder Soziologe also ist in seinem Alltag zumindest *auch* von Grundsatzfragen geschüttelt, die unter Umständen bis zu der beinahe philosophisch anmutenden, oftmals mit einem resignierenden Kopfschütteln verbundenen Frage ‚Wie sollen wir leben?‘ reichen. Vielleicht ist es so zu erklären, dass ich parallel zu meiner Ausbildung als Soziologe mehr und mehr Interesse an den Tätigkeiten der SPD entwickelt habe, insbesondere an dem Wertekanon dieser (noch) Volkspartei, die schon immer besonderen Wert auf eine klare programmatische Ausrichtung gelegt hat. Für einen jungen Mann wie mich, der, aus einer nahezu ‚klassischen‘ Arbeiterfamilie kommend, sein Studium finanzieren musste und politisches Interesse entwickelte, war dies entsprechend anziehend. So kam es sehr schnell, dass ich – unterstützt durch ein Kommunalwahlergebnis, das mich sogleich in den Gemeinderat meines Heimatdorfes schickte und anschließend allerlei mehr Entwicklungen – als Teil der SPD (kommunal-)politisch aktiv wurde. Parallel schritt meine soziologische Ausbildung fort, und letzten Endes entschloss ich mich, keinen der beiden Aspekte, welche mein Leben über Jahre geprägt hatten, aufzugeben und stattdessen miteinander zu kombinieren. Ergebnis davon ist diese Dissertation.

In gewisser Weise ‚danken‘ möchte ich zunächst einem Menschen, den ich persönlich gar nicht kenne – dem SPD-Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2017, Martin Schulz. Die thematische Schwerpunktsetzung von Martin Schulz zu Beginn des Jahres 2017 zu ‚mehr Gerechtigkeit‘ bestätigte mir in besonderer Weise den inhaltlichen

Weg, den ich in dieser Arbeit gegangen bin. In gewisser Weise vollzog Martin Schulz damit das, was ich auf den folgenden Seiten empirisch beschreibe und gab mir damit vor allem zum Ende meiner Dissertation das Gefühl, hier tatsächlich etwas entdeckt zu haben – für einen Wissenschaftler und Soziologen eine besondere Erfüllung. ‚Tatsächlich‘ danken möchte ich darüber hinaus zunächst meinen zahlreichen Interviewpartnern für tolle Gespräche, die diese Dissertation in ihrer Form erst möglich gemacht haben. Zudem danke ich meiner Familie, vor allem meinen Eltern und meinem Bruder, für tägliche Unterstützung und Tipps in so vielen Bereichen, die auch teils gar nichts mit dieser Arbeit zu tun haben – und vielleicht gerade dadurch ihr Gelingen ermöglichten. Meinem Freund Tilo Grenz gilt ein besonderer Dank für zahlreiche Sitzungen, Diskussionen und Ideen via E-Mail, die alle ihren Weg zu mir und in diese Arbeit gefunden haben. Meinem Betreuer Ronald Hitzler gebührt Dank für die jahrelange Zusammenarbeit und die zahlreichen Abende kurz vor Weihnachten, die stets lehrreich und in jeglicher Hinsicht wichtig waren. Meinem Betreuer Peter Mohler kann mit ein paar Worten gar nicht gesagt werden, was seine Unterstützung, Erdung zur richtigen Zeit und tiefe Freundschaft für mich bedeuten. Bei Wein, Pasta und fantastischen Gesprächen war es möglich, das zu tun, was ich wollte – und wie ich es wollte. Dafür werde ich immer dankbar sein.

Und schließlich: Ruth. Natürlich und immer mein Dank und so vieles mehr an meine Frau Ruth.

1 Einleitung

Nach dem eben angesprochenen Wertekanon der SPD muss man jedoch – das sollte jedem politisch Interessierten klar sein – zuerst einmal suchen. Der Alltag eines Parteimitglieds sieht vor allem so aus, dass über die Festlegung des Mitgliedsbeitrags, dem Vorstellig-Werden in seinem Ortsverein (in der Regel in der Gemeinde oder Stadt, in der man wohnt) sowie ersten Erfahrungen bei Vorstandssitzungen oder Mitgliederversammlungen Bekanntschaften gemacht werden. Erst mit zunehmendem Engagement – sofern man dieses möchte oder an solche Parteigranden gerät, die einen überzeugen können, dass man dies möchte – lernt man mehr über die Hintergrundarbeit der Partei sowie nach gewisser Zeit auch etwas über die inhaltlichen Grundlagen kennen, auf welchen diese Arbeit getan wird. Als programmatisch ausgerichtete Partei äußerte sich der normative Kern der SPD dabei mir gegenüber sehr oft – wenn auch keineswegs ausschließlich, schon gar nicht im Alltag kommunalpolitischer Fragestellungen – in einigen wenigen Begriffen, die bereits in den Gründungszeiten der SPD aufkamen und noch heute die selben geblieben sind: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Es wäre nun ohne Zweifel eine weit mehr als einer Dissertation genügende Arbeit, jeden einzelnen dieser Begriffe genauer zu untersuchen – philosophisch, historisch, (wissens-)soziologisch. Das soll bereits an dieser Stelle Anlass zu einer Einschränkung geben: *Jeder* der genannten Begriffe (und vermutlich noch viele weitere mehr) kann im Alltag von ehrenamtlich Tätigen wie Berufspolitikern unter Umständen die gleiche oder zumindest eine ähnlich wichtige Funktion haben wie der von mir gewählte Begriff „Gerechtigkeit“ – nämlich in bestimmten Situationen auf politische Akteure handlungsanleitend zu wirken, was im empirischen Teil dieser Arbeit in mehreren Ausprägungen genauer beschrieben wird. Selbstverständlich wäre es denkbar, dass es für einen FDP-Politiker eben der Begriff „Freiheit“ ist, der in besonderen Situationen handlungsanleitend ist, weniger jener der Gerechtigkeit. Wichtig ist lediglich, dass es diese großen Sinnangebote sind, die im politischen Alltag wie unter Umständen auch in Krisensituationen, die ich jeweils im Verlauf dieser Dissertation empirisch beschreiben will, von zentraler Bedeutung sind – entgegen einer zunehmend allgemein gewordenen

Grundskepsis gegenüber der Politik selbst. Auffällig ist und bleibt in jedem Fall, dass Gerechtigkeit in der SPD eine besondere Bedeutung hat. So ist auf Wahlplakaten ebenso von Gerechtigkeit die Rede wie in Ansprachen von Politikern sowie in Gesetzestexten. Gerechtigkeit wird eingefordert, in konkrete politische Projekte gegossen, sodann als teilweise wiederhergestellt betrachtet. Es scheint nach wie vor ein großes Bedürfnis zu sein, Gerechtigkeit als Politiker aktiv herstellen zu wollen – zumindest ein wenig mehr, als es bisher der Fall war. Gerechtigkeit wird im Alltag politisch Engagierter und Verantwortlicher in erster Linie verstanden als irgendwie herzustellender Gesellschaftszustand, eine unter Umständen sehr lange, kräftezehrende und wahrscheinlich beinahe Lebensaufgabe.

Diese Thematik erhielt in den letzten Jahren vor allem durch die Banken- und Finanzkrise aus dem Jahre 2008 zusätzliche Konjunktur, die vor allem durch Rettungsaktionen für große Banken gekennzeichnet war. In Deutschland war zu beobachten, dass vor allem diejenigen Parteien, die sich beim Thema Gerechtigkeit besonders zum Handeln aufgerufen fühlen, diese und ähnliche Begrifflichkeiten entsprechend häufig im Mund führten und im Rahmen des aufziehenden Bundestagswahlkampfes 2013 durch Thesenpapiere, Flugblätter und natürlich über das Internet transportierte Kurznachrichten ‚Gerechtigkeit‘ vermehrt einsetzten. Ein Rundbrief der Jusos vom 24. Januar 2013 gibt dazu ein Beispiel: „Wir wollen aufzeigen, dass unsere Grundwerte heute noch genauso aktuell wie vor 150 Jahren sind. [...] Das werden wir auch im Wahlkampf zeigen. Wer sich mit den gesellschaftlichen Zuständen abfindet, findet sich mit Stillstand ab. Wir sind der Verband der politischen Alternativen und des Fortschritts! Wir sind dabei, wenn es darum geht, ein sozial gerechtes Wahlprogramm für die SPD zu entwerfen. Dafür ziehen wir 2013 in den Wahlkampf. Unser Ziel ist klar: Wir kämpfen 2013 für einen Politikwechsel. Der geht nur mit rot-grün. Deshalb werben wir für eine möglichst starke SPD. Dazu brauchen wir deine Hilfe! Es ist wieder Zeit für mehr Gerechtigkeit.“¹ In diesem Aufruf an die SPD-Mitglieder macht insbesondere der letzte Satz, der einem Appell an *alle* nahe kommt, die in Deutschland

¹ <http://www.jusos.de/node/94298>, Zugriff 04.10.2015. Die beiden letzten Sätze stammen von einem dem hinzugefügten und per e-mail verschickten Rundbrief an alle SPD-Mitglieder.

die politische Landschaft verändern wollen, deutlich, wofür Gerechtigkeit in diesem Fall zu stehen scheint. Die politische Stimmung und die Bürger im Land, das schien die Sozialdemokratie im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2013 vermitteln zu wollen, seien wieder stark an Gerechtigkeit interessiert, daher sollte mit der SPD diejenige Partei gewählt werden, die dieselbe am besten vertritt und zumindest in höherem Maße als andere Parteien (wieder-)herstellen kann. Gerechtigkeit fungiert hier als mehr oder wenig konkreter Gesellschaftszustand, der mit der Verbesserung oder gar Lösung zentraler politischer Probleme der Realisierung einer guten Gesellschaft näher kommen kann.

Diese Charakterisierung findet sich auch in Debatten und öffentlich verhandelten Themen wieder, die sich an Gerechtigkeit anschließen. Immer wieder ist von ‚Bindestrich-Gerechtigkeiten‘ die Rede, also einzelne Bereiche politischer Diskussion, die zumindest einen Teil des öffentlichen Lebens verbessern sollen und dem Gesamtbegriff „Gerechtigkeit“ in gewisser Weise hinzugefügt werden. Am Beispiel der Kultur schreibt der SPD-Politiker Wolfgang Thierse: „Auch angesichts leerer Kassen muss sich Kulturpolitik dem Kampf um Verteilungsgerechtigkeit in der Kultur stellen. Das Diktum „Kultur für alle!“ ist für unsere Zeit neu zu übersetzen. Dazu verpflichtet das sozialdemokratische Verständnis von Gerechtigkeit. Im geltenden Grundsatzprogramm wird Gerechtigkeit definiert als ‚gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern.‘ Wer heute von Gerechtigkeit redet, darf also von der Teilhabe an Bildung und Kultur nicht schweigen. Kulturelle Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger ist Bedingung einer freien und gerechten Gesellschaft, der es um Chancengleichheit geht. Weil die soziale Spaltung der Gesellschaft eine zutiefst kulturelle Dimension besitzt, muss Gerechtigkeitspolitik Kulturpolitik einschließen.“ (Thierse 2012: 49) Auch hier trifft die bisherige Charakterisierung des von Parteien und politischen Akteuren offenbar vertretenen Gerechtigkeitsverständnisses zu: Erstens bezieht sich Thierse mit dem von ihm angesprochenen sozialdemokratischen Verständnis von Gerechtigkeit auf einen abstrakten Begriff von Gerechtigkeit selbst und charakterisiert eine verteilungsfreudige Kulturpolitik als Teil davon. Abstrakt scheint Gerechtigkeit also aus verschiedenen

einzelnen ‚Bindestrich-Gerechtigkeiten‘ zu bestehen, woraus sich zweitens ergibt, dass es zur Etablierung oder Herstellung jener notwendig ist, politische Ziele wie mehr Bildung und Kultur, eine veränderte Finanzierung oder Umverteilung von Steuern umzusetzen, sodass man sich dem Ideal von Gerechtigkeit zumindest annähert. Ein beliebtes Mittel ist dabei die konkrete Umverteilung von Ressourcen beziehungsweise die Neuverteilung materieller Lasten vor allem in der Steuerpolitik. So ist in der Reihe „Argumente“ der SPD-Bundestagsfraktion vom 18. Januar 2013 unter dem Titel *UmSteuern ist gerecht. Denn Steuerbetrug schadet allen!* folgendes zu lesen: „Mit ihren Steuern sorgen die meisten Menschen dafür, dass unsere Gesellschaft funktioniert und lebenswert ist. Einige wenige wollen ihren Beitrag aber nicht leisten – obwohl auch sie profitieren. Der Schaden für die Gemeinschaft ist enorm. Seriöse Schätzungen gehen von 150 Milliarden Euro aus – jährlich! Geld, das fehlt: für Schulen und Kindergärten, Straßen, Theater, Krankenhäuser, soziale Sicherungssysteme und vieles mehr. [...] Die SPD will das ändern. Und die „Braunschweiger Erklärung“ für mehr Steuergerechtigkeit zeigt, [dass] das geht.“²

Auch hier zeigt sich eine weitere ‚Bindestrich-Gerechtigkeit‘, in diesem Fall jene der „Steuer-Gerechtigkeit“, die die SPD in ihrer *Braunschweiger Erklärung* konkretisiert. Dort heißt es wörtlich: „Eine gerechte und faire Finanzierung des Gemeinwesens ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gleiche Teilhabechancen und einen handlungsfähigen Staat. Steuergerechtigkeit heißt, dass die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit erfolgt und dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Steuerehrlichkeit stellt sicher, dass dieses Prinzip für alle gilt.“³ Hier wird der Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit als abstrakter Norm sowie der konkreten ‚Bindestrich-Gerechtigkeit‘ der fairen und gerechten Steuerverteilung nochmals deutlich: Eine gerechte Finanzierung des Gemeinwesens und des Staates wird deklariert als Voraussetzung von sozialer Gerechtigkeit schlechthin, was nichts anderes bedeutet als dass Gerechtigkeit überhaupt oder, philosophisch ausgedrückt, Gerechtigkeit *an sich*

² http://www.spd.de/scalableImageBlob/86090/data/20130118_fb_umsteuern-data.pdf. Zugriff 04.10.2015.

³ http://www.spd.de/linkableblob/85626/data/20130114_braunschweiger_erklaerung.pdf. Zugriff 04.10.2015

nur umzusetzen ist, wenn in den einzelnen Politikfeldern die jeweilige Gerechtigkeitsauffassung entsprechend umgesetzt wird. Gerechtigkeit, so lässt sich festhalten, wird in politischen Zusammenhängen also erstens als abstrakte Norm verstanden, die sich dann zweitens in einem gesellschaftlichen Idealzustand ausdrückt oder niederschlägt und sich schließlich drittens *a/s* Ideal mithilfe konkreter ‚Bindestrich-Gerechtigkeiten‘ beschreiben sowie durch deren politische Umsetzung herstellen lässt.

1.1 Gerechtigkeit als Zustand (in) der Welt: Philosophische Erörterungen

Diese Beschreibungsebenen von Gerechtigkeit können sich exemplarisch auch an drei Werken dokumentieren lassen, die mit Titel und Inhalt zusammenfassen, was Philosophen und Intellektuelle über Gerechtigkeit sagen. Nämlich: Sie wollen einerseits wissen, was Gerechtigkeit tatsächlich *ist*, andererseits aber eben auch, wie eine ideale, weil gerechte Gesellschaft beschaffen ist und in welchen institutionellen Kontexten Gerechtigkeit letztlich greifbar wird. Für eine erste gleichsam ontologische, sprich dem Wesen von Gerechtigkeit nachgehende Analyse richtet der Rechtsphilosoph Hans Kelsen schon in den ersten beiden Sätzen seiner Schrift *Was ist Gerechtigkeit* den Fokus: „Gerechtigkeit ist in erster Linie eine mögliche aber nicht notwendige Eigenschaft einer gesellschaftlichen Ordnung. Nur in zweiter Linie eine Tugend des Menschen. Denn ein Mensch ist gerecht, wenn sein Verhalten einer Ordnung entspricht, die als gerecht gilt. Was bedeutet es aber, daß eine Ordnung gerecht ist? Daß diese Ordnung das Verhalten der Menschen in einer Weise regelt, die all befriedigt, so daß alle ihr Glück unter ihr finden.“ (Kelsen [1953] 2000: 11) Kelsen macht deutlich, dass er in seiner Eigenschaft als Philosoph in erster Linie nach strukturellen Elementen von Gerechtigkeit sucht, sprich nach einer abstrakten Ordnung Ausschau hält, die unabhängig von konkreten Menschen sowie deren ebenso konkreten Einstellungen und Vorlieben vorhanden und zu verstehen ist. Damit wird der Anspruch der Philosophie an sich selbst eingelöst, indem die ontologische Bestimmung von Gerechtigkeit gleichsam ‚an sich‘ in den Fokus der Überlegungen gerät. Vereinfacht gesagt: Kelsen liegt ganz in der bisherigen Bestimmung der selbstgegebenen Aufgabe der Philosophie als derjenigen Wissenschaft, die ausmachen soll und will, was Gerechtigkeit tatsächlich *ist*. Kelsen folgt demnach auch einem verhältnismäßig ‚klassischen‘ Aufbau einer philosophischen Überlegung, indem die verschiedenen, bereits existierenden und in der Geschichte der Philosophie besonders gewichtigen Annäherungen an Gerechtigkeit besprochen sowie ihre Kernprobleme deutlich gemacht werden. Das ist deshalb interessant, weil Kelsen einerseits selbst – nochmals sei auf den eben zitierten Beginn des Buches verwiesen –

diese strukturellen Gerechtigkeitsmomente sucht, andererseits jedoch bei den verschiedenen theoretischen Annäherungen anderer Autoren, sei dies die Goldene Regel, der Kategorische Imperativ Kants oder Naturrechtsüberlegungen, immer nur deren Leere beziehungsweise Mangel an Übertragbarkeit auf konkrete Fälle kritisiert. Daraus folgert er letztlich, dass es einerseits keine absolute Gerechtigkeit geben kann, andererseits dennoch sehr wohl dafür zu plädieren ist, strukturelle Elemente für eine „relative Gerechtigkeit“ (vgl. a.a.O.: 52) zu suchen, die ebenfalls sehr umfassend sein kann. Diese findet Kelsen, so meint er, letzten Endes in einer demokratischen Staatsordnung, die mit dem Gedanken gegenseitiger Toleranz angereichert ist, was ihn dann wiederum dazu führt, Gerechtigkeit sehr wohl – wenn auch nur relativ – (ontologisch) bestimmt zu haben als „jene Gerechtigkeit, unter deren Schutz Wissenschaft, und mit Wissenschaft Wahrheit und Aufrichtigkeit gedeihen können. Es ist die Gerechtigkeit der Freiheit, die Gerechtigkeit des Friedens, die Gerechtigkeit der Demokratie, die Gerechtigkeit der Toleranz.“ (ebd.)

Norbert Hoerster versucht der Frage nachzugehen, wie sich Gerechtigkeit konkreter beschreiben lässt. Sein Vorgehen kann gewissermaßen als Fortsetzung der Gedanken Kelsens verstanden werden, indem er versucht, neben dem ontologischen Gehalt von Gerechtigkeit auch nach der gerechten Ausgestaltung der Gesellschaft selbst zu fragen. Es geht Hoerster damit neben der Besprechung der einzelnen abstrakten und theoretischen ‚Versatzstücke‘ von Gerechtigkeit insbesondere gegen Ende seines Buches auch darum, wie – so der Titel des letzten Kapitels – ein „gerechter Staat“ aufzubauen ist: „In diesem Buch geht es also um die Frage: Was sind gerechte Normen für das staatlich zu regelnde menschliche Zusammenleben?“ (Hoerster 2013: 14) Insofern hebt Hoerster die Frage nach der Bedeutung von Gerechtigkeit in einen anderen Zusammenhang, der nach konkreten, staatlich zu regelnden Gerechtigkeitsnormen fragt, die dementsprechend *nach* der ‚zu Beginn‘ vorzunehmenden ontologischen Bestimmung von Gerechtigkeit auf Gesellschaft übertragen und zu ihrer Ausgestaltung verwendet werden sollen. Insofern muss Hoerster zwei Fragen klären: Erstens, was die auf Gerechtigkeit abhebenden Aufgaben des Staates sind sowie zweitens an einem übergeordneten Beispiel illustrieren, wie diese

ausgestaltet werden sollen. Genau das tut er, wobei er als Beispiel die gerechte Verteilung der Einkommenssteuer herausgreift und als letztes fragt: „Wie also sieht eine gerechte Verteilung der Einkommenssteuer aus? Anders gefragt: In welchem Ausmaß haben sich die Bürger mit unterschiedlichem Einkommen gerechterweise an der Finanzierung des Staates zu beteiligen?“ (a.a.O.: 123) Die genauere Lösung Hoersters muss hier gar nicht weiter interessieren; wichtig ist vielmehr nachzuvollziehen, dass er hier im Vergleich zu Kelsens sehr grundlegender Annäherung an Gerechtigkeit die *konkrete* Ausgestaltung einer gerechten Gesellschaft näher zu beschreiben versucht – und damit in der allgemeinen Annäherung an Gerechtigkeit nach der ontologischen Klärung, was Gerechtigkeit ist, auch beschreiben will, wie Gerechtigkeit durch einigermaßen konkrete politische Programme die Gesellschaft gerechterweise formen soll.⁴

Ein ähnliches Vorgehen findet sich in Martin Kaluzas Werk *Der Kitt der Gemeinschaft* aus dem Jahr 2008, bei dem er das Ziel seiner Überlegungen in der Einleitung folgendermaßen beschreibt: „Mein Ziel ist es, ein Bild von Gerechtigkeit zu zeichnen, in dem deutlich wird, wie Auseinandersetzungen um Gerechtigkeit funktionieren, wie sie entschieden werden und auf welche Weise das Durchlaufen solcher Debatten dazu beiträgt, den Zusammenhalt einer Gemeinschaft zu stärken.“ (Kaluzas 2008: 10) Wichtig ist Kaluzas damit die Frage, welche Institutionen des öffentlichen Lebens genauer zur Manifestierung von Gerechtigkeit beitragen. Nach welchen Regeln sowie in welchen institutionellen Kontexten wird Gerechtigkeit aktiv hergestellt und institutionell erhalten? In diesem Zusammenhang geht Kaluzas in gewisser Weise nochmals einen Schritt weiter

⁴ Hoerster fügt sich mit diesem Interesse nahtlos in die zeitgenössische Debatte zwischen sogenannten „Egalitaristen“ und „Non-Egalitaristen“ ein. In dieser breiten Debatte, die im Kern das Verhältnis zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit zu klären sucht, zeigt sich exemplarisch, auf welcher Ebene die Diskussion stattfindet. Es geht nämlich stets um die Frage, was Gerechtigkeit meint beziehungsweise ist und mit welchen konkreten politischen Maßnahmen von Umverteilung, Ausweitung demokratischer Teilhabemöglichkeiten und vielem mehr sie herzustellen sei. Einschlägige Beispiele – wenn auch in keiner Weise vollständig – bieten dabei die Werke von Elizabeth Anderson (vgl. Anderson 2000), Richard J. Arneson (vgl. Arneson 2000), Gerald A. Cohen (vgl. Cohen 1990), Ronald Dworkin (vgl. Dworkin 2012) sowie im deutschsprachigen Raum Stefan Gosepath (vgl. Gosepath 2004) oder Axel Honneth (vgl. Honneth 2003).

als Kelsen und Hoerster: Nach der ontologistischen Erörterung, was Gerechtigkeit ist sowie der daraus entstandenen weiterführenden Frage, was eine gerechte Gesellschaft ausmacht, werden nun konkrete, im Alltag tatsächlich existierende institutionelle Kontexte vorgestellt, die diese prozedurale Herstellung von Gerechtigkeit aktiv vorantreiben.⁵ Neben der auch bei Hoerster anklingenden Diskussion um den deutschen Sozialstaat greift Kaluza auch ein globales Thema heraus. Konkret geht es ihm um die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen, deren Verfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag auf globaler Ebene eine solche institutionelle Manifestation von Gerechtigkeit darstellt, die jedoch aufgrund sehr weniger Urteile in der Kritik steht. An dieser Stelle wird nochmals Kaluzas Interesse deutlich: Wenn Gerechtigkeit vor allem in der institutionell festgelegten Prozedur zur Herstellung politischer Lösungen zu finden ist, dann kann die Kritik an den Den Haager Höfen nicht darin bestehen, dass sie wenige Menschenrechtsverletzungen ahnden und deren Verursacher gefangen nehmen. Vielmehr ist es das institutionelle Festzurren in diesen Einrichtungen selbst, was Gerechtigkeit herstellt. Nochmals Kaluza anhand dieses Beispiels: „Gerechtigkeit hat nicht nur eine Funktion, die wir für wünschenswert halten (nämlich die integrative Funktion), sondern sie besitzt darüber hinaus eine moralische Begründung, die in dem gemeinschaftlichen Willen verankert ist, in welcher Art von Gemeinschaft wir leben wollen. Die Einrichtung internationaler Strafgerichtshöfe ist ein gutes Beispiel dafür: Wir wollen in einer Welt leben, in der schwerste Verbrechen nicht ungestraft bleiben. Selbst wenn sich darüber streiten lässt, ob die Gerichtshöfe vorbeugende Wirkung haben [...], wäre allein diese moralische Forderung ein handfester Grund für ihre Existenz. Es wäre schlicht ungerecht, wenn man nicht versuchen würde, die Täter ausfindig zu machen und einer gerechten Strafe zuzuführen.“ (a.a.O.: 162) Das heißt: Es geht weniger um die

⁵ Das wiederum soll nicht bedeuten, dass all diese Autoren die Grundidee von Gerechtigkeit als gleichsam ontologisch fester und fertiger Substanz teilen; Kaluza kritisiert diese Auffassung sehr explizit, so in Kapitel vier mit der deutlichen Überschrift „ein ontologisches Missverständnis“. Es geht hier auch nicht darum, alle Autoren, umgangssprachlich gesagt, ‚über einen Kamm zu scheren‘, sondern vielmehr darum, dass trotz grundsätzlicher Unterschiede alle Autoren die Auffassung teilen, Gerechtigkeit sei etwas, das man *herstellen* könne – sei es durch konkrete politische Handlungen oder abstraktere institutionelle Regelungen, dies aber stets tun, ohne diejenigen einzubeziehen, die dies tatsächlich tun – Politiker.

Frage, wie viele Menschenrechtsverletzungen faktisch geahndet und schließlich verurteilt werden, allein die Existenz eines solchen Gerichtshofs ist eine institutionelle Gerechtigkeit, die laut Kaluza die Existenz von Gerechtigkeit garantiert.

1.2 Politik als Beruf: politikwissenschaftliche Erörterungen

Die Bandbreite der nun genannten Autoren sowie ihre unterschiedlichen Interessen und Vorgehensweisen zeigen, dass Gerechtigkeit in der einschlägigen Literatur vor allem als (Handlungs-)Prinzip zur Herstellung eines konkreten Gesellschaftszustandes verstanden wird. Mag beispielsweise Kaluza auch ein Interesse an den Manifestationen von Gerechtigkeit und ihrem institutionellen Setting haben – und damit in gewisser Weise die von Soziologen oft gestellte Frage danach, was Menschen unter Gerechtigkeit *verstehen*⁶ – so geht es ihm ebenso wie anderen darum, genauer zu erörtern, was Gerechtigkeit ‚ist‘ und wo sie zu finden ist. Was fehlt, ist die Frage danach, wie diejenigen, die eben selbst behaupten, jene Gerechtigkeit herstellen zu können, in ihrem Handeln vorgehen. Jene lebensweltliche Dimension – die Kaluza ansatzweise im ersten Kapitel mit der Beschreibung „der phänomenologische Wert der Rechtfertigung“ anspricht – bleibt nach wie vor auf der Strecke. Anders formuliert: Es gibt kaum eine weitergehende sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit der dezidiert lebensweltlichen und handlungsrelevanten Bedeutung von Gerechtigkeit und somit mit denjenigen, die als politisch Verantwortliche in einer Vielzahl von Kontexten auf Gerechtigkeit Bezug nehmen. Es mag sein, dass eine philosophische einerseits sowie eine quantitativ-sozialwissenschaftliche Beschäftigung andererseits eine solche Vertiefung gar nicht hergibt oder daran auch gar kein Interesse hat. Umso wichtiger wäre es aber dann, eine – allgemein ausgedrückt – wissenssoziologische Auseinandersetzung mit Gerechtigkeit

⁶ Einschlägige Beispiele bieten hier die nach den Regeln quantitativer Sozialforschung vorgehenden Autoren wie Martin Abraham (vgl. Abraham 2007), Stefan Liebig (vgl. Liebig 2010) sowie Hans-Peter Müller und Bernd Wegener (vgl. Müller/Wegener 1995).

anzugehen, die sich auch empirisch die Frage stellt, wie Gerechtigkeit im Alltag politisch Handelnder benutzt, konstruiert und eingesetzt wird. Es ist eine bislang höchst vernachlässigte Aufgabe, Politiker bei der alltäglichen Verwendung von und Bezugnahme auf Gerechtigkeit genauer zu beobachten und dies wissenschaftlich fruchtbar zu machen. Dies soll in der folgenden Arbeit getan werden. Es handelt sich also – in erster Annäherung – um eine wissenssoziologische Analyse der genaueren handlungsrelevanten Bedeutung von Gerechtigkeit im Alltag politisch Handelnder, die von sich selbst behaupten, (mehr) Gerechtigkeit herstellen zu können.

Stellt man die Frage also stärker nach der Konstruktion von Gerechtigkeit im (Alltags-)Kontext politisch Handelnder, so geht das Interesse gleichsam ‚automatisch‘ auf den Politiker und seine Handlungsrelevanzen über. Vereinfacht gesagt: Das, was Politiker sowie deren Unterstützer und Mitarbeiter in Partei und Büro tun, steht im Zentrum des eigentlichen Interesses. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, auf Max Webers Aufsatz *Politik als Beruf* als einem der zentralen Texte, der sich mit der Geschichte und den Besonderheiten der Politik als Beruf beschäftigt, zurückzugreifen. Zu Beginn des Aufsatzes stellt Weber dabei die Frage nach den Grundlagen des Staates, der für ihn größten Einheit eines „politischen Verbandes“, woraus er dann die Besonderheit des Staates ableitet, das Monopol auf legitime Machtausübung sowie „physischer Gewaltsamkeit“ zu haben. Im Anschluss daran unterscheidet Weber drei Idealtypen der Legitimität von Herrschaft: Sitte, Charisma sowie Satzung/Legalität. Im Verlauf des Textes versucht Weber das Aufkommen jener Typen insbesondere durch die Geschichte des modernen Staates zu beschreiben, wobei er die Entwicklung des modernen Staates analog zur Entwicklung des Kapitalismus fasst. Weber spricht mit klaren Worten davon, wie politische Macht aus traditionellen Verhältnissen entrissen und eine „Enteignung der selbständigen Produzenten“ (Weber [1919] 1988: 510) hin zur bürokratisch-anonymen Entwicklung des Berufspolitikers vonstatten geht. Das heißt: Politik ist nicht mehr – analog zur Ökonomie einer traditionellen Gesellschaft – eine Sache einzelner Großgrundbesitzer, lokaler Herren oder Fürsten, sondern ein modernes, bürokratisch organisiertes System fachgeschulter Beamter (vgl. a.a.O.: 517 und die weiteren Typen in a.a.O.: 519ff.). Entscheidend ist, dass diese Entwicklung

letzten Endes den *hauptberuflichen Politiker* hervorbringt. Ein wichtiger historischer Aspekt ist hierbei auch der Hinweis, dass Weber auf die steigende Bedeutung von geschulten Juristen für die Ausbildung des modernen Staates in der „gewaltige[n] Nachwirkung des römischen Rechts, wie es der bürokratische spätrömische Staat umgebildet hatte [...]“ (a.a.O.: 522) hinweist. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil daraus für Weber das Aufkommen der Parteien sowie deren Wichtigkeit und Bedeutung erklärbar wird: Parteien sind in erster Linie Interessensvertretungen, und just dieses ist auch der Jurist. Vor diesem Hintergrund einer verhältnismäßig jungen Entwicklung des modernen (Parteien-)Staates erlangt dann der zweite Herrschaftstyp – „Charisma“ – seine besondere Bedeutung, weil darin, so Weber, „der Gedanke des Berufs in seiner höchsten Ausprägung [wurzelt]“ (a.a.O.: 508) – sozusagen in Abgrenzung zu jenem Beamten, dessen Tätigkeit auf Befehl und Gehorsam gegenüber des bürokratischen Apparats basiert, während, so Weber, der charismatische Politiker „ausschließliche *Eigenverantwortung*“ (a.a.O.: 525) als Grundlage seines Handelns gelten lässt. In *Wirtschaft und Gesellschaft* charakterisiert Weber charismatische Herrschaft folgendermaßen: „Die charismatische Herrschaft ist, als das *Außeralltägliche*, sowohl der rationalen, insbesondere der bürokratischen, als der traditionellen, insbesondere der patriarchalen und patrimonialen oder ständischen, schroff entgegengesetzt. Beide sind spezifische *Alltags*-Formen der Herrschaft, – die (genuin) charismatische ist spezifisch das Gegenteil. [...] Es konstituiert, wo es auftritt, einen ‚Beruf‘ im emphatischen Sinn des Worts: als ‚Sendung‘ oder innere ‚Aufgabe‘.“ (Weber [1921/1922] 1956: 180f.) Die charismatische Herrschaft sieht Weber in der neueren Entwicklung der modernen Bürokratie gegenüber dem vorherigen „idyllischen Zustand der Herrschaft von Honoratiorenkreisen“ (Weber [1919] 1988: 532) insbesondere deshalb bestätigt, weil Politik nun in einem viel höheren Maße von gut organisierten Parteien betrieben wird, deren innere Auslese enorm wichtig ist. Ein wesentlicher Teil sowie eine wichtige Befähigung für die Durchsetzung gegen innerparteiliche Konkurrenz ist für Weber wiederum Charisma als die Befähigung, Menschen von sich überzeugen zu können sowie ihnen das Gefühl zu geben, „für einen Menschen in gläubiger persönlicher Hingabe und nicht nur für ein abstraktes Programm einer aus Mittelmäßigkeiten

bestehenden Partei zu arbeiten [...].“ (a.a.O.: 533) Insoweit, als es Politik als Beruf betrifft, bezieht sich Charisma also vor allem auf eine innerparteiliche Auslese, weshalb der moderne Parteienstaat immer wieder jene Typen eines Politikers hervorzubringen scheint, die – wenn nicht nur, aber eben *auch* – neben einer programmatischen Treue zur Partei sich gegen jene auch, gleichsam für die Menschen selbst, auflehnen oder zumindest ihr Handeln nach anderen Maßstäben ausrichten. Aus diesem Gedanken heraus lassen sich dann in Bezug auf die Tätigkeit und Rolle des Politikers zwei mögliche Lesarten entwickeln, die nun im Weiteren genauer betrachtet werden sollen. Die erste Lesart beleuchtet vor allem die Frage, wie Politiker die Menschen innerhalb wie außerhalb ihrer Partei von sich überzeugen und sieht die Lösung vor allem darin, dass Politiker zunehmend zu Schauspielern werden, die in einem komplexen politischen System den Anschein von Kompetenz erwecken wollen, um sich so als Problemlöser zu inszenieren. Die zweite Lesart betont stärker die von Weber angesprochene „Hingabe“ und damit die Frage, inwiefern Politiker neben der Selbstinszenierung auch immer noch etwas über sich selbst hinaus repräsentieren, also einstehen für die ‚gute Sache‘ und diese unabhängig konkreter Karriereplanungen auch bereit sind zu vertreten – inwiefern also sie so etwas wie Werten verpflichtet sind. Diese beiden Aspekte bilden in hohem Maße die Grundlage, auf der Politik und besonders die Politikerin selbst⁷ als Forschungsgegenstand in den letzten Jahrzehnten analysiert wurde.

Ist vom Charisma hauptamtlicher Politiker die Rede, so geht es oftmals auch darum, sich selbst sowie die entsprechenden politischen Inhalte inszenieren können, um das jeweilige Umfeld – innerparteilich, gegenüber der außerparteilichen Konkurrenz sowie der Presse und dann dem Bürger und potentiellen Wähler selbst – überzeugen zu können. Das geht vermeintlich so weit, dass es insbesondere, vielleicht ausschließlich, darauf ankommt, den *Eindruck* von Befähigung und Kompetenz zu erwecken und somit auf die Pflege dieses Eindrucks bei weitem mehr Zeit und Kraft aufzuwenden als auf inhaltliche Fragen selbst. Mit anderen Worten: Dieser ersten Lesart zufolge besteht die zentrale Aufgabe des Politikers vor allem darin, sich als fähig, interessiert, informiert und

⁷ Männliche und weibliche Rollenbezeichnungen, die im Text abwechselnd zwecks besserer Lesbarkeit sowie aus Anonymitätsgründen verwendet werden, meinen stets auch das jeweils andere Geschlecht.

stets bemüht zu *inszenieren*. Genau diesen Aspekt haben zahlreiche politikwissenschaftlich geprägte Studien der letzten Jahrzehnte zu ihrem Gegenstand gemacht. Aufgrund der schiereren Fülle an Studien und Bücher kann hier nur ein kleiner Ausschnitt wiedergegeben werden – aber er soll zeigen, dass sich die Politikwissenschaft bei der Auseinandersetzung mit den Grundlagen politischen (Alltags-)Handelns stark bis einzig auf den Aspekt der Inszenierung von Kompetenz konzentriert hat, auch wenn die jeweiligen, eben deshalb nicht willkürlich herausgegriffenen politikwissenschaftlichen Arbeiten ganz unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

Ein erstes Beispiel bietet Thomas Meyer in seinem Buch *Die Inszenierung des Scheins*, das zu Beginn die Geschichte Jesu erzählt, wie er von Pilatus vor der schreienden Menge zur Kreuzigung verurteilt wird. In dieser Handlung sieht Meyer bereits Wesentliches dessen angelegt, was auch heute noch Politik ausmacht: „Die Tat, die Scheinhandlung, ihre oktroyierte Deutung, das Publikum und den Zwang, nicht anders zu können, wenn die Dinge nicht aus dem Ruder laufen sollen. Die Menge, die die Dinge nicht überblickt und dennoch Richter sein soll. Der Politiker, der einerseits der Menge gefällt, es dann aber für seine Fälle zugleich auch nicht gewesen ist. Die Kreuzigung und die Unschuld, die Medien und die Wahrheit. Und über allen die Scheinhandlung als massenwirksame Deutung der laufenden Ereignisse.“ (Meyer 1992: 11) In diesen Zeilen wird vieles davon angesprochen, was auch in der modernen Gesellschaft unter der massenmedialen Aufbereitung von Politik stattzufinden scheint, weshalb Meyer Politik in einem klaren Spannungsverhältnis sieht zwischen einer großen Masse, dem Publikum, das zwar vieles nicht versteht, aber dennoch immer mehr als erbarmungsloser Richter auftritt sowie dem Politiker selbst, der just diesem Publikum gefallen muss und so zu zahlreichen Scheinhandlungen als wirksamem Mittel zur Befriedung jener Masse gezwungen ist. Es ist in der kleinen Geschichte Meyers zu Anfang seines Buches schon umrissen, was die Politikwissenschaft die letzten Jahrzehnte besonderes beschäftigt hat: In der modernen Politik, unterstützt durch massenmediale Kommunikationskanäle, ist der einzelne Politiker immer mehr gezwungen, Scheinhandlungen auszuführen und so Kompetenz zu inszenieren, mag sie auch teils nur wenig oder gar überhaupt nicht vorhanden sein. Kurz: Der Politiker ist ein

Schauspieler und muss dies – gedrängt von der großen wachsenden Masse – auch sein, wie Meyer an einer Stelle mit Bezug auf Murray Edelman sagt: „Politik spielt sich für die Mehrheit die meiste Zeit im Kopf ab, als eine Flut von Bildern, mit der Zeitungen, Illustrierte, Fernsehen und politische Diskussionen sie überschütten. Diese Bilder schaffen ein bewegtes Panoptikum aus einer Welt, zu der die Massen praktisch niemals Zutritt haben, die sie aber schmähen und bejubeln dürfen...“ (Edelman 1976: 4, zitiert nach Meyer 1992.)⁸

In ähnlicher Weise versteht Andreas Dörner die Inszenierung des Politikers als zentralen Aspekt aktueller Politik in Deutschland, was er mit dem Begriff des „Politainment“ zu beschreiben versucht: „Was hier vor allem deutlich wird ist die Allgegenwart des *Politainment*. Dieser Begriff, der hier in Anlehnung an den mittlerweile gebräuchlichen des ‚Infotainment‘ eingeführt wird, soll darauf aufmerksam machen, daß sich in den 90er Jahren eine enge Koppelung zwischen Politik und Entertainment, politischer und unterhaltender Kommunikation herausgebildet hat, die es so vorher nicht gab. Politainment bezeichnet eine bestimmte Form der öffentlichen, massenmedial vermittelten Kommunikation, in der politische Themen, Akteure, Prozesse, Deutungsmuster, Identitäten und Sinnentwürfe im Modus der Unterhaltung zu einer neuen Realität des Politischen montiert werden.“ (Dörner 2001: 31) Dörner deutet an, dass sich Politik mehr und mehr mit einschlägigen Elementen modernen Entertainments und so vor allem mit einem massenmedial wirksamen Auftreten des jeweiligen Politikers verbindet. Das führt naheliegenderweise dazu, dass der Umgang mit Massenmedien nicht mehr nur ein – vereinfacht ausgedrückt – ‚notwendiges Übel‘ für die auf die Umsetzung seines politischen Programms konzentrierte Politikerin ist, sondern bereits in die Überlegungen und so – wie sich in Bezug auf Alfred Schütz sagen ließe – Handlungsentwürfe derselben mit einght. Dörner: „Politainment inszeniert konkrete

⁸ Es ist nicht überraschend, dass Meyer von der „Inszenierung des Scheins“ spricht, nimmt er als empirische Grundlage seiner Gedanken auch solche inszenierten Geschehnisse oder Artefakte zur Hand, wie es Wahlplakate, Zeitungsartikel oder Fernsehbilder nun einmal sind. Dies muss aber deshalb noch nicht heißen, dass sozusagen ‚dahinter‘ nicht zahlreiche Handlungsentwürfe, Fragilitäten und sonstige soziologisch höchst relevante Situationen zu finden sind, die es zu analysieren lohnt – und die vielleicht erst die Gründe für die anschließende Inszenierung bilden.

Modelle für politisches Handeln und unterbreitet dem Publikum im entspannt-angenehmen Modus der Unterhaltung Identifikationsangebote, die dann – wie vermittelt auch immer – in den Horizont der eigenen Alltagswelt übersetzt werden können.“ (a.a.O.: 33f.) Das heißt: Für Dörner ist „Politainment“ selbst der Handlungsrahmen, innerhalb dessen politisches Handeln überhaupt geschehen und gesehen werden und somit jenseits dessen keine Politik mehr stattfinden kann. Auch wenn Dörner am Ende vor einer Überhöhung des „Politainments“ warnt und sich keineswegs auf neo-marxistische Tendenzen einer Ausbeutung der Bürger sowie ‚ihrer‘ Politiker durch das Fernsehen einlassen will, ja sie am Ende explizit kritisiert, wird dennoch deutlich, dass Politik und auch politisches Handeln selbst nicht mehr unabhängig massenmedialer Wirksamkeit und überhaupt deren Mechanismen gesehen, ja *verstanden* werden kann. Diesbezüglich reiht sich Dörner ein in die Riege jener Autoren, die Politik und die Tätigkeit des Politikers in erster Linie als eine schauspielerische Inszenierung zum Zwecke des Erhalts und des Ausbaus eigener Machtfülle verstehen – im Rahmen massenmedialer Kommunikations- und Nachrichtendienste, deren Anwesenheit unter Umständen nicht immer gewünscht, welchen aber nichts zu entgegnen ist. So schließt Dörner sein Buch entsprechend mit folgendem Satz: „Es ist absehbar, daß die medialen Unterhaltungsimperative das öffentliche Leben dieser Republik in Zukunft noch stärker bestimmen und dafür sorgen, daß die Wahrnehmungswelt des Politischen ohne professionelles Politainment nicht mehr vorstellbar sein wird.“ (a.a.O.: 245)

In ähnlicher Weise wie Dörner spricht auch Rudolf Wassermann vor allem die *Folgen* einer solchen Inszenierungslogik an, die er vor allem in einer zunehmenden Distanz zwischen Bürgern und Politikern sieht. Dabei bezieht sich Wassermann indirekt stark auf den bereits bei Weber diskutierten Aspekt einer Professionalisierung des Politischen und spricht in dem Kapitel „Der überforderte Abgeordnete“ über die unterschiedlichen Rollenanforderungen an einen Bundestagsabgeordneten, der sich stets zurechtfinden muss zwischen Wahlkreis einerseits und großer Bühne (wenn diese 1989 natürlich noch Bonn, nicht wie heute im weitaus größeren Berlin war) andererseits, zwischen dem Dasein eines Vertreters ‚seiner‘ Leute und der Rolle als Hinterbänkler in der Hauptstadt, zwischen Fraktionszwang im Parlament und Notwendigkeit der Rechtfertigung solcher

Entscheidungen zuhause im Wahlkreis (vgl. hierzu Wassermann 1989: 120ff.). Diese Beobachtungen, das sei an dieser Stelle schon klar formuliert, ähneln sich durchaus mit den empirischen Ergebnissen dieser Arbeit, jedoch führen sie Wassermann nicht dazu, sich jene Spannungsverhältnisse genauer anzuschauen oder gar empirisch zu erörtern, inwieweit sie mit lebensweltlichen Aspekten des Berufspolitikers selbst zusammenhängen. Vielmehr verfällt Wassermann in eine Kritik an ‚dem‘ Politiker sowie einem irgendwie dann doch fern und intellektualistisch wirkenden Wunsch, dass sich solche Zustände doch (zum Besseren) ändern mögen.

Stärker in den Blick nimmt indes Paul Kevenhörster die Technisierung des politischen Alltags, die sich seiner Ansicht nach mitten in einer „Dritten Industriellen Revolution“ befindet. Entscheidend für ihn ist, dass technische Neuerungen sowie andere Mittel der Politikdarstellung mögliche politische Ziele selbst beeinflussen oder gar hervorbringen: „[Die Technik] stellt nicht mehr Mittel für vorgegebene Zwecke zur Verfügung, sondern prägt die Ziele selbst: Die Welt wird zunehmend analysierend und synthetisch erfaßbar und nur noch technisch erfahrbar. Analyse und Synthese als charakteristische Merkmale des wissenschaftlichen Zugriffs auf die Wirklichkeit lassen die Realität als konstruiert und künstlich erscheinen. Was für Technik und Naturwissenschaft gilt, ist schließlich auch für die Wahrnehmung und Verarbeitung politischer und sozialer Probleme bestimmend: Komplexe gesellschaftliche Vorgänge müssen aus einer Vielzahl analytisch verarbeiteter Prozesse synthetisiert werden.“ (Kevenhörster 1984: 20) Die Besonderheit moderner technischer Entwicklungen liegt laut Kevenhörster also darin, dass sie nicht nur auf die Art und Weise der Erledigung politischer (Alltags-)Arbeit, sondern auf deren Inhalt Einfluss nimmt – bis hin zur *Organisation* der Inhalte selbst, die, so Kevenhörster, in den nahezu endlosen Kommunikationssträngen und Absprachen zwischen Ministerien, ihrer Referenten und anderen Experten ihre Tiefe verlieren. Die Folge: „Dies ist einer der Mechanismen, die effektive Politik verhindern und Politik als die Kunst des Möglichen einengen.“ (a.a.O.: 49) Im Zusammenhang mit der zunehmenden Komplexität politischer Fragestellungen sowie der Organisation der Informations- und Entscheidungsfindung führt das, übertragen auf den einzelnen Abgeordneten oder überhaupt politisch Handelnde, zu

einer erheblichen zusätzlichen zeitlichen Belastung, die dann zu Lasten der Information und Weiterbildung in tiefergehende und, wie Kevenhörster nahe legt, ‚wirklich wichtige‘ Fragen zu gehen scheint: „Ob die Parlamentarier unter diesen Arbeitsbedingungen noch in der Lage sind, Informationen gezielt und systematisch aufzunehmen, zu verarbeiten und weiterzugeben, ist mehr als fraglich.“ (a.a.O.: 81. Vgl. hierzu auch Kevenhörster/Schönbohm 1973) Zusammenfassend bedeutet das: Die steigende Komplexität globalisierter politischer Fragen im Zusammenhang mit der rasanten Steigerung verarbeitender Informationstechnik wirkt auf den einzelnen Politiker mehr und mehr einschüchternd oder genauer, entzieht ihm mehr und mehr die Kontrolle über Kernfragen der eigenen Alltagsorganisation. Gerade darin liegt für Kevenhörster auch das immer wiederkehrende Grundproblem, das sich bei vielen anderen Autoren ebenso findet – neben einer Analyse aktueller Funktionsweisen von Politik auch die beinahe schon Sehnsucht nach Vereinfachung des politischen Prozesses, die dann zu einer Verbesserung der Bedingungen der tatsächlichen Ausführung von Politik führen soll. Abgesehen von dieser Kritik zeigt sich aber bei Kevenhörster noch ein wichtiger Aspekt, den es im Zuge jener nun beschriebenen Schwerpunkte politikwissenschaftlicher Interessen weiterzuverfolgen gilt: Die steigende Komplexität alltagspolitischer Fragen unter Bedingungen massenmedialer Aufmerksamkeitsimperative führt in hohem Maße zu Handlungsproblemen und fehlenden Handlungsorientierungen, welche es zu verstehen und bezüglich der hier verfolgten Frage der handlungsrelevanten Bedeutung von Gerechtigkeit im Alltags von Politikern genauer nachzuspüren gilt.

Kehrt man zu Max Webers Begriff der charismatischen Herrschaft zurück, wird bei genauerem Blick deutlich, dass es für Weber neben der nun besprochenen notwendigen Inszenierungsfähigkeit des Politikers noch eine zweite Ausprägung des Gedankens gibt, die es genauer zu erörtern gilt. Neben der Inszenierungsfähigkeit und -kompetenz des einzelnen Politikers zwecks inner- wie außerparteilicher Durchsetzungsstärke scheint es für Weber im Rahmen politischen Handelns noch etwas Moralisches, fast Metaphysisches zu geben, das der charismatische Politiker irgendwie verkörpern und repräsentieren muss, wie er an folgender, oft zitierter Stelle deutlich macht, die für die weiteren Überlegungen, die hier getätigt werden, grundlegend ist: „Man kann sagen,

daß drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für den Politiker: Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß. Leidenschaft im Sinn von *Sachlichkeit*: leidenschaftliche Hingabe an eine ‚Sache‘, an den Gott oder Dämon, der ihr Gebieter ist. Nicht im Sinne [...] eine[r] ins Leere verlaufende[n] ‚Romantik des intellektuell Interessanten‘ ohne alles sachliche Verantwortungsgefühl. Denn mit der bloßen, als noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht, als Dienst an einer ‚Sache‘, auch die *Verantwortlichkeit* gegenüber ebendieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. Und dazu bedarf es – und das ist die entscheidende psychologische Qualität des Politikers – des *Augenmaßes* – der Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, also: der *Distanz* zu den Dingen und Menschen. ‚Distanzlosigkeit‘, rein als solche, ist eine der Todsünden jedes Politikers und eine jener Qualitäten, deren Züchtung bei dem Nachwuchs unserer Intellektuellen sie zu politischer Unfähigkeit verurteilen wird. Denn das Problem ist eben: wie heiße Leidenschaft und kühles Augenmaß miteinander in derselben Seele zusammengezwungen werden können? Politik wird mit dem Kopfe gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele. Und doch kann die Hingabe an sie, wenn sie nicht ein frivoles intellektuelles Spiel, sondern menschlich echtes Handeln sein soll, nur aus Leidenschaft geboren und gespeist werden.“ (Weber [1919] 1988: 545f.) Weber zufolge muss der Politiker neben der teils kühlen und berechnenden Inszenierung seiner selbst offenbar auch etwas leisten, das mit dem Begriff der – wenn auch nicht blinden und ungerichteten – „Leidenschaft“ benannt ist. Weber deutet an dieser Stelle die Wichtigkeit der Hingabe des Politikers an den Gegenstand an, die seiner Ansicht nach immer *auch* eine Rolle in der Politik als Beruf – und insoweit auch als *Berufung* – spielen muss. Dieser Hinweis, der gerade in den nun angesprochenen einschlägigen politikwissenschaftlichen Arbeiten zu kurz kommt, kann in Bezug auf weitere soziologische Gedanken ausgeweitet und für die genauere Beschreibung des hier verfolgten Interesses nutzbar gemacht werden.

1.3 Soziologische Erörterungen

Als Synthese beider angesprochenen Aspekte können die verschiedenen Arbeiten Ronald Hitzlers zur Frage der Notwendigkeit von Inszenierung in der Politik verstanden werden. Zunächst zeigt er – und darin stimmt er den bisher angesprochenen Arbeiten zu Politik im massenmedialen Zeitalter zu –, dass sich der Politiker aufgrund der äußeren Umstände eben inszenieren *muss*: „Jeder Politiker muss sich – jedenfalls im Zeitalter der elektronischen Massenkommunikation – quasi multimedial selbst inszenieren (bzw. von Public-Relations-Spezialisten inszenieren lassen), und zwar so, daß er unter seinen Mitbewerbern um die Gunst von Wählern, Sponsoren und sonstigen karriererelevanten Instanzen möglichst vorteilhaft hervorsticht.“ (Hitzler 1989, 340) Allerdings versucht Hitzler im Weiteren, diese Aspekte genauer auf die Handlungsentwürfe des einzelnen Politikers sowie seiner Alltagsrelevanzen zu beziehen. Es geht also gerade nicht mehr darum, dem allzu oft hinzugezogenen Bild des Politikers als machthungrigem Schauspieler eine weitere Facette hinzuzufügen, sondern vielmehr die meist zuhandene *Fähigkeit* eines Politikers zur Inszenierung aus einer *Notwendigkeit* der (Selbst-)Inszenierung heraus zu erklären. Wichtig ist daher zunächst die Frage, *warum* Politiker – sowie jene, die es werden wollen – auf Inszenierungsmechanismen zurückgreifen. Allzu oft – insbesondere bei Dörner und Kevenhörster klang dies an – wird lediglich hingewiesen, dass es neben den strukturellen Momenten einer massentauglichen Politik auch ein Stück weit das Bestreben und so der tatsächliche Wille eines Politikers ist, sich entsprechend zu inszenieren. Hitzler demgegenüber versucht, tiefer anzusetzen und die generelle Frage nach Inszenierungsfähigkeit und –notwendigkeit des Einzelnen in einer modernen Gesellschaft einzubeziehen.

1.3.1 Goffmans „dramatologischer Ansatz“ als situative Problemlösungsstrategie

In diesem Zusammenhang wird vor allem der Einfluss Erving Goffmans und dem, was in der Rezeption seiner Werke als „dramatologischer Ansatz“ bezeichnet wird, deutlich. Es geht bei Goffmans Soziologie generell um die Frage, inwiefern Menschen in sozialen Situationen notwendigerweise auf Mechanismen der (Selbst-)Inszenierung zurückgreifen müssen, um teils komplexe soziale Situationen ‚gut‘ überstehen zu können. Ronald Hitzler beschreibt die Wichtigkeit Goffmans für die Erklärung fragiler Alltagssituationen, die eine Inszenierung aus diesem Grunde notwendig werden lassen, so: „Aus dieser dramatischen, dramatischen, dramaturgischen oder, wie ich sie im Anschluß an Wolfgang Lipp (1984) nenne, *dramatologischen* Sichtweise, geht es prinzipiell um den *in Situationen* handelnden Interaktionsteilnehmer, um dessen *situative* Orientierungen, Abstimmungen, Aushandlungen, Darstellungen usw.“ (Hitzler 1991a: 277). Wichtig ist dabei die Anmerkung, dass es tatsächlich um die Orientierung in einer *Alltagssituation* geht. Vereinfacht gesagt: Es geht bei Goffman darum zu erläutern, warum für den Einzelnen soziale Situationen im Voraus lesbar sein müssen und wie dies entsprechend bewerkstelligt wird. Mit anderen Worten: Wir alle *müssen* uns in zahlreichen und teils höchst komplexen Alltagssituationen zurechtfinden, und aus diesem Grund ist es notwendig, diese Situation vorher entsprechend einordnen zu können. Es geht laut Goffman also vor allem um die Kontrolle einer Situation sowie ihres Erwartungshorizonts. Mögliche Inszenierungsmechanismen sind hierfür eine schlichte Notwendigkeit und aus diesem Grund vor allem ein Mittel, *schon immer* problematische und fragile soziale Situationen zu überstehen – und somit eben *kein* Selbstzweck. Goffman selbst schreibt in seinem Werk *Wir alle spielen Theater*: „Abgesehen von dem unmittelbaren Ziel, das der Einzelne sich gesetzt hat, und von den Motiven dieser Zielsetzung, liegt es in seinem Interesse, das Verhalten der anderen, insbesondere ihr Verhalten ihm gegenüber, zu kontrollieren. Diese Kontrolle wird weitgehend dadurch bewirkt, daß er die Deutung der Situation beeinflusst, und zwar kann er das dadurch, daß er sich in einer Art und Weise ausdrückt, die bei den anderen einen Eindruck hervorruft, der sie veranlaßt, freiwillig mit seinen Plänen übereinzustimmen.“ (Goffman [1959] 2011,

7f.) Der Titel dieses wohl bekanntesten Goffman-Werks *Wir alle spielen Theater* sollte aus diesem Grund auch nicht dahingehend falsch interpretiert werden, dass der moderne Mensch – um es mit einem Konzept Goffmans auszudrücken – seinen Gegenübern auf der *Vorderbühne* eine ‚falsche‘ und allzu ausgeschmückte Identität vorgaukelt (wie das oftmals auch dem Politiker vorgeworfen wird), um sich dann über deren Leichtgläubigkeit auf der *Hinterbühne* ins Fäustchen zu lachen, sondern dass jeder Einzelne zum Zwecke der Aufrechterhaltung immer schon komplexer Kommunikationssituationen zu Hilfsmechanismen greift, eben greifen *muss*. In Bezug auf politische Zusammenhänge ist dieser Ansatz übertragbar nicht nur auf eine gleichsam ‚äußere‘ Analyse des Politikers und seines Handelns, sondern auch auf dessen mögliche subjektiven Handlungsmotive. So sagt Hitzler bezüglich Goffman: „Vor allem aber ist im Grunde seine ganze Konzeption des ‚Selbst‘ eine Adaption der existentialistischen Auffassung, daß das ‚Selbst‘ (in der Moderne) eine prekäre Angelegenheit sei (die dem Subjekt Konstruktions- und Inszenierungsarbeit abfordere, wodurch der einzelne sozusagen die Last der strukturellen Widersprüche des modernen Kapitalismus zu tragen, zu ertragen und auszubalancieren habe).“ (Hitzler 1991a: 279) In diesem Erklärungsansatz zeigt sich bereits, wie Hitzler die Alltagsinszenierungen in Bezug auf Fragen rund um Politik auf eine andere Ebene bringt und welche konkreten Folgen dies hat. Es kann demnach nicht nur darum gehen, die Politikerin in einzelnen Situationen, in welchen verschiedene Inszenierungsmechanismen angewendet werden, zu beobachten. Vielmehr muss man versuchen, neben der Inszenierungsnotwendigkeit auf Mikroebene die sozialstrukturellen beziehungsweise gesamtgesellschaftlichen Momente herauszuarbeiten, die solche Inszenierungen zum Zwecke der Erhaltung von Sozialität notwendig machen. Anders formuliert: Welchen strukturellen Elemente moderner Politik führen dazu, dass Politiker so handeln wie sie eben handeln – inklusive der Selbstinszenierung in verschiedensten öffentlichen Kontexten? *Ein* Erklärungsansatz findet sich in jenen Ansätzen, die moderne Gesellschaft grundsätzlich als höchst komplexe, ausdifferenzierte und deshalb immer schon prekäre Ordnung verstehen, eine Denkweise, die sich im Sozialkonstruktivismus nach Berger/Luckmann ebenso bei Niklas Luhmanns Systemtheorie und der Grundidee der

Komplexitätsreduktion wie auch bei neueren Ansätzen wie Ulrich Becks „Risiko-gesellschaft“ findet. Robert Hettlage spricht in diesem Zusammenhang auch von „Goffmans Interaktionsordnung als Dialektik von Risiko und Absicherung“ (so der Untertitel von Hettlage 2007), woraus deutlich wird, dass der dramatologische Ansatz trotz seiner mikrosoziologischen Ausrichtung auch gesamtgesellschaftlichen Aspekte zu Fragilität, Ausdifferenzierung und Verunsicherung impliziert: „Unsere ganze Existenz, nicht erst die moderne Lebensform, bewegt sich auf schwankendem Boden. Jede Begegnung ist vom Scheitern bedroht. Erfolgreich kann man dabei nur sein, wenn man mit dem jeweiligen Gegenüber zu einer wenigstens vorläufigen, der Situation angemessenen Übereinkunft gelangt.“ (Hettlage 2007: 11) Diese Grundidee und die jeweiligen, im Text Hettlages und in der weiteren Rezeption Goffmans vielmals aufgegriffenen Konzepte können dann zu einer Art „gesamtgesellschaftlichen Risikodramaturgie“ (so der Titel des letzten Kapitels von Hettlage 2007) weitergeführt werden, die den Bezug Goffmans auf fragile Sozialität zwischen Individuen nochmals auf eine höhere Ebene bringt. Strukturelle Leerstellen, verschlungene Lebensbiographien sowie die teilweise radikale Auflösung umfassender Sinnangebote, darin scheinen sich alle einig zu sein, sind die zentralen Erscheinungen moderner Gesellschaft. Die Folge aus der Sicht des Goffman'schen Ansatzes beschreibt Hettlage abschließend mit folgenden Worten, womit sich dann wieder der Bogen zu Hitzlers Beschreibung des „Goffmenschen“ (vgl. Hitzler 2010) – ein Bild, das in gewisser Weise eben *auch* auf den Politiker zutrifft, wie noch zu zeigen sein wird – schlagen lässt: „Diese veränderten mikrosozialen Sicherheitsstrategien wirken wieder auf die gesamtgesellschaftliche Risikoregulierung zurück. Denn nun werden die Erwartungen an Sicherheitskonstruktionen von ‚oben‘ akzentuiert. Der Druck auf Politiker und Experten, möglichst alle Gefahren frühzeitig zu antizipieren, wächst. Sie antworten mit inszenierter Kompetenz.“ (Hettlage 2007: 29)

Nach diesen Worten Hettlages wird nachvollziehbar, wie zentral Goffman's Gedanke von Alltagsinszenierung für das Verständnis von Politik als ‚Alltagsgeschäft‘ in der modernen Gesellschaft ist. Hierzu schreibt Hitzler in *Inszenierung und Repräsentation*: „Jeder Politiker steht vor dem Problem, erfolgreich Autorität, Fleiß,

Toleranz, Prinzipientreue, Kompetenz, Präsenz, Humanität und was dergleichen positiv geladene Topoi mehr sind, zu inszenieren, also Eigenschaften für sich zu reklamieren, die andere Menschen dazu bewegen sollen – und offenbar auch können – gerade *ihn* als relativ besten Vertreter und Verfechter ihrer Interessen zu betrachten. Es geht dabei insbesondere darum, einigermaßen vertraut (prominent) und glaubwürdig (integer) zu erscheinen.“ (Hitzler 2002: 35.)⁹ Im Zusammenhang mit den genannten Aspekten des Goffman’schen Ansatzes wird deutlich, inwiefern eine inhaltliche Erweiterung des bisherigen Verständnisses von politischem Handeln im Alltag notwendig ist. Es zeigt sich, dass (Selbst-)Inszenierung als fleißiger, toleranter und besonders präsenter Politiker (und was dergleichen positive Zuschreibungen mehr sein mögen) eben *kein* Selbstzweck ist, sondern als Teil von Politik innerhalb eines höchst komplexen sozialen Handlungszusammenhangs eine Notwendigkeit ist. Gerade in Bezug auf eine oftmals als solche wahrgenommene Erhöhung der Komplexität politischer Fragen und überhaupt ‚der Politik‘, bekommt diese Auffassung eine besondere Relevanz. Hinzu kommt eine allgemein zu beobachtende, aber auch durch empirische Daten später zu belegende, erhöhte Erwartungshaltung an die Politiker selbst. Vereinfacht gesagt: Nach wie vor sollen es die Politiker sein, die neben alltagsrelevanten Hilfestellungen auch die großen Fragen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens im eigenen Land wie auf globaler Ebene klären und beantworten sollen. An dieser Stelle wird dann ein anderer Gedanke Hitzlers relevant, der – verdeutlicht an den Studien zu Jürgen Möllemann, die sich mit dem damaligen Wirtschaftsminister als bestimmtem Politiker-Typus beschäftigten – davon handelt, dass die Inszenierungskompetenz *alleine* noch nicht hinreicht, um dauerhaft erfolgreich zu sein: „Politik und damit auch der einzelne Politiker, muß vielmehr etwas **mit-repräsentieren**, was nur in und über Politik einen Ausdruck zu finden vermag: die *Repräsentation* einer bestimmten alltagstranszendenten Wirklichkeit, die Repräsentation der ‚idealen‘ Welt einer bestimmten Ordnung des Gemeinwesens

⁹ Das impliziert im Übrigen auch die Produktion dessen, was Hitzler an anderer Stelle „Charisma“ nennt: „Es geht um (massen-)kommunikative Techniken, Taktiken und Strategien, die dazu dienen, das soziale Ansehen dessen, der als kompetent dargestellt wird, zumindest situativ und kontextuell zu wahren oder zu verbessern – und zwar vor allem eben dadurch, daß er sich von anderen unterscheidet, von anderen abhebt.“ (Hitzler 1996: 266)

[...]. D.h. der erfolgreiche Darsteller des politischen Systems muß – sozusagen auf allen Ebenen – geltend machen können, daß er das repräsentiert, was der, der ihn wählt, als relevant für das Gemeinwesen ansieht [...], möglichst glaubhaft zu machen (glaubhaft jedenfalls für eine bestimmte ‚Klientel‘), daß sie das eigene (politische) Wollen leitet.“ (Hitzler 2002: 41f.) In den Studien zu Jürgen Möllemann ist das Fehlen einer derartigen „Mit-Repräsentation“, eine Art ‚normativer Horizont‘ des eigenen Handelns, für Hitzler auch der Grund, warum Möllemann als Politiker letztlich scheitern musste: „Von allem Anfang an hat er die Politik als einen ‚entzauberten‘ Raum des herrschaftstechnisch Gestaltbaren begriffen, nie aber als eine ‚magische‘ Sphäre moralischer Sinnggebung.“ (Hitzler 1993: 65) Diese Gemengelage, so Hitzler, geht vor allem mit der – zugespitzt formuliert – Sehnsucht der Bürger nach werthaftem politischem Handeln, nach richtigen Entscheidungen und damit zusammenhängend klaren Antworten einher. Auf den Punkt gebracht: Nach wie vor – oder aufgrund der Komplexität moderner Gesellschaft vielleicht *immer mehr* – scheint Politik zumindest auch eine *moralische Sphäre* zu umfassen, die den Versuch von Politikern, Menschen durch klare Entscheidungen klare Botschaften an die Hand zu geben, ebenso impliziert wie eine von den Bürgern auf dieser Grundlage entstandenen Erwartungshaltung, dieses auch zu leisten – eine Auffassung, die sich bereits bei Webers Worten zur Verantwortlichkeit einerseits und Leidenschaft andererseits findet und Hitzler so ausdrückt: „[Politik kann] eben nicht mehr nur bedeuten, die spezifischen *Produktionsbedingungen* medialer Arenen in sein Handlungskalkül einzubeziehen, sondern es muß auch (und wahrscheinlich: *vor allem*) bedeuten, dem typischen Bedürfnis des „heimatlos“ gewordenen modernen Menschen (vgl. Berger/Berger/Kellner, 1973) nach *Sinnangeboten* zu entsprechen.“ (Hitzler 1996: 280) Letzten Endes liegt darin das eigentliche Spannungsverhältnis, dem politisch Handelnde ausgesetzt sind und das auch in hohem Maße für die hier verfolgte Frage nach der handlungsrelevanten Bedeutung von Gerechtigkeit im Alltag von Politikern bedeutsam ist: Die Forderung nach ‚guter‘ und ‚richtiger‘ Politik vor dem Hintergrund zunehmender gesamtgesellschaftlicher Komplexität.

1.3.2 Das „Unbehagen in der Modernität“: Moderne Gesellschaft als komplexe Gesellschaft

Die Grundlage für ein solches Verständnis von moderner Gesellschaft als komplexer Gesellschaft und so als Quelle von Handlungsproblemen findet sich bei Peter L. Berger und Hansfried Kellner in ihrem Werk *Das Unbehagen in der Modernität*. Berger und Kellner beginnen das Buch interessanterweise nicht mit einer Aufzählung möglicher Merkmale moderner Gesellschaft schlechthin, sondern mit einem gewissermaßen methodologischen Hinweis auf ihre „kognitive Nervosität“ (Berger/Kellner 1975: 10). Dies bedeutet, dass sie mit einer Zurückhaltung gerade nicht darauf bestehen, eindeutige Merkmale von moderner Gesellschaft in vier oder fünf Stichpunkten eindeutig aufzuzählen, sondern deutlich zu machen, dass es sich dabei um einen verwendeten Begriff handelt, der als solcher wissenssoziologisch analysiert werden muss im Sinne „[...] eine[s] Prozeß[es], durch den diese Entität ‚moderne Gesellschaft‘ ursprünglich geschaffen wurde und durch den sie weiterhin verbreitet wird.“ (a.a.O.: 13) Mit diesem Vorlauf wird bereits früh der theoretische Bezug des Werks deutlich: Es geht den Autoren darum, Modernität nicht als feste Entität und so als Phänomen ‚in der Welt‘ erklärbar zu machen, sondern darauf hinzuweisen, dass dies vielmehr durch Bewußtseinsleistungen Einzelner und schließlich im Rahmen verschiedener – ein weiterer zentraler Begriff – *Plausibilitätsstrukturen* konstituiert wird. Die Ausprägungen von moderner Gesellschaft sind also letztlich ein Phänomen subjektiver Bewusstseinsstrukturen der Menschen selbst, die sich dann in verschiedenen sozialen Situationen und Systemen zeigen. Im Anschluss geht es in der weiteren Beschreibung von Modernität um die vermehrte Verbindung von durch Technik hergestelltem Wirtschaftswachstum, wobei der Prozess der Modernisierung dabei eben als „institutionelle Begleiterscheinung“ (a.a.O.: 14) verstanden wird. Letztlich ergibt sich daraus die zentrale Frage: „Welches sind die wesentlichen Begleiterscheinungen der technologischen Produktion auf der Ebene des Bewußtseins?“ (a.a.O.: 27) Es folgen zwei Merkmale in der Beschreibung moderner Technologie und Ökonomie, die dann zum eigentlichen Anliegen Bergers und Kellners führen.

Es handelt sich bei beiden Merkmalen letztlich um Begleiterscheinungen der im

Laufe der 70er und 80er-Jahre geradezu massenweise auftretenden technologischen Produktion, vor allem im Bereich der Industrie sowie auf die – sozusagen als notwendiges, äquivalentes Mittel der Organisation – moderne Bürokratie. Beides, so Berger und Kellner, scheint im Rahmen eines in der Zeit besonders greifbaren Modernisierungsschubes an Komplexität nochmals erheblich zuzunehmen. Dabei weisen sie auf die Denkfigur hin, die in der Tradition der auf Alfred Schütz basierenden Wissenssoziologie steht, nämlich das stetig aufeinander bezogene Spannungsverhältnis zwischen subjektiver Lebenswelt einerseits und scheinbar ‚natürlichen‘ Gesellschaftsstrukturen andererseits: „Anders ausgedrückt, es entwickelt sich ein doppeltes Bewußtsein, in dem der andere gleichzeitig in seiner konkreten Individualität *und* als Teil der hochabstrakten Tätigkeitskomplexe, in denen er fungiert, erlebt wird.“ (a.a.O.: 34) Dies geht naheliegenderweise mit entsprechenden Folgen für den Einzelnen einher, die die Autoren auf den folgenden Seiten ansprechen, so beispielsweise eine Aufspaltung in der „emotionalen Ökonomie des Individuums“ zwischen durchgetakteter Arbeitsnatur und „erster Natur“, einer allzu direkten Übertragung der Arbeitslogik auf die Freizeit des Einzelnen und ganz generell eine Multi-Relationalität (vgl. zu diesen Begriffen a.a.O.: 37f.), die den Einzelnen immer wieder zwingt, auf verschiedene und teils eben entgegengesetzte Sinnzusammenhänge Bezug zu nehmen. Dies ist der eigentliche Kern des Berger/Kellner’schen Gedankens: Sie weisen mithilfe jener beiden Aspekte auf die Pluralisierung sozialer Lebenswelten als *dem* Merkmal moderner Gesellschaft hin. Pluralisierung impliziert dabei – zumindest auch – das Auseinanderklaffen von Lebenswelten wie eben der privaten sowie der öffentlichen, wobei die Autoren darauf hinweisen, dass aufgrund von Arbeitsteilung und Segmentierung auch beide Sphären *innerhalb ihrer selbst* in hohem Maße zerstückelt sind. Hinzu kommt das, was Berger und Kellner „multi-relationale Synchronisation“ nennen (a.a.O.: 65), die gerade in einer modernen Gesellschaft unüberschaubare Vielzahl an möglichen Lebensentwürfen, die mit entsprechenden Biographien einhergehen sowie die ebenso kaum überschaubare Zahl an potentiellen, mit Simmel gesprochen „sozialen Kreisen“ (vgl. Simmel 1890), die sich in Zugehörigkeit, Jargon, Erwartungen, Vorlieben und vielem anderen mehr derart unterscheiden, dass die kognitive Überlastung des Einzelnen, möchte er dennoch an

jenen teilhaben, offensichtlich wird. Jener oftmals als besondere Errungenschaft moderner Gesellschaft postulierte Möglichkeitsraum für ständige individuelle Veränderung, vereinfacht gesagt ‚Flexibilität‘, impliziert eben deshalb auch immer die potentielle Gefahr kognitiver Überforderung, wie die Autoren an entsprechender Stelle auch sagen: „Wieder hat das ebenso positive wie negative Implikationen für den einzelnen. Es kann ihm ein Gefühl der Weite und Freiheit, aber auch der Entwurzelung und Anomie vermitteln.“ (a.a.O.: 69) Jenes Spannungsverhältnis zwischen den Errungenschaften und Gefahren moderner Gesellschaft schlägt sich so in vier Merkmalen moderner Identität nieder, die Berger und Kellner als besonders „offen“, besonders „differenziert“, besonders „reflexiv“ sowie besonders „individuiert“ bezeichnen (vgl. a.a.O.: 70ff.). Das ist deshalb wichtig, weil mögliche Freiheitsmomente moderner Gesellschaft immer auch mit dem zumindest potentiellen Verlust alltagsrelevanter Sinnwelten einhergehen. So scheint insbesondere die private Welt eines jeden Individuums – wenn auch keineswegs nur¹⁰ – die Möglichkeit zur Abgrenzung von jenen Gefahren zu bieten und sich somit dieser komplizierten Welt gesellschaftlicher Institutionen wie der Wirtschaft, der Bürokratie oder eben – worum es hier zu gehen hat – der *Politik* zu entziehen: „Mit anderen Worten, der Mensch versucht, eine ‚Heimatswelt‘ zu konstruieren und zu bewahren, die ihm als sinnvoller Mittelpunkt seines Lebens in der Gesellschaft dient.“ (Berger/Kellner 1975: 61) Die private Welt des Einzelnen gibt somit zumindest die Möglichkeit, ein einfaches, durchschaubares und so gewissermaßen ‚sicheres‘ Umfeld gegenüber jener Welt zu bieten, deren Gefahren scheinbar mehr, deren Probleme scheinbar größer, und deren hauptamtliche Bekämpfer scheinbar immer ratloser werden: „Die moderne Gesellschaft hat die Glaubwürdigkeit moderner Theodizeen bedroht, nicht aber die Erfahrungen beseitigt, die nach ihnen verlangen. Die Menschen werden weiterhin von Krankheit und Tod heimgesucht; sie

¹⁰ Es gibt demgegenüber zahlreiche Studien und Projekte zum Beispiel in der Szeneforschung, die sich mit Grenz und Eisewicht unter dem Stichwort des „Zugehörigkeitsmanagements“ fassen lassen und zeigen, dass es in der modernen Gesellschaft ebenso viele Möglichkeiten der Zugehörigkeit bis hin zur Zusammengehörigkeit gibt, die sich gerade nicht im privaten Rückzug, sondern in der Identifikation mit unzähligen Szenen und sonstigen Subsinnwelten moderner Gesellschaft finden lassen. Vgl. hierzu Grenz/Eisewicht 2012.

erleben weiterhin soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung. [...] Die Modernität hat viele weitreichende Transformationen vollbracht, aber die Endlichkeit, Gebrechlichkeit und Sterblichkeit des Menschseins hat sie nicht fundamental verändert. Was sie erreicht hat, ist die ernsthafte Schwächung jener Wirklichkeitsdefinitionen, die dieses Menschsein erträglicher machen.“ (a.a.O.: 160) Nicht zufällig scheinen Berger/Kellner an dieser Stelle auch das Problem der sozialen Ungerechtigkeit anzusprechen, eines jener zentralen politischen Probleme heutiger Zeit, das bereits zu Beginn dieser Arbeit angesprochen wurde. Im Zusammenhang mit der immer komplexer werdenden Bürokratie wirken die Politiker und der gesamte bürokratische Komplex, so die Autoren, zunehmend ohnmächtig: „Das primäre und mächtigste Wirkungsfeld der Bürokratie ist die politische Sphäre, und hier hat dieses Unbehagen auch seinen spektakulärsten Ausdruck gefunden. In fortgeschrittenen Industriegesellschaften (offenbar unabhängig von ihrem speziellen ideologischen und institutionellen Charakter) fühlen sich die Menschen in zunehmend stärkerem Maß dem Gemeinwesen und seinen Symbolen ‚entfremdet‘. Das politische Leben ist für breite Schichten der Bevölkerung anonym, unverständlich und anomisch geworden.“ (a.a.O.: 158) In diesem Zusammenhang ergibt sich dann der eigentliche soziologische Rahmen dieser Arbeit: Kann mit Berger/Kellner sowie Hitzler von Modernisierung und moderner Gesellschaft als Handlungsproblem gesprochen werden, dann betrifft dies einerseits jeden Einzelnen in seinen individuellen Lebensentwürfen, Vorlieben und Ängsten. Daneben aber scheint es, wie Berger und Kellner sagen, trotz allem für viele nach wie vor die Politik zu sein, die am ehesten befähigt ist, jene Probleme, die mit moderner Gesellschaft einhergehen (und vielleicht auch darüber hinaus), lösen zu können. Dann allerdings betrifft die allgemeine Komplexitätserhöhung auch den Politiker *selbst*, der *trotzdem* in zunehmendem Maße – als ‚Herr‘ der Bürokratie, die umzusetzen hat, was Politiker entscheiden – dazu angehalten ist, Antworten auf jene Fragen der Lebensbewältigung in einer komplexen und sich ständig wandelnden Welt zu finden. Vor diesem Hintergrund kann und muss Politik in modernen Gesellschaften als individuelles Handlungsproblem verstanden werden, dem dann wiederum selbst mit Bezug auf entsprechende Sinnangebote begegnet werden kann. Dies kommt dann der eigentlichen Forschungsfrage dieser

Arbeit nahe: Welche Rolle spielt Gerechtigkeit bei der alltäglichen Konstruktion subjektiver Handlungsentwürfe im Rahmen politischen Handelns in der modernen Gesellschaft? Und welche dezidiert handlungsanleitende Funktion von Gerechtigkeit ist darüber hinaus in der individuellen Lebenswelt eines politisch Handelnden herauszuarbeiten?

1.3.3 Zusammenfassung: Der soziologische Rahmen

Bürokratie als komplexes System

Zunächst, wie bereits konstatiert, ist die Politik als jene gesellschaftliche Sphäre, die auf das alltägliche Leben der Menschen noch immer großen Einfluss hat, in besonderem Maße aufgerufen, mögliche Probleme zu lösen oder noch besser, solche bereits im Voraus zu antizipieren. In einer modernen Gesellschaft,¹¹ die eben auch und vor allem – aus dezidiert soziologischer Sicht, aber nicht nur – problematisch, weil komplex, differenziert und sich ständig wandelnd ist, geht es daher darum, den vielschichtigen Problemen als solchen mit großen, weitreichenden und entsprechend langfristig gültigen Antworten Herr zu werden. Im Alltag mehr oder weniger politischer Fragestellungen, Unsicherheiten und Enttäuschungen sind es insbesondere die komplexen bürokratischen Prozesse, die stellvertretend als Handlungsproblem all derer gesehen werden, die jene ‚brauchen‘ und systematisch von ihr abhängig sind. Der Politiker als ‚oberster Verwalter‘ ist somit der entscheidende Akteur und Ansprechpartner für viele Menschen, die in jenem Modernisierungszusammenhang unsicher bis handlungsunfähig

¹¹ Hitzlers Definition von Modernisierung aus Hitzler 1999: 83f. fasst nochmals zentrale Aspekte zusammen: „Der Begriff ‚Modernisierung‘ soll eine spezifische Form des sozialen Wandels bezeichnen – nämlich jene Form des Wandels, in der neue Ideen (jeder Art) publik gemacht, plausibilisiert und in eine mehr oder minder allgemein geteilte soziale Praxis umgesetzt werden. Dieser Prozeß verläuft keineswegs homogen und geradlinig. Er ist vielgestaltig, ungleichzeitig, verwickelt und oftmals widersprüchlich. So verstanden ist er auch nicht vollendbar oder gar vollendet, sondern prinzipiell unabgeschlossen und beginnt in mehr oder weniger umfassenden Schüben immer wieder sozusagen von Neuem [...].“

sind. Als Politiker ist man somit in der Situation, komplexe Bürokratie als komplexe Organisation einerseits zu repräsentieren und ihr ‚vorzustehen‘, andererseits stets zu versuchen, ‚seinen Bürgern‘ einfache und langfristige Lösungen für komplexe Probleme anbieten zu wollen.

Abnehmende Legitimität der Experten

Diese Gemengelage korrespondiert mit einem zweiten Aspekt, der in der Soziologie schon länger auf verschiedenen Feldern diskutierte Aspekt der abnehmenden Legitimität des Experten (vgl. hierzu exemplarisch Olk 1986, Pfadenhauer 2003 sowie Dunkel/Voß 2004). Der Legitimationsdruck des Politikers ist aufgrund der oben genannten Situation entsprechend hoch. Umso stärker wirkt dann der Umstand, dass er selbst ebenfalls in komplexen Zusammenhängen steht, die es erst einmal zu sortieren und zu verstehen gilt.¹² Insofern, als der Politiker selbst also in einem Gewirr bürokratischer Zuständigkeiten, Paragraphen – ganz abgesehen von anderweitigen Fragen oder gar privaten Problemen – und so ganz allgemein gesprochen Handlungsproblemen steckt, ist seine Souveränität und Legitimität als solche schon immer problematisch. Mit anderen Worten: Die allgemein durch stetige Modernisierungsschübe fortschreitende Komplexitätserhöhung, Differenzierung und Vervielfältigung des alltäglichen Lebens, die möglichen daraus entstehenden Handlungsprobleme und deren Lösung, die noch immer vor allem der Politik überantwortet sind, trifft den einzelnen politisch Verantwortlichen in einer Zeit abnehmender Legitimität als Experte umso härter.¹³

¹² Insofern könnten jene Fragen an sich selbst, die Hitzler dem sogenannten „Bastelexistentialisten“ zuschreibt, auch von einem Politiker stammen: „Was kommt denn nun wieder auf mich zu?“, „Was ist hier eigentlich los?“, „Was mach‘ ich da jetzt wieder draus?“ (Hitzler 1999: 98)

¹³ In einem allgemeineren, professionssoziologischen Zusammenhang hat insbesondere Michaela Pfadenhauer in Pfadenhauer 2006 auf dieses Problem hingewiesen.

„Aufstand des Publikums“ als verschärfte Anspruchshaltung

Eine nochmalige Verschärfung erfährt jene Problemstellung durch eine bereits angedeutete Entwicklung, nämlich dass sich Politik, wie vermutlich nahezu jedes andere öffentliche Gesellschaftssystem auch, in den letzten Jahrzehnten durch eine allgemeine Hinwendung zum Publikum – verschärft oder gar hervorgebracht durch die modernen Techniken der Massenmedien – in einer besonders ambivalenten Situation wiederfindet. Einerseits nämlich versucht der Politiker durch Nutzung verschiedenster Medien die Selbstinszenierung und eigene Arbeit kontinuierlich nach außen zu tragen, andererseits trifft er dabei auf ein Publikum, das durch die gleichen technischen Möglichkeiten der Informationssuche mehr und mehr eigene Sachkenntnis erlangt. Zusammenfassen kann man diese Situation dann mit einem Schlagwort, das sich bei Jürgen Gerhards in seinem gleichnamigen Artikel mit dem *Aufstand des Publikums* findet. Gerhards versucht dabei, anhand verschiedener Gesellschaftssysteme vermehrt die Ansprüche der Menschen auf Teilhabe zu belegen. Dabei bezieht er sich unter anderem auch auf die Politik unter den nun schon angesprochenen Bedingungen moderner Gesellschaft: „Die Rechte und Inklusionsansprüche der Laien sind im Verhältnis zu den Autoritätsrollen in fast allen Bereichen gestiegen, die Reduktion auf einen recht selektiven Rollenzuschnitt ist aufgeweicht worden, Bürger melden sich als Personen zu Wort, ein *Aufstand des Publikums* hat stattgefunden: Patienten lassen sich nicht mehr einfach verarzten, sondern wollen psychosozial betreut werden, Richter müssen mehr als zuvor das soziale Milieu und die Sozialisationsbedingungen des Angeklagten und damit die jeweilige Gesamtperson berücksichtigen, Schüler und ihre Eltern fordern Mitsprachemöglichkeiten, und Staatsbürger lassen sich nicht auf die Wählerrolle reduzieren, sondern wollen bei möglichst vielen Entscheidungen mitreden.“ (Gerhards 2001: 167. Vgl. hierzu auch Stichweh 1988. Auch auf die weitere, von Gerhards bezüglich der Politik genannte Literaturlage sei hier verwiesen; vgl. Gerhards 2001: 175ff.) Dieser verstärkte Anspruch des Publikums – in der Politik eben der Bürger selbst –, führt dann im Rahmen politischer (Selbst-)Verwaltung zu einem verstärkten Anspruch auf Teilhabe am öffentlich-politischen Geschehen, vor allem deshalb, weil Politiker als

Verwalter natürlich in zentraler Weise ‚für die Bürger‘ auch tatsächlich da sind. Entscheidend ist, dass dieses Interesse an Politik korrespondiert mit dem vermehrten Vorhandensein moderner Massenmedien, die jene veränderten Ansprüche gegenüber dem Politiker nochmals verstärken und so die Komplexität, innerhalb dessen Politik überhaupt möglich ist, erhöht. Interessant ist dabei auch der Hinweis Ulrich Sarcinellis und Jens Teschers, dass es in diesem Zusammenhang keineswegs nur um massenmedial ver- und ermittelte Kommunikationskanäle gehen kann, sondern es „betrifft vor allem den eher medienfernen, halböffentlichen oder gar internen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess und es betrifft auch die darin involvierten Akteure, die unter sehr unterschiedlichen institutionellen Kontextbedingungen agieren, kommunizieren und entscheiden.“ (Sarcinelli/Tescher 2008: 8) Hier wird der Fokus auf eine wichtige soziologische Frage gelenkt. Es sind weniger die Zeitungsmeldungen, aufgemachten Pressemitteilungen oder gar theaterähnlichen (Pseudo-)Auseinandersetzungen in einem Plenum wie dem Deutschen Bundestag, die bei der Erforschung der Handlungsentwürfe von Politikern wichtig sind. Vielmehr geht es mit Sarcinelli und Tescher gedacht darum, wie bereits *vorher* allein das Wissen um die Präsenz der Massenmedien auf die Handlungsentwürfe von Politikern wirkt.¹⁴ Wichtig ist daher eher das Funktionieren von Politik (teilweise) unabhängig von medialer Aufgeladenheit oder, anders formuliert, wie sich Politiker mit entsprechenden Wissensbeständen ausstatten, um entsprechende Handlungen für sich zu entwerfen – und dies meist im grellen Licht medialer Aufmerksamkeit.

Damit kann der in dieser Arbeit verfolgte Gedanke folgendermaßen beschrieben werden: Während politisches Handeln im Rahmen einer modernen, ausdifferenzierten und so in vielerlei Weise komplexen Gesellschaft höchst kompliziert, aber durch bürokratische Hürden gleichzeitig sehr kleinschrittig und so nahezu wirkungslos erscheint, sind die verantwortlichen Politiker nichtsdestotrotz und gerade *wegen* jener Komplexität sowie unter den Bedingungen massenmedialer Aufmerksamkeits- und Publikumserwartungen in besonderer Weise dazu aufgefordert, große Lösungen in politischen Konflikten, die sowohl innen- wie außenpolitisch drängend erscheinen, zu

¹⁴ Vgl. hierzu auch den Artikel von Keppliner/Marx in diesem Band 188-209.

präsentieren. Wirken aber Gemeinwesen, Politik und Verwaltung und damit jene, die diese Sphären hauptberuflich zu gestalten haben, zunehmend anonym und auch ratlos, so lässt sich eine Art ‚Gegengift‘ am besten durch Rückbesinnung auf die vermeintlich grundlegenden Aufgaben von Politik selbst finden. Es muss in der Rolle des Politikers also offenbar versucht werden, die Bedeutung und Reichweite des eigenen Tuns wieder den Menschen zu vergewissern und deutlich zu machen, dass die Politik nach wie vor – oder wieder, oder immer noch – diejenige Sphäre ist, die politisch-gesellschaftliche Probleme *grundlegend* lösen kann. Das scheint insbesondere mit Bezug auf Werte wie Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zu bewerkstelligen zu sein – denn noch immer sind es jene, die politische Programme greifbar, politische Erfolge sichtbar, den Politiker selbst ehrbar machen. Die bei Hitzler anklingende Notwendigkeit einer „Mit-Repräsentation“ von Werten im politischen Kontext sowie die von Berger und Kellner angesprochene Notwendigkeit fundamentaler Sinnangebote in einer modernen Gesellschaft ergeben dann die Grundlage, auf der die zentralen Fragen dieser Arbeit gestellt werden können: Welche handlungsrelevante Bedeutung kommt fundamentalen Sinnangeboten wie Gerechtigkeit im heutigen (Alltags-)Kontext von Politikern konkret zu? Inwiefern sind diese Sinnangebote inhaltliche Aspekte, die über die Alltagsinszenierung des Politikers hinausgehen und *tatsächlich* als werthafte Fundierung Handlungen strukturieren und Handlungsentwürfe nahelegen? Und in gewisser Weise auch: Sind derartige Sinnangebote wie ‚Gerechtigkeit‘ *substantiell mehr* als nur leere Begriffe, mit denen der kluge und charismatische Politiker auf die Bedürfnisse ‚seiner Bürger‘ eingeht – um den Anforderungen komplexer und moderner Gesellschaft irgendwie Herr zu werden?

Es ist just diese Frage, die Hitzler mit seinen Gedanken rund um die Inszenierungsfähigkeiten und –mechanismen der Politik und des einzelnen Politikers nicht mehr beantwortet, ja nicht mehr beantworten kann. Als Ethnograph und teilnehmender Beobachter im Feld der Politik ist es letztlich kaum möglich, über das Beobachtete hinaus an jene Stelle zu kommen, an der der Politiker *selbst* auf mögliche Sinnangebote zurückgreift. So schließt Hitzler seine bereits angesprochenen Ausführungen zu Jürgen Möllemann auch mit folgenden Worten: „Unabhängig davon,

ob der Politiker *tatsächlich* sagt, was er denkt, oder gar *tatsächlich* glaubt, was er sagt, muß er nach bestimmten politikimmanenten Regeln handeln, wenn er als Politiker erfolgreich sein will.“ (Hitzler 1993: 70) Es ist genau diese Unabhängigkeit, die ich am Ende dieser Arbeit zumindest ansatzweise auch zu klären versuche. Neben den gleichsam typischen und als solchen *per se* wichtigen Aspekten alltäglicher Handlungen eines ‚Gerechtigkeitsmachers‘, die in erster Linie den Begriff der *Sinnkonstruktion* abzudecken versuchen, soll auch, in Anlehnung an die Worte Hitzlers, erörtert werden, ob und wann ein Politiker *tatsächlich* das glaubt, was er sagt. Genauer: In welchen Situationen kann der Politiker scheinbar nicht mehr anders, als in seinem Handlungsentwurf auf jene Sinnangebote, von denen er immer wieder spricht, *tatsächlich* selbst zurückzugreifen? Die eigentliche Forschungsfrage neben der alltagsspezifischen *Konstruktion* von Gerechtigkeit im politischen Alltagskontext erhält dann nochmals eine andere Dimension, die auch auf die *Konstitution* von Handlungsentwürfen verweisen soll: In welchen Situationen kommt ein Politiker in eine Art Krisensituation, in der man nicht mehr anders kann, als auf abstrakte Sinnangebote wie Gerechtigkeit zurückzugreifen, um wieder handlungsfähig zu sein? Welche Routinebrüche sorgen dafür, dass politisch Handelnde als eine Art ‚letztes Refugium‘ tatsächlich nur noch jene abstrakten Sinnangebote in Anschlag nehmen, nehmen *können*, die sie sonst vor allem als rhetorisches Mittel zur Stützung ihrer Alltagshandlungen und –entscheidungen nutzen? Wann wird – hier exemplarisch – Gerechtigkeit substantiell mehr als nur ein rhetorisches Mittel, sondern vielmehr ein zentraler Aspekt subjektiver *Sinnkonstitution*? Es ist dieses eine Frage, die nur ansatzweise erörtert und gelöst werden kann, eben *weil* sie in höchstem Maße auf subjektive Konstitutionsleistungen abhebt – doch genau das ist der spannende Aspekt an einer Ethnografie, wie sie hier geleistet wurde. Umso wichtiger ist dies auch deshalb, weil dadurch eine bisher kaum gestellte Frage beleuchtet wird und zeigen könnte, dass politische Sinnangebote wie Gerechtigkeit eben nicht nur als rhetorisches Mittel zur Sinnkonstruktion und Manifestation eigenen politischen Handelns in der politischen Arena da sind – und so gleichsam eine Art Ziel und *Schlusspunkt* politischer Handlungsfähigkeit bilden –, sondern gerade im Gegenteil in besonderen

Krisensituationen als *Anfangspunkt* eines Handlungsentwurfes fungieren. Eine derartige Frage soll zumindest angesprochen werden, um mögliche Folgefragen bereits zu umreißen. Unabhängig davon und in jedem Fall aber macht sie noch einen weiteren Aspekt deutlich: Je abstrakter und komplexer die Fragestellungen in diesem Zusammenhang klingen mögen, desto deutlicher wird, dass sie nicht mit ebenso abstrakten Antworten aus dem Lehnstuhl des Theoretikers heraus gelöst werden können. Fragen danach, was Akteure in besonderer Weise zum Handeln anleitet, sind ebenso Fragen danach, wie es dem je Einzelnen in einer Situation geht. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, im Feld jenen Akteuren in ihren Bedeutungszuschreibungen entsprechend nachzuspüren. Insoweit wird eine Annäherung an die Inhalte mithilfe der verschiedenen Methoden der Ethnographie notwendig.

1.4 Ethnographie als methodenpluraler Ansatz

Die Ethnographie ist ein im Feld der „qualitativen Sozialforschung“ aufzufindender Ansatz, dessen Grundidee die methodenplurale Exploration des jeweiligen Forschungsfeldes ist. Gerhard Flick weist jedoch im Handbuch *Qualitative Forschung* bereits zu Beginn darauf hin, dass die Bezeichnung „qualitative Sozialforschung“ eine Palette von Fächern abzudecken versucht, die von „Soziologie über Psychologie bis zu Kultur-, Erziehungs- und Wirtschaftswissenschaften [reicht], um nur einige Beispiele zu nennen.“ (Flick et.al 2012a: 13) Das eigentliche Interesse beschreibt Flick eine Seite später: „Qualitative Forschung hat den Anspruch, Lebenswelten «von innen heraus» aus der Sicht der handelnden Menschen zu beschreiben. Damit will sie zu einem besseren Verständnis sozialer Wirklichkeit(en) beitragen und auf Abläufe, Deutungsmuster und Strukturmerkmale aufmerksam machen.“ (a.a.O.: 14) Die Beschreibung „von innen heraus“ macht an dieser Stelle schon die Notwendigkeit eines wie auch immer gearteten Einfühlens in die Thematik, ein Mitmachen und in gewisser Weise gar ein Erleben deutlich. In Flicks komplementärem Einführungsband *Qualitative Sozialforschung* geht

es derweil gezielter um die konkreten Handlungsmöglichkeiten des Forschers. Die allgemeine Diskussion um Textverwendung und die mögliche Beschaffenheit sogenannter „qualitativer Forschungsdesigns“ weicht deshalb nach einer Weile der inhaltlichen Diskussion über die Frage des konkreten Umgangs mit dem Forschungsfeld – und ist damit näher an dem, was die Ethnographie als Forschungsansatz ausmacht. Wichtig dabei ist insbesondere das geflügelte Wort des „going native“, das die Suche nach der Innenperspektive im untersuchten Feld ausdrückt und so, wie Flick sagt, „den Blick auf das Besondere im Alltäglichen und in den Routinen im Feld ermöglicht.“ (Flick 2012b: 291) Im weiteren Verlauf spricht Flick entsprechend die einschlägigen Werke der zeitgenössischen Ethnographie-Forschung an, die die positive Lesart des „going native“ weiterführen und gegen eine allzu starre, gar einem festen Zeitplan folgende empirische Forschung im Feld argumentieren zugunsten „einer allgemeinen Forschungshaltung, mit der er [der Forscher; Anm. D.E] sich in der untersuchten Lebenswelt zurechtfinden soll.“ (a.a.O.: 298) Dieser Bezug auf das Zurechtfinden drückt im Allgemeinen eine Haltung im Feld aus, die sich – in Anlehnung an Hitzlers Begriff der „künstlichen Dummheit“ (vgl. Hitzler 1991b) – vor allem für diejenigen Wissensbestände interessiert, die die Menschen in ihrer je eigenen Subsinnwelt zur Strukturierung des Alltags als grundlegend erachten – wie scheinbar seltsam, unvernünftig, naheliegend oder unverständlich sie auch wirken mögen.

In diesem Zusammenhang macht Breidenstein mit seinen Kollegen im Buch *Ethnografie* deutlich, dass es sich bei der Ethnographie genau genommen auch nicht um eine Methode im strengen Sinne der griechischen Ursprungsbedeutung des Wortes, also einem stetig wiederkehrenden und daher gleich anzuwendenden Verfahren handelt: „Die Ethnografie ist aus Sicht der Autoren dieses Buches also eher eine Haltung und eine Forschungsstrategie, sich einem sozialen Phänomen empirisch so zu nähern, dass es sich dem Beobachter in seiner Vielfältigkeit, Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit zeigen kann. Diese Forschungsstrategie lässt sich nur bedingt methodisieren. Gefordert ist vielmehr eine Sensitivität, der sich die ethnografische Vorgehensweise unterordnet: Mit ihr reagieren Beobachter flexibel und anpassend auf die Erfordernisse ihres Feldes und dessen Teilnehmer, mit dem Ziel, Soziales zu

erkunden und zu erschließen.“ (Breidenstein et.al 2013: 8f.) Ein wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang insbesondere die bei neueren ethnographischen Ansätzen stets verdeutlichte Unterscheidung zum Forschungsprogramm der Ethnologie (wobei auch die Geschichte der Ethnologie keine geradlinige ist, sondern ebenfalls von unterschiedlichen Schulen und Ansätzen gekennzeichnet war. Vgl. a.a.O.: 13ff.) In jedem Fall allerdings war es das genuine Interesse der Ethnologen, fremde – und das heißt in diesem Zusammenhang vor allem räumlich weit entfernte – Kulturen besser kennenzulernen, wobei die methodische Ausrichtung von anfänglichen Berührungsgängsten mit den ‚Wilden‘, die zum berühmten Bild des Feldforschers im Lehnstuhl führten, bis hin zu Denkern wie insbesondere Bronislaw Malinowski reicht, der besonders in seinen späteren Forschungsphasen mehr und mehr der Überzeugung war, dass „Ethnologen sich nicht mit Wissen aus zweiter Hand begnügen dürfen, sondern in unmittelbaren Kontakt mit den Angehörigen einer anderen Kultur Erfahrungen über deren Lebensweise sammeln müssen.“ (a.a.O.: 16; vgl. direkt auch Malinowski 1922: 21) Betreibt man als Forscher Ethnographie, so ändert sich in erster Linie der Forschungsschwerpunkt, weniger das mit Malinowski beschriebene Interesse am Fremden selbst. Mit anderen Worten: Der Ethnograph verlegt den Schwerpunkt gewissermaßen wieder ‚zurück‘ in die eigene Gesellschaft, die *als* moderne Gesellschaft teils genauso komplex und fremd erscheint wie eine als solche aufgefasste fremde Kultur. Als ein, mit Hitzler gesprochen, „Ethnologe der eigenen Gesellschaft“ (vgl. Hitzler 1999b) ist der Ethnograph also in erster Linie an derjenigen Gesellschaft interessiert, die ihn umringt und ihm scheinbar bekannt ist, wobei diese im Sinne einer Ansammlung unterschiedlichster und je nach eigenen Regeln und Relevanzen strukturierter Subsinnwelten auf verschiedenste Weise exploriert werden kann, sofern man sich darauf einlässt. Im Sinne des Gedankens, das Fremde könne an jeder Ecke aufgefunden werden, geht es dem Ethnographen in dieser Denkweise also um eine *Befremdung der eigenen Kultur*, wie der Sammelband von Klaus Amann und Stefan Hirschauer zusammenfasst. In den Worten der Autoren: „Im Unterschied zur Konzentration auf beweisführende Tatsachenfeststellungen oder selbstinduzierte theoretische Problemlagen ist die Ethnographie durch einen Erkenntnisstil gekenn-

zeichnet, der in einer zunächst naiv anmutenden Weise auf (disziplinäre) Wissensinnovation zielt: es ist der des *Entdeckens*.“ (Hirschauer/Amann 1997: 8) Oder an anderer Stelle, die die Grundidee der Ethnographie auf den Punkt bringt: „Dessen Prämisse ist die Unbekanntheit gerade auch jener Welten, die wir selbst bewohnen.“ (a.a.O.: 9.)¹⁵ Der Kerngedanke einer Ethnographie, wie sie im Anschluss an Hirschauer/Amann vertreten wird, impliziert dann vor allem eine Haltung im Sinne der Befremdung des scheinbar Bekannten: „Darüber hinaus lassen sich aber auch allgemein zugängliche Bereiche der Alltagserfahrung, z.B. städtische Öffentlichkeiten, unter der Prämisse des zu entdeckenden Unbekannten betrachten. Das weitgehend Vertraute wird dann betrachtet *als sei es fremd*, es wird nicht nachvollziehend verstanden, sondern methodisch *›befremdet*: es wird auf Distanz zum Beobachter gebracht.“ (Hirschauer/Amann 1997: 12) Es geht folglich darum, jene Alltagsaspekte, die man zu kennen *glaubt*, eben *weil* man in gewisser Weise von ihnen betroffen ist, auf ‚neue‘, grundlegendere Weise zu explorieren und strukturelle Funktionsweisen jener kleinen sozialen Lebenswelten auszumachen und davon auszugehen, dass kulturelle Phänomene unserer eigenen Gesellschaft ebenso neu entdeckt und verstanden werden können.

Eine andere Lesart der Ethnographie schlagen derweil Michael Dellwing und Robert Prus vor. Diese unterscheidet sich zunächst nicht in ihrem wissenschaftlichen Anspruch, den Dellwing/Prus als Pragmatisten dahingehend formulieren, dass sie mit den großen Namen jener Strömung wie Dewey (vgl. beispielsweise Dewey 2001), Rorty (vgl. beispielsweise Rorty 1987) oder William James eine „umfassende Abkehr von [...] rationalistischen Prämissen“ (Dellwing/Prus 2012: 20) wie einer an sich existierenden

¹⁵ In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass Ethnographie nicht nur durch eine durch den Forscher selbst zu leistende Befremdung der je eigenen Kultur gekennzeichnet ist. Oftmals sind unterschiedlichste Forschungsfelder *selbst* durch verschiedenste Strategien, Codes und ‚Gatekeeper‘ als solche gekennzeichnet und damit nicht ohne weiteres jedem zugänglich. Vgl. hierzu Hammersley/Atkinson 1995: 41ff. Insoweit, als Felder selbst alleine durch den Zugang problematisch sind, kann auch von „externen Barrieren“ gesprochen werden. Vgl. hierzu Eisewicht/Emling/Grenz in Hitzler/Gothe 2014.

Natur der Dinge sowie einer Außenwelt fordern.¹⁶ Wie bereits bei Hirschauer/Amann sowie den anderen genannten Autoren deutlich wurde, geht es dem Ethnographen weniger um eine ‚Natur der Dinge‘ oder des Sozialen (wie es bei Emile Durkheim mit den „soziologischen Tatbeständen“ noch hieß), sondern mehr darum, ‚typische Wissensbestände‘ einer ‚kleinen sozialen Lebenswelt‘ zu erfahren, um den Begriff Benita Luckmanns zu bemühen – wobei diese dann durchaus, im Sinne Durkheims, dessen Gedanke noch bei Berger/Luckmann stark vertreten ist, wie eine Art Natur *wirken* kann. Interessant für ein Verständnis verschiedener ethnographischer Ansätze ist dabei, dass Dellwing/Prus mit der Übernahme des Pragmatismus ohne Umwege direkt in die ethnographische Praxis übergehen, will heißen von der theoretischen Überzeugung auf die Art und Weise des Betreibens von Ethnographie schließen. Mit anderen Worten: Ist Welt und Gesellschaft nur als prozesshafte Entwicklung ohne feste Grundlagen und Dinge ‚an sich‘ zu verstehen, so muss auch der Ethnograph an jenen ständigen Prozessen (im gesellschaftlichen Miteinander vor allem an Interaktionsprozessen) teilhaben. In Bezug auf Herbert Blumer formulieren Dellwing/Prus die Basis einer interaktionistischen Ethnographie aus, die davon ausgeht, „dass (1) Menschen gegenüber Bedeutungen handeln, die Objekte für sie haben, nicht gegenüber "nackten Objekten" (worunter auch Menschen fallen, wobei wir deren "Bedeutung" dann üblicherweise "Identität" oder "Persönlichkeit" nennen). Außerdem, dass (2) diese Bedeutungen in sozialen Interaktionen aufkommen, nicht bereits vorentschieden sind. Zudem sind sie zwischen unterschiedlichen Situationen der Interaktion auch nicht notwendigerweise stabil, denn (3) Menschen gehen in konkreten Interaktionssituationen mit diesen Bedeutungen um und modifizieren sie, während sie problemlösend der Welt und den Bedeutungen anderer begegnen [...].“ (Dellwing/Prus 2012: 21) Ähnlich der bereits im Laufe des 19. Jahrhunderts durch John Dewey und in

¹⁶ Auch Standardwerke zu oder über Ethnographie teilen diese Haltung nahezu ausnahmslos. Hammersley und Atkinson, die in ihrem Werk *Ethnography* weitestgehend auf einen eigenen theoretischen Einschlag verzichten, stellen zu Beginn ebenfalls eine Diskussion zu Naturalismus, Positivismus und allerlei mehr „-ismen“ vor, um deutlich zu machen, dass es Ethnographen eigentlich nicht um irgendwelche ‚Dinge an sich‘ gehen kann. Vgl. hierzu Hammersley/Atkinson 1995: 9ff.

der Sozialpsychologie George Herbert Meads¹⁷ ausformulierten Idee des Symbolischen Interaktionismus geht es einer solchen Ethnographie, wie sie Dellwing/Prus vorschlagen, also darum, die aus alltäglichen Interaktions- und Kommunikationssituationen resultierenden Handlungen in ihrer Entstehung zu analysieren.¹⁸ Dabei wird der Interaktion selbst eine besondere, ja für Handlungen konstitutive Rolle zugesprochen. Konkret: Die jeweilige und ständige Bezugnahme aufeinander in Interaktions- und Kommunikationssituationen ist für eine interaktionistische Position entscheidend. Entsprechend dieser Fokussierung ist auch das Interesse der ethnographischen Forschung bei aller von Dellwing/Prus auch stets betonten Offenheit des Forschungsprozesses selbst eindeutig. Es geht insbesondere darum, was in jeweiligen Situationen – gestisch, mimisch, durch Verlautbarungen jedweder Art – gesagt und so getan wird. Dementsprechend stehen auch – und dies eben im Unterschied zum bisher Gesagten – nicht die Wissensbestände des je Einzelnen im Zentrum ethnographischer Forschung, sondern vielmehr das, was in der Situation jeweils tatsächlich und oftmals zumindest auch beobachtbar geschieht. Just das allerdings scheint auch ein Problem des Ansatzes und überhaupt der theoretischen Ausrichtung zu sein. Insofern, als der Ethnograph am Gesprochenen oder wie auch immer kommunikativ Geäußerten interessiert ist, liegt die Gefahr nahe, dass die Wissensbestände, die in jeweiligen Situationen zuallererst zu Handlungen führen, vernachlässigt werden. Mit anderen Worten: Legt man den Fokus allzu sehr auf Interaktionssituationen, so ist noch nichts – in der Berger/Luckmann'schen Tradition der neuen Wissenssoziologie – darüber gesagt, was das Handeln in jenen Situationen überhaupt *konstituiert*. Dieser Aspekt ist in einer solchen ethnographischen Haltung zu

¹⁷ Neben Meads Hauptwerk *Mind, Self and Society*, das allerdings zum großen Teil aus Mitschriften seiner Studenten besteht, sind vor allem seine gesammelten Aufsätze von großer Bedeutung für die Ausbildung des Pragmatismus sowie des darauf Bezug nehmenden Symbolischen Interaktionismus. Beispiele wären die Aufsätze „Soziales Bewußtsein und das Bewußtsein von Bedeutungen“ oder „Die soziale Identität“ in Mead [1910, 1913] 1987a sowie „Eine pragmatische Theorie der Wahrheit“ in Mead [1929] 1987b.

¹⁸ Noch heute ist dies mit dem vor allem durch Hubert Knoblauch vorgebrachten „Kommunikativen Konstruktivismus“ eine verbreitete Haltung. Vgl. hierzu auch Keller/Knoblauch/Reichert 2012.

wenig berücksichtigt, weshalb hier auch im Folgenden der Ansatz der Lebensweltlichen oder Lebensweltanalytischen Ethnographie insbesondere in Anlehnung an Alfred Schütz' Protozoziologie sowie der darauf gründenden neueren Wissenssoziologie verfolgt wird.

1.5 Theoretische Ausrichtung

Im Zusammenhang mit der Beschreibung von Ethnographie als Forschungs- und Denkstil beziehungsweise Haltung im Feld spricht Breidenstein auch von einer „Alltagssoziologie“ (vgl. Breidenstein 2013: 25), womit er jene Ansätze meint, die sich besonders für den Alltag der Menschen sowie die Funktionsweisen, Objektivationen und anderen Mechanismen, die denselben am Laufen halten, interessieren. Besondere Bedeutung kommt Breidenstein zufolge Alfred Schütz zu, der in besonderer Weise die Rolle des Alltagswissens für die Soziologie fruchtbar gemacht hat: „Er ist gewissermaßen der Entdecker des Alltagswissens in der Soziologie, das diesem Fach das chronische Problem beschert, dass man in seinem Gegenstandsbereich ›immer schon Bescheid‹ weiß über die Gegenstände des Faches. Schütz machte klar, dass Soziologinnen nicht wie Ethnologen erst die Binnenperspektive einer Gesellschaft *suchen* müssen, sondern dass sie immer schon von der beschränkten Binnenperspektive ihrer Gesellschaft *ausgehen* und ihr auch stark verhaftet bleiben. Das Alltagswissen ist für Schütz das Geflecht von Handlungs- und Denkweisen, die uns zur Gewohnheit geworden sind und unserem Leben so eine bewusstlose, feste Ordnung geben.“ (a.a.O.: 26) Diese Beschreibung ähnelt jener Analyse, die Thomas Luckmann bereits im Vorwort des Schütz'schen Grundlagenwerks *Strukturen der Lebenswelt* vornimmt und deutlich macht, worum es Schütz mit seiner Protozoziologie im Kern geht, nämlich um die „genauen Analysen der Objektivierungen menschlicher Bewußtseinstätigkeit und deren wichtigster Ergebnisse, nämlich der Typisierungen und Zeichen und Symbole in intersubjektiver Kommunikation [...]“. (Schütz/Luckmann 1979:

15). Mit den Worten Hitzlers: „Verstehen im Sinne der verstehenden Soziologie stellt uns vor die Aufgabe, die Welt so zu erfassen, wie der Andere, den ich verstehen will, sie erfährt.“ (Hitzler 1988: 20) Diese Stelle ist deshalb so zentral, weil sie nicht nur wesentliche Gedanken der Schütz'schen Position vorab benennt, sondern darüber hinaus auch die im Anschluss an Schütz von Berger und Luckmann weiterentwickelte neuere Wissenssoziologie und deren theoretisches Interesse beschreibt, das eine besondere Auslegung jener von Breidenstein so benannten „Alltagssoziologie“ ist und im Folgenden als jener Ansatz fungiert, der hier die theoretische Grundlage für das empirische Vorgehen bildet. Es geht also allgemein gesprochen um die Beschreibung und Analyse solcher Objektivierungen, die den Einzelnen bewusstseinsmäßig dazu anleiten, Handlungen im Rahmen gesellschaftlicher Alltagssituationen auf bestimmte Art und Weise auszuführen. Wie diese Objektivierungen entstehen, inwiefern sie den Einzelnen zum Handeln anleiten und welche Folgen daraus entstehen, das ist der Kern der Schütz'schen Protozoziologie, die gemäß dieser Beschreibung grundsätzlich früher ansetzt als andere soziologische Ansätze. So geht es beispielsweise in Max Webers Handlungstheorie vor allem um die Erklärung einer Handlung durch ein entsprechendes Motiv, während Schütz eben *vor* dem bei Weber scheinbar gesetzten Motiv bereits die Frage stellt, wie jenes überhaupt in die Bewusstseinsströme des Handelnden gelangen konnte. Einschlägig ist hierzu die folgende Analyse durch Schütz selbst, die er im Vorwort und den ersten Kapiteln seines Werkes *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt* entfaltet: „Tiefere Überlegungen haben vor allem bei Webers Zentralbegriff des subjektiven Sinns einzusetzen, der nur ein Titel für eine Fülle wichtigster Probleme ist, die Weber nicht weiter analysiert hat, wenn sie ihm auch gewiß nicht fremd waren. Fast alle diese Probleme hängen mit dem nur in streng philosophischer Selbstbesinnung erschließbaren Phänomen der Erlebniszeit (des inneren Zeitsinnes) auf das engste zusammen. Erst von diesem aus kann die höchst komplizierte Struktur geisteswissenschaftlicher Grundbegriffe, wie Selbstverstehen und Fremdverstehen, Sinnsetzung und Sinndeutung, Symbol und Symptom, Motiv und Entwurf, Sinnadäquanz und Kausaladäquanz, vor allem aber das Wesen der ideal-typischen Begriffsbildung und damit der besonderen Einstellung der Sozialwissenschaften zu ihrem Gegenstand

klargestellt werden.“ (Schütz [1932] 1974: 9) Das ist Schütz' Ansatzpunkt, die eigene theoretische Grundlegung zu beginnen.

1.5.1 Alfred Schütz' Protozoziologie als theoretische Grundlage

Zunächst macht Schütz deutlich, dass er die Grundidee Webers, nach der jede Handlung mit einem subjektiven Sinn und so einem Motiv verbunden ist, teilt. Schon das ist bemerkenswert, bedenkt man, dass in der Zeit der Entstehung des Schütz'schen Werks mit dem durch die Chicago School hervorgebrachten Symbolischen Interaktionismus einerseits sowie einer an Durkheim orientierten, später strukturfunktionalistisch weiterentwickelten Soziologie im Stile eines Talcott Parsons alternative Ansätze vorherrschend waren (vgl. a.a.O.: 14 und Schütz' „Geständnis“, wie „großartig“ doch die Weber'sche Konzeption einer verstehenden Soziologie sei. Zu den anderen Ansätzen vgl. exemplarisch Kaesler 2006 und 2007.) Dennoch aber macht Schütz bei Weber ein in erster Linie wissenschaftstheoretisches Problem aus, nämlich die weitestgehend ungeklärte Frage, wie Weber als Soziologe und Beobachter von klar abgegrenzten Motiven, die dann zu einer jeweiligen Handlung führen, wissen kann – und damit zwangsläufig, wie er auf dieser Basis klar unterscheiden kann zwischen Motiv, Handlung, Sinn und Handlungsfolgen: „Weber macht zwischen Handeln als Ablauf und vollzogener Handlung, zwischen dem Sinn des Erzeugens und dem Sinn des Erzeugnisses, zwischen dem Sinn eigenen und fremden Handelns bzw. eigener und fremder Erlebnisse, zwischen Selbstverstehen und Fremdverstehen keinen Unterschied. Er fragt nicht nach der besonderen Konstitutionsweise des Sinnes für den Handelnden, nicht nach den Modifikationen, die dieser Sinn für den Partner in der Sozialwelt oder für den außenstehenden Beobachter erfährt, nicht nach dem eigenartigen Fundierungszusammenhang zwischen Eigenpsychischem und Fremdpsychischem, dessen Aufklärung für die präzise Erfassung des Phänomens »Fremdverstehen« unerlässlich ist.“ (Schütz [1932] 1974, 15) Der Kritikpunkte gibt es für Schütz also viele, jedoch lassen sie sich alle auf das angesprochene erkenntnistheoretische Problem der

Frage, wie der Soziologe als Beobachter was wissen kann, beziehen; oder wie Schütz selbst sagt geht es „um den wesensmäßigen Unterschied insbesondere zwischen der Selbstinterpretation der Erlebnisse durch das eigene Ich und der Interpretation fremder Erlebnisse durch das deutende alter ego.“ (a.a.O.: 16) Für Schütz birgt dieses Grundproblem vor allem die Gefahr einer „ungeprüfte[n] Hinnahme des im täglichen Leben »Selbstverständlichen«“ (a.a.O.: 17) und somit der Verfehlung des eigentlichen Gegenstandes einer verstehenden Soziologie – was impliziert, dass es eben nicht die großen Begriffe der Geistesgeschichte sind, die den Soziologen laut Schütz interessieren sollten, sondern dasjenige, was allzu oft als bekannt vorausgesetzt wird – jene Wissensbestände des Alltags, die für unsere Handlungen konstitutiv sind. Mit anderen Worten: Die Bewusstseinsströme, die man jedermann als Mensch zuschreibt und als solche voraussetzt, sind eigentlich das, was Schütz genuin interessiert und seiner Ansicht nach eine verstehende Soziologie auch interessieren sollte.

Insofern, als diese Bewusstseinsströme – die Schütz in den *Strukturen der Lebenswelt* mit dem zentralen Begriff der (alltäglichen) „Lebenswelt“ belegt – den Kern subjektiven Handelns bilden, müssen diese dann auch die Grundlage einer Soziologie bilden, die an der Analyse derselben interessiert ist: „Die Wissenschaften, die menschliches Handeln und Denken deuten und erklären wollen, müssen mit einer Beschreibung der Grundstrukturen der vorwissenschaftlichen, für den – in der natürlichen Einstellung verharrenden – Menschen selbstverständlichen Wirklichkeit beginnen. Diese Wirklichkeit ist die alltägliche Lebenswelt.“ (Schütz/Luckmann 1979: 25) Ein weiterer, von Schütz zu Beginn angesprochener Aspekt, ist dabei die Intersubjektivität der Lebenswelt, also die Annahme, dass in der Lebenswelt jedes Einzelnen noch andere Menschen existieren, die ebenfalls eine solche haben. Dies ist – daneben, dass andernfalls ein kaum zu lösendes Solipsismusproblem vorhanden wäre, das genau genommen die Soziologie als Wissenschaft *per se* obsolet machen würde – auch deshalb wichtig, weil die Existenz anderer auch auf die Formbarkeit der Lebenswelt hinweist. Schütz: „Die Lebenswelt, in ihrer Totalität als Natur- und Sozialwelt verstanden, ist sowohl der Schauplatz als auch das Zielgebiet meines und unseres wechselseitigen Handelns. Um unsere Ziele zu verwirklichen, müssen wir ihre

Gegebenheiten bewältigen und sie verändern. Wir handeln und wirken folglich nicht nur innerhalb der Lebenswelt, sondern auch auf sie zu.“ (a.a.O.: 28.)¹⁹ Diese Feststellung hat für das weitere Verständnis der Aufgabe, die Lebenswelt Einzelner zu analysieren, weitreichende Folgen: Geht man davon aus, dass jeder Einzelne in mehr oder weniger starker Weise seine Lebenswelt verändert oder modifiziert, handelt es sich bei gesellschaftlicher Ordnung, die als Sammelsurium verschiedenster Objektivationen den Handlungsrahmen bildet, genau genommen um eine Konstruktion. Bereits an dieser Stelle wird die Entwicklung der neueren Wissenssoziologie vor allem nach Berger/Luckmann, die in der Tradition Schütz'ens steht, deutlich.²⁰ In diesem Zusammenhang ist das auch deshalb wichtig, weil damit ein konkretes Verständnis von Soziologie im Sinne einer Phänomenologie dahingehend verbunden ist, dass ein Soziologe, der die Lebenswelt anderer zumindest im Grundsatz verstehen will, dieses nur bewerkstelligen kann, wenn er zu einem gewissen Maß diese selbst übernimmt und so versucht, alltägliche Handlungsweisen, Routinen und Relevanzsetzungen herauszuarbeiten, genauer, zu *erleben*. Das von Schütz angesprochene „pragmatische Motiv“ (Schütz/Luckmann 1979: 28) meint dabei genau dieses: Welche Schwerpunkte setzt der Einzelne, um seinen Alltag pragmatisch zu bewerkstelligen? Welche Besonderheiten sind dabei in seiner Lebenswelt zu finden und inwiefern sind diese verallgemeinerbar oder zumindest so zu abstrahieren, dass bestimmte Handlungstypen in der Tradition Max Webers erkennbar und benennbar sind? Auch umgekehrt gilt die Typenhaftigkeit für den Einzelnen, wenn er mithilfe früherer Erfahrungen seine Welt entsprechend auslegt. Wichtig sind also bereits gemachte Erfahrungen, die insoweit, als

¹⁹ In diesem Zusammenhang sei auch verwiesen auf die sogenannte „Generalthese der wechselseitigen Perspektiven“, die bezüglich einer zumindest prinzipiell möglichen Vertauschbarkeit der Standpunkte ebenfalls ausdrückt, dass die fraglos angenommene Lebenswelt von (nahezu) jedermann angenommen wird und somit ein sozialer Austausch zwischen verschiedenen Ichs schon im Kern des menschlichen Bewusstseins angelegt ist. Vgl. a.a.O.: 89ff.

²⁰ Vgl. hierzu Berger/Luckmann [1969] 2010: 22: „Die geeignete Methode scheint uns die phänomenologische Analyse zu sein, ein rein deskriptives Verfahren und als solches zwar »empirisch«, aber nicht »wissenschaftlich« – jedenfalls nur in dem Sinne wissenschaftlich, in dem auch wir das Wesen einer empirischen Wissenschaft verstehen.“

sie besonders relevant sind, Teil eines Wissensvorrates werden: „All diese mitgeteilten und unmittelbaren Erfahrungen schließen sich zu einer gewissen Einheit in der Form eines Wissensvorrats zusammen, der mir als Bezugsschema für den jeweiligen Schritt meiner Weltauslegung dient.“ (a.a.O.: 29) Die Lebenswelt des Einzelnen als subjektiver Bewusstseinsstrom bildet also die Grundlage der Alltagswelt, wie wir sie laut Schütz auffassen und erleben. Einzelne Aspekte der Lebenswelt nun zu beschreiben sowie darauf aufbauend eine Gesamtbeschreibung des Zusammenhangs zwischen Lebenswelt, Wissen und Gesellschaftsordnung vorzunehmen, ist die weitere Aufgabe seines Werks.

Ein zusätzlicher Aspekt in der Beschreibung der Schütz'schen Position ist die Erläuterung verschiedener Strukturelemente der (Alltags-)Umgebung des Einzelnen. Wichtig ist zum Beispiel der Hinweis auf die „Zwangsläufigkeit der Weltzeit“ (vgl. a.a.O.: 75ff.), also der Hinweis, dass uns gewisse Dinge wie eben eine Zeitstruktur scheinbar unabänderlich auferlegt sind. Das gilt einmal für „natürliche Dinge“ wie die Heilung von Wunden, dem Wachstum von Pflanzen und natürlicher Rohstoffe oder ähnlicher Dinge. Nicht minder starke Strukturelemente der Zeit aber scheint es auch bei sozialen Faktoren zu geben. Berger/Luckmann sprechen verschiedenste Beispiele an, die alle auf die Zeitlichkeit als „Domäne des Bewußtseins“ (vgl. Berger/Luckmann [1969] 2010: 29) abzielen und so deutlich machen, dass das Warten auf die Heilung nach einer Verletzung (natürlicher Faktor) ebenso ‚determiniert‘ ist wie das Warten auf die Ausstellung gewisser Dokumente und dergleichen (vgl. ebd), was eine zutiefst soziale Situation ist, weil es sich um eine bürokratische und so durch Menschen zu erledigende Aufgabe handelt.

Ein weiteres zentrales Strukturmoment des alltäglichen Lebens ist für Schütz die Erfahrung des Anderen in der „Du“- und „Wir-Beziehung“ (vgl. Schütz/Luckmann 1979: 90f.). Neben dem bereits angesprochenen Hinweis darauf, dass der Andere und so Gesellschaft selbst schon immer da sind, bieten jene „Du“- und „Wir-Beziehungen“ auch immer die grundlegende Möglichkeit zur Reflexion seiner selbst (a.a.O.: 93), die sich im wechselseitigen Spiegelungsprozess, den Schütz durchaus in direktem Bezug zu dem Symbolischen Interaktionismus (so der Verweis auf Cooley a.a.O.: 96) sieht, offenbart.

Darin liegt letztlich auch der Kern der Möglichkeit, die Grundstruktur sozialen Handelns des Anderen zu verstehen, begründet: „Ich kann die Erfüllung oder das Mißlingen der konkreten Entwürfe des Mitmenschen im Verlauf seines Handelns beobachten. Dagegen kann ich außerhalb der Wir-Beziehung aufgrund meines Wissensvorrats die objektiven Chancen für die Erfüllung bestimmter Handlungsziele, die von typischen Akteuren entworfen werden, zwar kalkulieren und typischen Handlungsergebnissen zuordnen. Ich kann aber nur im Verlauf der gemeinsamen Erfahrungen das Resultat der Handlung eines Mitmenschen unmittelbar und in Bezug auf sein Bewußtseinsleben erfassen, da ich den Ablauf des Handelns miterlebe.“ (a.a.O.: 97) Dieser Hinweis ist entscheidend, um die Wichtigkeit eines *allgemeinen* Wissensvorrats, auf dem soziale Handlungen basieren, zu verdeutlichen. So scheint es laut Schütz über die Wir-Beziehung zum Anderen neben der gegenseitigen Verständigung letztlich auch eine Möglichkeit zur Verständigung über Wissensbestände und somit der *gemeinsamen* Erfahrung zu geben. Gerade für die hier verhandelten Aspekte alltäglichen Handelns in der Politik und der Bezug auf abstrakte Werte ist jener Aspekt gemeinsamer Erfahrung wichtig. Ähnlich ist dies auch bei der von Schütz so genannten „mittelbare[n] Erfahrung der Sozialwelt“ (vgl. a.a.O.: 98ff.), die gerade im Kontext politischer Fragestellungen und Entscheidungsfindungen relevant wird, da Schütz hier Bezug nimmt auf das, was er „Zeitgenossen“ nennt, also dem Handelnden unbekannte Menschen, die jener aber dennoch – zumindest als politisch Verantwortlicher – in seine Entscheidungen einbeziehen muss. Gerade im Zusammenhang mit Gerechtigkeit könnte dies wichtig sein, da als solche verstandene ‚gerechte Handlungen‘ oftmals jeden gleichermaßen betreffen sollen, *gerade* ob man ihn kennt oder auch nicht. Das heißt: Die Orientierung in Handlungsentwürfen an Zeitgenossen im Sinne Schütz‘ ist ein wichtiger Aspekt, den es zu bedenken gilt.

Kommt man genauer auf die eigentlichen Elemente zu sprechen, die die subjektiven Handlungsentwürfe ausmachen, so ist der Begriff des Wissens zentral. So schreibt Schütz: „Der lebensweltliche Wissensvorrat ist in vielfacher Weise auf die Situation des erfahrenden Subjekts bezogen. Er baut sich auf aus Sedimentierungen ehemals aktueller, situationsgebundener Erfahrungen. Umgekehrt fügt sich jede aktuelle

Erfahrung je nach ihrer um Wissensvorrat angelegten Typik und Relevanz in den Erlebnisablauf und in die Biographie ein. Und schließlich wird jede Situation mit Hilfe des Wissensvorrats definiert und bewältigt.“ (a.a.O.: 133) Das heißt: Der Wissensvorrat ist zunächst einem einzelnen Subjekt eigen und speist sich aus Erfahrungen und Sedimentierungen (älteren, habitualisierten Erfahrungen). Daraus entsteht mit der Zeit eine jedem eigene Typik von Handlungsweisen, die je nach Erfahrungen eine bestimmte Relevanzstruktur erhält und letztlich dazu führt, dass nahezu jede Situation durch mehr oder weniger starken Bezug auf den Wissensvorrat definiert oder zumindest eingeordnet wird. Das heißt: Der Wissensvorrat ist letztlich *die* zentrale Kategorie subjektiver Bewusstseinsströme, die den Einzelnen dazu anleitet und ihm hilft, in Alltagssituationen zu handeln oder zumindest handlungsfähig zu sein.²¹ Aus diesem Grund ist es, gemäß Schütz, die Aufgabe des Soziologen, diesen Wissensvorrat möglichst in Bezug auf die jeweilige Forschungsfrage zu explorieren und entsprechend in der je eigenen Typik zu beschreiben.

Im weiteren Verlauf unterscheidet Schütz dabei verschiedene Formen von Wissen, die er alle mit dem Begriff der Routine zusammenbringt. Dabei wird deutlich, wie stark er bei jeder Form von Wissen die prinzipielle Prägnanz des Menschen betont. Ein erster Begriff ist in diesem Zusammenhang jener der „Fertigkeit“, womit Schütz vor allem „Funktionseinheiten der Körperbewegung“²² meint, also letztlich eine Form der Körperbeherrschung, die jedem einzelnen – wenn auch auf den ersten Blick gleich – in gewisser Weise eigen ist. Auf viel stärkere Weise ist das bereits beim „Gebrauchswissen“ der Fall, quasi-automatisierte Handlungsformen, die in keinerlei Weise mehr ein Problem darstellen und sich teilweise auch mit Fertigkeiten überschneiden. Beispiele von Schütz sind das Rauchen, Holzhacken, Rasieren etc., also allesamt Handlungen, die man einmal ‚gelernt‘ haben muss, mit der Zeit aber eben quasi-automatisch auszuführen weiß. Schließlich kommt Schütz auf das „Rezeptwissen“ zu sprechen, jenes Wissen wie das Spurenlesen eines Jägers, das er eben schon

²¹ Zur Notwendigkeit dieser Anleitung aufgrund der Komplexität des Alltags moderner Gesellschaft vgl. auch das Kapitel „Die Vertrautheit der Wissens Elemente“ a.a.O.: 174ff.

²² Vgl. für diese Passage und die entsprechenden Begriffe a.a.O.: 140 ff.

gewissen Berufsgruppen oder – im Verständnis von moderner Gesellschaft gesprochen – gesellschaftlichen Subwelten zuschreibt. In jedem Fall zeigt diese Identifizierung und Differenzierung verschiedener Wissensformen, dass es eine stetige Verbindung von sedimentiertem und quasi-automatisiertem Wissen gibt, was dann konkret in Handlungsentwürfe und dem nicht mehr reflektierten Ausführen von Handlungen gerinnt. Der Grund, warum Schütz auf die Typisierung verschiedener Wissensformen so viel Wert legt, findet sich in dem, was in der neueren Wissenssoziologie nach Berger/Luckmann konkretisiert in dem Begriff der „Habitualisierung“ mündet, die den „psychologisch wichtigen Gewinn der begrenzten Auswahl“ bringt (Berger/Luckmann [1969] 2010: 57). Das heißt: Es geht mithilfe dieser Wissensbestände vor allem um die Bestimmung und Bewältigung konkreter (Alltags-)Situationen. Auch wenn, so Schütz, nahezu alle Alltagssituationen auf unendlich viele Weisen auslegbar zu sein scheinen, geht es mithilfe der Wissensbestände gerade darum, Handlungsweisen zu habitualisieren und so die möglichen Auslegungen zu vermindern auf letzten Endes *eine* konkrete Ausführung: „Das plan-bestimmte Interesse, das sich von der Planhierarchie des Lebenslaufs ableitet, begrenzt die Notwendigkeit der Situationsbestimmung. Die Situation braucht nur insofern bestimmt zu werden, als dies zu deren Bewältigung notwendig ist.“ (Schütz/Luckmann 1979: 149) Es zeigt sich: Es geht beim Wissen, wie es Schütz als Wissenssoziologe versteht, vor allem darum zu erklären, wie der Erwerb handlungsrelevanten Wissens von Statten geht, das zur Bestimmung und Bewältigung konkreter Alltagssituationen die notwendige (routinemäßige) Grundlage gibt. Zusammenfassend kann man mit den Worten von Schütz sagen: „Wissenserwerb ist die Sedimentierung aktueller Erfahrungen nach Relevanz und Typik in Sinnstrukturen, die ihrerseits in die Bestimmung aktueller Situationen und Auslegung aktueller Erfahrungen eingehen.“ (a.a.O.: 154)

1.5.2 „Neuere Wissenssoziologie“ als Weiterentwicklung: „Die Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“

Ein letzter wichtiger Aspekt der Schütz'schen Grundidee, der hier angesprochen werden soll, ist die Frage, inwiefern der am Subjekt ansetzende Erklärungsansatz von Schütz verallgemeinert und in Bezug auf die Untersuchung von Gesellschaft überhaupt fruchtbar gemacht werden kann – wie also diese Protozoologie auch auf Makroebene funktionieren kann. Die Antwort liegt darin deutlich zu machen, dass *alle* Formen von Wissen sozial geformt, von Gesellschaft selbst hervorgebracht sind: „Die Sedi- mentierung spezifischer Wissens Elemente im subjektiven Wissensvorrat ist sozial bedingt, und zwar in zweifacher Weise. Zum *ersten* sind die Vorgänge der Erfahrungs- sedimentierung, da sie auf den sozial bedingten subjektiven Relevanzstrukturen beruhen, mittelbar auch sozial mitbestimmt. Zum *zweiten* sind die spezifischen Wissens Elemente, die typischen »Inhalte« des subjektiven Wissensvorrates, weitgehend nicht in eigenen Auslegungsvorgängen gewonnen, sondern sozial abgeleitet. Das heißt, sie werden aus dem »gesellschaftlichen Wissensvorrat«, nämlich den sozial objektivierten Resultaten der Erfahrungen und Auslegungen anderer, übernommen.“ (a.a.O.: 293) Das heißt: Eine klare Trennung von ‚außen‘ und ‚innen‘, vom Subjekt einerseits und ‚der‘ Gesellschaft andererseits ist bei Schütz nicht vorzufinden. Vielmehr sind subjektive Relevanzsetzungen schon immer *auch* sozial geformt. In verschiedenen Ausprägungen erklärt Schütz im Anschluss die einzelnen Aspekte gesellschaftlicher Bedingtheit des subjektiven Wissensvorrates, so beispielsweise die wie er sagt „sozialen Vorgegebenheiten der biographischen Situation“ (a.a.O.: 294). Dieser Gedanke zeigt, dass alleine schon das In-der-Welt-Sein jedes Einzelnen in hohem Maße sozial vorgeformt ist. In gewisser Weise lässt sich diese Idee mit einem umfassenderen Aspekt erläutern, den Berger/Luckmann in der *Gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit* an den Beginn ihrer Analyse stellen und den sie mit Blick auf die anthropologischen Grundlagen des Menschen ausführen. Kern der Überlegungen ist die in gewisser Weise sehr simple, aber dennoch weitreichende Feststellung, dass der Mensch als einziges

biologisches Wesen nicht ‚fertig‘ – physisch wie psychisch – auf die Welt kommt.²³ Wichtig ist das, weil der Mensch auf diese Art und Weise bereits in seiner frühesten Entwicklung *als* Mensch das Dasein von Gesellschaft, gesellschaftlicher Ordnung und entsprechenden Wissensbeständen durch die Vermittlung der „signifikanten Anderen“ (wie Berger/Luckmann in Bezug auf Mead sagen, vgl. a.a.O.: 51) kennenlernt – und somit nur im Rahmen einer bereits funktionierenden sozialen Umwelt überhaupt Mensch *wird*: „Der Vorgang der Menschwerdung findet in Wechselwirkung mit einer Umwelt statt. [...] Das heißt, der sich entwickelnde Mensch steht in Verbindung nicht nur mit einer besonderen natürlichen Umwelt, sondern auch mit einer besonderen kulturellen und gesellschaftlichen Ordnung [...]“ (ebd.) Mit Schütz lässt sich dieser Gedanke so zusammenfassen: „Wir haben gefunden, daß der subjektive Wissensvorrat nur zum Teil aus »eigenständigen« Erfahrungs- und Auslegungsergebnissen besteht, während er zum bedeutenderen Teil aus Elementen des gesellschaftlichen Wissensvorrats abgeleitet ist. Da ferner gerade die wichtigsten Interpretations- und Motivationsrelevanzen »sozialisiert« sind – ganz abgesehen davon, daß die Ausbildung des subjektiven Wissensvorrats von vornherein durch eine »faktische« Sozialstruktur bedingt ist –, sind auch die »eigenständig« erworbenen Wissensbestandteile in den Gesamtzusammenhang eines weitgehend »sozialisierten« subjektiven Wissensvorrats eingebettet. Demnach kann von absolut »eigenständigen« Elementen im Wissensvorrat des normalen Erwachsenen nicht eigentlich die Rede sein.“ (Schütz/Luckmann 1979: 314) Vereinfacht gesagt: Das Erlernen und die Übernahme von Wissen findet in ständiger Wechselwirkung zwischen Subjekt und Gesellschaft statt und kann daher nicht getrennt voneinander verstanden werden.

Deshalb geht es Schütz in seiner Theorie darum zu erklären, wie das Verhältnis des gesellschaftlich ausgebildeten Wissensvorrats zum subjektiven Wissenserwerb und somit zum Bewusstsein des Einzelnen genauer beschaffen ist. Für Schütz findet jedes gesellschaftliche und damit für die Soziologie relevante Handeln innerhalb dieses Spannungsverhältnisses statt. Ein zentraler Begriff, der sich auch bei Berger/Luckmann

²³ Vgl. hierzu Berger/Luckmann [1969] 2010: 50 und der Verweis auf den Begriff des „extrauterinen Frühjahrs“.

findet, ist der der „Objektivierung“, für Schütz „allgemein die Verkörperung subjektiver Vorgänge in Vorgängen und Gegenständen der Lebenswelt des Alltags [...]“ (a.a.O.: 317), was er anschließend an einigen Beispielen, die Wanderung über einen Fluss oder das Feststellen der Temperatur von Wasser in einem Topf, beschreibt. Im Weiteren eröffnet Schütz dann zwei komplexere Stufen der Objektivierung, die nicht wie in jenen Fällen nur ein singuläres Ereignis in der Lebenswelt des Einzelnen fassen, sondern darüber hinaus versuchen, losgelöst von der konkreten Situation über bestimmte Verkörperungen und Zeichensysteme stückweise die subjektiven Wissens Elemente zu abstrahieren. Das heißt: Einerseits macht Schütz deutlich, dass die Wurzel jedes Wissensvorrats eigentlich im Bewusstsein des Einzelnen zu finden ist beziehungsweise nicht losgelöst davon verstanden werden kann, andererseits ist just dieses Wissen *schon immer* in einer Sozialstruktur eingebettet und insofern auch schon immer sozial, will heißen in einem Kontext gesellschaftlicher Ordnung zu verstehen. Es ist genau diese doppelte Struktur, die Schütz' Gedanken ausmacht und die Berger/Luckmann später in der Idee der Institutionalisierung genauer fassen.

Diese beginnt mit dem Gedanken der Habitualisierung, der Feststellung, dass „alles menschliche Tun [...] dem Gesetz der Gewöhnung unterworfen [ist]“ (Berger/Luckmann [1969] 2010: 56) und dass dadurch jede Handlung, die im Kern immer auf ähnliche Weise ausgeführt wird, den Charakter eines Modells bekommt, das dann als eine Art Schablone auf jede ähnliche Handlungssituation angewendet werden kann. Bereits hier wird die doppelte Struktur des Schütz'schen Gedankens, auf dem diese Überlegungen beruhen, deutlich: *Einerseits* ‚beginnt‘ jede Handlung im individuellen Bewusstsein des Einzelnen, *andererseits* ist die Ausbildung routinierter Handlungsabläufe dem Menschen gleichsam eingeschrieben, „noch der einsame Mann auf der sprichwörtlichen einsamen Insel habitualisiert sein Tun“ (ebd.) – und zwar deshalb, weil selbst jener Mann auf der einsamen Insel einmal Teil einer gesellschaftlichen Ordnung und so Sozialstruktur war, die *als* eine solche Struktur die Habitualisierung selbst wesentlich mitbestimmte. Beim zweiten Aspekt, der Typisierung, werden jene Strukturierungs- und Lesbarkeitsmomente auf andere Menschen übertragen. Das heißt, es geht nicht nur darum, Handlungen nach einem Modell lesbar und somit verstehbar zu machen,

sondern das gleiche mit Menschen zu tun, ihnen ebenso Verhaltensmuster zuzuschreiben, um sie ebenfalls leichter einordnen zu können. So kann eine ganze Typik von Menschen entstehen, die von der einmaligen Vis-à-Vis-Situation über abstraktere Grade von Freundschaft bis hin zur Typisierung noch gar nicht geborener Menschen reichen kann.²⁴ Schließlich ist die Institutionalisierung als solches abgeschlossen, wenn die habitualisierten und durch Typisierung erweiterten Handlungsweisen letztlich an eine kommende Generation weitergegeben werden. Entscheidend ist dabei, dass diese Generation bei der ursprünglichen Entstehungsweise der institutionalisierten Wissensbestände gar nicht dabei war – sie aber dennoch *als* Institution akzeptiert. Dann ist auch der Schütz'sche Verständnis einer Sozialstruktur eingelöst: Sie ist es nämlich, die jene Institutionen vorgibt, erfahr- und erlebbar macht und sie insoweit als Faktizität schlicht voraussetzt.

Es ist naheliegend, dass diese modellhafte Beschreibung des Ablaufs einer Institutionalisierung so nie stattfindet. Immer gibt es neue Habitualisierungen, immer wird Bestehendes auch modifiziert, Gesellschaft ist schon immer da – es geht aber hier um den eigentlichen Gedanken, dass Wissensbestände im Schütz'schen Sinne ihren Ursprung eben *sowohl* im Bewusstsein des Einzelnen haben *als auch* Teil einer immer schon vorhandenen Gesellschaftsordnung sind. Darum geht es auch im weiteren Verlauf dieser Arbeit, wenn mithilfe des theoretischen Rüstzeugs von Schütz die Frage nach der handlungsrelevanten Bedeutung von Gerechtigkeit gestellt wird. Das heißt: Nur wenn man *sowohl* die dem Bewusstsein des Einzelnen inhärenten Gedankengänge nachzuempfinden und erlebbar zu machen versucht *als auch* darüber hinaus die sozialstrukturellen Elemente jener gesellschaftlichen Subsinnwelten beobachtet, kann eine Ethnographie im phänomenologisch orientierten Sinne nach Alfred Schütz gelingen. Im Zusammenhang dieser Arbeit heißt das dann zweierlei: Zum einen müssen wesentliche Aspekte des Politikbetriebs exploriert werden, die gleichsam ‚systemimmanent‘ sind, will heißen als Teil jener Subsinnwelt strukturellen Charakter

²⁴ Die Art und Weise, wie die ‚zukünftigen Generationen‘ heutiges Handeln beispielsweise in der Umweltpolitik beeinflussen, ist hierfür ein Beispiel. Auch hier also finden sich Schütz' „Zeitgenossen“ wieder.

haben. Konkret geht es in meinem Fall um die Frage, wie das Büro eines Bundestagsabgeordneten typischerweise aufgebaut ist, welche alltäglichen Erfordernisse dabei existieren und wie jenen mit welchen Routinen begegnet wird. Andererseits aber muss auch die je *eigene* Perspektive eines ‚Gerechtigkeitsmachers‘ so gut wie möglich erarbeitet, angenommen, reflektiert und dann typisiert werden. In der hier vorgelegten Empirie wird dies auf zweierlei Weise geschehen: Einmal in der Rolle als Mitarbeiter eines MdB („Mitglied des Bundestages“), wodurch die Möglichkeit eröffnet wird, strukturelle und so letztlich als institutionalisierte Wissensbestände zu beschreibende Alltagspraktiken eines Politikerbüros herauszuarbeiten. Die Frage ist also, wie ein Bundestagsabgeordneter, der (wie seine Partei) behauptet, mehr Gerechtigkeit herstellen zu können (und zu müssen), dieses mithilfe seiner Mitarbeiter im Alltag bewerkstelligt – und was dies über idealtypische Handlungs- und Funktionsweisen von Politik selbst aussagt. So gut es geht sollen dabei alltägliche Aufgaben und Anforderungen an den Ethnographen selbst *als* Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten exploriert und in Bezug auf gerechtigkeitsrelevante Aspekte untersucht werden. Es geht also in diesem Teil vor allem darum, an welchen Stellen Gerechtigkeit als solches konstruiert und im weiteren Verlauf politischer Handlungen auf welche Weise ‚benutzt‘ wird. Des Weiteren geht es aber auch darum, möglichst *selbst* als Politiker tätig zu werden und so in gewisser Weise in *Eigenverantwortung* die alltäglichen Anforderungen von Politik nochmals an sich selbst zu erleben. Es soll so gezeigt werden, was im MdB-Büro beziehungsweise in der Reflexion der Alltagspraktiken desselben nur am Rande geschieht, ja geschehen kann: Wie das eigene Erleben in bestimmten Krisensituation dazu führt, dass Gerechtigkeit als politisches Sinnangebot eben nicht mehr nur als Mittel zur (rhetorischen) Manifestierung politischen Handelns fungiert, sondern vielmehr *als* Sinnangebot wieder zum Handeln anleitet. Mit anderen Worten: Wann ist Gerechtigkeit nicht mehr (nur noch) ein Aspekt alltäglicher *Sinnkonstruktion*, sondern verstanden als tiefgreifendes politisches Sinnangebot auch ein Mittel zur (subjektiven) *Sinnkonstitution*?

1.6 Anmerkungen zum methodischen Vorgehen

1.6.1 Politisches Handeln aus der Innenperspektive

In diesem Zusammenhang sollte vorab nochmals deutlich gemacht werden, was empirisch das genaue Interesse dieser Arbeit ist: Es geht einmal darum herauszufinden, welche handlungsrelevante Bedeutung Gerechtigkeit im Alltag professioneller Politiker und deren Mitarbeiter zukommt. Mit anderen Worten: Auf welche Routinen und alltäglichen Handlungsentwürfe sowie entsprechende Wissensbestände wird rekurriert, wenn in einem derartigen Kontext von „Gerechtigkeit“ die Rede ist? Andererseits geht es zudem darum, anhand (nicht nur, aber vor allem) der eigenen Perspektive zu erleben, welche Funktion Gerechtigkeit in (politischen, teils aber dann auch persönlichen) Krisensituationen einnimmt und inwiefern dann davon gesprochen werden kann, dass Gerechtigkeit als Element subjektiver Sinnkonstitution fungiert. Dieses zweite Interesse hat sich mit zunehmendem Feldaufenthalt ergeben und war zu Beginn dieser Arbeit nicht intendiert, worauf gleich noch Bezug genommen wird.

Da es sich also um ein mannigfaltiges Interesse handelt, bietet sich in diesem Zusammenhang nochmals eine kurze begriffliche Klärung an, um genauer zu erläutern, was im Zentrum der Feldarbeit stand. Im Sinne Hitzlers geht es insbesondere um den Begriff des „politischen Handelns“, der jedoch – soziologisch betrachtet – etwas sehr Spezifisches meint. In Anlehnung an den schon bei Max Weber angedachten und durch Alfred Schütz weiterverfolgten Aspekt, dass sich Handeln explizit an andere richtet, geht es beim „politischen Handeln“ stets um ein Verhältnis zwischen Akteuren – genauer: Es geht darum, was Hitzler mit „sozialer Arbeit“ meint (vgl. Hitzler 2001: 44), also ein gegenseitiges Aufeinander-Beziehen von Handlungen zu dem Zwecke, auf den Anderen verändernd einzuwirken. Dies unterscheidet sich deutlich von solchen Handlungen in der Politik, die lediglich in routinisierten Situationszusammenhängen stattfinden (ein Beispiel wären Plenarsitzungen des Bundestages, die nur sehr selten den Zweck haben, einen tatsächlich inhaltlichen Austausch zu fördern und die Position des anderen zu verändern) sowie solchen Handlungen, die ein Politiker in seiner Rolle *als* Politiker

vollzieht – beispielsweise der Besuch einer Ausstellungseröffnung, von Jubiläen oder dergleichen. Dadurch ist es möglich, folgende drei Handlungsformen voneinander zu unterscheiden: „Ich schlage deshalb vor, das Handeln von Akteuren, die als ‘Politiker’ definiert bzw. definierbar sind, als *‘Politikerhandeln’*, das Handeln in institutionellen Zusammenhängen, Arealen und Arenen, die als ‘politische’ definiert bzw. definierbar sind, als *‘Handeln in politischen Kontexten’*, und lediglich das Handeln, das sich aufgrund der skizzierten strukturellen Merkmale als ‘politisches’ von anderen Formen sozialen Handelns abgrenzen lässt, als *‘politisches Handeln’* zu bezeichnen.“ (a.a.O.: 48) Es wird sich im Verlaufe der Darstellung der empirischen Ergebnisse zeigen, dass diese Unterscheidung in einigen Kontexten hilfreich ist.

Das oben beschriebene Forschungsinteresse an der handlungsrelevanten Bedeutung von Gerechtigkeit im politischen Kontext verdeutlicht, dass der Bezug auf die protosoziologischen Gedanken von Alfred Schütz von besonderer Bedeutung ist – und damit, dass die Beantwortung der Fragestellungen dieser Arbeit vor allem aus der *Innenperspektive* der Beteiligten zu geschehen hat. Das Forschungsinteresse, das sich – wie schon angedeutet – im Verlaufe der mehrjährigen Feldarbeit immer mehr auf einige wenige Zielpunkte entwickelt hat, bestand darin, die Rolle von Gerechtigkeit im Alltag eines professionellen Politikers genauer herauszuarbeiten. Schnell wurde deutlich, dass der Begriff „Gerechtigkeit“ derart viele historische wie inhaltliche Dimensionen enthält, dass eine begriffliche (Diskurs-)Analyse lediglich an der Oberfläche kratzen würde. Freilich wäre es möglich und interessant, Redeweisen von Gerechtigkeit und darin enthaltene Interessen und dergleichen zu rekonstruieren, jedoch würde es nicht gelingen herauszufinden, was die beteiligten Akteure *selbst* mit einer derartigen Redeweise eigentlich bezwecken. Genau darin liegt das eigentliche Interesse dieser Arbeit: Über das Kennenlernen und möglichst intensive Eintauchen in den Alltag eines (professionellen) Politikers und seiner Mitarbeiter soll herausgefunden werden, was einen Politiker sowie seine Mitarbeiter in verschiedensten, als alltagstypisch zu rekonstruierenden Situationen dazu veranlasst, „Gerechtigkeit“ in Pressemitteilungen, Gesprächen oder sonstigen Situationen zu benutzen und damit politische Aussagen zu treffen. Es ist also die Suche nach einem entsprechenden Handlungsmotiv und im

Nachgang dazu die Frage nach den Wissensbeständen, die Handlungsentwürfe wesentlich bestimmen, die das möglichst umfassende Explorieren einer Innenperspektive im Feld notwendig macht. Es wird sich anhand der Ergebnisse zeigen, dass Gerechtigkeit in diesem Kontext nach der Hitzler'schen Begriffsunterscheidung sehr oft im Rahmen von Politikerhandeln sowie Handeln in politischen Kontexten, jedoch selten tatsächlich für dezidiert politisches Handeln eine Rolle spielt.

Anhand einiger chronologischer Markierungspunkte können dabei verschiedene Phasen des Forschungsablaufs unterschieden werden, die auch mit der Konkretisierung der eigentlichen Forschungsfrage mit zunehmender Zeit im Feld korrelieren. Mehr zufällig denn geplant begann eine *erste Phase* im Sommer 2013 durch aktive Mitarbeit im Bundestagswahlkampf 2013. Die Aufgaben fanden sich größtenteils im ‚Außendienst‘, will heißen im Aufkleben und Ausfahren von Wahlplakaten, der Anwesenheit bei Infoständen sowie der Verteilung von entsprechendem Wahlkampfmaterial. Selten bis gar nicht, das war schon nach kurzer Zeit erkennbar, gab es tatsächlich *politische*, also explizit inhaltliche Auseinandersetzungen über die Ziele, mit welchen sich die Parteien zur Wahl stellten. Die wesentlichen Inhalte und Programmpunkte waren schon ausformuliert, sodass genauere Erkenntnisse über ‚Gerechtigkeit‘ nur sehr rudimentärer Art sein konnten, jedoch in einem Aspekt dennoch grundlegend, denn auffällig war in jener Zeit, dass die Verwendung des Begriffs „Gerechtigkeit“ besonders hoch war, je näher der Wahltag rückte – und so im Sinne von ‚Handeln in politischen Kontexten‘ nach Hitzler innerhalb der ‚Arena Wahlkampf‘. Gespräche mit anderen Wahlkämpfern sowie dem Wahlkreiskandidaten selbst bestätigten diesen ersten Verdacht, dass Gerechtigkeit vermutlich in solchen Zeiten weniger als inhaltlicher Diskussionsgegenstand als mehr von rhetorischer Bedeutung war – was es freilich im Anschluss mit wissenschaftlichen Methoden nachzuvollziehen und zu bestätigen galt.

Eine *zweite Phase* folgte dann in der Zeit zwischen Oktober 2013 und ungefähr Januar 2015. Die offensichtlichste Veränderung war zunächst, dass der Wahlkreiskandidat tatsächlich in den Bundestag einzog und ich nach kurzer Zeit von ihm auch im Wahlkreisbüro beschäftigt wurde. Diese gewissermaßen Zufälligkeit oder schlicht das Glück führten überhaupt dazu, das Forschungsvorhaben in die Tat

umsetzen zu können. Als Mitarbeiter mit einer Arbeitsbelastung von 50% war ich zunächst an drei Tagen im Wahlkreisbüro tätig. Diese zweite Phase war zu Beginn vor allem dadurch gekennzeichnet, dass das Büro neu eingerichtet werden musste – bezüglich des Mobiliars wie auch der entsprechenden Organisation des Arbeitsablaufs. Insofern war diese zweite Phase deshalb wichtig, weil in dieser Zeit tatsächlich *entschieden* wurde, wie das Büro arbeitet, inklusive entsprechender Semantiken bei Bürgerbriefen, Routinen im Umgang mit der Vorbereitung von Terminen, Einrichtung entsprechender Vordrucke und dergleichen mehr – sodass eine daran orientierte Beobachtung des täglich Geschehenden wie auch teilweise Selbstbeobachtung in der Anwendung jener Routinen ohne Probleme möglich war. Diese zweite Phase ist auch deshalb als eigene Phase zu beschreiben, weil, wie es in einer der ersten gemeinsamen Teamsitzungen der Mitarbeiter in Berlin und im Wahlkreis bezeichnet wurde, noch eine Art „Welpenschutz“ galt, also eine Art Karenzzeit von rund einem Jahr, in der den neuen Abgeordneten insbesondere von Seiten des Berliner Betriebs offenbar eine Art Eingewöhnungszeit eingeräumt wird.

Eine *dritte Phase* schließlich überlappte sich zeitlich wie auch perspektivisch mit der zweiten Phase und ist deshalb umso wichtiger davon zu unterscheiden. Im Abgeordnetenbüro ist diese Phase in der Zeit von Januar 2015 bis zum Ende meines Feldaufenthalts im Winter 2016 zu verorten, weil in dieser Zeit eine zunehmende Professionalisierung des Bürobetriebs im Sinne der Verfestigung von Alltagsroutinen, im Umgang mit entsprechend wiederkehrenden Kontakten sowie einer inhaltlichen Vertiefung der Themen aus Berlin wie dem Wahlkreis zu beobachten und erleben war – und, hinzukommend, meine Arbeitszeit von 50% auf 75% aufgestockt wurde. Überlappt wurde dies jedoch durch einen zweiten Feldzugang, der sich mir im Sommer 2014 ähnlich zufällig wie der erste eröffnet hatte. Durch das Ergebnis der Kommunalwahlen 2014 hatte ich die Möglichkeit, in meinem Wohnort als Beigeordneter, also als einer der Stellvertreter des Bürgermeisters, gewählt zu werden. Diese Tätigkeit gab mir, bezogen auf das Forschungsinteresse, vor allem perspektivisch nochmals eine weitaus bessere Möglichkeit, *selbst* als Politiker aufzutreten. Der bisherige Zuschnitt der Arbeit, das vor allem teilnehmende Beobachten im Rahmen eines Politikerbüros, wurde so erweitert

durch das explizite *Selbsterleben* wesentlicher Aspekte des Politischen. In diesem Sinne war es dann besser als zuvor möglich herauszufinden, ob ‚Gerechtigkeit‘ für mich selbst (und mithilfe von Interviews gegebenenfalls auch intersubjektiv nachvollziehbar) und andere Politiker tatsächlich ‚mehr‘ ist als ein strategisches Mittel im Rahmen politischen Handelns (und Handeln in politischen Kontexten) – nämlich ein Element zur subjektiven Sinnkonstitution. Diese dritte Phase bildet somit einen gleichsam ‚natürlichen‘ Schlusspunkt meiner Feldforschung, weil die über rund zwei Jahre ausgebildeten, von mir mit entwickelten und dennoch ethnographisch reflektierten Arbeitsabläufe des MdB-Büros mit dem Alltag eines Beigeordneten und so mit meinem *eigenen* Alltag abgeglichen werden konnten. Die Parallelen, die sich dadurch ziehen ließen, hatten enorme Auswirkungen auf die Frage nach der handlungsrelevanten Bedeutung von ‚Gerechtigkeit‘ im Alltag – nun eben nicht mehr nur ‚eines Politikers‘ auf Bundesebene, sondern dem Versuch nach generell von Politikern auf allen politischen Ebenen. Diese Erweiterung des Feldes eröffnete somit endgültig den Weg zur beobachtenden Teilnahme im Sinne Anne Honers (vgl. Honer z.B. 1989, 1993, 2011) und gab gleichzeitig die Möglichkeit, mit diesen neuen Erlebnisstrukturen Rückschlüsse auch auf das erste Feld zu ziehen.

1.6.2 Datenerhebung und Datenverarbeitung

Der nun dargelegte Zuschnitt der empirischen Arbeit folgt damit der Prämisse der hermeneutischen Wissenssoziologie (vgl. Hitzler/Reichert/Schröder 1999), die von der Annahme ausgeht, dass beobachtete, gesammelte oder wie auch immer festgehaltene Produkte feldspezifischer Interaktion (also Artefakte, Dokumente und vor allem Interviews) Antworten auf latente Handlungsprobleme beinhalten, die es dadurch ans Licht zu bringen gilt. Im Feld des Abgeordnetenbüros (ebenso wie in der Tätigkeit als Beigeordneter, wie sich später erweisen würde) zeigte sich dabei sehr schnell, dass nahezu alle Arbeitsaufträge in irgendeiner Weise mit Interaktion beziehungsweise,

umfassender, Kommunikation (wenngleich dies weder ein Plädoyer für noch eine Absage an den sogenannten „Kommunikativen Konstruktivismus“ ist; vgl. Knoblauch 1995 und Knoblauch et al. 2012) zu tun hatten oder gar einzig daraus bestanden. Die Aufgaben eines solchen Büros liegen, zugespitzt formuliert, darin, dem jeweiligen Politiker den Alltag möglichst angenehm zu gestalten. Dies bedeutet zwangsläufig, dass es insbesondere im Wahlkreisbüro (da, wie sich später zeigt, die Termine in Berlin größtenteils vorgegeben sind) darum geht, Terminplanungen effektiv zu gestalten, keine großen zeitlichen Zwischenräume entstehen zu lassen, Ruhephasen zu beachten und bereits im Voraus wichtige von unwichtigen Terminen zu trennen. Terminplanung wiederum ist, naheliegenderweise, vor allem Kommunikation mit jenen, mit denen es die Termine zu finden gilt. Auch die sich hieraus ergebenden zusätzlichen Aufträge wie inhaltliche Vorbereitung eines Termins, einer Veranstaltung, Sprechstunden oder Sonstigem war und ist vor allem durch Kommunikation zu leisten – denn selten erarbeitet man die Inhalte selbst, sondern muss durch entsprechende Suche jene finden, die dieses Wissen bereits haben. Die beinahe tägliche Anwesenheit vor Ort führte so zu zahlreichen Beobachtungen, Selbstbeobachtungen sowie unzähligen Notizen, Feldprotokollen und dergleichen, die gemäß der Grundidee der hermeneutischen Wissenssoziologie in der anschließenden Analyse immer darauf bezogen waren, die entsprechenden Handlungsprobleme herauszuarbeiten, die sich eben im Besonderen mit diesen Kommunikationsformen beschäftigten. Schnell erwies sich eine Mischung aus Beobachtungen der Kollegen und der eigenen Handlungen im Bürokontext, entsprechenden arbeitsbezogenen Gesprächen wie auch anschließend geführter Interviews als idealer Weg, sowohl die Relevanzen des Feldes in der alltäglichen Erledigung der Arbeit wie auch die generellen Ziele des Büros adäquat zu explorieren.

Durch die gleichsam ‚überstandenen‘ Hürden zu Beginn der Feldforschung (wie gesagt ging es schlicht darum, die Stelle in dem Büro zu bekommen) gab es anschließend keine weiteren Zugangsprobleme, sodass sich eine „quick and dirty ethnography“ (vgl. Hughes et al. 1994: 432) unabhängig möglicher Vor- und Nachteile nicht anbot beziehungsweise ausgeschlossen war. Anders formuliert: Es gab nicht nur

die Möglichkeit, sondern (als Mitarbeiter) auch die Verpflichtung, regelmäßig im Abgeordnetenbüro anwesend zu sein. Insbesondere aus diesem ‚Zwang‘ heraus war es – mit zunehmendem Aufenthalt im Feld immer mehr – ein dringlich werdendes Problem, die Routinen des Feldes nicht *zu* dominant werden zu lassen, um den Blick für etwaige Änderungen und Relevanzverschiebungen nicht zu verlieren. Vermutlich lag darin die Besonderheit dieser Feldforschung: In gewisser Weise war die Einbindung in das Feldgeschehen von Beginn an „existenziell“ im Sinne Honers (vgl. Honer 1993: 244), da ich eben *als* Mitarbeiter von Beginn an in den Aufbau des Büros involviert war – und entsprechenden Routinen, die sich erst ausbilden mussten, sozusagen ‚bei der Geburt‘ zusehen oder, genauer, als Geburtshelfer sogar selbst anpacken durfte. Gleichzeitig entwickelte sich daraus schon nach wenigen Monaten bei vielem eine angenommene Selbstverständlichkeit – eben Routine, *weil* es Alltag war – sodass Reflexionsphasen außerhalb des Feldes inklusive Gespräche über das Erlebte mit externen Kollegen und Bekannten umso wichtiger wurden. Gebrochen wurde dies jedoch nach einiger Zeit dadurch, dass im Wahlkreisbüro eine zusätzliche Kraft eingestellt wurde. Durch den täglichen Austausch über zahlreiche Themen, aber auch – und noch viel wichtiger – durch die Notwendigkeit, Erklärungen und Erläuterungen dessen geben zu müssen, was man in diesem Büro tut und warum man es so tut wie man es tut, wurden Routinen als solche gebrochen, neu justiert und entsprechend erneut Gegenstand eigener Reflexion. Es waren neben den bewusst eingesetzten Reflexionsphasen, entsprechenden Gesprächen wie Interpretationsrunden auch solche Zufälligkeiten, die immer wieder Gelegenheit boten, über das Beobachtete und Erlebte neu, anders und in gewisser Weise tiefergehend nachzudenken.

In einer für derlei Ethnographien vermutlich üblichen Weise also kam bei der Datenerhebung ein Methodenmix zur Anwendung, der – wie oben bereits angedeutet – mit verschiedenen nichtstandardisierten Verfahren durchgeführt wurde (vgl. Bachmann 2002: 353 oder Hitzler 1999b). Ein wesentlicher Teil der Daten besteht dabei aus *Beobachtungsdaten*, die in der Masse, wie bereits angesprochen, aufgrund der nahezu täglichen Anwesenheit im Feld schnell anwuchsen. Gerade zu Beginn der zweiten Forschungsphase, also des Aufbaus des Büros, war nahezu täglich Neues zu

beobachten, was insofern eine zusätzliche Spannung und auch Belastung bedeutete, als dass beides – Mitarbeiter ‚der ersten Stunde‘ wie Ethnograph – gleichzeitig eine Rollenanforderung war.²⁵ Wichtig waren dabei insbesondere die ersten selbst geschriebenen Bürgerbriefe, Gratulationsschreiben oder auch Terminklärungen, da der Ton, den es dabei zu treffen galt, je nach Anforderung ein anderer war. Insbesondere bei solchen Aufgaben konnten dann zahlreiche *Teilnahmedaten* erhoben werden, die sich stets auf dezidiert *meine* Aufgaben bezogen und im Anschluss an die Erledigung derselben die Möglichkeit boten, über das gerade Getane nachzudenken. Insofern lag die besondere Aufgabe nahezu täglich darin, perspektivisch klar zwischen der Rolle des Mitarbeiters im Wahlkreisbüro wie der des Ethnographen zu unterscheiden – und das eine nicht allzu sehr mit dem anderen unlauter zu vermischen und entsprechende Beobachtungen nicht nur als dezidiert *meine eigenen* zu erkennen, sondern als relevant für das *typische* Feldgeschehen zu markieren.

In dem Zusammenhang wurden mit zunehmender Routine auch zahlreiche *prozessproduzierte Daten* im Sinne Müllers gesammelt: „Unter prozessproduzierten Daten werden all diejenigen Daten verstanden, die als Aufzeichnungen öffentlicher und privater Organisationen im Rahmen ihrer Tätigkeit und nicht nur zum Zwecke wissenschaftlicher bzw. statistischer Auswertung gesammelt werden bzw. wurden.“ (Müller 1977: 1) Im Rahmen eines komplexen und institutionalisierten Arbeitsumfeldes wie dem Deutschen Bundestag (im Zeitraum der Feldforschung waren es 630 Abgeordnete mit durchschnittlich jeweils fünf bis sechs Mitarbeitern, also insgesamt rund 3500 Menschen – die zahlreichen Mitarbeiter der Fraktionen, der Bundestagsverwaltung und dergleichen nicht eingeschlossen) ist es naheliegend, dass

²⁵ Eine verdeckte Feldforschung wäre auch aus diesem Grund nicht durchhaltbar gewesen. Unabhängig davon wurden alle Anwesenden zu Beginn über die Ethnographie auch eingeweiht, sodass alle über das Vorhaben Bescheid wussten und nicht verwundert reagierten, falls beispielsweise an für sie ‚unpassenden‘ Stellen oder dergleichen Notizen gemacht oder genauere Nachfragen gestellt wurden. Schnell allerdings spielte dies im Arbeitsalltag keine Rolle mehr und ging in dessen Anforderungen unter, sodass davon auszugehen ist, dass die Beobachtungsdaten tatsächlich zu verwenden sind – schon alleine aufgrund des langen Zeitraums der Feldforschung wie auch der Tatsache, dass mit vielen Bürokollegen Interviews geführt wurden.

es dabei vieles zu entdecken galt, was auf die Funktionsweisen des Alltags im höchsten deutschen Parlament hinwies und wiederum den Alltag im Wahlkreisbüro direkt oder indirekt betraf. Die teils penibel genau durchgeplante Woche in Berlin ist dabei ein Beispiel. Daneben aber gab es aber auch unzählige interne Dokumente, die den Zweck hatten, die jeweiligen Kollegen auf den aktuellen Informationsstand zu bringen oder über sonstige Entwicklungen zu informieren. Die sogenannten „Liebe-Freunde-Briefe“ jeweiliger Minister zum Zwecke der gegenseitigen Information wären so ein Beispiel, das insofern Auswirkungen auf den Alltag im Wahlkreisbüro hatte, als das mögliche wahlkreisrelevante Inhalte in diesen Briefen Anlass boten, den Kreis der Betroffenen abzustecken und so für etwaige Terminanfragen oder sonstige Bitten um Stellungnahme vorbereitet zu sein. Überhaupt zeigt der bürointerne Umgang mit den prozessproduzierten Daten in besonderer Weise an, worum es oftmals in der Arbeit im Wahlkreisbüro ging, nämlich in nahezu allen Situationen den Abgeordneten auf etwaige Probleme, Gefahren und sonstige Entwicklungen hinzuweisen – mit anderen Worten: vorbereitet zu sein auf das, was bei Terminen kommen könnte, also Kritik, Forderungen oder sonstige Zurechtweisungen. Darin liegt durchaus ein genereller Aspekt der Arbeit im Bundestag: Die Vielfältigkeit der Themen und Aufgabenstellungen fordert in besonderer Weise eine Vorbereitung auf alle Eventualitäten gegenüber verschiedensten Interessensgruppen, Verbänden oder sonstigen Akteuren. Diese Vorbereitung adäquat zu leisten war letzten Endes zentrale Aufgabe.

Neben der zu beobachtenden Alltagsroutinen einerseits wie auch den unabhängig der Feldarbeit vorhandenen prozessproduzierten Daten andererseits war es zudem wichtig, mit relevanten Akteuren des Feldes ins Gespräch zu kommen. Der stark routinisierte Arbeitsablauf machte dabei Interviews, die explizit außerhalb des Arbeitstages lagen, entsprechend notwendig, um über das vermeintlich Selbstverständliche zu sprechen, im Sinne Hitzlers das „alltagsübliche kategoriale ‚Schnell-Sortieren‘“ (vgl. Hitzler 2000: 27) selbst zum Gegenstand zu machen. Dementsprechend waren auch *Gesprächsdaten* für eine halbwegs ‚komplette‘ (sofern man dies bei einer lebensweltlich orientierten Ethnographie sagen kann) Datenerhebung entsprechend von großer Bedeutung. Gemäß der Entwicklung der Feldarbeit wurde versucht, vom

vermeintlich Naheliegenden – Gesprächspartner innerhalb des Büros, Kollegen in Berlin und dergleichen – stetig den Schritt aus dem Feld herauszumachen und Interviewpartner zu finden, die auch nur ‚scheinbar‘ mit dem Thema zu tun haben. Entsprechend der Öffnung des zweiten Feldes – die Kommunalpolitik in der Rolle als Beigeordneter – war der Fundus an potentiell zu interviewenden Personen groß und wurde immer größer, was den eigentlichen Forschungsverlauf, wie er beispielsweise nach Honer (vgl. Honer 1993) in Form eines Trichters gedacht ist, der sich immer stärker auf einen Punkt hin entwickelt, auf den ersten Blick konterkarierte. Auf den ersten Blick aber nur deshalb, weil mit Öffnung des zweiten Feldes neue Überlegungen eintraten, die schnell zum bisher Erlebten und Erforschten passten und so zu weiteren Gedanken führten, die die Forschungsfrage gleichzeitig konkretisierten. So kam es bis zum Ende zu vielen dem Versuch nach explorativen Interviews, die deshalb Leitfadeninterviews vorgezogen wurden, weil der mögliche Inhalt des zu Besprechenden ein sehr weites Feld abdeckte. Über den Alltag in einem Abgeordnetenbüro bis hin zur genaueren Funktion und Verwendungsformen von „Gerechtigkeit“ in demselben – sofern überhaupt relevant und vorhanden – war es ein sehr weiter Weg, sodass es sich anbot, die Gesprächspartner möglichst viel selbst reden zu lassen und dabei auch auf der oft angesprochenen „Augenhöhe“ (vgl. exemplarisch Pfadenhauer 2009) zu sein. Gemäß der bereits mehrfach angesprochenen Grundidee der hermeneutischen Wissenssoziologie wurde mit verschiedenen Gruppen und Akteuren nach der Forschungslogik vorgegangen, teils zufällig gewählte, teils gerade bearbeitete Äußerungen im Transkript herauszugreifen und sequenziell auszulegen. Diese unter anderem an Reichertz (vgl. zum Beispiel Reichertz 2005: 235ff.) angelehnte Vorgehensweise hat auch den Vorteil, durch das ungewohnte Annähern (teilweise Satz für Satz oder gar Wort für Wort) an den Text andere, neue oder auch umfassendere Sinneinheiten innerhalb des Gesagten zu entdecken, die dann wiederum Rückschlüsse auf andere Passagen im gleichen Text oder auch in anderen Zusammenhängen erlauben. Je nach Zusammenstellung der Interpretationsgruppe war es auch möglich und kam in der Tat vor, dass sich gar Gespräche über den Text hinaus über verschiedene methodologische Aspekte des bisher Besprochenen ergaben, sodass

damit auch neue Wege der Methoden- und gar Theoriekombination ermöglicht wurden. Dies wiederum ergab neue Überlegungen zu potentiellen Interviewpartnern, die in den anfänglichen Überlegungen des verhältnismäßig strikten Bezugs auf Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten keine Rolle spielten. Gemäß dieser Entwicklung kann insgesamt von einem offen geplanten Forschungsablauf gesprochen werden, der durch allerlei Kontingenzen durchzogen war und somit entgegen beispielsweise des Vorgehens der „Grounded Theory“ bei Corbin und Strauss (vgl. Corbin/Strauss 1998) weniger darauf aus war, ein Emergieren der Daten gleichsam von alleine als Forscher zu flankieren. Vielmehr zeigte sich mit zunehmender Feldarbeit, dass der alleinige Bezug auf die Arbeit im Wahlkreisbüro und dann im Bundestag nicht ausreichend für ein Verständnis der komplexen handlungsrelevanten Bedeutung von Gerechtigkeit sein würde und sich gleichzeitig durch einen zufällig aufgetanen neuen Feldzugang nicht geahnte Gemeinsamkeiten in der Arbeit als ‚professioneller Politiker‘ auf Bundesebene wie als ‚nur ehrenamtlicher‘ Politiker auf Kommunalebene finden ließen, die letztlich dann wiederum auf eine zweite handlungsrelevante Bedeutung von Gerechtigkeit schließen ließ. Insofern ist die hier vorliegende Arbeit auch ein Beispiel für die Zufälligkeit des Forschungsablaufs, sofern man gewisse Chancen als solche erkennt, sie ergreift und sich dann, gemäß der „künstlichen Dummheit“ nach Hitzler, von jenem Neuen auch zu neuen Erkenntnissen leiten lässt.

1.6.3 Methodologische Anmerkungen

Genau genommen ist der zuletzt angesprochene Aspekt eine methodologische Aussage. Der Weg dahin entsprang der zu Beginn gemachten Feststellung, die Frage nach der handlungsrelevanten Bedeutung von Gerechtigkeit im Alltag von Politikern insbesondere aus einer Innenperspektive heraus zu erforschen. Es stellt sich dann jedoch berechtigterweise die Frage – mehr noch wenn, wie beschrieben, nicht nur die typischen Abläufe eines Politikerbüros, sondern auch noch das *eigene* Erleben *als* Politiker reflektiert wird –, wo genau die Grenze zwischen einer lebensweltlich

orientierten Ethnographie einerseits und einer Art Autoethnographie oder gar nur einer biografischen Berichterstattung andererseits liegt – und damit die Grenze zwischen einer wissenschaftlichen Studie und einer Erzählung. Entscheidender Faktor hierbei ist die besondere Eingebundenheit im Feld, die gemäß der lebensweltlichen Ethnographie nach Honer (vgl. Honer 1993) ein wesentlicher Bestandteil einer umfassenden ethnographischen Studie ist – aber eben auch die Gefahr birgt, sich selbst in Erzählungen über eigene Gemütszustände und dergleichen zu verlieren, bringt man nicht die entsprechende Disziplin auf, das eigentliche Ziel, intersubjektiv nachvollziehbare und so typische Verhaltensweisen zu rekonstruieren, zu verfolgen.

In diesem Zusammenhang habe ich gemeinsam mit Tilo Grenz und Paul Eisewicht von „Gewissheiten und Irritationen infolge existenzieller Eingebundenheiten“ gesprochen (vgl. Eisewicht/Emling/Grenz 2014). Neben der kurzen Erläuterung dessen, was wir in dem Zusammenhang mit „externen Barrieren“ (vgl. a.a.O: 232ff.) bezeichneten, also der Frage nach den möglichen Hürden, um überhaupt adäquat ins Feld zu kommen, ging es daneben vor allem auch um jene Barrieren, die sich gleichsam ‚von alleine‘ im Bewusstsein des Forschers selbst aufbauen. Dabei geht es auch um eine gewisse Skepsis gegenüber den in den vergangenen Jahren immer häufiger auftretenden Forderungen (vgl. exemplarisch Hegener 2013), die das (teils existenzielle) Mitmachen im Feld und ein ‚immer mehr‘ als Grundvoraussetzung für jedwedes Gelingen in der Feldforschung sehen. Eine derartige Ehre hätten sich die Vordenker der lebensweltlichen Ethnographie vermutlich selbst kaum träumen lassen – aber genau darin liegt auch die Gefahr, denn es sind oftmals jene einfachen und teils naiven Forderungen, die die Komplexität der Forschungsfelder, vor allem aber des Forschers und seines Bewusstseins selbst, verkennen. Vielleicht liegt darin bereits ein entscheidender Aspekt, den es bei der Unterscheidung zwischen einer wissenschaftlichen Studie einerseits und einer Erzählung andererseits zu erkennen gilt: die Beachtung und Reflexion der möglichen Probleme, die mit einem derartigen, zumindest teilweise existenziellen Engagement einhergehen. Mit anderen Worten: Es gilt bei einer Ethnographie wie auch der hier vorliegenden, dass man – *gerade*, wenn man lange Zeit im Feld verbringt, mitmacht, teils auch sich selbst als

Forschungsgegenstand reflektiert – mögliche Probleme des eigenen Bewusstseins mitbedenkt. Je nach Situation nämlich kann es in politischen Kontexten selbstredend zu gewissen Druck- und Krisensituationen unterschiedlichster Art kommen, die den Forscher dann – mitunter plötzlich und unerwartet und gerade deshalb mit voller Wucht – mit eigenen moralischen Vorstellungen, Unsicherheiten oder sonstigen Problemen individuellen Bewusstseins konfrontieren, deren es dann Herr zu werden gilt (eine solche Krisensituation wird später auch in der Empirie eine große Rolle spielen). Alleine da zeigen sich schon die sogenannten „inneren Barrieren“ (vgl. Eisewicht/Emling/Grenz in Hitzler/Gothe 2014: 235), denn es ist eine berechtigte Frage, ob man in einer solchen Situation vollends in der Feldrolle aufgehen kann (oder auch soll) oder mögliche Bedenken ins Feld hereintragen und es dadurch gewissermaßen auch verändern kann (oder auch soll). In jedem Fall – und methodologisch betrachtet kommt es darauf an – gilt es jene Fragen zu bedenken und gegebenenfalls ähnlich zu diskutieren wie verschiedene textliche Datensätze auch. Andernfalls nämlich würde ein allzu laxer Umgang mit derlei Fragen (oder das schlichte Ignorieren derselben) mögliche Gefahren ausblenden – dass man sich als Forscher in gewissen Krisensituationen gleichsam selbst, durch entsprechendes Wissen möglicherweise auch andere gefährdet, und nicht zuletzt auch das bisher Gefundene und Erhobene. Letztlich löst sich auch hier das ein, was mit Alfred Schütz bereits gesagt, jedoch nicht genug betont werden kann: Als Ethnograph, der die Lebenswelt Einzelner in welchem Kontext auch immer erforschen will, ist man in gewissem Grad auch *immer* mit der *eigenen* Lebenswelt konfrontiert. Diese ist als unhintergehbare Basis des eigenen Bewusstseins stets Teil des Denkens, Forschens und Erlebens und muss insoweit – auch in Bezug auf gänzlich individuelle Betroffenheiten, Ängste und Unsicherheiten – mitbedacht werden.

Es zeigt sich exemplarisch an den jüngeren Studien Ronald Hitzlers zu verschiedenen Aspekten des Erlebens eines Menschen im Wachkoma, wie schwierig der Umgang mit derlei Fragestellungen sein kann. Hitzlers Ansatz, der sich mit der „rituellen Konstruktion der Person“ (vgl. hierzu den Titel aus Hitzler 2012) beschäftigt und dabei Probleme der Appräsentation und damit insbesondere die Frage des *eigenen* Erlebens im Umgang mit einer Person im Wachkoma thematisiert, zeigt im Besonderen

die Schwierigkeiten, die ein Ethnograph *mit sich selbst* im Feld haben kann. Entscheidend sind hierbei nämlich jene den Menschen in Interaktionssituationen typischerweise inhärenten Kommunikationsmechanismen, die in einer derartigen Situation eben nicht mehr funktionieren. Gemäß der Grundidee, dass das Bewusstsein stets intentional auf etwas gerichtet ist, steht man bei der Frage, ob man es bei einem Menschen im Wachkoma mit einem Gegenüber im Sinne eines ‚üblichen‘ *alter ego* zu tun hat, bereits vor einer zentralen Schwierigkeit, die jegliche ‚normale‘ Kommunikation und Interaktion unmöglich macht. Mehr noch: Schnell wird klar, dass die möglichen noch vorhandenen Merkmale letztlich nur deshalb ‚vielleicht noch vorhanden‘ sind, weil man sie selbst dem Gegenüber zuschreibt. Mit Hitzlers Worten: „Die Suche nach Hinweisen auf bzw. nach Indizien für noch so rudimentäre Kommunikation beim Umgang mit im sogenannten Wachkoma lebenden Menschen führt folglich sozusagen zirkulär wieder zurück zur bislang beiläufig übergangenen Frage, *aufgrund welcher Merkmale* ich Präsenzes als Appräsentierendes und die Appräsentation als mit einer intendierten Kundgabe geschehend und mithin als kommunikativen Akt wahrnehme. Auf diese Frage habe ich aber – außer theoretischen, pragmatischen oder gewohnheitsmäßigen – nach wie vor keine auch nur mich selbst überzeugenden Antworten. Vielmehr halte ich es inzwischen für möglich, dass ich auch keine anderen Antworten finden werde – außer vielleicht der Analogie zur Antwort darauf, wie ein Mensch *seinen* (jeweiligen) Gott erfährt.“ (Hitzler 2012: Abs. 13) Diese beinahe resignierende wie ehrliche Antwort auf die Frage, ‚ob da noch jemand ist‘, ist für Hitzler im weiteren Verlauf aber eben *kein* Grund, die Forschung deshalb abzubrechen, sondern im Gegenteil Anlass, sich vor allem mit sich selbst als Ethnograph im Feld und den je *eigenen* Ritualen im Umgang mit den Menschen im Wachkoma zu befassen – um ebenso die beobachtbaren und typischerweise auch anderen im Feld befindlichen Personen zuzuschreibenden Handlungsweisen zu erforschen. Dieses Beispiel einer eben auch oder vor allem auf sich selbst bezogenen Forschungsperspektive zeigt, wie wichtig die Reflexion der subjektiven und teils eigenen Zuschreibungen, Denkweisen und Wissensbestände ist. Keineswegs aber muss dies als ‚nur rein subjektiv‘ und somit für die Forschung unbrauchbar abgetan werden. Vielmehr zeigt sich, dass derlei Forschung wie jene

Hitzlers den höchst komplexen Anspruch erhebt, die Grenzen des je eigenen Erlebens, Kommunizierens und Seins in der Welt auszuloten und für die interpretative Sozialforschung voranzubringen – im Sinne Luckmanns, der schon früher die Frage nach den „Grenzen der Sozialwelt“ (vgl. Luckmann 1980) stellte. In gewisser Weise möchte ich mich in der hier vorliegenden Arbeit an diesem Anspruch anlehnen und begreife daher die Forschung – eben auch *an mir selbst als* Politiker – in genau dieser Tradition.

Es ist naheliegend, dass sich Kritiker einer derartigen Forschungsmethode nicht mit den eben genannten Ausführungen würden zufrieden geben. Die vermutlich schärfste Waffe, die gegen lebensweltlich orientierte Ethnographen gezückt wird, ist die Frage nach dem Wahrheits- und Erkenntnisanspruch einer solchen Forschung. Wenn es auch, wie eben deutlich gemacht, bei einer Ethnographie immer auch um typischerweise zu rekonstruierende Handlungsweisen und Routinen geht, so bleibt doch der Eindruck haften, dass dies insbesondere über das eigene Erleben geschieht – und dass dies dann nicht mehr ‚wissenschaftlich‘ sei. Für die neuere Wissenssoziologie haben Peter L. Berger und Thomas Luckmann in ihrem Werk *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* in der Einleitung auf derlei Bedenken eine ausführliche Antwort gegeben oder, genauer, die Frage nach der erkenntnistheoretischen Reichweite solcher Fragen epistemologisch eingeordnet. Dabei beginnen die Autoren mit einer vermeintlich ‚einfachen‘ Feststellung, dass es eine beobachtbare gesellschaftliche Relativität in Bezug auf die Wirklichkeitsauffassung von Menschen gibt, woraus sich die Notwendigkeit einer entsprechenden Wissenschaft, die derlei erforscht, ergibt: „Die fundamentale Rechtfertigung des Interesses der Soziologie an der Problematik von »Wirklichkeit« und »Wissen« ist die Tatsache der gesellschaftlichen Relativität: was für einen tibetanischen Mönch »wirklich« ist, braucht für einen amerikanischen Geschäftsmann nicht »wirklich« zu sein. Das »Wissen« eines Kriminellen ist anders als das eines Kriminologen. Daraus folgt, daß offenbar spezifische Konglomerate von »Wirklichkeit« und »Wissen« zu spezifischen gesellschaftlichen Gebilden gehören und daß diese Zugehörigkeit bei der soziologischen Analyse dieser Gebilde entsprechend berücksichtigt werden muß. Dass »Wissenssoziologie« vonnöten ist, zeigt sich also

bereits an den offenkundigen Unterschieden zwischen Gesellschaften hinsichtlich dessen, was Gewißheit für sie ist.“ (Berger Luckmann [1969] 2010: 3) Berger/Luckmann heben an dieser Stelle darauf ab, dass insbesondere in modernen Gesellschaften (nicht nur, aber vor allem) die Relevanzsetzungen von Menschen in Bezug auf alltägliches Wissen höchst differenziert sind. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine Notwendigkeit nach Wissenssoziologie, diese unterschiedlichen Relevanzsetzungen danach zu erforschen, warum sie existieren und mit welchen Wissensbeständen sie erhalten, weitergegeben und in verschiedenster Weise gestützt und erklärt werden – bis hin zur Beschreibung entsprechend unterschiedlicher Lebensentwürfe im Rahmen moderner Gesellschaft selbst. Das Besondere an der Vorgehensweise der Autoren ist der (auch selbst als solches beschriebene) neue Weg, die beiden bis dahin als nahezu sich ausschließende Gegensätze begriffenen Ansätze von Max Weber und Emile Durkheim zu verbinden. Den Weg und die zentralen Fragen, die die Wissenssoziologie dann stellen muss, beschreiben sie entsprechend so: „Wie ist es möglich, daß subjektiv gemeinter Sinn zu objektiver Faktizität *wird*? Oder, in der Terminologie Webers und Durkheims: Wie ist es möglich, daß menschliches *Handeln* (Weber) eine Welt von *Sachen* hervorbringt? [...] Das, glauben wir, ist die Aufgabe der Wissenssoziologie.“ (a.a.O.: 20) Gemäß dieses Interesses und der Aufgaben einer Wissenssoziologie ist die oben gestellte Frage nach dem Wahrheitsanspruch einer solchen Wissenschaft für Berger/Luckmann dann eigentlich gar keine zu beantwortende Frage – oder genauer, keine mit den Mitteln der Soziologie beantwortbare Frage. Letzten Endes nämlich ist es einfach der Fall, dass Gesellschaft ‚da‘ ist, und ebenso, dass es Menschen gibt, die handeln – auch der größte Skeptiker würde dies nicht bestreiten, müsste er dann nämlich seine eigene Existenz innerhalb dieser Gesellschaft in Frage stellen, sodass man bei dem allzu bekannten Solipsismusproblem wäre, was Berger/Luckmann vermutlich für eine (nicht nur mit soziologischen Mitteln) nicht beantwortbare und so Scheinfrage hielten. Es handelt sich also um ein Eingeständnis, dass erkenntnistheoretische Fragen mit den Mitteln einer Wissenssoziologie, wie sie Berger/Luckmann verstehen, einfach nicht behandelt werden können – sie ‚verschieben‘ sie also in gewisser Weise weiter: „Es liegt uns fern, solche Fragen nicht gebührend

ernst zu nehmen. Worauf wir bestehen, ist nur, daß sie nicht in das empirische Fach Soziologie hineingehören. Rechtens gehören sie in die Methodologie der Sozialwissenschaften. Die jedoch ist Sache der Philosophie und per definitionem etwas anderes als die Soziologie, die ja eben ihr Gegenstand ist.“ (a.a.O.: 15) Es wird deutlich, dass Berger/Luckmann in Bezug auf den Anspruch und Reichweite ihrer eigenen Theorie sehr zurückhaltend waren. Ob eine derartige Zurückhaltung – was durchaus einem Eingeständnis, die Philosophie stünde als ‚letzte Wissenschaft‘ gleichsam über der Wissenssoziologie, gleichkommt – vonnöten ist, gilt es jedoch zu hinterfragen.²⁶

Auch infolge des Erfolgs von Berger/Luckmann haben sich in den Jahrzehnten danach diverse wissenssoziologisch orientierte Ansätze entwickelt, die zum Beispiel als „Wissenschaftssoziologie“ auch die Routinen und Wissensbestände des wissenschaftlichen Alltags (und so der Generierung dezidiert wissenschaftlichen Wissens) selbst hinterfragten. Besonders bekannt sind dabei die sogenannten „Laborstudien“ von Karin Knorr Cetina (vgl. unter anderem Knorr Cetina 1988), die die alltäglichen Kommunikationsmechanismen in wissenschaftlichen Laboren ethnographisch erforschten. Der Reiz der Laborstudien besteht vor allem darin, dass sich Knorr Cetina auf die nach vermeintlich klaren Gesetzmäßigkeiten funktionierenden Naturwissenschaften konzentrierte und darlegte, dass eben auch (natur-)wissenschaftliches Wissen nicht losgelöst betrachtet werden kann von Interaktions- und Sozialisationsprozessen und daher nicht-wissenschaftlichen Komponenten wie die Art und Weise der gemeinsamen Diskussion unter Wissenschaftlern und deren Erziehung zu bestimmten Handlungsweisen eine wichtige Funktion bei der Konstruktion

²⁶ Ein spannendes Beispiel, sich mit der eigenen Wissenschaft Soziologie auseinanderzusetzen, findet sich in Kieserling 2004. Hierin beschreibt Kieserling, dass sich die Soziologie seiner Ansicht nach gegen den Anspruch der Philosophie als ‚Letztwissenschaft‘ durchsetzen muss und dabei – seit Berger/Luckmann – als eine Wissenssoziologie schon von Beginn an in Teildisziplinen ohne gleichsam methodologischen Kompass zerfiel. Seine Position, eine Gesellschaftstheorie im Sinne der Luhmann’schen Systemtheorie als sozusagen Koordinationszentrum aller Teilsoziologien zu etablieren, ist dabei umstritten. Spannend aber ist, dass Soziologen wie Kieserling diese Unterordnung unter die Philosophie eben nicht akzeptieren, sondern die methodologische und erkenntnistheoretische Basis in der *eigenen* Wissenschaft suchen.

wissenschaftlicher Wissensbestände zukommt. Wissenssoziologisch relevant ist dabei die Frage, was geschieht, wenn im Labor verwendete Zeichen – neben mathematischen Zeichen und Formeln vor allem auch gemessene Daten – nicht mehr von allen Beteiligten eindeutig gelesen werden können. Knorr Cetinas Feldforschung zeigt dabei mithilfe transkribierter Dialoge zwischen Wissenschaftlern die Diskussion um den tatsächlichen Stellenwert von experimentellen Ergebnissen und Zeichen im Rahmen alltäglicher Interaktionssituationen. Entscheidend ist die die Frage, was geschieht, wenn normalerweise eindeutig zuzuordnende Zeichen selbst Gegenstand der Debatte werden. Das heißt: „Interessant ist nun, daß die eingangs erwähnten sozialen und alltäglichen Praktiken, die die Wissenschaft im Labor für ihre Zwecke instrumentalisiert, u.a. genau dann zum Einsatz kommen, wenn es um die Bedeutungskonstitution der ‚Objekt-losen‘ Zeichen des Labors geht.“ (a.a.O.: 93) Mit anderen Worten: Sobald eine Leerstelle oder eine wie auch immer geartete Unklarheit im Zeichensystem auftaucht (unklare Messdaten, ‚neue‘ Zeichen, unerwartete Resultate), greifen alltägliche und dezidiert nicht-wissenschaftliche Interaktionsmechanismen, die dann den Rahmen bilden, innerhalb dessen über Bedeutung der Zeichen und damit der wissenschaftlichen Erkenntnis selbst debattiert wird. So geht es bei dieser „Verfahrensimplikatur“ also darum, den erzielten Ergebnissen anschließend interpretativ Bedeutung zuzusprechen. Dies geschieht im Rahmen eines problemlos zu typisierenden Verfahrens, das einzig aufgrund eines bestimmten Ablaufs schon zu speziellen Resultaten führt: „Das Dialogmuster wird dazu verwendet, um aus stummen experimentellen Ergebnissen anhand einer Erforschung der Verfahren, durch die die Ergebnisse erzeugt werden, nicht-offensichtliche Schlußfolgerungen herzuleiten. [...] Das Muster kann durch eine Problemdarlegung oder einen Bericht eröffnet werden und wird durch eine Schlußfolgerung in Form einer Interpretation (‚das heißt‘, ‚das bedeutet‘) oder einer Handlungsempfehlung (‚ich würde...‘, ‚du mußt...‘) geschlossen.“ (a.a.O.: 94f.) Knorr Cetina weist also darauf hin, dass der Art und Weise der gemeinsamen Interpretation von Ergebnissen in einer sozialen Kommunikationssituation erhebliche Bedeutung beim Auffinden eines tatsächlichen Ergebnisses und scheinbar ‚klarer‘ naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten oder Daten ‚über die Welt‘ zukommt. Die

Regelmäßigkeit des Gesprächs beziehungsweise ein bestimmter, vielmals eingeübter und so einer eingeschliffenen Struktur folgender Gesprächsverlauf sowie die dazugehörige Interpretationsleistung führen letztlich zu einer Handlungsempfehlung und so zu einem bestimmten Ergebnis. Vereinfacht gesagt: Die Dramaturgie der Interaktion konstituiert das wissenschaftliche Resultat wesentlich mit. Ist dem aber so, scheint klar, dass es zu einem großen Teil die Interaktion selbst ist, die verantwortlich ist dafür, überhaupt zu einem wissenschaftlichen Ergebnis zu kommen – womit deutlich wird, wie wichtig die soziale Kommunikationssituation für das Hervorbringen wissenschaftlichen Wissens ist. Knorr Cetinas Erkenntnisse der „Laborstudien“ sind ein einschlägiges Beispiel dafür, wie problematisch der Anspruch der Naturwissenschaften, Daten und Fakten ‚über die Welt‘ zu sammeln, tatsächlich ist – weil eben das zugrunde liegende Bild, auf der einen Seite sei ‚die Welt‘, auf der andere Seite die Wissenschaftler, die mit entsprechenden Methoden und Apparaten jene aufschlüsseln können, ebenso problematisch ist. Ist dem aber so, scheint im Umkehrschluss eine Wissenschaft wie die Soziologie und genauer eine Wissenssoziologie im Sinne Berger/Luckmanns und zuvor eines Alfred Schütz methodologisch und erkenntnistheoretisch betrachtet eben nicht per se problematisch, nur weil sie sich auch auf Erlebnisdaten stützt.

Dies passt auch zu dem, was bereits Berger/Luckmann konstatieren, wenn sie am Ende ihres Buches nochmals auf das Verhältnis von Wissenssoziologie und soziologischer Theorie zu sprechen kommen. Eine kaum versteckte Kritik an dem in den 60er-Jahren herrschenden Strukturfunktionalismus eines Talcott Parsons kann bei genauerer Betrachtung auch auf eine breitere Basis gestellt und auf nahezu alle Wissenschaften, die vermeintliche Naturgesetze ‚der Welt‘ meinen erschöpfend entdecken und erklären zu können, übertragen werden: „Auch glauben wir, ausreichend begründet zu haben, warum wir fest davon überzeugt sind, daß eine ausschließlich strukturtheoretische Soziologie in Gefahr ist, gesellschaftliche Phänomene in nur allzu bekannter Art zu verdinglichen. Auch wenn sie ganz bescheiden damit beginnt, ihren Gerüsten lediglich heuristischen Wert zuzusprechen, endet sie doch nur zu häufig bei der Verwechslung ihrer eigenen Verbegrifflichungen mit den Gesetzen der Weltordnung.“ (Berger/Luckmann [1969] 2010: 198) Das Verhältnis von Kategorien und

Begriffen einerseits sowie dem scheinbar ‚Vorhandenen‘ andererseits, das Berger/Luckmann hier ansprechen, zeigt, wie problematisch jegliche Wissenschaft, die behauptet, klare Vorgehensweisen für die Erforschung ‚der Welt‘ zu haben, theoretisch betrachtet ist. Die theoretisch-methodologische Zurückhaltung von Berger/Luckmann wäre also gar nicht nötig gewesen, verweisen sie doch schon auf die zentrale Problematik. Genau deshalb lohnt es sich, dem Bewusstsein des Einzelnen gleichsam als ‚Beginn‘ des Denkens und dann eben auch der Erforschung desselben mehr Bedeutung beizumessen – und darüber hinaus eine allzu strikte Handhabung vermeintlich klar ausgedeuteter Theorien zu hinterfragen.

In einem kürzlich erschienen Text (vgl. Emling/Grenz 2017) verweise ich mit Tilo Grenz deshalb auf die Folgen solcher Überlegungen wiederum für die soziologische Theoriearbeit. Dabei kritisieren wir zunächst den Anspruch der „Grounded Theory“, wie sie im Anschluss an Strauss und Corbin (Strauss/Corbin 1998) sowie Barney Glaser gleichsam, wie Udo Kelle sagt (vgl. Kelle 2005: Abs. 20), „induktivistisch“ ausformuliert ist. Induktivistisch meint dabei mit entsprechend kritischem Unterton die Grundidee der Autoren, nach der theoretische Zusammenhänge und später ganze Theoriegebäude im Zuge der empirischen Arbeit gleichsam emergieren, also scheinbar plötzlich ein großes Ganzes ergeben und dabei dem Forscher regelrecht ins Auge springen müssen. Oder wie Strauss und Corbin sagen: „Man beginnt nicht einfach mit einer Theorie und prüft sie dann. Eher beginnt man mit einem Untersuchungsbereich und es kann emergieren, was relevant ist.“ (Strauss/Corbin in Übersetzung Strübing 2014: 53) Es ist just diese – auch wenn sich die Autoren später zumindest teilweise davon distanziert haben – Haltung, nach der man Daten vollkommen losgelöst von theoretischen Überzeugungen ‚über die Welt sammelt‘ und die dann eben jene Zusammenhänge, die schlicht ‚da‘ sind, offenbaren, die analog der Methoden der Naturwissenschaft von Kelle als „induktivistisch“ zurückgewiesen wird. Eine demgegenüber weitaus differenziertere Haltung wie jene des nun schon mehrfach angesprochenen Alfred Schütz, die eben auch die eigene Lebenswelt des Forschers stets mitbedenkt, scheint da vielversprechender zu sein. In gewisser Weise führt dies dann auch zu einer theoretischen ‚Lockerheit‘ im Umgang mit verschiedenen Theorieansätzen (jedoch

keineswegs zu einem radikal-konstruktivistischen ‚anything goes!‘), die dann eher einer pragmatistischen Haltung ähnelt, für die ich mich hier aussprechen möchte. Im Text mit Tilo Grenz spreche ich in dem Zusammenhang von einer ‚ars combinatoria‘, dem Versuch nach einer Offenheit gegenüber verschiedenen Möglichkeiten der Kombination von Sozialtheorien und Methodologien oder auch unterschiedlichen Theorieverständnissen selbst. Es wird auch in dieser Arbeit an einer Stelle deutlich, dass ein Artefakt des Feldes nach einer längeren Interpretationsrunde gerade *nicht* mit den ‚üblichen‘ Werkzeugen des Methodenbaukastens adäquat beschrieben werden konnte, sondern erst mit Bezug auf einen zentralen Begriff der Luhmann’schen Systemtheorie erklärbar wurde. Es wird die Auffassung vertreten, dass eine Ethnographie, die den Anspruch auf eine halbwegs umfassende und gar einigermaßen ‚vollständige‘ Analyse einer sozialen Subsinwelt erhebt, auf eine solche methodische und vor allem auch methodologische Offenheit angewiesen ist. Die Denkschule des Pragmatismus ist hierbei hilfreich, war es nämlich jener Theorieansatz, der sich im Besonderen mit der Frage beschäftigt hat, wie sich bestimmte Theorien gegenüber anderen durchsetzen und warum dies der Fall ist. Es geht nicht darum, offensichtliche Unterschiede zwischen Theorien aufzuheben – vielmehr darum zu betonen, dass ein unproblematischer und gleichsam offener Umgang mit künstlichen Trennungen in Theorie und Methodologie als einer selbst historischen Entwicklung nötig ist, um den Blick für empirische Besonderheiten welcher Forschungsfelder auch immer nicht zu verlieren. Diesen glaube ich bei den folgenden empirischen Ergebnissen eingelöst zu haben.

2 Empirie

Die vorangegangene Methoden- und Methodologiediskussion hatte auch den Zweck zu verdeutlichen, dass eine solch lebensweltlich orientierte Ethnographie im Rahmen eines Abgeordnetenbüros zumindest auf *diese* Weise tatsächlich Seltenheitscharakter hat. Versucht man nach ähnlichen bereits durchgeführten Studien zu suchen, fällt vor allem – und zwar alleine schon bezüglich des Titels – jene von Renate Mayntz und Friedhelm Neidhardt auf. Die beiden Autoren haben unter dem Titel *Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten* versucht, den Alltag von Bundestagsabgeordneten anhand ihrer teils individuellen, zum größten Teil jedoch sehr idealtypischen Handlungsorientierungen genauer zu explorieren. Es handelt sich also um eine Studie, die allgemein ein Interesse hat an den Verhaltensregeln und Normen, die einem Abgeordneten sozusagen qua Beruf zukommen und so konkrete Auswirkungen auf die Strukturierung von dessen Alltag haben. Mit den Worten der Autoren: „Unsere Absicht war eine explorative Studie, bei der es uns um eine eher phänomenologisch gerichtete Erfassung nicht nur institutioneller, sondern auch lebensweltlicher Bedingungen des Systems „Bundestag“ und um die subjektiven Bedeutungen geht, mit denen die Abgeordneten dessen Praxis kulturell bestimmen und für sich selber verarbeiten.“ (Mayntz/Neidhardt 1989: 371) Vor allem der Begriff der „phänomenologisch gerichteten Erfassung“ der lebensweltlichen Bedingungen, unter welchen Bundestagsabgeordnete arbeiten und leben, ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, da in dieser Arbeit in sehr ähnlicher Weise vorgegangen wurde. Es lässt sich aber genau deshalb auch deutlich machen, was die hier nun zu beschreibende Empirie im Vergleich zu jener von Mayntz und Neidhardt ausmacht und welche Unterschiede sich aufzeigen lassen. Konkrete Fragen, die sich die Autoren gestellt haben, waren beispielsweise, wie viele Tage und Wochen ein Abgeordneter in der Hauptstadt im Jahr verbringt, wie eine Woche mit Terminen durchstrukturiert ist, welche Rolle der Öffentlichkeit in den Handlungen und Handlungsentwürfen der Abgeordneten zukommt oder auch, wie stark die Fraktion sowie deren Position bei der Entwicklung einer eigenen Position wirkt (vgl. zu diesen Themen ebd.: 374ff.). All das nun sind

Fragen und Aspekte, die für die Beschreibung des Alltags eines Bundestagsabgeordneten von großer Bedeutung sind und auch hier genauer untersucht wurden – und dennoch wird anhand zweier Punkte deutlich, dass Mayntz/Neidhardt methodologisch betrachtet nur begrenzte Aussagen treffen können, die mit dem *tatsächlich* lebensweltlichen Vorgehen hier besser beantwortet werden können.

Zum einen ist festzuhalten, dass Mayntz und Neidhardt vor allem herausfinden wollen, welche Rollennormen die Handlungen und den Alltag eines Politikers ausmachen. Dies tun sie, indem sie in erster Linie Interviews geführt haben und sich in der weiteren Erörterung der Themen stark auf dieselben stützen. Das Problem dabei ist, dass sie letzten Endes nur an just jene ‚Äußerlichkeiten‘ kommen, die in einer Interviewsituation von Abgeordneten, die oftmals unter erheblichem Zeitdruck stehen, genannt werden. Es ist, anders formuliert, an dieser Stelle durchaus ein erheblicher Unterschied, ob von Erfahrungen, oder doch vielmehr *von Darstellungen* von Erfahrungen die Rede ist. Man sollte sich zumindest dieses Unterschieds bewusst sein, der in der Studie von Mayntz/Neidhardt entsprechend durchschlägt und die Frage erlaubt, inwiefern die von Abgeordneten in Interviews genannten (eben nur) Darstellungen dem Anspruch eines phänomenologischen und lebensweltlich orientierten Vorgehens entsprechen. Die Autoren sagen: „Wertorientierungen sind verinnerlichte allgemeine Standards, mit denen von den Beteiligten zwischen wichtig und unwichtig, wahr oder falsch, gut und böse, schön und häßlich etc. unterschieden wird. Sie sind dem einzelnen nicht immer vollständig bewußt, also schwer abfragbar.“ (a.a.O.: 372) Genau dies aber ist ein Grund mehr, ein Vorgehen zu wählen, das eben *nicht* nur auf die Darstellungen der Betroffenen in Interviews abzielt, sondern vielmehr versucht, die angesprochenen Begriffe „lebensweltlich“ und „phänomenologisch“ ernst zu nehmen. Genau hier wird nochmals die Wichtigkeit einer möglichst nahe am Gegenstand orientierten Feldarbeit deutlich – in meinem Falle konkret, dass ich als Mitarbeiter eines MdB-Büros eben mitarbeitete und so zumindest ansatzweise *selbst* die Perspektive eines Gerechtigkeitsmachers einnahm.

Ein zweiter Aspekt sei noch genannt, der sich stärker auf den Begriff der Norm bei Mayntz/Neidhardt bezieht. Die eigentlichen Erkenntnisse, die die Autoren generieren

können, beziehen sich genau genommen nur auf ‚äußere‘ und beobachtbare sowie teilweise abzufragende Alltagsroutinen und Rollenverständnisse. Das tun sie auch und schlägt sich entsprechend in dem, was sie mit „informellen Normensystemen“ und einer „Parlamentskultur“ (a.a.O.: 376) meinen, nieder: „Wir interessieren uns für die tatsächlichen Erwartungen und Ansprüche, die die Abgeordneten selber an andere Abgeordnete im Hinblick auf die Einhaltung solcher Regeln, aber auch im Hinblick auf andere Verhaltenskomplexe richten, und die sie selber durch ihre Reaktionen sanktionieren, wenn solche Erwartungen und Ansprüche nicht erfüllt werden. Welche Rechte und Pflichten sehen die Abgeordneten der Rolle von Abgeordneten auf eine verbindliche Weise zugeordnet?“ (ebd.) Das zweite Forschungsinteresse dieser Dissertation – die genauere handlungsrelevante Bedeutung von Gerechtigkeit – kann anhand dieses Gedankens nochmals verdeutlicht werden: Geht es den Autoren nur um jene oben genannten Fragen, dann können sie maximal etwas zu Normen sagen, die mit der Funktion oder Rolle eines Bundestagsabgeordneten einhergehen – also mit Verhaltenskodexen, die einem qua politischer Funktion zukommen. Jene Normen sind für ein Verständnis des Alltags von Bundestagsabgeordneten ohne Zweifel wichtig. Die Frage jedoch, welche moralischen *Werte* auf Abgeordnete wirken, sie zu Handlungen anleiten und sie auch *außerhalb* ihrer Rolle affektieren, wird so allerdings nicht geklärt – und ist genau jene, die mich neben der möglichst genauen Alltagsbeschreibung des Feldes auch interessiert. Mit anderen Worten: Es muss klar unterschieden werden zwischen dem Begriff „Norm“ einerseits und dem Begriff „Wert“ andererseits und deutlich werden, dass Gerechtigkeit ein abstrakter Wert ist, dessen handlungsrelevante Bedeutung für Politiker durch die oben genannten Aspekte von Mayntz/Neidhardt gerade *nicht* erklärt wird. Es sind diese beiden Aspekte – Alltagsbeschreibung im Abgeordnetenbüro wie auch handlungsrelevante Bedeutung von Gerechtigkeit – die nun einer genaueren Erörterung unterzogen werden sollen.

2.1 Gerechtigkeitskonstruktion im Alltag eines Politikerbüros

In den beiden folgenden Teilen sollen nun zweierlei Arten empirischer Ergebnisse beschrieben werden. Zunächst folgt – zu Beginn in vielem ähnlich dessen, was Mayntz/Neidhardt tun – eine Beschreibung des Alltags eines MdB-Büros. Hierbei wird zunächst zwischen Berlin und dem Wahlkreis unterschieden, insbesondere, weil die tatsächlichen Arbeitsschritte sowie inhaltlichen Ansprüche an beide Büros sehr stark auseinandergehen. Es wird sich schnell zeigen, dass die kleinschrittige Strukturierung einer Sitzungswoche in Berlin starke Auswirkungen auf Handlungsmöglichkeiten eines Abgeordneten und seiner Mitarbeiter hat, auch und gerade in Bezug auf die (Möglichkeit der) Herstellung von Gerechtigkeit. Der Beschreibung des Alltags in Berlin folgt jene des Wahlkreises, dem Teil des Büros, in dem ich selbst tätig war. Hierbei soll dann jener Anspruch eingelöst werden, der bei Mayntz/Neidhardt aufgrund der methodischen Herangehensweise nicht erreicht werden kann: Nicht nur sollen Alltagsbeschreibungen des Büros, entsprechende Arbeitsschritte und sonstige alltägliche Anforderungen im Vordergrund stehen, sondern daneben vielmehr auch die alltäglichen *Bewusstseinsleistungen*, die bei einem Mitarbeiter eines MdB-Büros typischerweise geleistet werden. Insbesondere der Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, die per Brief, E-Mail oder im direkten persönlichen Austausch Forderungen stellen und konkrete Anliegen formulieren, soll so in Bezug auf die Frage nach Gerechtigkeitskonstruktion im alltagspolitischen Kontext beschrieben werden. Es wird sich zeigen, dass trotz oftmals schwieriger und auch teils emotional bewegender oder zumindest nicht einfach zu bewältigender Situationen eine institutionalisierte Art und Weise des Umgangs mit derartigen Anliegen vorherrscht, die die Konstruktion von Gerechtigkeit in solchen Situationen auf eine mindestens habitualisierte Handlungsweise reduziert und dadurch zeigt, dass auch die Herstellung normativer Grundordnungen nach klaren Handlungsmustern erfolgt – zumindest in, mit Goffman gesprochen, lesbaren Alltagssituationen. Zum späteren Zeitpunkt wird versucht, dies ansatzweise im Rahmen eines Facettenmodells zu beschreiben, das so nochmals ausdrückt, wie stark der Umgang mit Bürgeranfragen und sonstigen Anliegen nach konkreten Richtlinien und

Habitualisierungen funktioniert. Ausnahmen gibt es hierbei selten, und doch sind sie vorhanden. Was dies bedeutet und wie jene auf die Bewusstseinsleistungen von Politikerinnen und ihrer Mitarbeiter wirken, soll dann im zweiten Teil der Empirie Thema sein, wenn diskutiert wird, ob Gerechtigkeit in solchen Krisensituationen nicht auch als Element subjektiver Sinnkonstitution fungiert.

2.1.1 Das MdB-Büro

2.1.1.1 Wahlkreis – Berlin: eine komplexe Beziehung

Eine bei Neidhardt und Mayntz zentrale Unterscheidung, die die ganze Studie beeinflusst und durchzieht, ist die Trennung zwischen Wahlkreis und Hauptstadt, damals noch Bonn, heute Berlin. Die Beziehung zwischen Wahlkreis und Berlin ist nicht einfach zu typisieren, allein deshalb, weil sie von Büro zu Büro unterschiedlich gewichtet wird. Eine solche Beobachtung macht man durch Austausch mit anderen Kollegen sehr schnell, jedoch hat dies auch entsprechende Konsequenzen, die in erster Linie die Verteilung und Gewichtung von Arbeitsaufträgen sowie damit zusammenhängend das Maß an Verantwortlichkeit betreffen. Konkret ist es beispielsweise eine zentrale Frage, ob die Büroleitung und somit die Letztverantwortung in Berlin oder im Wahlkreis liegt – eine Frage, die allzu oft zugunsten Berlins entschieden wird, in meinem Büro jedoch gerade nicht. Aus diesem Grund war und ist es ein großer Unterschied, welche Fäden der Arbeit wo zusammenlaufen – und da hatte ich, sicher eine weniger soziologische denn gleichsam ‚alltägliche Erkenntnis‘, schlicht Glück, in diesem Büro arbeiten zu können. Entsprechend des Maßes an Verantwortlichkeit ist es auch immer ein großer Unterschied, welche Themen in welchen Büros angesiedelt sind. Wenig überraschend sind – auch hier, wie bei so vielem, ist der Austausch beispielsweise bei Fortbildungen mit anderen Kollegen sehr wichtig – die gleichsam ‚typischen‘ Berliner Themen jene, die

die Bundespolitik direkt betreffen und vom Abgeordneten jeweils auch mitbestimmt werden. Konkret also sind es insbesondere die Inhalte der jeweiligen Ausschüsse, in der die Abgeordnete Mitglied ist, die normalerweise in Berlin behandelt werden. Dann allerdings trennen sich oftmals schon die Verantwortlichkeiten von Büro zu Büro, beispielsweise dann, wenn andere, längerfristig angelegte Themen der Bundespolitik ebenfalls in Berlin bleiben. Dies nun war und ist hier explizit nicht der Fall, ein weiterer Vorteil, der entsprechend auszunutzen war. Ein Beispiel war die Aufgabe, das Thema „Beihilfe zum Suizid“ zu bearbeiten, eine längere Diskussion im Jahr 2015, die letzten Endes in einem neuen Gesetzesentwurf münden sollte. Solche und ähnliche Aufgaben waren zum großen Teil Aufgabe des Wahlkreisbüros, explizit *meine* Aufgabe. Dies zeigt, dass die Beziehung Wahlkreis – Berlin zuallererst in der Hand des Abgeordneten selbst liegt, was dann in hohem Maße beeinflusst, welches Büro wie stark gewichtet wird. Entsprechend ergeben sich die Themen und Verantwortlichkeiten, die so wiederum – für den Ethnologen – die konkrete Möglichkeit der Erhebung der Daten beeinflusst. Entsprechend soll sich dies nun in den kommenden Seiten niederschlagen.

Eines jedoch ist hiervon unberührt, ein Aspekt, der mit Schütz und Berger/Luckmann beschrieben werden kann als ein Spannungsverhältnis bezüglich der Handlungsentwürfe des Einzelnen zwischen äußeren Vorgaben einerseits sowie inneren Bewusstseinsleistungen andererseits. Auf das Feld des Abgeordnetenbüros bezogen heißt das: Einerseits ‚muss‘ man als Abgeordneter (und entsprechend als Mitarbeiter) gewisse Dinge tun, die einem gegenüberstehen gleich der Durkheim’schen soziologischen Tatbestände, Dinge, die sich schlicht nach dem Zeitplan der Bundespolitik sowie logistischer und sonstiger struktureller Tatsachen richten – zu nennen seien hier die Aspekte, die Neidhardt und Mayntz ebenfalls ansprechen und vorhin als prozessproduzierte Daten beschrieben wurden: Die Frage, wie weit Wahlkreis und Hauptstadt auseinanderliegen und damit, wie lange die Anreise jeweils ist, wann gewisse namentliche Abstimmungen im Bundestag stattfinden, die ein Abgeordneter mitmachen muss, wann möglicherweise so etwas wie Schriftführerdienst im Plenum festgelegt ist oder auch, wann dienstliche Auslandsreisen geplant sind, von deren Delegation der Abgeordnete ein Teil ist. Es sind jene Aspekte, die in Berlin entschieden

und strukturiert werden und dann entsprechende Auswirkungen auf den Wahlkreis haben. Daneben gibt es dann die Frage, was *darüber hinaus* an ‚Eigenleistung‘ von Seiten des Abgeordneten erbracht wird, genauer, wie die jeweiligen Themen bearbeitet und dann umgesetzt und dargestellt werden. Es sind all jene Aspekte, die in diesem Fall stark vom Wahlkreis ausgingen und aus dem Grund auch in besonderer Weise von mir selbst beobachtet und durch eigene Arbeit mitentwickelt und so erlebt werden konnten. Jene Aspekte sollen nun – nach der Beschreibung einer typischen Woche in Berlin – in Bezug auf die Konstruktion von Gerechtigkeit im Vordergrund stehen.

2.1.1.2 Die Sitzungswoche in Berlin

Die eben bereits angedeuteten ‚äußeren Faktoren‘ spielen in einer Sitzungswoche in Berlin eine zentrale Rolle – die sich alleine schon von der Bedeutung des Wortes selbst herleiten lassen. *Sitzungswoche* heißt eine solche Woche nämlich auch deshalb, weil sie durchzogen ist von zahlreichen Sitzungen wie kleineren Runden zu Wochenbeginn – insbesondere die AG-Sitzungen, also parteiintern jene Gruppe der Mitglieder eines Ausschusses inklusive Mitarbeiter, die meist dienstags stattfinden – über die Sitzungen der gesamten Ausschüsse sowie der jeweiligen Bundestagsfraktionen am Dienstag oder Mittwoch bis hin zum Plenum meist an den Tagen Donnerstag und Freitag. Nimmt man dann den Montag als Anreisetag, zeigt sich bereits in der gesamten Planung einer Sitzungswoche, dass die jeweiligen Sitzungen selbst die Kernzeiten der Woche belegen. Zum besseren Verständnis mag hier der Ausdruck einer typischen Woche im „Wochenagendaformat“ helfen:

12. Oktober 2015 - 18. Oktober 2015

Oktober 2015							November 2015						
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
				1	2	3	4						1
5	6	7	8	9	10	11	2	3	4	5	6	7	8
12	13	14	15	16	17	18	9	10	11	12	13	14	15
19	20	21	22	23	24	25	16	17	18	19	20	21	22
26	27	28	29	30	31		23	24	25	26	27	28	29
							30						

Montag, 12. Oktober

- 00:00 Sitzungswoche (sb) (Berlin) →
- 10:40 - 12:00 Flug (sb) (FKB - TXL)
- 12:00 - 13:00 Fahrdienst (sb) (TXL - Wohnung - Büro)
- 14:00 - 15:00 Gespräch mit ~~_____ (sc)~~
- 15:30 - 16:00 Telefongespräch mit ~~_____ (sc)~~
- 17:00 - 18:30 IDSchi (sl) (PLH 3.501)

Dienstag, 13. Oktober

- ← Sitzungswoche (sb) (Berlin) →
- 09:30 - 12:30 AGSV (sb) (PLH 4.101)
- 13:00 - 13:15 Rufaufbauversuch/Telefongespräch ~~_____ (sc)~~
- 13:30 - 15:00 Netzwerk-Mittagskoordination (sb) (PG)
- 15:00 - 17:00 Fraktion (sb) (Fraktionssaal)
- 17:00 - 18:00 RS Högl, Rosemann (Eingetragen TH)

Mittwoch, 14. Oktober

- ← Sitzungswoche (sb) (Berlin) →
- 09:00 - 13:00 Verteidigungsausschuss (sb) (PLH 2.800)
- 13:00 - 14:00 z.K. RE Steinmeier zu 70 Jahren UN (sb) (Plenum)
- 14:00 - 17:00 Kongress zivile Mitarbeiter (sb) (Berlin)
- 15:00 - 16:00 z.K. Verteidigungsausschuss Teil 2 (sb) (PLH 2.700)
- 17:30 - 19:00 UA Abrüstung (sb) (PLH 2.800)

Donnerstag, 15. Oktober

- ← Sitzungswoche (sb) (Berlin) →
- 00:00 Schriftführer (sb) (Plenum) →
- ~~_____ (sc)~~
- 09:00 - 10:50 RE Merkel zu ER-Gipfel (sb) (Plenum)
- 10:50 - 12:10 2./3. Les. CDU/CSU und SPD-Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes (sb) (Plenum)
- 12:10 - 12:30 5 NA zu Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (sb) (Plenum)
- 14:30 - 16:00 AG UA Abrüstung (sb) (PLH 7.433)
- 16:55 - 17:30 Fahrdienst (sc) (Büro-> Kempf Bristol)
- 17:30 - 20:00 Weißbuch Kolloquium "Perspektiven der Bw" (sc) (Kempinski Hotel Bristol, Kudamm 27)

Es zeigt sich, wie bereits angesprochen, dass eine Sitzungswoche alleine schon dadurch strukturiert ist, dass der Montag der Anreisetag ist. Dadurch ist klar, dass an diesem Tag keine Pflichttermine stattfinden können, oder wenn, dies erst ab Nachmittag der Fall sein kann. Der Montag ist somit am ehesten als der Tag zu bezeichnen, an dem das Büro einigermaßen frei Termine einteilen kann. Viele Büros nutzen dies dann zu internen Rückspracherunden und Ähnlichem – oder auch vergleichbaren, meist ebenso internen und vertraulichen Gesprächen (beispielsweise mit MdB-Kollegen, parteiinternen

Mitstreitern im Wahlkreis oder auch Journalisten), wie dies an dem obigen Montag auch der Fall ist. Oftmals werden die Abende dann mit Terminen belegt, die keine Verpflichtung sind, jedoch in gewisser Weise als ‚Kür‘ neben den festen Terminen ebenso zur internen Wissens- und auch Imagepflege beitragen. Anders gesagt: Abgeordnete in einer Sitzungswoche haben selten freie Abende – und wenn, dann werden sie dazu genutzt, fraktionsinterne Expertenrunden einzurichten, Parlamentarische Abende (von Unternehmen, Institutionen oder Verbänden) zu besuchen oder andere, vergleichbare Netzwerke zu pflegen. Es wird deutlich, dass eine Sitzungswoche in Berlin auch und vor allem in den (zunächst) freien Zeiten dazu genutzt wird, den Namen des Abgeordneten zu verbreiten, Verbündete zu bestimmten Themen zu suchen und so daran zu arbeiten, im ‚Haifischbecken Berlin‘ nicht der kleinste Fisch im Wasser zu sein. Dennoch ist schnell zu sehen, dass sich mit dem Dienstag die Pflichttermine verstärkt aneinanderreihen und jene Abendveranstaltungen zur Vernetzung in der Minderheit bleiben. Einmal sind derartige Pflichttermine die jeweils ausschussspezifischen AG’s („Arbeitsgemeinschaften“) als jene Sitzung der parteiinternen Mitglieder eines Ausschusses inklusive ihrer Mitarbeiter, in der die sogenannten „Berichterstattherthemen“ – Unterkategorien der verschiedenen Themen, mit welchen ein Ausschuss im Gesamten befasst ist – der jeweiligen Abgeordneten diskutiert werden, um möglichst jeden auf einen ähnlichen Kenntnisstand zu bringen. Oftmals wird ein Abgeordneter hierbei von einem – je nach Inhalt der Termine der mit jenen vertraute – Mitarbeiter begleitet. Hier werden auch oft schon die geplanten Redebeiträge des Plenums festgelegt, ebenso diverse Diskussionen, wie man sich als AG und entsprechend als Fraktion im Gesamten positionieren und dann im Plenum auch auftreten (und gegebenenfalls abstimmen) will. Der anschließende Termin „Netzwerk-Mittagskoordinierung“ ist, ähnlich wie die oft montags geplanten Termine, eines jener Treffen zum Zwecke der eigenen, verbesserten Vernetzung – in dem Fall handelte sich um eine kleinere Strömung jüngerer Abgeordneter innerhalb der SPD-Fraktion, die in dieser Zeit als sogenannte „Netzwerker“ galt. Meist folgt dann der in einer Sitzungswoche ebenfalls feste Termin der Fraktionssitzung, die dann in großer Runde die anstehenden Themen diskutiert. Mit weiteren optionalen Terminen wird der

Rest des Tages dann gewissermaßen aufgefüllt – aber es zeigt sich an dieser Stelle exemplarisch, wie wenig Zeit für Dinge ‚außer der Reihe‘ ist, also Termine dergestalt, die zunächst einmal wenig mit dem direkten inneren Zirkel der Bundespolitik zu tun haben oder gar solche, die rein privat sind. Mit anderen Worten: Vorhaben, die man vielleicht als Privatperson in der Hauptstadt gerne einmal tun würde, finden in Überlegungen des Einzelnen und so bereits in der *Strukturierung von Handlungsentwürfen* schlicht nicht statt. So ist es zum großen Teil auch mittwochs, wenn die jeweilige Ausschusssitzung bereits den Morgen und Vormittag in Anspruch nimmt. Danach folgen oftmals die ersten Regierungserklärungen (RE) oder andere Termine im Plenum, oder der Ausschuss, wie oben zu sehen, wird aufgrund der Fülle an Themen am Nachmittag fortgesetzt. Insoweit gilt für diesen Tag das gleiche wie für den Dienstag: Die festgelegten Termine wirken als äußere Faktoren in hohem Maße zeit- und handlungsstrukturierend und bilden so einen Großteil dessen, was in einer Sitzungswoche faktisch geschieht. Im oben zu sehenden Bild ist schließlich noch der Donnerstag abgebildet, der dann wieder ein wenig entzerrter ist, wenngleich nicht weniger voll von (zumindest teilweise auch) festen Terminen. Insbesondere Regierungserklärungen (im Falle oben von der Kanzlerin selbst) sowie namentliche Abstimmungen (NA), die – weil sie öffentlich gemacht werden und bei Nicht-Anwesenheit eine Geldstrafe nach sich ziehen – ebenfalls gemacht werden ‚müssen‘, geben dem Donnerstag dadurch seine Struktur. Insofern ist auch in Bezug auf diesen Tag festzuhalten, dass mit Ausnahme des Abends wiederum wenig bis kein Spielraum für Eigengestaltung ist – oder umgekehrt formuliert, dass von außen vorgegebene Termine in hohem Maße vorschreiben, was an diesem Tag zu tun ist. Der Freitag, der nun (einfach nur aufgrund der schlechten Lesbarkeit, die sich eingestellt hätte) nicht mehr auf dem Bild ist, schließt die Woche damit ab, dass ebenfalls am Morgen und Vormittag noch Lesungen und Abstimmungen im Plenum stattfinden, bevor nahezu alle Abgeordneten gegen Mittag in ihre Wahlkreise zurückreisen. Abgeschlossen wird die Woche dann mit diversen Terminen im Wahlkreis selbst, die später noch genauer beschrieben werden. Festzuhalten bleibt damit: Eine Sitzungswoche in Berlin ist zuerst und vor allem dadurch gekennzeichnet, dass es eine Reihe fester Termine gibt, die

nahezu immer zum gleichen Zeitpunkt stattfinden – AG-Sitzung, Fraktionssitzung, Plenarsitzungen mit Abstimmungen – und in hohem Maße die Struktur der Woche vorgeben. Daneben gibt es dann eine Reihe solcher Termine, die fraktionsintern zur besseren Vernetzung dienen sowie jene Einladungen von außen (wie Parlamentarische Abende von Institutionen, Unternehmen oder sonstigen größeren ‚Playern‘), die qua Amt und Funktion auf den Abgeordneten zukommen. Insofern ist eine Sitzungswoche letzten Endes eine Aneinanderreihung zahlreicher Pflichttermine, die so das Handeln der einzelnen Akteure – Abgeordnete wie Mitarbeiter – in hohem Maße strukturieren.

Dieser Aspekt ist nicht nur von außen zu beobachten, wie man anhand der bisherigen Beschreibung denken könnte, sondern schlägt sich auch in den Handlungsentwürfen der Mitarbeiter nieder. So kam jene nun beschriebene feste Struktur einer Woche auch in einem Interview zur Sprache, das mit einem Berliner MdB-Mitarbeiter geführt wurde und der dieses so ausdrückt:

B: Hm (8) ja (3) ja du hast halt die festen Termine wie AGSV wie Fraktion wie Landesgruppe wie Verteidigungsausschuss, und Plenum ist halt auch immer zu der gleichen Zeit im Prinzip das ist halt immer die Frage innerhalb vom Plenum wann ist irgendwie Verteidigungspolitik dran also oder halt die großen Themen wo man dann sowieso anwesend (ist), und drum herum sind dann halt die anderen Termine die es dann noch so gibt #00:37:03-3#

Auch hier werden die, wie es heißt, „festen Termine“ konkret als solche aufgefasst – es handelt sich hier also nicht um eine von außen scheinbar passende Begrifflichkeit, sondern um eine solche, die bürointern ebenso benutzt wird. Einmal ist das die „AG Sicherheit und Verteidigung“ (AGSV) als die Arbeitsgruppe des Abgeordneten wie oben beschrieben. Anschließend, so das Zitat, findet das Treffen der Landesgruppe statt, jene partiinterne Gruppierung von Abgeordneten, die aus einem Bundesland kommen und die entsprechend die ihr jeweilige Bundesland betreffenden Themen diskutieren und so ein anderes, ebenfalls wichtiges Forum für gegenseitigen Austausch bilden (was in der oben gezeigten Woche ausnahmsweise nicht stattfand). Am Mittwoch folgt dann die Sitzung des Ausschusses selbst, der in großer Runde mit den Mitgliedern aller Fraktionen tagt. Wie bereits angesprochen folgen dem dann – von Sondersitzungen

abgesehen – meist an den Tagen Donnerstag und Freitag die Plenarsitzungen im Plenarsaal des Bundestages. Diese Aufzählung aus dem oberen Interviewausschnitt ist auch deshalb spannend, weil sie die Chronologie der Sitzungswoche ohne weiteres Überlegen oder Pausieren übernimmt, will heißen die Abfolge der jeweiligen Sitzungen bereits in der tatsächlichen Reihenfolge ihres jeweiligen Stattfindens beschreibt. Es wird deutlich, dass dieser Wochenablauf nicht nur von außen so beobachtet werden kann, sondern wie stark diese Struktur einer Woche bei einem MdB-Mitarbeiter in Berlin sedimentiert ist und so tatsächlich ins *eigene Bewusstsein übergeht*. Es scheint also offenbar so zu sein, dass jene Struktur dem alltäglichen Handeln eines Mitarbeiters in gewisser Weise vorgelagert oder zumindest in besonderer Weise konstitutiv ist für das jeweilige Handeln und Planen der Arbeit, dem, wie es im Interview heißt, „Drumherum“. Mit anderen Worten: Die Art und Weise, wie eine Sitzungswoche als solche strukturiert ist, hat massive Auswirkungen nicht nur auf das Handeln der Abgeordneten – die diese Termine naheliegenderweise wahrnehmen muss – sondern auch und im Besonderen auf deren Mitarbeiter und wiederum deren Handlungsentwürfe. Zwei Passagen eines Interviews mögen hierzu nochmals Klarheit bringen:

B: Also in den Nichtsitzungswochen ist ein Teil die Vorbereitung von den Sitzungswochen allerdings da wir die Tagesordnung meistens erst am Ende der Wochen bekommen hat man (auch) nur begrenzt Zeit, also man versucht dann noch in der Woche davor so was wie Sprechzettel zu machen, also auf einem DIN-A4-Blatt die wichtigsten Sachen zusammenzufassen die jetzt zum Tagesordnungspunkt den [Name] vorstellen muss zum Beispiel da sind ansonsten machen wir es halt in der Sitzungswoche noch schnell, so was wie Reden schreiben ist meistens auch was was in den Sitzungswochen selbst passiert weil wir auch da relativ kurzfristig erst Bescheid bekommen (3) Pressemitteilungen ergeben sich auch oft innerhalb von den Sitzungswochen weil gerade ein Thema irgendwie auf der Tagesordnung steht [...]

#00:27:59-0#

Ein erster äußerer Faktor, der hier beschrieben wird und der von einem Mitarbeiter selbst nicht beeinflusst werden kann, ist der Erhalt der Tagesordnung der Sitzungswochen beziehungsweise konkreter der Themen der jeweiligen

Plenarsitzungen, die dann entsprechend die Themen der AG's und Ausschüsse vorgeben. Diese werden im Laufe einer Woche von der Bundestagsspitze festgelegt und dann allen Büros zur Verfügung gestellt – oftmals aber erst, wie im Interview gesagt, gegen Ende der Woche. Die daraus notwendigerweise angesprochene „begrenzte Zeit“ wird so zu einer Konstante für fast alle Tätigkeiten im Büro, die als kurzfristige Arbeitsaufträge für die Vorbereitung einer Sitzungswoche anfallen und unter permanentem Zeitdruck abgearbeitet werden müssen. Der danach angesprochene „Sprechzettel“, also die Zusammenfassung der wichtigsten Eckdaten und Inhalte zu einem Thema auf einem DIN-A4-Blatt, festigt diesen Eindruck des Arbeitens unter zeitlichem Drängen als ein wichtiges Merkmal des Feldes. Konkret: Die Tatsache, dass hochkomplexe Themen der Bundespolitik – mögen sie auch noch so kleinschrittig sein, sind sie gerade deshalb eben auch *detailreich* – auf einen DIN-A4-Zettel, eben den Sprechzettel, reduziert werden sollen, zeigt, dass nicht nur die Arbeitsaufträge aufgrund der Fülle an Terminen in schnellem Tempo ausgeführt werden müssen, sondern auch die vorherige *Bearbeitung* der Inhalte auf das Wesentlichste reduziert werden sollen. Auch die anderen beiden Tätigkeiten, das Schreiben von Reden für die Plenarsitzungen sowie Pressemitteilungen gleichsam ‚zwischen durch‘, belegen den Charakter einer Arbeitswoche, die aufgrund einer Fülle von Terminen und festgelegten Daten gekennzeichnet ist von einem sehr strukturierten Ablauf einerseits, aber eben auch einem daraus resultierenden enormen Zeitdruck andererseits.

Eine weitere Passage jenes Interviews thematisiert diese Sachlage nochmals in anderer Weise, nämlich in Bezug auf die Frage, was geschieht, wenn unerwartete äußere Entwicklungen – seien es jene in der ‚großen Politik‘ oder ‚nur‘ solche aus dem Wahlkreis – plötzlich auftreten. Hierauf wurde folgende Antwort gegeben:

B: Hm (4) hm kann das natürlich um einiges durcheinanderbringen also wenn man jetzt ein Thema hat, was hochkocht wo man sich jetzt relativ schnell positionieren muss, Schienenlärm war jetzt so was was relativ kurzfristig hochgekocht war und wo klar war <so da müssen wir jetzt irgendwas machen>, da muss man halt ande- da muss man halt Priorisierungen machen und halt dann andere Themen mal hinten anstellen (3) ist halt in einer laufenden Sitzung dann auch nochmal schwieriger weil Du halt da schon relativ

viele Sachen hast die eigentlich fest sind und eigentlich genug zu tun hast aber, ja da ist halt die Kunst zu priorisieren wo reicht es jetzt vielleicht auch wenn ich da jetzt halt nicht ganz so viel mache wie ich normal machen würde, damit man halt die Zeit sich freischaufelt um dann das andere Thema zu bearbeiten #00:40:12-0#

Auch hier wird zunächst darauf hingewiesen, dass es jene Themen (später mit dem Begriff des „Inputs“ beschrieben) gibt und sie jederzeit auftreten können, eine Beobachtung, die durchaus verallgemeinert werden kann und die die teilweise Kurzfristig- wie Kurzlebigkeit des ‚politischen Geschäfts‘ dokumentiert – wenn auch einschränkend gesagt werden muss, dass das ‚politische Geschäft‘ nicht ausschließlich durch Inputs von außen geprägt ist, sondern ‚gute‘ Politiker natürlich auch in der Lage sind, Themen und somit Inputs teilweise selbst zu setzen. Dennoch besteht das Alltagsgeschäft hauptsächlich darin, auf diese äußeren Inputs zu reagieren. In diesem Zusammenhang wird mit dem Thema „Schienenlärm“ ein konkretes Beispiel herausgegriffen, das offensichtlich sehr schnell aufgetreten war und dazu führte, dass man, wie es heißt, „da jetzt irgendwas machen müsse“. Die Konsequenz für den gleichsam ‚normalen Alltagsrhythmus‘ ist dann, dass sogenannte „Priorisierungen“ notwendig werden, die letzten Endes den – wenn nicht primär wichtigen, so doch zumindest aktuellen – Themen besondere Wichtigkeit einräumen. Es ist an dieser Stelle wichtig darauf hinzuweisen (wenngleich es noch an späterer Stelle länger ausgeführt wird), wie das Positionieren zu einem Sachverhalt (oftmals eine Bürgeranfrage oder ein Thema, das, um den Begriff aus dem Interview zu verwenden, irgendwie im Wahlkreis „hochkocht“) dann in der Regel von Statten geht. Hierbei kann auf den im Feldkontext oftmals verwendeten Begriff der „Arbeitsebene“ verwiesen werden, der auch Teil eines Feldberichts vom 2. Juli 2014 war, der hier zu Wort kommen soll:

„Interessant ist dies nun deshalb: Oftmals ist es eben so, dass diese Anfrage unsererseits stark bürokratisch geschrieben ist, die Antwort ebenso, und vor allem von Anfang an die Erwartungshaltung nicht so ist, dass hier grundlegende Probleme diskutiert werden. Es geht von unserer Seite einfach nur darum, dass wir der Erwartung der Bürger – „ich will dieses und jenes wissen, und ihr sollt Euch gefälligst darum kümmern“ – entgegenkommen. [...] Arbeitsebene als Begriff im Büroalltag bedeutet also

*auch in hohem Maße: „schon okay, das ist eine typische Bürgeranfrage, die werden wir ebenso typisch beantworten, alles halb so wild, das werden wir in unserer normalen Bürokratensprache beantworten.“ [...] Das heißt: Als Mitarbeiter **weiß** ich alleine durch das Hören des Begriffs „Arbeitsebene“, auf welche Art und Weise die Thematik bearbeitet werden soll, was ich damit bezwecken und somit, wie ich vorgehen soll – ein typischer, sich im Büro anzueignender Wissensbestand, der entsprechend meine Arbeit und deren Ablauf in solchen Situationen in hohem Maße strukturiert.“*

Jener Bericht über Erfahrungen, die ich selbst nahezu täglich gemacht habe, weist darauf hin, wie derartige Anfragen oder Hinweise von Bürgern zu Themen, die eben „hochkochen“, oftmals angepackt werden. Der Ablauf ist nahezu immer der gleiche: Die Thematik wird kurz intern besprochen, dann werden die entsprechend zuständigen Stellen auf Bundes- oder Landesebene mit einem Schreiben aufgefordert (meist Ministerien), den aktuellen Sachstand durchzugeben, und jene Antwort wird dann den Fragenden – je nach Antwort mit einem Kommentar oder sonstigen Hinweisen – zur Verfügung gestellt. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass mit den Begriffen wie „typische Bürgeranfrage“ oder „Bürokratensprache“ keineswegs zynisch auf derartige Anfragen reagiert wird oder jene nicht ernst genommen werden. Es zeigt vielmehr auf, dass man sich als Mitarbeiter eines MdB-Büros eben in dieser routinisierten Weise mit dem Problem beschäftigt, ja beschäftigen *muss* – im Sinne Berger/Luckmanns eine Notwendigkeit, um unter zeitlichem Druck überhaupt handlungsfähig zu sein. Der Begriff der Arbeitsebene weist somit darauf hin, dass trotz des Verständnisses für die Wichtigkeit des Thematik eine schnelle, informative und gleichsam ‚unkomplizierte‘ Beantwortung einer Sachfrage im Kontext eines MdB-Büros (insbesondere in Berlin) notwendig und daher eine Alltäglichkeit ist, die es als solche zu beschreiben gilt. In einem Interview mit einem Berliner Kollegen wurde dies so ausgedrückt:

*B: Hm in der Regel sucht man sich im Intranet in dem Telefonbuch was es da gibt dementsprechende AG-Referenten, und da (sagen wir mal) so eine Aufteilung wer zu welchen Themengebieten Schwerpunkt hat und da kannst dir eigentlich in den **meisten** Sachen schon raussuchen <okay zu dem Thema wo ich jetzt eine Anfrage habe zu dem ist der der Ansprechpartner> manchmal muss man dann noch ein bisschen*

rumtelefonieren bis man dann beim Richtigen ist aber meistens ist das mit zwei drei Telefonaten eigentlich, bist du bei der Stelle und dem schilderst du was du für ein Problem hast oder leitest ihm die Mail weiter oder () und dann können die dir eigentlich schon sagen <hier so und so sieht es aus> und <die und die Positionierung gibt es schon> #00:43:51-6#

Der zentrale Begriff in diesem Zusammenhang ist jener des „Intranets“, eine als Startseite jedes Bundestagscomputers (innerhalb des sogenannten „Parlakom“-Bundestagsnetzes) konzipierte Themenübersicht, die sowohl allgemeine Informationen, Pressemappen und aktuelle Entwicklungen rund um den Bundestag wie auch die entsprechenden Bearbeiterinnen und Bearbeiter auf Ebene der Fraktionen enthält. Das heißt: Es gibt von Beginn an für jeden MdB-Mitarbeiter die Möglichkeit, intern im Hause nach denjenigen Experten zu suchen, die für die entsprechenden Themen zuständig sind. Eine Recherche, zu welchem Thema auch immer, gleichsam im ‚luftleeren Raum‘, ist aus diesem Grund nicht nötig. Vielmehr gilt es, diejenigen zu finden, die für jeweilige und teils hochspezifische Sachfragen zuständig sind – und darüber hinaus, hierbei entsprechend gut und sinnvoll aussortieren zu können.²⁷ In der weiter oben genannten Interviewpassage wird es abschließend als „Kunst“, also besondere Eignung und somit als Wissensbestand des Feldes bezeichnet, wichtige von unwichtigen Aspekten eines solchen Themas trennen zu können und dieser Unterteilung oder eben, wie es heißt, „Priorisierung“ gemäß konkrete Handlungen entwerfen zu können. In Zusammenhang mit dem eben Gesagten – Stichwort Arbeitsebene einerseits sowie Intranet als Grundlage zur Nachfrage andererseits – bedeutet das, dass es im Kontext einer Berliner Sitzungswoche oftmals darauf ankommt, reagieren zu können und dann adäquat – will heißen in einem guten Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag – Position zu beziehen.

²⁷ Im Sinne von Alfred Schütz könnte man sagen, dass es hier in Bezug auf die Verteilung des gesellschaftlichen Wissensvorrats nicht darauf ankommt, alles zu wissen, sondern vielmehr zu wissen, an wen man sich in welchen Situationen zu wenden hat – wer also jene mit dem Expertenwissen sind. Eine Stelle aus einem Interview mit einem in Berlin arbeitenden wissenschaftlichen Mitarbeiter drückt dies so aus: „Also es, es gibt die Punkte wo man sagt, <scheiße wie soll ich das jetzt in der Zeit noch irgendwie packen> aber **was** machen ist ei- also da hat man eigentlich relativ feste Vorstellungen von also, man hat ja hier auch viele Ansprechpartner und meistens ist da nicht das Entscheidende zu wissen was man jetzt da machen muss sondern zu wissen wen man jetzt fragen muss.“ #00:41:14-2#

Vielleicht ist dies abschließend ein besonderes Kennzeichen dieses Arbeitsumfeldes: dass Handlungen und Arbeitsvorgänge stets in einem Spannungsverhältnis stehen zwischen zumindest relativer Vollständigkeit der Inhalte und Themen einerseits sowie einem permanenten, von der Struktur einer solchen Woche mit allen wichtigen Terminen und deren Folgen herrührenden Zeitdruck andererseits. Die zahlreichen externen Strukturierungselemente einer Sitzungswoche und damit verbunden der oftmals gleiche Ablauf derselben ist auch Grund dafür, dass eine allgemeine Recherche oder gar ein scheinbar zielloses Lesen vielfältiger Literatur – für einen *wissenschaftlichen* Mitarbeiter durchaus eine denkbare Aufgabe – kaum oder gar nicht stattfindet. Diese Beobachtung wurde auch in einem Feldprotokoll vom September 2014 festgehalten:

„In den letzten beiden Wochen habe ich neue wichtige Aspekte in Bezug auf unsere Arbeitsauffassung sowie deren Entwicklung kennengelernt, die ich unter dem Stichwort „Ökonomisierung des Arbeitsalltags“ fassen möchte.

Begonnen hat diese Tendenz mit einer Büroklausur am Wochenende 12.-14. September, bei der vor allem auch um Verbesserungen im Arbeitsablauf der Büros diskutiert wurde. Dabei wurden auch Aufgaben strikter an bestimmte Mitarbeiter verteilt, klarere Leitlinien entwickelt, die dafür sorgen sollen, dass keine Aufträge, Büroanfragen oder sonstige Aufgaben liegenbleiben [...].

Auffällig ist dies nun deshalb, weil im Komplex Presseauswertung die bis dahin mir zugesagte bzw. mir zumindest angetragene Recherche überregionaler Zeitungen sowie ggf. auch wissenschaftlicher Werke aus der Jobbeschreibung mehr oder weniger herausgefallen ist. Bei der Diskussion unseres Organigramms sind zumindest die beiden Begriffe „Infos“ sowie „Zeitung“ – die eben jene allgemeine Recherche von Informationen ausdrückten – gestrichen worden mit dem simplen Hinweis, man wüsste nicht, was man darunter zu verstehen habe – übersetzt: im durchgetakteten Büroalltag hat dies keinen Platz.“

Nun ist es sicher auch der meinerseits ‚naiven‘ Einstellung zum Beginn des Forschungsprozesses geschuldet, hier eine tatsächliche Veränderung oder, wie es heißt, „Ökonomisierung des Alltags“ zu sehen. Mit der Hitzler nahekommen

„künstlichen Dummheit“ (Hitzler 1991b) bin ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter ins Feld gegangen mit einem bestenfalls von der Universität herrührenden Verständnis dessen, was ein wissenschaftlicher Mitarbeiter tatsächlich leisten kann und soll. Es wurde schon nach wenigen Wochen deutlich, dass dies kaum vergleichbar ist; und doch zeichnet sich hier eine mindestens bürointerne, wenn nicht gar grundsätzliche Veränderung ab im Verhältnis von Recherche und Suche nach Wissen einerseits und der Notwendigkeit einer dem zeitlichen Druck des politischen Alltagsgeschäfts unterworfenen Alltagsstruktur einer (vor allem, aber nicht nur) Sitzungswoche im Deutschen Bundestag andererseits. Mit anderen Worten: Zum Beginn der Legislaturperiode gab es sehr wohl noch die Aufgabe, aktuelle wissenschaftliche Werke zu politischen Themen halbwegs durchzuarbeiten. Mit zunehmender Arbeit an den internen Büroabläufen jedoch wurde diese Recherche oder auch nur jenes Lesen mit heutiger Politik zumindest ansatzweise verbundener Literatur mehr und mehr durch andere, ‚drängendere‘ Aufgaben ersetzt. Diese unter dem Stichwort „Ökonomisierung des Alltags“ gefasste Entwicklung soll abschließend zu dieser Beschreibung einer Berliner Sitzungswoche nochmals deutlich machen, dass ein MdB-Büro sich selbst sehr wohl verändern kann und auch muss und insbesondere interne Büroabläufe nahezu ständig reflektiert – und dies eben, das ist die zweite Erkenntnis, insbesondere aufgrund der hohen Dichte an externen ‚Vorgaben‘ und Inhalten, an welchen man sich notwendigerweise zu orientieren hat. Im Rahmen des Büros in Berlin und einer Sitzungswoche generell ist dies besonders stark zu beobachten. Demgegenüber steht das Wahlkreisbüro, das zumindest in einigen Aspekten andere Aufgaben erfüllt und aus diesem Grund auch andere Handlungsentwürfe, Typisierungen und dergleichen mehr enthält. Und zuletzt war es auch jenes Umfeld, in dem ich einige Jahre tätig war und somit im Besonderen *mein* Feld, das nun entsprechend genauer erläutert werden soll.

2.1.1.3 Die Wahlkreiswoche

*B: Es liegt einfach da dran dass sage ich mal die die Sitzungswochen die haben ja sage ich mal feste, **Terminpläne** Themenpläne was einfach daher kommt weil sich auch die politischen Parteien ja irgendwo finden müssen und dadurch ist das sch- sage ich mal strukturierter wir suchen uns ja nicht die Themen nach dem was da in dem Bundestag besprochen wird, sondern bei uns kommen ja die Themen teilweise auch aus, Anliegen der Bürger also, die kannst du nicht planen das kommt oder kommt nicht und, ((atmet laut aus)) ich war jetzt noch nie in Berlin arbeiten deswegen ka-tue ich mir da auch schwer, hm (3) ich denke da sind gewisse organisatorische Dinge einfach schon geregelt die Abläufe automatisiert so dass die sich eigentlich auf die inhaltlichen Sachen auch konzentrieren können wenn wir die **organisatorischen** auch noch irgendwie regeln müssen, also ich habe nur ein ganz blödes Beispiel aber die Post die die [Name] in Berlin macht ich meine die holst du aus diesem Postfach alles für den [Name] und bringt sie dann wieder dort hin, okay jetzt könnte man sagen wir holen es aus dem Briefkasten, aber ich glaube die frankieren die ja nicht mal das geht ja alles über so eine Stelle oder ((fragend)) also über die Hauspoststelle das das ist jetzt nur ganz minimales Beispiel aber ich vermute dass das in, sage ich mal anderen Bereichen ähnlich verläuft also das Büro wird sich wahrscheinlich nur inhaltlich auf die Arbeiten von [Name], oder auf direkt au-auf Dinge die mit [Name] zu tun haben konzentrieren und (3) wir müssen Räumlichkeiten organisieren die nicht hier in dem Haus gegeben sind wir, wir kriegen halt viel mehr den Außen- also von außen den Input oder ich weiß nicht wie- also habe ich den Eindruck #00:25:15-7#*

Dieser Auszug aus einem Interview mit einer Person, die in einem Wahlkreisbüro tätig ist, bestätigt das bisher Beschriebene auf zweierlei Weise. Zunächst wird das wiederholt, was bisher anhand der Beschreibung einer Sitzungswoche deutlich wurde – die Abläufe einer solchen Sitzungswoche sind in besonderem Maße durch externe Faktoren vorgegeben, „organisatorische Dinge sind einfach schon geregelt“, wie es heißt. Dabei bleibt es aber nicht, denn die Aussage „wir suchen uns ja die Themen nicht aus“ hebt das Maß des Vorgegebenen auch auf die inhaltliche Ebene. Es wird bestätigt,

was bereits gesagt wurde, nämlich dass in Berlin auch die tatsächlichen politischen *Inhalte* in hohem Maße vorgegeben sind oder genauer, sich am aktuellen tagespolitischen Geschehen, das eben in jenem politischen Zentrum Berlin oftmals erst entsteht, orientiert. Mit anderen Worten: Es gibt die aktuellen Themen und Entwicklungen in Berlin einfach, man erfährt sie direkt oder indirekt von den Medien, durch Mitarbeiter der Fraktionen, Rundmails derselben oder auch auf kurzem Dienstwege durch den Austausch mit entsprechenden wichtigen Menschen vor Ort. Das führt dazu, dass man die daraus entstehenden Aufträge Stück für Stück abarbeitet, und nur sehr selten kommt es dabei zu gravierenden Änderungen. Im Wahlkreis hingegen ist es viel eher so, dass, wie es heißt, die „Themen aus den Anliegen der Bürger kommen“. Es ist jene Aussage, die durchaus stellvertretend für die Aufgaben im Wahlkreis steht, denn in der Tat ist es so, dass viele Aufgaben, die im Wahlkreisbüro anfallen, mit den persönlichen Anliegen derjenigen Menschen zu tun haben, die in *direkten* Kontakt zum Büro treten. Entsprechend kommt, wie es am Ende der Interviewpassage heißt, der *Input* (was an dieser Stelle ein wichtiger Begriff ist und der später wieder aufgegriffen wird) auf gänzlich andere Weise von ‚außen‘, als dies in Berlin der Fall ist – nämlich dergestalt, dass es keine weitgehend bundestagsinterne und so den Abläufen und Relevanzsetzungen des Hauses bekannte Stelle ist, die da ein Problem hat und nachfragt. Es sind Bürgerinnen und Bürger innerhalb ihres Alltags, die Einwände zu dörflichen Entwicklungen und sonstige Kritikpunkte oder auch Ängste haben und diese dem Büro oftmals auch sehr ungeniert und klar mitteilen. Dementsprechend ist eine Wahlkreiswoche sowie die Relevanzen einer solchen in gänzlich anderer Weise strukturiert als eine Sitzungswoche, und entsprechende Folgen hat dies auch für die Aufgaben eines Mitarbeiters, der in einem solchen Büro tätig ist. Analog zur Sitzungswoche mag hier das Bild einer auszugsweise typischen Wahlkreiswoche näheren Aufschluss geben:

gewisse Ruhephasen einzuräumen, die selten am Wochenende sein können, weil an jenen oftmals schlicht zu viele Feste oder ähnliche Termine stattfinden, auf welchen man sich einfach ‚sehen lassen muss‘ – ein Aspekt, der gleich nochmals deutlicher beschrieben wird. Der Montag indes bietet sich als zumindest teilweise Ruhetag an; wengleich, wie auch hier, ab dem Nachmittag doch Termine stattfinden, in dem Fall die Umbenennung einer Kaserne, ein im Wahlkreis wichtiges und nicht gerade alltägliches Ereignis. Ein weiterer wichtiger Aspekt, der am Dienstag zuerst auftritt, ist die Eintragung „RS“, das Kürzel für das Wort „Rücksprache“. Gemeint ist damit die direkte face-to-face-Interaktion zwischen Abgeordnetem und Mitarbeiter(n), die immer dann wichtig wird, wenn Bürgeranfragen, inhaltliche Unklarheiten oder sonstige Fragen auftauchen, die eine interne Rücksprache notwendig machen. Auch die anderen beiden Termine an diesem Tag sind in Bezug auf die Breite der Herausforderungen im Wahlkreisbüro bezeichnend: Einmal ist ein Frisörtermin eingetragen, eigentlich ein privater Termin, was jedoch deutlich macht, wie wenig Privatleben für einen Abgeordneten möglich ist, möchte man, dass jenes funktioniert. Mit anderen Worten: Auch private Termine, ähnlich wie Ruhephasen, die unter dem Stichwort „blockiert“ in diesem Fall am Montag eingetragen sind, sind Teil der Tätigkeit des Abgeordneten beziehungsweise müssen als Teil des Kalenders in den Alltag integriert werden, da die freien Zeiträume andernfalls als Terminmöglichkeit genutzt werden. Privatperson und berufliche Funktion scheinen an dieser Stelle also in besonderer Weise zu verschmelzen und zumindest für die Mitarbeiter den Mensch hinter dem Abgeordneten nahezu gänzlich verschwinden zu lassen – was bleibt ist ein Berufspolitiker, den es gilt, zu möglichst vielen Terminen zu schicken. Einer dieser Termine an jenem Dienstag im Bild oben ist schließlich der Besuch bei einem Fahrzeugcluster im Wahlkreis, der als solcher ebenso typisch für eine Wahlkreiswoche ist. Derlei Besuchstermine sind alleine deshalb von großer Bedeutung, weil es – gleich einer Checkliste – darum geht, später (beispielsweise im Wahlkampf, aber auch in Gesprächen) eine Bilanz vorweisen zu können, in der der Besuch der größeren Unternehmen, Institutionen und sonstigen ‚Player‘ im Wahlkreis abgehakt ist, damit auch nach außen deutlich wird, vor Ort gewesen zu sein und sich in seinem Wahlkreis auszukennen. Es ist hier durchaus im

Sinne Berger/Luckmanns als Externalisierung zu verstehen („[...] das heißt Entäußerung von subjektiv gemeintem Sinn“; Berger/Luckmann [1969] 2010: 53), dass man in Dokumenten, Briefen, aber auch persönlichen Kontakten die Präsenz im Wahlkreis nach außen verdeutlicht, regelrecht greifbar macht und so im Sinne von Entäußerung subjektiv gemeinten Sinns zeigt, dass der Abgeordnete vor Ort die Belange der Bürger kennt, ernst nimmt und im positiven Sinne zu verändern trachtet. Die Wahlkreiswoche offenbart also schon bei der simplen Beobachtung und Analyse des Kalenders, dass es vor allem darum geht, vor Ort präsent zu sein und diese Präsenz auch nach außen zu dokumentieren. Dazu gibt es verschiedene Formen von Terminen, die sich als solche gut in eine entsprechende Typik bringen lassen.

2.1.1.3.1 Termintypen

Nimmt man die oben bereits ansatzweise beschriebenen Termine zur Grundlage, so lassen sich einmal *private* Termine nennen, die, wie angesprochen, rein aus zeitökonomischen Gründen ebenfalls eingetragen werden. Sie geben in besonderer Weise Aufschluss darüber, dass ein Abgeordneter im besten Sinne eine Person öffentlichen Interesses ist, denn auch oder gerade bei privaten Terminen stellt sich immer die Frage, wie drängend sie sind, ob sie tatsächlich zu dem Zeitpunkt sein müssen oder nicht noch warten können. Dabei jedoch vergisst man – gerade als Mitarbeiter – allzu oft, dass ein Abgeordneter selbstredend auch ein Mensch ist mit verschiedenen, allzu banalen Bedürfnissen und Notwendigkeiten wie zum Beispiel jene, ab und an zu einem Zahnarzt gehen zu müssen. Das Problem oder besser die Unterscheidung, die man als Mitarbeiter in diesem Zusammenhang auch bewusstseinsmäßig anzuerkennen hat ist die, dass der Abgeordnete im Wahlkreis auch tatsächlich wohnt. Auch hier ist ein wichtiger Unterschied zur Sitzungswoche zu markieren: Ein Privatleben gibt es in Berlin in diesem Sinne nicht, weil der Alltag des Menschen nicht dort liegt, sondern im Wahlkreis. Entsprechend sind auch jene Termine

wie Arzt-, Werkstatt- oder Renovierungstermine an Wohnung/Haus und dergleichen sehr wohl in die Wahlkreiswoche einzubeziehen, weil sie andernfalls jene Zeit, die man als Mitarbeiter zur Planung anderer Termine zur Verfügung hat, stark minimieren können.

Daneben gibt es mit *bürointernen* Terminen jene Zeiträume, die man mit individuellen Rücksprachen zu konkreten Themen füllt. Solche Rücksprachen sind in erster Linie bürointern, ein Aspekt, der für das Funktionieren des Büroalltags wichtig ist, weil die Weisungen, die der Abgeordnete in der direkten face-to-face-Interaktion gibt, vor allem in ihrer Verbindlichkeit anders wirken als per Mail oder am Telefon. Bürointern sind aber auch jene Termine, die einem Abgeordneten qua Parteifunktion zukommen können, also Vorstandssitzungen, parteiinterne Abspracherunden auf Landes-, Kreis- oder Kommunalebene und dergleichen. Besondere Wichtigkeit erhalten jedoch die Vier-Augen-Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, die ein Anliegen haben, was nicht gleich öffentlich werden soll. Im Übrigen ist es eine interessante Frage, die stets aufs Neue beantwortet werden muss, welche Dinge man tatsächlich an die Öffentlichkeit gibt und welche nicht, was also, anders formuliert, als Output (ein Begriff, der nachher nochmals aufgegriffen und erläutert wird) fungiert und fungieren soll. Diese Frage ist deshalb so wichtig, weil ein zentraler Wissensbestand im Rahmen eines MdB-Büros die Pressewirksamkeit ist, an die bei nahezu allen Terminen zu denken ist. Anders ausgedrückt: Bei nahezu jedem Termin, der insbesondere im Wahlkreis geplant wird, läuft sozusagen als ‚Hintergrundrauschen‘ immer die Frage mit, inwiefern dieses Treffen oder das aus jenem resultierende Ergebnis als Output für die Presse verwendet werden könnte. Dieser keineswegs schon immer vorhandene, sondern in vielen Teamsitzungen und Klausuren als wichtig empfundene und so im besten Sinne habitualisierte Wissensbestand rührt daher, dass man mit der Zeit erkennt, wie wichtig Externalisierungen dessen sind, was man tut. Es reicht im Rahmen eines Politiker-Daseins nicht aus, gute Gespräche zu führen, Menschen hinter den Kulissen zu helfen und entsprechende Kontakte herzustellen. Es ist ebenso wichtig, diese Ergebnisse als Ergebnisse zu externalisieren und somit auf konkrete Dinge, die man getan, verändert, verbessert hat verweisen zu können – eine Art Materialisierung des Politischen. Hierbei

spielt die Pressewirksamkeit eine große Rolle, und insbesondere die bürointernen Termine, also Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, sind ein Beispiel, dass es immer wieder aufs Neue zu entscheiden gilt, inwiefern die Presse oder eine andere Form der Externalisierung und so ein Output einbezogen werden soll. Bei der konkreten Zuweisung von Terminen gibt es unterschiedliche Weisen der Handhabung bei unterschiedlichen Abgeordneten. In unserem Büro jedoch wurde es so gehalten, dass Bürger mit konkreten Anliegen auch zu konkreten Terminen eingeladen wurden und sich nicht an einem festen Sprechstundentermin orientieren mussten. Dies ist, wie vieles, ein Stück weit den Gedanken rund um die effiziente Nutzung der zur Verfügung stehenden Zeit geschuldet, denn feste Sprechstunden führen oft dazu, dass wenige Menschen kommen. Effektiver scheint es in dem Zusammenhang also, bei aufkommenden Anliegen den Menschen ein Zeitfenster anzubieten und in diesem dann den Termin im Wahlkreisbüro abzuhalten – im besten Sinne ein bürointerner Termin, der nur dann nach außen getragen wird, wenn er mit einem Anliegen oder politischen Thema verknüpft ist, das eine weitere Bearbeitung im Sinne der Pressewirksamkeit wie oben angesprochen lohnend macht.

Schließlich gibt es noch als solche zu bezeichnende *Außentermine*, also Besuche bei Unternehmen oder dergleichen, wie sie bereits oben schon erläutert wurden. Es wird gleich nochmals deutlicher, warum auch der Schritt nach außen, das ‚Unterwegs-Sein‘, so wichtig ist. Vergleichbar mit derlei Außenterminen sind auch *öffentliche* Termine, die aber deshalb unterschieden werden sollten, weil damit – zumindest in der feldspezifischen Terminologie – oftmals auch *eigene* Termine im Sinne eigens organisierter Veranstaltungen gemeint sind. Dies findet sich in der oben dargestellten Woche am Mittwoch Abend unter dem Kürzel „VA“, also „Veranstaltung“, die einerseits den Zeitraum 17.00-18.30 Uhr zur Vorbereitung einnahm, andererseits dann von 18.30-20 Uhr faktisch stattfand. Insbesondere die beiden letzten Termintypen, also *Außentermine* sowie *öffentliche* Termine, stehen für die nun schon des Öfteren beschriebene Denkweise beziehungsweise den Wissensbestand im Zusammenhang mit dem Begriff der Externalisierung, den ich unter dem Kompositum *(Re-)Präsen(tan)z* fassen möchte.

2.1.1.3.2 (Re-)Präsen(tan)z

Die Begriffszusammensetzung (Re-)Präsen(tan)z soll als eine Mischung aus den beiden Substantiven „Repräsentanz“ einerseits und „Präsenz“ andererseits das beschreiben, was ein Abgeordneter bei nahezu allen öffentlichen Terminen (auch) tut und sein Büro – in dem Falle also auch ich selbst als Mitarbeiter – bei der Planung konkreter Termine nahezu immer mitbedenkt. Es geht darum, dass ein Abgeordneter (wie gesagt vor allem bei Außen- wie öffentlichen, aber teils, wie oben beschrieben, auch bei bürointernen) Terminen eine aktive Rolle einnehmen kann, die sein Vor-Ort-Sein den Anwesenden auch deutlich macht – also auch hier eine Form der Externalisierung herzustellen, die die Präsenz des Abgeordneten regelrecht greifbar macht. Hierzu gehören viele scheinbar banale Dinge, die aber letzten Endes alle einen konkreten Teil alltäglicher Wahlkreisarbeit bilden – beispielsweise dafür zu sorgen, dass der MdB bei einem größeren Fest vorne sitzt oder ein Grußwort halten kann, in jedem Fall eine Form der aktiven Beteiligung, die das Da-Sein eben auch konkret anzeigt. Die alleinige Präsenz ist daher selten ausreichend – wichtig ist, dass die Anwesenden auch *sehen*, dass der MdB vor Ort ist und daneben, dass er dies in seiner Funktion *als* MdB ist und sich wie auch immer am Geschehen beteiligt – und aufgrund der Wichtigkeit der vor Ort angesprochenen Themen selbstverständlich auch als entsprechender Ansprechpartner fungiert. In gewisser Weise entspricht dies dem, was Ronald Hitzler in seiner Beschreibung der Rolle des Politikers mit „Repräsentant“ meint: „Der Repräsentant ist als symbolische Verweisung Teil eines politischen Rituals, das selber ein Element einer je bestimmten politischen Kultur darstellt. Die alltagstrans-zendente Idee des Politischen vergegenwärtigt bzw., metaphorisch gesprochen, personifiziert und verkörpert sich alltäglich im politischen Repräsentanten, der in seiner schieren Erfahrbarkeit nicht (jedenfalls nicht nur) auf sich (als was auch immer), sondern eben über sich hinaus auf die andere, auf die geglaubte Wirklichkeit des Gemeinwesens verweist.“ (Hitzler in Ebertz/Schützeichel 2010: 127) Entsprechend ist im Übrigen auch eine schon früh eingeführte Formel zu verstehen, die wir bei vielen Terminabsagen verwendeten. Wir bedankten uns dann für die Einladung, nannten den Grund für die Absage und fügten

am Ende stets hinzu, dass doch bitte alle Anwesenden herzlich begrüßt werden sollen. So ist der MdB zumindest potentiell sogar bei jenen Terminen anwesend, bei welchen er nicht vor Ort sein kann, zumindest dahingehend, dass diese oben genannte Formel im Idealfall verlesen wird und die Anwesenden wissen, dass der Abgeordnete an sie denkt und gerne gekommen *wäre*. Bei den Terminen nun, die man zusagen kann, ist ein wie auch immer ausgestalteter aktiver Part von großer Bedeutung. Der Grund hierfür liegt in einer Erfahrung, die man sehr schnell macht – dass Menschen nämlich, in welcher Funktion auch immer, der Ansicht sind, für ihre Veranstaltung oder ihr Anliegen, das öffentlich stattfindet, sollte der Abgeordnete des Wahlkreises anwesend sein. Jenes Anwesend-Sein einerseits sowie die Funktion und Rolle „Mitglied des Bundestages“ andererseits ergeben zusammen das, was mit (Re-)Präsen(tan)z gemeint ist. Abgeordnete sind ebenso Teil eines ‚wichtigen‘ Publikums bei öffentlichen Veranstaltungen wie es auch andere Funktionsträger oder nur Repräsentanten eines Dorfes oder dergleichen sind. Zugespitzt könnte man sagen, dass sich Unternehmen, Städte und Gemeinden vor Ort mit Abgeordneten auch ein Stück weit schmücken und ihren Veranstaltungen und Jubiläen so einen gewissen Glanz verleihen wollen, der in solchen Situationen einfach, so der Gedanke, angemessen ist. Die reine Fülle an Einladungen (zehnerweise jede Woche) zu allerlei Vereinsfesten, Jubiläen oder sonstigen Festivitäten belegt dies, und bürointern ist es dann vor allem die Aufgabe, nach Erfahrungen und ähnlich sedimentierten Wissensbeständen die Entscheidung zu treffen, bei welchen Veranstaltungen das Maß an (Re-)Präsen(tan)z hoch und die Veranstaltung somit lohnend ist.

Es ist jedoch auch wichtig zu betonen, dass (Re-)Präsen(tan)z nicht nur bei besonderen Anlässen wie großen Konzerten, Ausstellungseröffnungen oder Vereins- und Unternehmensjubiläen eine wichtige Rolle spielt. Auch die mit (Re-)Präsen(tan)z oft verbundene Hoffnung, der Bundestagsabgeordnete könne Menschen bei ihren Problemen helfen, ist ein ebenso handlungsanleitender Aspekt im Rahmen alltäglicher Arbeit im Wahlkreisbüro. Dies geht zum Teil so weit, dass man als Büro und konkret ich als Mitarbeiter manche Termine, die der MdB nicht wahrnehmen konnte, an seiner Statt annahm, einfach nur, um den Aspekten der Präsenz (‚es ist jemand dort‘) wie auch der

Repräsentanz (,jemand ist da, der in der Politik was zu sagen hat') Genüge zu tun. Ein konkretes Beispiel hierzu habe ich in einem Feldbericht vom 22.5.2014 festgehalten:

„Der heutige Tag war neben den alltäglichen Arbeiten von Organisation von Terminen und Ähnlichem dadurch gekennzeichnet, dass wir einen Außentermin zu erledigen hatten. [...]

Es ging um die Schließung eines [...] Marktes [...], gegen welche eine Demo der Belegschaft angekündigt war. Als Vertreter des Büros [...] war es unsere Aufgabe, vor Ort unseren Chef zu vertreten und uns der Sache der Belegschaft anzunehmen.

*Und dieses Tun war hochspannend; denn es war keineswegs so, dass wir eine Chance darin gesehen haben, dass dieser Markt sowie dessen Arbeitsplätze noch zu retten wäre. Ebensowenig war dies Meinung der Betroffenen selbst. Das heißt allen Beteiligten war und ist klar, dass der „Kampf“ gegen die Schließung des Marktes und so deren Rausschmiss vergeblich ist – und dennoch kommen viele zu dieser Demonstration und wir als politisch Verantwortliche/Vertreter der Politik tun dies ebenfalls. Und in dieser schlichten Tätigkeit des Kommens, des „Präsent-Seins“, tun wir etwas, das eine zutiefst repräsentative Tätigkeit ist. Wir machen dort **nichts** außer einige oberflächliche Gespräche zu führen, ein paar Hände schütteln und schlicht **da zu sein** usw. Und doch wird es honoriert, dass wir das getan haben – von der Vorsitzenden des Betriebsrats sogar öffentlich durch Mikrofon gesagt (was auch deutlich macht, dass diese „Präsenz als Tätigkeit“ von den Betroffenen auch eingefordert wird). Für **uns** war dies insoweit ein erfolgreicher Termin, weil wir öffentlich präsent waren, den Eindruck von Kompetenz, Unrechtsbewusstsein und Überzeugung zum Vorgehen gegen diese Maßnahme gezeigt haben – an der politischen Sache **selbst** jedoch hat sich nichts geändert. Es zeigt sich aber, wie sehr man in einem solchen Büro eben **auch** nur Repräsentant ist, jemand ist, der bei solchen Belangen „eben zu kommen hat“, da es die Bürger des Wahlkreises betrifft – eben oftmals **vollkommen** unabhängig davon, ob das Problem selbst gelöst oder überhaupt nur adäquat angegangen werden kann.“*

Dieser Feldbericht zeigt in vielfacher Weise nochmals auf, was mit (Re-)Präsen(tan)z gemeint ist: Es geht erstens darum, vor Ort *präsent* zu sein und in besonderer Weise die

‚Politik selbst‘ – noch immer der ‚Ort‘, an dem entscheidende Fragen entschieden werden – zu *repräsentieren*. Das schlichte Vor-Ort-Sein der ‚großen Politik‘ bietet die Möglichkeit viele zu überzeugen, dass hier nicht nur jemand ist, der sich irgendwie ‚zeigen‘ will (und so den pure Anschein von Interesse und Kompetenz erwecken will), sondern ein Anliegen *tatsächlich* auch weitertragen und gegebenenfalls in eine konkrete Richtung lenken kann (was auch sehr oft sehr direkt eingefordert wird – durchaus ein Beleg für den anfangs angesprochenen „Aufstand des Publikums“). Dies deutet auf einen Aspekt hin, den später nochmals vertiefter beschrieben wird, aber schon jetzt passend ist: Oftmals nämlich liegt die Aufgabe eines Abgeordneten sowie seines Büros genau darin, Anliegen von Menschen aufzugreifen und an die richtigen Stellen weiterzuleiten. Diese Tätigkeit des – wie es an späterer Stelle heißen wird – „Durchlauferhitzens“ ist in vielfacher Weise das, was den Alltag des Wahlkreisbüros ausmacht – ein Stück weit Dienstleister zu sein für die alltäglichen Anliegen von Menschen und zu versuchen, diesen bei der Lösung derselben zu helfen. Auch in Bezug auf die Konstruktion von Gerechtigkeit, die im oben zitierten Feldbericht (wenn auch nicht direkt genannt) eine große Rolle spielt, kann festgehalten werden, dass es im Wahlkreisbüro oftmals weniger um die großen Fragen geht, die Gerechtigkeit in welcher Form auch immer zu implizieren vermögen. Abstrakte Gesetzesvorhaben wie in jener Zeit beispielsweise der Mindestlohn spielen freilich eine Rolle, jedoch sind es weniger die grundsätzlichen Fragen und Debatten, die tatsächlich als Bürgeranfragen mit konkreten Fragestellungen auf den Schreibtischen der Wahlkreisbüros landen. Vielmehr sind es mit jenen Fragen ansatzweise verbundene, vielmehr aber individuelle Problemstellungen, die vom Büro eines Bundestagsabgeordneten einer Lösung zugeführt werden sollen. Aus diesem Grund ist die Aufgabe oftmals, einmal die Anliegen und auch Ängste von Menschen auf- und ernst zu nehmen und diese dann an die jeweils entsprechenden zuständigen Stellen weiterzugeben. Wenn es auch wie im Beispiel oben wenig bis gar keine Änderung geben kann, so scheint es Menschen oftmals auch ‚nur‘ darum zu gehen, dass man um ihre Lage weiß. Für das Wahlkreisbüro heißt das: Auch wenn es, je nach zuständiger Behörde, von derselben eine entsprechend negative Antwort gibt, kann man auf jene und somit auf den Versuch

zu helfen verweisen, ein Aspekt, der auch einen Teil von Gerechtigkeitskonstruktion ausmacht. Vor allem bietet es die Möglichkeit, tatsächlich eine Manifestation von Gerechtigkeit oder, je nach Fall, Ungerechtigkeit, förmlich in den Händen zu halten – ein Brief oder ein ähnliches Dokument ist ein Beleg, auf den man verweisen kann und sich gegebenenfalls berufen kann, wenn es darum geht, nach gewisser Zeit Bilanz zu ziehen und der Frage nachzugehen, was man in jener Zeit erreicht habe. Dies ist der wesentliche Kern von (Re-)Präsen(tan)z als Wissensbestand: Der Versuch, vor Ort den Problemen der Menschen nachzugehen oder in vielfältiger Weise jene aufzunehmen und im Rahmen der Möglichkeit eines MdB diejenigen Stellen einbeziehen, in deren Verantwortung jene Probleme fallen. Gerechtigkeitskonstruktion *hier* heißt also vor allem, als ‚Verstärker‘ den Anliegen der Bürger zu dienen und jene somit nach außen zu tragen – in der Hoffnung, so auch ein konkretes und im Idealfall positives Ergebnis erreichen zu können.

2.1.1.3.3 Terminvorbereitungen

Kommt man nochmals auf die oben genannten Termintypen zurück, findet sich deren Verwendung auch bei der sogenannten „Terminvorbereitung“, also der sowohl organisatorisch, personell wie auch teils inhaltlichen Vorbereitung eines Termins – eine Aufgabe, die in besonderer Weise *mir* zukam und auch deshalb nochmals genauer beschrieben werden soll. Jenes Deckblatt hatten wir dabei zu Beginn unserer Arbeit für die Vorbereitung von Terminen benutzt:

Veranstaltung/Termin

Datum, Uhrzeit

Veranstaltungsort

Eingeladen von:

Thema:

Rolle:

Info:

Ansprechpartner/in:

Grußwort/Rede:

Dies war über einen langen Zeitraum das Deckblatt einer Terminmappe, also eine Art Akte eines Termins, die die Abgeordnete zur Vorbereitung bekam. Es war im Besonderen meine Aufgabe, Termine, die im Wahlkreis wahrzunehmen waren, entsprechend zu organisieren und dann (inhaltlich) vorzubereiten. Informationen wurden dann in jenes Deckblatt eingetragen, sodass der Abgeordnete alle relevanten Informationen zu einem Termin auf einen Blick hatte. Dabei ist der Ablauf einer Terminplanung oftmals sehr ähnlich. Kommt der erste Impuls von unserer Seite, so geht es zunächst einmal darum, die entsprechende Stelle ausfindig zu machen, an die man sich zur Terminorganisation wenden muss. In Zeiten des Internets scheint dies einfacher denn je zu sein, und dennoch ist es je nach Institution, Unternehmen oder Privatperson gar nicht so einfach, die Verantwortlichen immer schnell zu erreichen. Die anschließende Frage, die dann auch gleichbedeutend damit ist, welcher Typ Termin dies ist, handelt davon, an welchem Ort man sich trifft. Handelt es sich um einen bürointernen Termin beispielsweise mit einer Privatperson, wird in der Regel das Wahlkreisbüro vorgeschlagen. Handelt es sich um einen Außentermin, schlägt man naheliegenderweise den Ort des jeweiligen Unternehmens/Institution oder dergleichen vor, weil es, wie oben bereits deutlich gemacht, auch darum geht, die jeweilige Örtlichkeit als solche kennenzulernen und den Termin und die Fürsorge vor Ort im Sinne von (Re-)Präsen(tan)z zu externalisieren. Bei öffentlichen Terminen – handelt es sich beispielsweise um eine Veranstaltung, die man als Büro selbst anbietet – wird entsprechend ebenfalls ein passender Ort gesucht. Hierbei spielen wiederum andere Kriterien eine Rolle, so ein Veranstaltungsraum mit passender Größe oder auch die Frage, ob vor Ort eine halbwegs funktionierende Parteistruktur vorhanden ist, die mit Bewerbung der Veranstaltung wie auch gegebenenfalls Bewirtung am Abend selbst einige Aufgaben übernehmen kann. Anschließend geht es um die Suche passender Referenten, deren Namen dann auf der folgenden Presseinvitation auch genannt werden können. Es ist dies wiederum – für einen öffentlichen Termin allemal – ein Akt im Sinne von (Re-)Präsen(tan)z, dass man mit einer solchen Veranstaltung möglichst stark in die Öffentlichkeit wirken und so zeigen will, dass man sich entsprechend mit jenen Themen beschäftigt, die auch die Menschen ‚zu Hause‘ beschäftigen. Es ist auch

in solchen Fällen die Kombination aus Präsenz im Sinne des faktischen Vor-Ort-Seins, dass ebenso auf die Bürger wirken soll wie der Aspekt der Repräsentanz, will heißen dass der Abgeordnete, der über das Thema tatsächlich wird entscheiden müssen, sich jener Themen annimmt und dabei die Position ‚seiner‘ Bürger im Wahlkreis kennen und ‚nach Berlin tragen‘ möchte. Das obige Deckblatt zur Terminvorbereitung, das in der ersten Feldphase benutzt wurde, deckte neben den wichtigen Randdaten – wo ist die Veranstaltung, wer ist Veranstalter und dergleichen – auch das ab, was wir inhaltlich als besonders wichtig empfanden. Dies war einmal das Thema des Termins sowie einige Aspekte, die für denselben von Bedeutung waren. Auffällig ist aber vor allem, dass wir eine eigene Kategorie für den Aspekt „Rolle“ eingeplant hatten. Der Begriff der Rolle ist hierbei durchaus im Sinne Goffmans als eine kontinuierliche Reihe zwischen zwei extremen Rollenauslegungen – einmal jener Darsteller, der vollständig von seinem Spiel eingenommen ist, einmal der „zynische Darsteller“ – zu verstehen: „Jedes von ihnen versetzt den Einzelnen in eine Position, die deren spezifische Sicherungen und Schutzmittel einschließt, so daß derjenige, der einem der beiden Pole nahe gekommen ist, dazu neigen wird, auch den letzten Schritt zu vollziehen. Zunächst ohne rechte innere Überzeugung von der eigenen Rolle, kann der Einzelne einer natürlichen Entwicklung folgen [...]“ (Goffman [1959] 2011: 20f.) Jene „Entwicklung“ beschreibt Goffman im Folgenden mit den Worten E. Parks, der darauf hinweist, dass jeder Mensch immer und überall Rollen spielt, die einem mehr oder weniger bewusst sind und sich ein jeder im Rahmen dieser Rolle gewissermaßen selbst erkennt.²⁸ Die Betonung der Rolle (auch) als „Sicherheit“ und „Schutzmittel“ macht deutlich, worum es geht, nämlich um den Versuch, soziale Situationen im Voraus lesbar und so unproblematisch durchführbar zu machen. So kann auch die auf dem alten Terminvorbereitungsdeckblatt

²⁸ Vgl. hierzu ebd. Im Übrigen macht dies auch deutlich, dass das allzu oft als einfach und banal beschriebene Denken Goffmans (zumindest kann man diese Erfahrungen und Werturteile in vielen Einführungsveranstaltungen zur soziologischen Theorie von Erstsemestern vernehmen) deutlich komplexer ist. Es ist eben *nicht* so, dass ein Mensch ‚als solcher‘ – was auch immer dies sein soll – dann, wenn er mag, in eine Rolle schlüpft, sich entsprechend verhält und sein Publikum dann mit diesem Eindruck der Rolle zurücklässt, nur um sich anschließend auf der Hinterbühne ins Fäustchen zu lachen. Rollen sind integraler Bestandteil jedes Menschen *als* Person, und man spielt dieselben immer – oder besser: hat sie als solche immer inne.

zu findende Kategorie „Rolle“ verstanden werden, die wir dann abwechselnd mit „MdB“ oder „interessierter Gast“ oder auch einem je nach Situation zu spezifizierenden Parteibegriff benannt hatten. Es war für mich als Mitarbeiter wie für den Abgeordneten selbst von großer Bedeutung, im Voraus den genaueren Ablauf einer Veranstaltung und dann daraus ableitend die Rolle desselben erfahren zu können, damit die Veranstaltung ohne Zwischenfälle zu planen und entsprechende, wie es bei Goffman heißt, „Sicherungen“ mitzudenken – inklusive der Frage, ob eine Veranstaltung auch als zumindest ansatzweise „zynischer Darsteller“ durchzuhalten ist, dann nämlich, wenn der Abgeordnete keinen aktiven Part zugewiesen bekommen hatte. Jene Sicherungsmechanismen bestanden dann in einigen inhaltlichen wie organisatorischen Zusatzinformationen, teils auch derart, dass konkrete und wie auch immer wichtige Personen vor Ort mit Funktion und Vita dargestellt wurden, um mit jenen dann beispielsweise ins Gespräch kommen zu können. Es wird deutlich, dass das Deckblatt einer Terminmappe von Beginn an die Funktion hatte, den MdB sowohl inhaltlich wie auch – und vor allem – in Terminumfeld und eigener Rolle adäquat vorzubereiten.

Es gehört zu den wichtigen Beobachtungen, verbringt man eine lange Zeit im Feld, dass sich derartige organisationale Aspekte eines Büros mit der Zeit verändern. Besonders spannend ist, an jener Veränderung aktiv teilzuhaben und sie anschließend als Ethnograph zu interpretieren. Auch hier, wie an so vielen Stellen, war es nicht einfach, zwischen der Rolle des Feldteilnehmers und Mitarbeiters einerseits und des Ethnographen andererseits zu unterscheiden beziehungsweise den Perspektivenwechsel gut zu managen. Jedoch ist es auch im Falle der Weiterentwicklung des Termindeckblatts keineswegs so, dass ich alleine jene Veränderung bewirkt und anschließend ebenso alleine interpretiert hätte. Vielmehr war es teils eigenen Erfahrungen geschuldet, vor allem aber auf Wunsch des Abgeordneten selbst, dass das Deckblatt verändert wurde zugunsten jener neuen Version:

Veranstaltung
Datum, Uhrzeit
Veranstaltungsort

Hintergrund (wer hat eingeladen, warum, wie ist es dazu gekommen, wie lief die Terminfindung)

Inhalt: (genaues Thema des Termins, Hintergrundinformationen zum Besuch, Rolle bei dem Termin)

Bewertung: (unsere Empfehlungen für den Besuch, worauf ggf. noch zu achten ist)

Ansprechpartner/in: (hier: immer Absprechen mit Büros, falls andere dabei sind, wo genau der Treffpunkt ist; ebenso einen Ansprechpartner in der Firma/Büro ansprechen, falls Ortsangabe unklar ist)

Diese neuere Version des Deckblatts zeigt in mehrfacher Weise veränderte Relevanzssetzungen und so auch veränderte Wissensbestände aufgrund gemachter Erfahrungen auf. Unter der Überschrift „Hintergrund“ findet sich in deutlich gründlicherer Art und Weise das Ziel, vermeintlich wichtige Hintergründe zum Entstehen des Termins zu sammeln. Dies ist sowohl in Bezug auf die Frage zu fassen, wie der Termin zustande kam als auch, welche Personen hierbei relevant waren. Wichtig ist dies deshalb, weil mit zunehmender Anzahl an Terminen auch gewisse Bekanntschaften, wiederkehrende Kontakte und sonstige ‚Pappenheimer‘ des Büros entstehen, die entsprechend unter dem Begriff „Hintergründe“ in ihrer Geschichte zu dokumentieren sind (auch dieser Aspekt wird später unter dem Begriff „Kontaktpflege“ nochmals aufgegriffen). Dazu gehören auch jene Typisierungen des Gegenübers wie ‚zuverlässig‘, ‚muss man mehrmals nachfragen‘ oder ‚nicht noch einmal‘, um nur einige der Einteilungen holzschnittartig zu nennen, die dann als habitualisierter Wissensbestand, der schlicht auf gemachten Erfahrungen beruht, in die zukünftigen Terminplanungen mit eingehen – und den Mitarbeitern helfen, auch den Termin selbst vorab schon zu typisieren. Bereits hier also ist die genauere Einordnung des Termins deutlich besser und gezielter zu leisten als zuvor. Mit „Inhalt“ wird ähnlich wie früher auch versucht, die wichtigsten inhaltlichen Aspekte eines Termins aufzulisten. Jedoch ist auch hier eine Verschiebung der Relevanzssetzungen im Vergleich zum Beginn zu vorher beobachtbar. Ähnlich wie bei „Hintergrund“ findet sich auch unter „Inhalt“ oftmals eine Art Historie bereits vergangener Termine oder auch Inhalte ähnlicher Art, mit welchen man schon konfrontiert war. Zwar wird auf dieser Seite keine umfassende Beschreibung derselben geleistet, jedoch ist der Hinweis, man habe mit den betreffenden Akteuren bereits entsprechende ‚Erfahrungen‘ gemacht sowie ein Vermerk, dass man entsprechende Dokumente beigelegt habe, umso wichtiger. Oftmals sind es bei Parteiveranstaltungen oder Vorstandssitzungen lediglich die Tagesordnungen, die dann unter Inhalt nochmals aufgelistet werden. Wichtig aber ist hier zu betonen, dass bereits bekannte Themen, Inhalte und auch Personen wiederholt genannt werden und so dazu führen, dass mehr und mehr eine Art ‚Typisierungsnetzwerk‘ erstellt wird, um entsprechend für jeden Termin ausreichend vorbereitet zu sein – inklusive der Typisierung des Abgeordneten

und seiner Rolle im Rahmen des Termins selbst. Dies findet sich dann auch unter „Bewertung“ wieder, ein Begriff, der ein Stück weit die oftmals nicht mögliche Rücksprache ersetzen und eine Gesamteinschätzung zu dem Termin bieten soll. Besondere Umstände, mögliche Probleme und dergleichen werden hier genannt und sollen – auch hier im Goffman’schen Sinne – für Sicherheit und mögliche Schutzmechanismen sorgen, die jegliche Überraschungseffekte vermeiden sollen. Mit anderen Worten: Ist einzuschätzen, dass ein Termin ‚schwierig‘ wird, einfach nur, weil es sich hier um einen ‚Bekannten‘ handelt, der viel redet, hohe Forderungen stellt oder auch die Partei als solche angreift, wird das unter „Bewertung“ festgehalten, damit der MdB entsprechend vorbereitet ist. Der Begriff „Ansprechpartner“ ist zwar im Vergleich zur früheren Version gleich geblieben, jedoch war der Erkenntnisfortschritt hier besonders ausgeprägt. Konkret: Es kam zu Anfang häufig vor, dass ich als zuständiger Mitarbeiter nicht in letzter Konsequenz die richtigen Ansprechpartner recherchiert hatte. Ein zu dem Zeitpunkt nicht beachtetes, aber, wie sich mehr und mehr herausstellte, umso wichtigerer Wissensbestand im Rahmen der Terminvorbereitung ist die äußerst genaue Recherche möglichst *verschiedener* Ansprechpartner. Wie oben zu sehen ist, wurde dies sogar in die täglich benutzte Vorlage für die Terminvorbereitung aufgenommen. Insbesondere bei Wochenendterminen ist sowohl bei Unternehmen wie auch sonstigen Institutionen kaum jemand anwesend, sodass die üblichen Nummern von Sekretariaten oder Zentralen wenig hilfreich sind. Insofern ist es mehr und mehr eine wichtige Aufgabe des Wahlkreisbüros und insbesondere von mir selbst geworden, Handynummern für den Notfall zu erfragen – im Idealfall von jenen, die beim Termin selbst dabei sein werden sowie Abgeordnetenkollegen von Bund und Land, die bei jenem Termin gegebenenfalls noch zugegen sein würden. Auch hier zeigt sich abschließend, wie stark die Terminvorbereitung dazu da ist, den Abgeordneten adäquat, will heißen so auf Termine vorzubereiten, dass sie reibungslos ablaufen und weder persönliche, organisatorische noch inhaltliche Fehler und Unklarheiten auftreten. Auch und besonders Termine – ganz gleich welchen Typus – laufen also nach sehr klaren Richtlinien und Handlungsmustern ab, die sich in kondensierter Form auf dem Deckblatt der Terminvorbereitung wiederfinden, das somit ein wichtiges Artefakt des Feldes bildet. Insbesondere die

Einordnung des Gegenübers ist hierbei von großer Bedeutung. Die Veränderungen bezüglich des Deckblatts dokumentieren dies nochmals deutlich: Im Alltag eines Wahlkreisbüros, in welchem man in besonderer Weise mit Bürgerinnen und Bürgern und daher mit Menschen in ihrem Alltag und mit entsprechenden Problemen, Unklarheiten und teils auch Unwissenheiten zu tun hat, geht es zu einem gewichtigen Teil darum, mithilfe entsprechender Typisierungen koordinierte Termine ‚gut‘ zu überstehen.

Abschließend soll dies nochmals an zwei Beispielen illustriert werden. Wie bereits mehrfach angesprochen, ist der Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern auf unterschiedliche Weise vorhanden. Viele rufen an und wollen einen Termin und somit eine face-to-face-Interaktion, andere schreiben Briefe oder e-mails. Interessant ist in diesem Zusammenhang stets, auf welche Weise man die Anfragenden typisiert und wie sich dies auch in einer entsprechenden Sprache niederschlägt. Ein Beispiel hierfür ist eine Briefanfrage vom Juli 2014, in der es darum ging, dass sich ein älterer Mann nochmals selbstständig machen wollte und uns bat, ihm mit unserem Einfluss zu helfen, einen günstigen Kredit zu erhalten. Auf diese nicht gerade alltägliche Anfrage, die zudem noch auf einem handschriftlichen Brief zu finden war (und, weil dies kaum mehr jemand tut, quasi-automatisch zu einer gewissen Skepsis dem Autor gegenüber führte), reagierten wir innerhalb des Büros sehr unterschiedlich, was sich anhand dreier von drei verschiedenen Mitarbeitern erstellten Briefentwürfen auch stark in der Sprache niederschlug. Wichtig ist dies deshalb, weil die jeweiligen Inhalte des Briefes erheblich davon abhängig sind, wie lange die jeweiligen Autoren in derlei Büros ‚im Geschäft‘ sind und somit auf sedimentierte Erfahrungen in Bezug auf Bürgeranfragen zurückgreifen konnten. Die folgenden drei Absätze hintereinander mögen dies verdeutlichen:

„[...] als ich Ihren Brief las, für den ich mich bedanke, war ich von Ihrer Agilität beeindruckt. Sie können sehr stolz auf das sein, was Sie in Ihrem Leben bereits erreicht und geschafft haben.

Aus Ihrem Brief kann ich leider nicht ersehen, was Sie zu dem Schritt bewegt hat erneut in die Selbständigkeit gehen zu wollen. Aber sicherlich haben Sie Ihre Gründe.

Leider habe ich weder Einfluss auf die Banken noch auf die Vergabe von öffentlichen Geldern [...]. Dennoch wünsche ich Ihnen bei der Umsetzung Ihres Plans alles erdenklich Gute [...].

„[...] für Ihren Brief danke ich herzlich. Es ist beeindruckend, wie Sie noch mit beiden Beinen im Leben stehen und dies mit dem Gang in die Selbständigkeit auch vertiefen wollen.

Aus Ihrem Brief wird allerdings nicht ersichtlich, was ich in meiner Funktion als Bundestagsabgeordneter für Sie tun kann. Ich habe keinen Einfluss auf Banken oder ähnliche Akteure, die Sie in Ihrer Idee finanziell unterstützen könnten. Meine Aufgabe ist vielmehr, die verschiedenen Interessen und Belange der Menschen in meinem Wahlkreis bei der Entscheidungsfindung politischer Fragen in Berlin zu vertreten. Insofern sehe ich mich außerstande, Ihnen konkrete finanzielle Hilfe in Aussicht zu stellen.

Ich hoffe dennoch, dass Sie auf Ihrem Weg Erfolg haben und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute. [...].“

„[...] für Ihren Brief danke ich herzlich.

Ich habe keinen Einfluss auf Banken oder ähnliche Akteure, die Sie in Ihrer Idee der Selbständigkeit finanziell unterstützen könnten.

Meine Aufgabe ist vielmehr, die verschiedenen Interessen und Belange der Menschen in meinem Wahlkreis bei der Entscheidungsfindung politischer Fragen in Berlin zu vertreten. Insofern sehe ich mich außerstande, Ihnen mit der Vermittlung von konkreter finanzieller Unterstützung zu helfen.

Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute. [...].“

Diese drei Briefentwürfe, von welchen der letzte schließlich verschickt wurde, dokumentiert die verschiedenen, teils auch *bürointern* verschiedenen Typisierungen, mit denen im Alltag eines MdB-Büros umgegangen wird, und die sich dann entsprechend in

einer Handlung niederschlagen – in diesem Fall die Formulierung wie auch der entsprechende ‚Zungenschlag‘ innerhalb eines Briefes. Das Beispiel dokumentiert, wie vom anfänglichen Versuch, Empathie zu dokumentieren, um erst am Ende zu einer negativen Aussage zu gelangen, mehr und mehr zu einer sachlichen und in der Länge sehr verkürzten Absage des Anliegens übergegangen wird. Es geht hier weniger um eine tiefer gehende Dokumentenanalyse, die zweifellos zahlreiche Seiten füllen könnte. Wichtig ist, eines festzuhalten: Die tatsächliche Handlung des Schreibens eines Antwortbriefes ist in hohem Maße durchtränkt von Typisierungen des Gegenübers, die sich selbst wiederum in hohem Maße aus in ähnlichen Kontexten gemachten und entsprechend sedimentierten Erfahrungen speisen – in diesem Fall, dass man am Ende zu der Überzeugung gelangte, es handle sich hier um einen älteren und vermutlich verwirrten Mann, dem man deutlich sagen müsse, hier keine Hilfe anbieten zu können. Gerade in solchen Fällen sind empirisch betrachtet die Typisierungsentwicklungen, Sedimentierungen und dergleichen, die dann zu Handlungsentwürfen führen, wie dies bei Berger/Luckmann beschrieben ist, eindeutig auszumachen. Auch im Wahlkreis funktioniert die Kommunikation mit Menschen über Briefe, e-mails und dergleichen somit zu einem großen Teil ausschließlich über Typisierungen, die *anschließend* zu konkreten Handlungen führen – von einer simplen und wie im obigen Beispiel kurzen Absage, die dann auch zu einem Abschluss dieses Vorgangs ohne Folgen reicht bis hin zu bürointernen Terminen und gemeinsamen Briefen an Ministerien oder sonstige öffentliche Stellen. Die Typisierung des Gegenübers konstituiert in hohem Maße die anschließenden, tatsächlichen Handlungen im Rahmen der alltäglichen Wahlkreisarbeit.

Das eben angesprochene Beispiel war trotz allem eine bürointerne Abstimmung auf dem Papier, die dann zu einem entsprechenden Ergebnis führte. Nochmals komplexer wird es dann, wenn – nochmals sei es betont, im Wahlkreis sehr viel häufiger der Fall als in Berlin – tatsächlich ein Mensch physisch präsent ist und sein Anliegen persönlich vor Ort vorträgt. Umso problematischer ist es, wenn es sich dabei entweder um eine aufgebrachte, aufdringliche, besonders misstrauische, also: kaum einzuordnende Person handelt. In Bezug auf den nun diskutierten Aspekt der Typisierung jedoch zeigt sich, dass genau diese Problematik in vielen Wahlkreisbüros

auftritt und dementsprechend von bürokratischer Seite Abhilfe geschaffen wird. Konkret: Es gibt zahlreiche Seminare insbesondere (oder gar ausschließlich) für Wahlkreismitarbeiter, in welchen der „richtige Umgang mit schwierigen Verhaltenstypen“²⁹ erlernt wird, angeboten vom Deutschen Bundestag in Kooperation mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (Baköv) als Teil des Bundesministeriums des Innern. Dies ist in zweierlei Hinsicht interessant: Erstens dahingehend, dass offensichtlich die höchsten Verwaltungsebenen – Ministerien und ihnen angeschlossene Verwaltungseinheiten – die Notwendigkeit sehen, Wahlkreismitarbeitern bei Problemen im Umgang mit schwierigen Verhaltenstypen zu helfen. Nicht nur also typisiert man als Wahlkreismitarbeiter mit zunehmender Zeit und Erfahrungen die jeweiligen Gegenüber, hinzu kommt, dass die Verwaltungsebenen des Deutschen Bundestages *selbst* mit ähnlichen Typisierungen arbeiten, um einen geordneten Ablauf der parlamentarischen Arbeit auch in den Wahlkreisbüros zu sichern. Zweitens sind jene Seminare auch immer deshalb spannend – für den Mitarbeiter, besonders aber für den Ethnographen – weil sie die nahezu einmalige Möglichkeit bieten, in Pausen, am Abend oder dazwischen mit Mitarbeitern aus gänzlich fremden Büros zu sprechen, um abzusichern, dass jene vor den gleichen Problemen stehen. Vereinfacht gesagt: Weiterbildungen bieten die Möglichkeit, die zunächst ausschließlich subjektiven Erfahrungen, die man *a/s* Mitarbeiter macht, in diesen Situationen zu verallgemeinern oder zumindest in verschiedensten Interaktionssituationen abzuklopfen, inwiefern bei anderen Mitarbeitern ähnliche Situationen vorkamen – mit dem Ergebnis, dass die Probleme tatsächlich nahezu identisch sind. Insofern waren derlei Seminare auch immer eine sehr gute Möglichkeit, von der eigenen Perspektive zu abstrahieren und die erlebten und festgehaltenen Ereignisse ein Stück weit zu verallgemeinern oder zumindest in die Typiken zu bringen, die zuvor dargestellt wurden. Daneben aber bieten sie eben zusätzlich konkrete Handlungsanleitungen in bestimmten, potentiell problematischen Situationen, die deshalb als solche mithilfe des Gelernten besser

²⁹ Es handelt sich hier tatsächlich um den Titel eines Seminars, das ich im Jahr 2015 besucht habe. Die folgenden Begrifflichkeiten und Wissensbestände, die ich aus dem Seminarekontext übernehme und anspreche, basieren im Besonderen auf Klaus Althoffs Buch „Psychologie in der Verwaltung.“ Siehe weiterführend Althoff 2013.

überstanden werden können. Eine solche Situation habe ich nicht allzu lange nach Besuch des Seminars auch tatsächlich erlebt, woran sich gezeigt hat, wie stark man in bestimmten Situationen *tatsächlich* auch jene, von Seminarleitern im Auftrag des Bundestages gelieferten Wissensbestände anwendet. Hier ein längerer Auszug eines Feldprotokolls nach dem unangekündigten Besuch einer Frau aus dem Wahlkreis:

*„Interessant wie seltsam war bereits ihre Begrüßung an der Klingel. Ob wir kurz Zeit für eine Schwerstbehinderte hätten, war die Frage an der Gegensprechanlage, die ich mit „ja“ beantwortete und, da das Büro nur durch viele Treppen zu erreichen ist, ihr entgegenlief. Mir kam daraufhin eine Frau mit einer Krücke, einer Tasche, die sie hinter sich herzog und etwas ungepflegtem Äußeren entgegen, die ich gleich in den kleinen Sitzungssaal nebenan beordnete. Das ist wichtig zu betonen, denn ebenso hätte ich mit ihr auch in unser Büro gehen können, was ich aufgrund der vielen Treppenstufen nicht tat, aber **auch** deshalb, weil ich sie bereits bei der Ankunft und ihren ersten wenigen Worten typisiert hatte als eine Mischung aus einem aufdringlichen und misstrauischen Typus, in jedem Fall eines Menschen, der schwierig im Umgang werden würde. Wie beim Seminar und in zahlreichen kurzen Gesprächen im Wahlkreisbüro über derartige „Kunden“ bereits diskutiert und erlernt, wusste ich, dass keine allzu angenehme Gesprächsatmosphäre (und die Nähe zur Tür) wichtig ist, um das Gespräch, sollte es drohen auszufern, möglichst schnell beenden zu können. Das ist spannend zu sehen, denn es zeigt, dass man **unabhängig** vom konkreten Anliegen der Menschen (ich wusste dieses zu dem Zeitpunkt auch noch nicht) mögliche Diskussionen schon auf ein Minimum reduzieren und somit das Gespräch auf 15-20 Minuten zeitlich rahmen will. Das Anliegen der Frau war denn auch schwierig zu verstehen, [...]. So ging es noch einige Zeit weiter, bevor ich mich dann von meinem Stuhl erhob und sagte, das seien genügend Dokumente, mehr brauche ich nicht, und ich würde dies nun im Büro weitergeben und wir würden uns überlegen, wie wir ihr helfen könnten. Diesen Wink zur Beendigung der Konversation hatte sie auch schnell verstanden und war am Ende auch zufrieden, dass ich ihr Anliegen weitergeben würde.“*

Der Auszug aus diesem Feldprotokoll zeigt gleich mehrere Aspekte auf. Einmal ist interessant, dass davon gesprochen wird, die Frau in einen Sitzungssaal „beordert“ zu

haben. In Zusammenhang mit dem direkt anschließenden Satz, dass diese Frau sehr schnell als eine Mischung aus aufdringlichem und misstrauischem Typus identifiziert wurde, zeigt sich, wie stark an dieser Stelle mit Wissensbeständen umgegangen wurde, die sowohl im Alltagskontext des Wahlkreisbüros wie auch im Rahmen des Seminars (und anderen Gesprächssituationen) angeeignet wurden. Damit hängt zweitens zusammen, dass es von Beginn an vor allem darum geht, ein solches Gespräch auf fünfzehn bis zwanzig Minuten zeitlich zu rahmen, damit es nicht zu einer ausufernden Debatte und Diskussion kommt. Auch dieses Handlungsziel ist ein fester Bestandteil gemachter Erfahrungen sowie erlernter Wissensbestände – kein Anliegen, so heißt es immer wieder in den jeweiligen Kontexten, brauche länger als dieser Zeitraum, um erläutert werden zu können. Dieser Fall ist somit ein weiteres Beispiel dafür, dass man im Kontext eines Wahlkreisbüros auf einen großen Bestand an Wissen zurückgreift, um in verschiedensten Situationen strukturiert handeln zu können. Dies impliziert in hohem Maße die Typisierung von Bürgerinnen und Bürgern (manchmal, wie in diesem Feldprotokoll, vereinfacht auch als „Kunden“ bezeichnet) ebenso wie die Habitualisierung und Typisierung von Handlungen selbst – beispielhaft beschrieben anhand verschiedener Termintypen wie auch deren jeweilige Einordnung durch materialisierte Hilfsmittel, den Deckblättern zur Terminvorbereitung. All dies zeigt, dass es im Rahmen eines Wahlkreisbüros vor allem darum geht, alltägliche politische Handlungen strukturiert nach klaren Handlungsmustern durchzuführen. In gewisser Weise steht die alltägliche politische Arbeit dann in einer Reihe typischer Alltagshandlungen, die für Soziologen an sich interessant sind und in der Tradition der Neueren Wissenssoziologie stets in einem Spannungsverhältnis zu verstehen sind zwischen einerseits dem Versuch, Routinen zu generieren, um jenen Alltag beherrschbar zu machen, sowie andererseits der ständigen Unsicherheit, welche neuen Entwicklungen oder unvorhergesehenen Ereignisse in einer solch komplexen Subsinnwelt moderner Gesellschaft auf einen zukommen können.

2.1.1.3.4 Zusammenfassung: Die Arbeit im MdB-Büro als zyklisches Facettenmodell

Die bisherige Beschreibung idealtypischer Struktur- und Handlungselemente im Alltag eines MdB-Büros kann nun nochmals genauer gegliedert und in eine Art gesamtheitliche Facettenstruktur überführt werden – auch und am Ende besonders in Bezug auf die tatsächliche Konstruktion von Gerechtigkeit. Die „Grounded Theory“, die als solche keineswegs als Theorie verstanden werden kann wie es beispielsweise die Schütz'sche Protozoziologie ist, sondern vielmehr als Annäherungsversuch an die Daten selbst, hilft dabei, eine Vorsicht, Zurückhaltung oder gar Angst vor den eigenen Daten zu überwinden (wenngleich die Überhöhung der Bedeutung der Daten selbst zu kritisieren ist, wie schon deutlich wurde; vgl hierzu auch Emling/Grenz 2017) Laut Jörg Strübing geht es den Gründervätern Anselm Strauss und (laut Strübing mit Abstrichen, zumindest nach deren späterer Auseinandersetzung) Barney Glaser um folgendes: „Bei ihm geht es immer um das Verhältnis von Arbeit im Sinne problemlösenden Handelns zu den dabei kontinuierlich hervorgebrachten Objektivierungen.“ (Strübing 2014: 10) Dieser Aspekt ist wichtig zu betonen, denn letzten Endes ist es eine gewissermaßen ‚metatheoretische‘ Erkenntnis, dass gerade bei sozialwissenschaftlichen Projekten mit echtem empirischem Interesse jene Haltung Strauss‘ und Glasers (wie gesagt, abzüglich der Überhöhung der Daten selbst, die angeblich die ‚wahren Aussagen‘ schon in sich tragen) zutrifft, bezieht man sie auf die *eigene* Forschungsarbeit. Letzten Endes befindet sich eine Ethnographie wie hier, die lebensweltanalytisch angelegt ist, immer in einem Spannungsverhältnis zwischen der Hoffnung auf Hervorbringen konkreter Ergebnisse und einem nicht vollständig zu planenden Forschungsalltag. Daraus folgt, dass das Erheben, Darstellen und auch – oder vielmehr noch – Interpretieren von Daten keineswegs der, wie Strübing meint, „Dreifaltigkeit der Gütekriterien“ (a.a.O.: 6) Reliabilität, Validität und Repräsentativität im typischen Sinne genügt, ja genügen kann, sondern vielmehr von zahlreichen kontingenten Faktoren abhängt wie beispielsweise die Frage, welche Menschen den Ethnographen umgeben, die der Interpretation von Interviewdaten eine entsprechende Richtung geben. Dies betrifft in besonderem Maße

auch den Forschungsprozess selbst, der daher nicht nach klaren Sequenzen verlaufen *kann*. Entscheidend ist aber: Die intersubjektive Nachvollziehbarkeit muss gewahrt sein. Insofern ist es eine besondere Herausforderung, die zweifelsohne auch auf subjektivem Erleben und Beobachtungen basierenden Daten so darzustellen, dass sie trotz allem einen nachvollziehbaren, strukturellen und idealtypischen Teil des erforschten Alltags deutlich machen. Insofern ist auch jene nun folgende strukturelle Darstellung, die den alltäglichen und idealtypischen Arbeitsablauf in einem MdB-Büro beschreiben soll, vor allem eines: Ausdruck der durch ethnographische Feldforschung, Datenerhebung und anschließende Interpretation jener Daten geronnenen empirischen Ergebnisse eines Forschers.

Die bereits zuvor beschriebenen Routinen im Umgang mit den verschiedenen Typen von Bürgern und deren Anfragen treten vor allem dann auf, wenn es um den großen Komplex ‚Schriftverkehr‘ geht, weil hier die meisten Fäden alltäglichen Tuns zusammenlaufen. Mit anderen Worten: Egal, ob es um Außentermine, interne Gespräche, Konferenzen oder sonstiges geht, mit hoher Wahrscheinlichkeit haben all jene Handlungssituationen mit Schriftverkehr – davor oder/und danach – zu tun. Hierunter können somit typischerweise all jene Aufgaben subsumiert werden, die in welcher genaueren Form auch immer mit schriftlichen Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu momentan virulenten politischen Themen zu tun haben – will heißen, des nunmehr seltener vorkommenden Briefes, der als Standardform zu bezeichnenden e-mail oder aber dem persönlichen Anruf, der dann ebenfalls in einer schriftlichen Ausarbeitung der Anfrage mündet (wenn auch nur von den Mitarbeitern selbst in einigen wenigen Sätzen zusammengefasst). Auf einer zeitlichen Ebene ist vorab zu erwähnen, dass sich die Art und Weise der Bürgeranfragen durchaus ändert. Waren zu Beginn der Legislaturperiode oftmals noch unklare Anfragen in dem Sinne häufig, dass die jeweiligen Absender schlicht unbekannt waren, kann man mit der Zeit sehr klare Typen von Anfragenden unterscheiden, die keineswegs in einer gemeinsamen Diskussionsrunde festgelegt werden, sondern sich vielmehr durch Erfahrung ergeben. Dies ist auch deshalb wichtig zu erwähnen, weil ein nicht geringer Teil der nach einiger Zeit angesammelten Kontakte durch wiederkehrende Anliegen bereits bekannt ist und so zu

einem gleichsam gänzlich neuen (und oben schon angesprochenen) Aufgabenfeld führt, nämlich jenem der ‚Kontaktpflege‘. Gemeint ist damit insbesondere die Tatsache, dass mit zunehmender Quantität der Anfragen und Kontakte die Notwendigkeit einer nach Relevanz strukturierten Wiedervorlage entsteht. Mit anderen Worten: Geht es oftmals darum, vermeintlich wichtige Vorgänge zuerst zu bearbeiten und jene Anfragen, die allgemeiner Natur sein mögen sowie besonders schwierige oder auch nur ‚unbekannte‘ Themen – vor allem jene, die nicht in das Spezialgebiet der Abgeordneten fallen – umfassen, auf eine zeitlich klar strukturierte Wiedervorlage zu legen, so geschieht dies vor allem in Bezug auf jene Kontakte, die man nach einer gewissen Zeit einfach wieder auffrischen sollte. Kontaktpflege ist insofern eine durchaus handlungsrelevante Typisierung ‚wichtiger‘ Menschen und mit ihnen verbundener Themen, die es einfach *grundsätzlich* besonders ‚gut‘ zu behandeln gilt. Hierunter kann auch eine als solche – zumindest in unserem Kontext – zu bezeichnende Sonderform der Bürgeranfrage subsumiert werden, die in vorheriger Absprache eingereicht wird. Gemeint sind Anfragen von Bürgern, deren Anliegen bei einem Gesprächstermin oder sonstigen Zusammentreffen zuvor als unterstützenswert aufgefasst wurde und die man als MdB-Büro dadurch unterstützen will, dass man – in der feldspezifischen Terminologie – als ‚Durchlauferhitzer‘ fungiert, also Name, Status und Sachkenntnis eines MdB-Büros beziehungsweise des MdB selbst dazu benutzt, einer Bürgeranfrage besondere Relevanz zu verleihen. Konkret funktioniert die Durchlauferhitzung dann so, dass der Bürger sein Anliegen und die konkreten Fragen dazu dem Büro zur Verfügung stellt und sie anschließend auf dem Schriftkopf des MdB sowie mit seiner Unterschrift als Fragestellung an die jeweiligen Stellen – oftmals Ministerien sowie andere Bundesbehörden – geschickt wird. Jene Aufgabe ist sehr wichtig, da sie einen Großteil der Kontaktpflege ausmacht, wie sie hier beschrieben wurde.

Eine konkrete schriftliche Anfrage ‚von außen‘ hingegen wird dann oftmals, wie bereits angedeutet, zu den Kollegen nach Berlin und dort wiederum in die Fachausschüsse oder zu den Fachleuten in den Arbeitsgruppen und der Fraktion gegeben. Dadurch, dass dies sehr viele Büros tun, entsteht eine zeitliche Dissonanz, die es zu füllen gilt. Konkret: Es wird ein Zeitraum festgelegt, nach dessen Ende der

jeweilige ‚Kunde‘ eine Antwort bekommt. Diese kann durchaus gestaffelt in mehreren Schritten ablaufen, oftmals beginnt dies mit einer simplen Eingangsbestätigung,³⁰ damit der Anfragende weiß, dass das Anliegen auch tatsächlich bearbeitet wird. Nach rund zwei Wochen, dem Ablauf des ersten Wiedervorlagezeitraums, wird gegebenenfalls bei den Kollegen nachgefragt, ob eine Antwort vorliegt. Ist das nicht der Fall, wird unter Umständen nochmals der Kontakt mit dem Anfragenden gesucht, um die Gewissheit zu geben, dass man die Anfrage nicht vergessen habe. Schließlich wird – in der Regel nach rund vier Wochen – eine Antwort präsentiert, die dann in einem offiziellen Schreiben des MdB an den ‚Kunden‘ (um nochmals diese Redeweise zu gebrauchen) gegeben wird. Oftmals – und zur Hinleitung an die genauere strukturelle Beschreibung der Arbeitsabläufe kommt es auf diesen Hinweis an – wird das Schreiben an die Anfragenden mit den Worten geschlossen, dass man für weitere Fragen und Anregungen selbstverständlich zur Verfügung stehe. Die Folge ist, dass der Vorgang abgelegt wird, meist in einem Ordner oder Hängeregister und so zur möglichen weiteren Bearbeitung zur Verfügung steht. Es ist genau dieser Aspekt, der ein wesentliches Strukturmoment der Arbeit im Bundestag – Berlin wie auch Wahlkreis – ausdrückt: die Erkenntnis, dass die allerwenigsten politischen Themen, Vorgänge und Anfragen je wirklich abgeschlossen sind. Es ist auch aus diesem Grund meine Auffassung, dass die nun folgende Strukturbeschreibung unserer Arbeit durchaus als Zyklus verstanden werden kann, der so in ähnlicher Weise immer wieder, ständig und in nur abgewandelter Weise auftritt.

1. Input

Wie eben schon angedeutet, beginnt der Arbeitszyklus oft mit der Anfrage eines Bürgers oder einem politischen Thema, das in irgendeiner Weise virulent ist. Da es nun jener

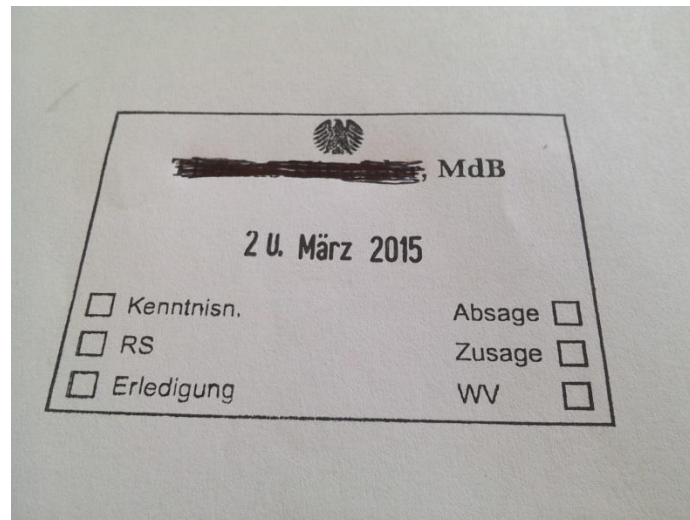
³⁰ Die Eingangsbestätigung hat unabhängig dessen, wer genau der Anfragende ist, nahezu immer den gleichen Wortlaut, der mit einer höflichen Anrede beginnt, dann mit einem Satz nochmals das Anliegen wiederholt und dann mit einem weiteren Satz darauf hinweist, dass man sich um das Problem kümmern werde. Geschlossen wird die Eingangsbestätigung mit dem Hinweis, dass man sich – ohne eine genaue Angabe des Zeitraums – nach Erhalt entsprechender Informationen und Ergebnisse wieder melden werde.

Anfragen zu viele gibt und einige Merkmale der Arbeit hier nicht vollständig auftauchen, sollen die folgenden Beschreibungen exemplarisch an einer größeren politischen Diskussion erläutert werden, die zu Beginn des Jahres 2015 aufkam. Der erste Schritt des Arbeitszyklus‘ ist dabei, wie schon angedeutet, eine von außen kommende Anfrage, Unklarheit, Beschwerde oder auch Berichterstattung seitens der Presse. Wie in einem oben zitierten Interviewauszug bereits gesagt, handelt es sich bei dem ‚Beginn‘ dieses Handlungsablaufs also um einen wie auch immer gearteten *Input*. In diesem Fall war der Input die Nachfrage eines Landespolitikers nach den aktuellen Plänen des Bundesverkehrsministeriums zum Thema Schienenverkehr. Dabei wurde recht schnell klar, dass das betroffene Bundesland mit seinen Knotenpunkten sowie der Nähe zu diversen Industriestandorten inmitten der Planungen des neuen, sogenannten „Bundesverkehrswegeplans“ liegt, der eine Erhöhung des Schienenpersonen-, vor allem aber des Güterverkehrs vorsah. Recht schnell also antizipierten die verschiedenen politischen Gremien und Ebenen die daraus entstehenden Probleme für die betroffene Region, die letzten Endes darin bestanden, dass die Pläne vorsahen, mehr Güterverkehr durch das Land, aber eben auch durch verschiedene Knotenpunkte des Wahlkreises fahren zu lassen – eine breit angelegte Berichterstattung vor allem in der Lokalpresse tat das Übrige. Dies ist ein typisches Beispiel für einen Input, denn es zeigt, dass wir selbst, gewissermaßen präventiv, nicht auf die Idee gekommen wären, nach den aktuellen Plänen zum Thema Güterverkehr nachzufragen. Vielmehr wurden wir aufgrund jenes Inputs aktiv – ein typisches Moment der Wahlkreisarbeit, gleichsam reaktiv aufgrund verschiedener virulenter Probleme zu handeln zu beginnen. Umgekehrt zeigt es daher auch, dass es aufgrund externer Entwicklungen eine Handlungsnotwendigkeit gab, die nun im zweiten Schritt genauer auszugestalten ist. Mit anderen Worten: Als Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten erkennt man aufgrund jener Inputs, dass hier ein Thema relevant wird – und beginnt daraufhin, entsprechend zu handeln.

2. Interne Informationssuche

Die Handlungsmöglichkeiten, die es im Anschluss an den Input gibt, gehen im zweiten Schritt, der *internen Informationssuche*, einher mit einer Alltäglichkeit, die als solche scheinbar naheliegend ist, aber weitreichende Folgen hat und so ein grundlegendes Moment im Rahmen des Büroalltags ist. Es geht um die tatsächliche, also physische Präsenz des MdB vor Ort im Wahlkreisbüro. Aufgrund des bereits beschriebenen Ablaufs der Wochen, die in Wahlkreis- sowie Sitzungswochen eingeteilt sind sowie mehrmals und immer wieder durchbrochen werden von Auslandsreisen, Tagungen, Parteitagen sowie ab und an Feiertagen und Urlauben, ist es naheliegend, dass die Präsenz des MdB im Wahlkreisbüro niedrig ist, ja sein muss. Daraus folgt ein grundlegendes Handlungsproblem, nämlich die Frage nach der Regelmäßigkeit gemeinsamer Kommunikation in Bezug auf aktuelle Entwicklungen, Fragen sowie entsprechender Arbeitsaufträge. Vereinfacht ausgedrückt: Trotz der Alltäglichkeit der elektronischen Kommunikation via e-mail, SMS und dergleichen wird bei einigen komplexeren Themen wie dem hier angesprochenen Güterverkehr eine tiefere Besprechung (Rücksprache) notwendig. Es ist deshalb ein zentrales Strukturierungsmoment der Wahlkreisarbeit, mithilfe konkreter Hilfsmechanismen und feldspezifischer Artefakte die Kommunikation entsprechend zu kanalisieren, sofern der Abgeordnete nicht im Wahlkreisbüro sein kann. Die verschiedenen Dokumente, die in einer Woche typischerweise ins Haus kommen (Einladungen zu verschiedensten Veranstaltungen, Anfragen oder auch nur Artikel und Stellungnahmen zur Kenntnisnahme verschiedener wahlkreisrelevanter Themen), werden in diesem Zusammenhang als erstes mit einem Eingangsstempel versehen, bevor sie in die Postmappe des MdB kommen:³¹

³¹ Zumindest prinzipiell legten wir dem MdB all diese Dokumente vor. Jedoch war es – wie oben unter dem Stichwort der Ökonomisierung unseres Alltags bereits angedeutet – im Laufe der Zeit mehr und mehr dazu gekommen, aus verschiedenen Gründen dem MdB gewisse Dokumente nicht oder erst später vorzulegen. Diese Dokumente waren in der Regel Einladungen zu Veranstaltungen, die zeitlich nicht gepasst hätten ebenso wie solche, die er unserer Meinung nach ohnehin nicht besucht hätte und insofern keine direkte oder unmittelbare Einsicht durch ihn nötig machten. Interessant ist das deshalb, weil es neben der Ökonomisierung des Alltags auch zeigt, wie wir als Mitarbeiter uns dahingehend



Dieser Eingangsstempel, mit dem jedes Schreiben an den MdB markiert ist, stellt ein zentrales Artefakt im Rahmen eines MdB-Büros dar, weil er die möglichen Handlungsoptionen aufzeigt, die prinzipiell zur Verfügung stehen. Mag es auch weitaus mehr logisch mögliche Handlungsweisen geben – derer gibt es nahezu unendlich viele – so sieht die Alltagspraxis in einem MdB-Büro vielmehr so aus, dass die auf dem Stempel befindlichen sechs Ankreuzmöglichkeiten – ausgeschrieben „Kenntnisnahme“, „Rücksprache“, „Erledigung“, „Absage“, „Zusage“ und „Wiedervorlage“ – mit Niklas Luhmann gesprochen jene *Möglichkeitshorizonte* oder *Möglichkeitsperspektiven* bilden, die als *tatsächliche* Handlungsoptionen zur Verfügung stehen. Mit anderen Worten: Der Eingangsstempel als Artefakt des Feldes konstituiert *als* Artefakt die möglichen folgenden Handlungen.

Jene Begrifflichkeiten finden sich bei Luhmann, wie die meisten, an vielen Stellen, immer jedoch hängen sie in diesem Fall mit seinen Gedanken und Vorlesungen zum Begriff „Sinn“ zusammen. Im Zusammenhang mit den (Arbeits-)Routinen eines MdB-Büros ist vor allem die zehnte Vorlesung zum Thema „Sinn“ im Band *Einführung in die Systemtheorie* interessant, weil Luhmann sich darin stark mit der Husserl'schen

entwickelt haben, dass wir *selbst* im Laufe der Zeit eine Typisierung der Eingangspost und anderer Anfragen entwickelt haben, die grundlegend und vorab entscheidet, was wichtige und unwichtige Termine, Veranstaltungen und Einladungen sein mögen.

Phänomenologie beschäftigt und aus jener heraus – mag er sie an vielen anderen Stellen auch kritisieren – die Grundidee dessen, was er mit „Möglichkeitshorizonten“ meint, abzuleiten sucht. Dabei beginnt Luhmann mit der Feststellung, dass Husserl das Subjekt sowie dessen Bewusstsein – im Übrigen genau wie Schütz, Berger, Luckmann und all jene Autoren, auf die ich hier Bezug genommen wird – immer intentional, also auf etwas Bestimmtes gerichtet versteht. Entscheidend dabei ist, so Luhmann, dass jenes Gerichtet-Sein „immer in einem Horizont, wie Husserl sagt, der Verweisung auf andere Möglichkeiten“, (Luhmann 2009: 231) verstanden werden muss. Das bedeutet, dass Bewusstseinsakte stets im Zusammenhang mit anderen und daher mit bereits Gedachtem und bewusstseinsmäßig Typisiertem stehen. In Bezug auf konkrete Handlungen heißt das, dass bereits Getanes und, mit Berger/Luckmann gesprochen, typisierte oder gar institutionalisierte Handlungsweisen als gleichsam ‚Vergleichsfolie‘ bei Bewusstseinsakten stets mitlaufen. So sagt Luhmann: „Das heißt, alles, Symbolik und Dinge, verweist in einem Horizont der möglichen Bestimmtheiten, wie Husserl sagt, oder der Bestimmbarkeit eines bestimmten Stils auf andere Möglichkeiten. Man landet nie in einem *unmarked space* im Sinne Spencer Browns, in einer völlig undefinierten Situation, aus der man nie wieder herauskäme. Man arbeitet immer auf der Innenseite der Unterscheidungen und immer mit nahe liegenden anderen Möglichkeiten.“ (ebd.) Entscheidend ist, was jener Gedanke in Bezug auf die Handlungszusammenhänge und -möglichkeiten im Rahmen eines Abgeordnetenbüros bedeutet. Und diesbezüglich sagt Luhmann: „[...] der Raum der Potenzialitäten, die Gesamtheit der Verweisungen, die Horionthaftigkeit allen Sinns ist belebendes oder Sinn gebendes Moment in allem Spezifischen, in aller Identität, in allem, was man kommunikativ als Information bekannt gibt, und in allem auch, dem man sich bewusst zuwenden und das man thematisieren kann.“ (a.a.O.: 232f.) Dergestalt gibt Luhmann im Anschluss eine Art Definition jenes Gedankens von Sinn, der auch für die hier verfolgte Idee, was im Alltag eines MdB-Büros als Handlungsmöglichkeiten vorhanden ist, genau genommen tatsächlich (und so ausschließlich) *existiert*, von Bedeutung ist: „Sinn ist das Medium, das mit der Differenz von Aktualität und Potenzialität arbeitet, und zwar mit der Differenz, mit der Unterscheidung in dem Sinne, dass die Einheit der Unterscheidung immer mitspielt,

dass man also immer in dem, was man aktuell sieht, Möglichkeitsperspektiven hat und umgekehrt Möglichkeiten nicht thematisieren kann, nicht denken kann, auch gar nicht kommunikativ benutzen kann, wenn man dies nicht aktuell tut.“ (a.a.O.: 233) Es ist jener Aspekt der *Vergegenwärtigung* aktueller und so gewissermaßen ausschließlich existierender Handlungsmöglichkeiten, der in der Beschreibung des Alltags eines MdB-Büros zentral ist: Je nachdem, welche Typisierung des Inhalts sowie des Anfragenden vorausgeht, ergeben sich entsprechende Handlungsmöglichkeiten, deren verschiedene Ausprägungen wiederum als ebensolche potentielle Handlungsoptionen mitlaufen. Jene allerdings sind endlich, und ergeben somit ein festes Kontingent an möglichen Reaktionen, die dann wiederum zu einem festen Kontingent an entsprechenden Handlungen oder zumindest Handlungsentwürfen gerinnen – und dies eben vermittelt durch das Artefakt des Eingangsstempels. Das heißt, dass es eine begrenzte Anzahl an tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten gibt, die *als* Möglichkeiten jedem Mitarbeiter zur Verfügung stehen und so die Möglichkeitshorizonte potentieller Handlungen bilden.

Eine schönes und besonders anschauliches Beispiel für die Anwendung dieser Luhmann'schen Terminologie im Rahmen konkreter Studien bietet beispielsweise die Studie von Peter Mohler aus dem Jahr 1978, in der er anhand der Abiturjahrgänge 1917-1971 feststellt, welche Möglichkeitshorizonte und somit Handlungs- sowie Denkweisen in diesen jeweils historisch, politisch und ideologisch sehr unterschiedlichen Zeiten herrschten, insbesondere mit Bezug auf die Jahrgänge im Dritten Reich. Die Erwähnung dieser Studie bietet sich deshalb an, weil Mohler zeigt, dass faktische Möglichkeitshorizonte nicht nur Folgen für potentielle und tatsächliche Handlungen haben, sondern auch in besonderer Weise auf der Ebene des *Bewusstseins* wirken – eine Beobachtung, die Luhmann aufgrund seiner Ablehnung der meisten Gedanken Husserls nur ansatzweise zugibt. So schreibt Mohler an einer Stelle in Bezug auf viele Jugendlichen im Dritten Reich: „Falls der autoritäre Charakter notwendig und hinreichend sein soll, um die individuelle Unterstützung faschistischer Regimes zu erklären, dann müsste eine große Zahl der Jugendlichen, die das Dritte Reich erlebten und (damals) überzeugte Anhänger des Regimes waren, auch heute, als Erwachsene autoritäre Charakterzüge aufweisen. Hätten sich die Autoren von 'Student und Politik'

[gemeint ist das 1961 erschienene Werk „Student und Politik“, bei dem Jürgen Habermas unter anderem eine besondere Mitwirkung des Volkes einfordernde und gegenüber früherer wie damals herrschender Zustände sehr kritische Einleitung schrieb; Anm. D.E.] an ihre Jugend erinnert und sich die Begeisterung (zumindest) ihrer Umgebung ins Gedächtnis zurückgerufen, dann hätte ihnen auffallen müssen, daß unter den 'Anhängern' des Naziregimes auch Jugendliche waren, in deren Möglichkeitshorizont die abgrundtiefe Schlechtigkeit jenes Systems einfach nicht vorhanden war, und sie hätten sich auch an den Schock erinnern können, der eben diese Jugend traf, als sie das ganze Ausmaß des Terrors zu erkennen begann.“ (Mohler 1978: 23) Mohler zeigt exemplarisch, wozu das Vorhandensein/Nicht-Vorhandensein bestimmter Möglichkeitshorizonte führen kann – und zwar explizit auf Ebene des Bewusstseins des Einzelnen, womit der Bogen zurückgeschlagen zu dem hier diskutierten Gegenstand, denn es zeigt, wie das Vorhandensein konkreter Handlungsmöglichkeiten sowohl faktisch als auch bewusstseinsmäßig in alltäglichen Kontexten erklärt werden kann – in dem Fall sogar in Bezug auf das Naziregime, das eben einer ganzen Generation junger Menschen als mehr oder weniger einziger Möglichkeitshorizont zur Verfügung stand. Der Bezug auf jene Begrifflichkeiten und die Notwendigkeit eines solchen Kontingents an Handlungsoptionen lässt sich daneben im Übrigen auch mit Berger/Luckmann als notwendige kognitive Erleichterung verstehen, wie sie sich beispielsweise beim Gedanken der Institutionalisierung – beginnend mit der Habitualisierung als dem „psychologisch wichtigen Gewinn der begrenzten Auswahl“ (Berger/Luckmann [1969] 2010: 57) – findet. Letzten Endes geht es im zweiten Schritt des Arbeitszyklus‘, der *internen Informationssuche*, genau darum: Ist durch den Input – hier exemplarisch: die aktuellen Pläne der Bundesregierung zur Ausweitung des Güterverkehrs auch innerhalb des Wahlkreises – der erste Schritt im Rahmen des Arbeitszyklus‘ getan, stellt sich notwendigerweise die Frage danach, wie man jenes Thema angeht und was dabei genau zu tun ist. Eine eigene, individuelle Recherche zum Thema Güterverkehr kann prinzipiell überall beginnen und birgt somit das Potenzial derjenigen kognitiven Überforderung, die es in einem routinisierten Arbeitsalltag zu vermeiden gilt – weshalb eine derartige Recherche zumindest zu dem Zeitpunkt außerhalb der

Möglichkeitshorizonte liegt. Um vorab also wissen zu können – Wissen auch hier durchaus im Sinne Schützens und Berger/Luckmanns zu verstehen danach, dass man selbst nicht alles wissen müsse, jedoch wissen sollte, an wen man sich in solchen Fällen zu wenden habe – an welcher Stelle eine solche Suche nach Informationen beginnen sollte, gibt es als Mitarbeiter eines MdB die klaren Informationen sowie Suchoptionen, um die Wissensarbeiter in jenen Situationen auch zu finden. In jenen Fällen sind das dann zunächst die Kollegen im Berliner Büro, die – sollten sie selbst wenig oder nichts zu dem Thema beitragen können – zumindest eine klare Typologie der Wissensarbeiter in den Berliner Gremien haben. Konkret: Das Berliner Büro als entsprechend gut vernetzter Akteur weiß genau, wer für das Thema Güterverkehr zuständig ist. Dementsprechend ist der zweite Schritt im Arbeitszyklus eine *interne Informationssuche* dahingehend, dass bürointern über das Thema gesprochen wird, durch den MdB gemäß des Eingangsstempels entschieden wird, wie weiter verfahren wird, und danach die Möglichkeiten der Recherche ausgelotet werden. In den meisten Fällen wendet man sich dabei an die Fachleute und Referenten der Fraktion sowie der AG's, also der internen Arbeitsgruppen. Hinzu kommt in diesem Fall noch, dass die Abgeordneten der jeweiligen Landesgruppen meist so in den Fachausschüssen des Bundestages verteilt sind, dass in der Regel eines der bekannten Büros ohnehin etwas zu diesem Thema zu sagen hat. Konkret also läuft der zweite Schritt, die *interne Informationssuche*, von dem mit dem Thema konfrontierten Mitarbeiter über die Kollegen in Berlin zu denjenigen Kollegen anderer MdB's und der Fraktion, die mit dem Thema besser vertraut sind. Die *interne Informationssuche* ist, so gesehen, ein klar nach den entsprechenden Möglichkeitshorizonten in der jeweiligen Situation strukturierter Handlungsablauf.

3. *Interner Meinungs Austausch*

Konkreter werden die Planungen dann im dritten Schritt, dem *internen Meinungs Austausch*. Hier geht es, nach Erhalt und entsprechender Durcharbeitung der themenbezogenen Informationen, darum, wiederum bürointern zu klären, welche Aspekte des Bearbeiteten in welcher Form nach außen dringen und so – wie in Schritt

vier zu sehen sein wird – als *Output* letztlich wahrgenommen werden sollen. Es ist in diesem Zusammenhang zunächst zu klären, welches Büro (Berlin oder Wahlkreis) welche Subthemen genauer bearbeitet. Hierzu ist letzten Endes wiederum die Rücksprache mit dem MdB selbst entscheidend, der dieses eben festzulegen hat und letztlich die im Wahlkreis angelegten sowie die bundespolitischen Themen den beiden Büros entsprechend zuteilt. Ähnlich wie schon im ersten Schritt, dem Ankommen eines *Inputs*, wird das vor- und aufbereitete Material dem MdB entsprechend vorgelegt, sodass er das weitere Vorgehen festlegen kann. Ist über diesen Weg der direkten Rücksprache (sollte der MdB im Wahlkreis sein) oder der indirekten Rücksprache beispielsweise per Mail entschieden, was getan wird – z.B. ein interner Termin im Wahlkreisbüro, die Termintypen werden an der Stelle also ebenfalls relevant – geht es beim *internen Meinungs austausch* auch noch darum, mit anderen Büros im Wahlkreis in die engere Abstimmung zu gehen. Es geht also – je nach Lage des Themas und damit, wessen Wahlkreis auf welcher Ebene konkret noch betroffen ist – darum, die parteiinternen Mitstreiter für einen gemeinsamen Termin oder auch einen möglichen gemeinsamen Output zu gewinnen. Die Möglichkeiten dieser Generierung variieren in jedem Wahlkreis je der Anzahl parteiinterner Mandatsträger. In meinem Fall – und in dem spezifischen Fall des Güterverkehrs im Besonderen – wurden von zwei Landeswahlkreisen die Landtagsabgeordneten ebenso einbezogen wie eine Landrätin sowie diverse parteiinterne Funktionsträger ständig auf dem Laufenden gehalten. Wie nahezu jeder Arbeitsauftrag sind solche Themen oftmals auch in einem Spannungsverhältnis zwischen drängender Zeit einerseits und Versuch der Einbindung möglichst vieler andererseits zu verstehen. Konkret: Auf der einen Seite versucht man, möglichst viele für einen (gleich noch näher zu beschreibenden) *Output* auf seiner Seite zu haben, andererseits ist der organisatorische Aspekt – Benachrichtigung der jeweiligen Büros, Terminabklärung und vieles mehr – oftmals derart komplex, dass die geringe Zeitspanne, nach deren Ablauf der *Output* vorhanden sein muss, nicht ausreicht. In jedem Fall aber ist festzuhalten, dass auch der *interne Meinungs austausch* – wie jeder dieser Schritte – eine klare Handlungsstruktur aufweist: Vorlage des Materials an den Abgeordneten, anschließende Rücksprache und schließlich die

Einbindung weiterer (parteiinterner) Funktionsträger mit dem Ziel, einen entsprechenden *Output* vorzubereiten.

4. *Output*

Ein solcher *Output* schließlich ist der vierte Schritt im beschriebenen Zyklus. Wie bereits angedeutet, gibt es auch hier einige Handlungsmöglichkeiten, die sich mit der Zeit als Routinen ausbilden und dementsprechend in Anschlag gebracht werden. Auch hier ist klar, dass das MdB-Büro selbst nur die Entscheidungshintergründe vorbereitet, sodass es letzten Endes an der Abgeordneten liegt, eine Entscheidung zu treffen. Dennoch ist die Aufbereitung und direkte oder indirekte Rücksprache entsprechend wichtig, und die Möglichkeiten des *Outputs* sind dann einigermaßen begrenzt. Zentral ist jedoch, dass der *Output* entsprechend der Bezeichnung ein Schritt ‚nach außen‘ ist – in dem Sinne, wie bereits vorhin von der Wichtigkeit der Externalisierung bestimmter Handlungen gesprochen wurde –, was im Rahmen der Politik vor allem die Einbindung der (lokalen) Presse zur Folge hat. Insofern, als im Falle des Güterverkehrs ein gemeinsames Handeln mit möglichst allen Funktionsträgern vereinbart wurde, war der geplante *Output* zweierlei: Zum einen gab es die Entscheidung (nach einer SPD-internen Besprechungsrunde), zu einem überparteilichen Treffen mit allen politisch Verantwortlichen des Wahlkreises (Bundes- und Landtagsabgeordnete) einzuladen, zum Anderen im Anschluss daran eine entsprechende Stellungnahme beziehungsweise Pressemitteilung herauszugeben. Diese beiden Handlungsschritte sind typisch für derartige Themen, die einerseits den ganzen Wahlkreis betreffen, andererseits hinzukommend noch einigermaßen langwierig zu werden drohen. Die Organisation eines überparteilichen Treffens ist hierbei deshalb entschieden worden, weil das Thema eine klare parteipolitische Position sowie mögliche Schärfung des eigenen Profils schlicht nicht hergab. Vereinfacht gesagt: Eine Masse an Güterverkehrszügen durch den Wahlkreis zu verhindern war ein Ziel, das schlicht alle politisch Verantwortlichen gemein hatten. Entsprechend einer solchen Gemengelage muss auch der *Output* angepasst werden, was hier in Bezug auf ein solches Treffen geschah. Der Schritt an

die Presse ist daneben nicht minder typisch, jedoch ist dabei eine ähnliche Abwägungsstrategie notwendig. Je nach Thema wird also bürointern entschieden, ob sich die genauere, tiefere und rhetorisch aufgeladene Aufbereitung der Thematik in Form einer Pressemitteilung lohnt. Teil dieser Abwägung ist einmal die schlichte Frage, ob eine Pressemitteilung mit geringem Streitpotential überhaupt abgedruckt wird. Die andere Frage aber – ein Aspekt, der immer wieder in Form von Leserbriefen, Bürgeranfragen und Ähnlichem auftaucht und schon andeutet, dass die Struktur zyklisch angelegt ist – ist auch, inwiefern mögliche Anspruchshaltungen durch besonders einschneidende oder sonst wie prägnante Forderungen bei den Bürgern geweckt werden. Jene nämlich könnten dann dazu führen, dass es wiederum Anfragen zu dem Thema gibt, die eben eine entsprechende weitere Bearbeitung zur Folge hätten. Entscheidend bei diesem vierten Schritt ist somit die bürointerne Besprechung der Thematik sowie Festlegung dessen, was als *Output* letztlich ankommen soll, wobei neben der Einbeziehung entsprechender Termine, Anfragebriefe oder weiterer Stellungnahmen die Einbindung der Presse in hoher Kontinuität vorhanden ist.³²

5. Prozessende

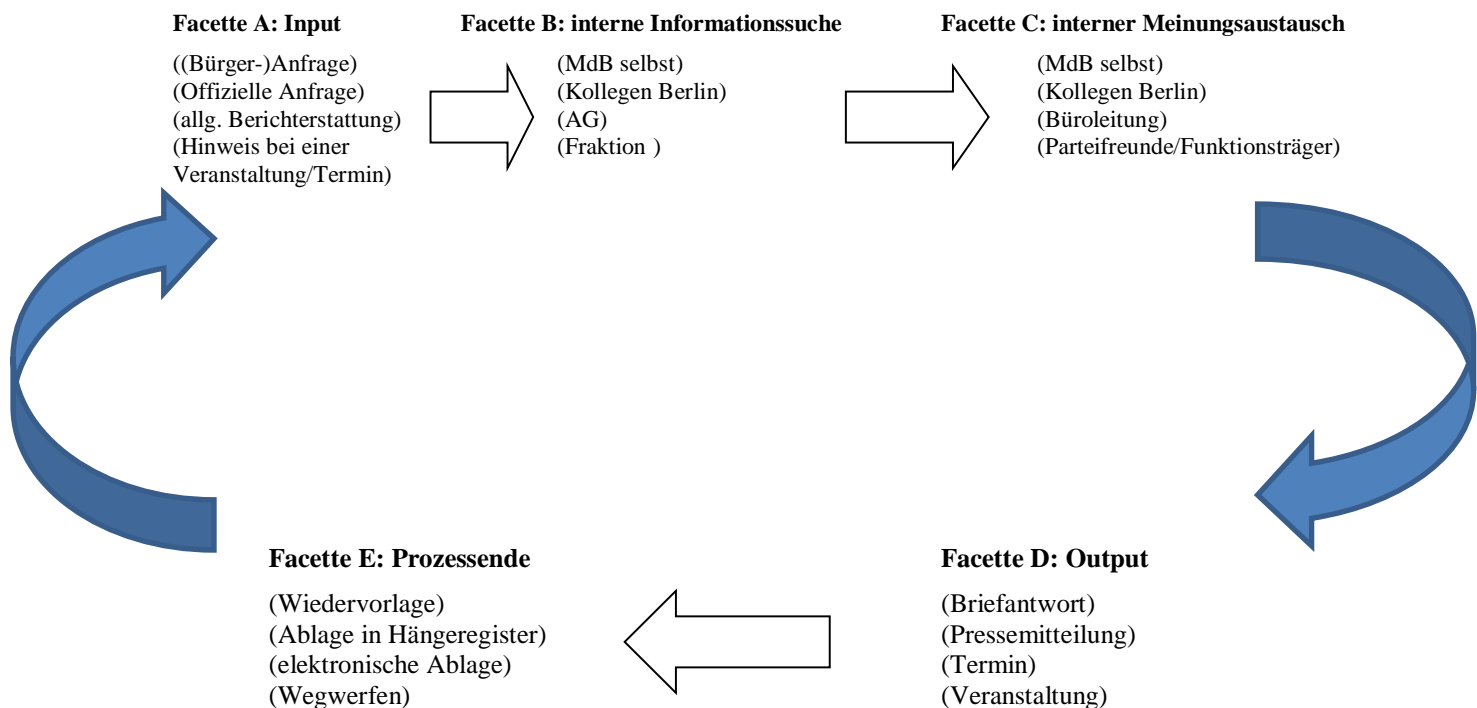
Ein fünfter und letzter Schritt wurde bereits angedeutet und sollte in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden. Als Abschluss oder *Prozessende* muss schließlich die tatsächliche Ablage des Themas im Büro vor allem deshalb genannt werden, weil damit auch zusammenhängt, wie dem Vorgang bürointern in Zukunft begegnet wird. Konkret heißt dies, dass die bürointerne Ablage auch darüber entscheidet, ob und wie man sich gegebenenfalls in Zukunft mit dem Thema beschäftigt. Es ist dabei ein großer

³² Interessant ist hierbei auch, dass man als MdB-Mitarbeiter gezielt angelernt wird, wie derartige *Outputs* – also in erster Linie Briefe und Pressemitteilungen – zu schreiben sind. Konkret gibt es auch hierzu – analog zu der oben beschriebenen Situation rund um Verhaltenstypen – entsprechende in Berlin angebotene Seminare, die letztes Endes darauf abzielen, ungewollte Folgen von *Outputs* zu vermeiden. Mit Stichworten wie der Betonung der „Beziehungsebene“, welche dem Inhalt deutlich vorgeht sowie dem Komplex „Glaubwürdigkeit“ zeigt sich, dass der Versuch, Bürgern mit Antwortbriefen oder Pressemitteilungen ein gewisses Gefühl zu vermitteln, ganz gezielt unternommen und angelernt wird.

Unterschied, ob das Thema in einem Hängeregister und so der ständigen Wiederaufnahme abgelegt ist, als Wiedervorlage für in einigen Wochen wieder zur Verfügung stehen soll oder zu ‚den Akten kommt‘, oftmals ein Synonym dafür, dass das Thema abgeschlossen ist. In einigen wenigen Fällen kommt es auch vor, dass ein Vorgang – oftmals aufgrund der schiereren Masse an Papier und so für den Versuch einer guten Organisation des Büros notwendig – schlicht weggeworfen wird (jedoch selten ohne eine zumindest elektronische Ablage in Form eines Scans oder dem Speichern einer formulierten Antwort etc.). Wichtig ist diese Unterscheidung wie bereits angedeutet deshalb, weil es deutlich macht, dass derartige Vorgänge oftmals zyklisch verlaufen. Insbesondere bei dem nun angesprochenen Thema Güterverkehr wird dies deutlich. Der *Output* des gemeinsamen Treffens sowie einer entsprechenden Pressemitteilung konnte in diesem Fall kaum das *Prozessende* sein. Zu viele Menschen waren von diesen Planungen direkt oder indirekt betroffen, meldeten sich mit Anfragen oder Terminwünschen. Darüber hinaus gab es noch eine Reihe offener Studien zu diesem Thema ebenso wie die Tatsache, dass die gesamte Thematik als Teil eines Bundesverkehrswegeplans ohnehin langfristig angelegt war. Insofern lässt sich festhalten, dass jenes Thema ein gutes Beispiel dafür bietet, dass die Arbeit in einem MdB-Büro oftmals zyklisch verläuft und jene fünf Schritte zumindest im Kern immer wieder nach diesem Schema ablaufen.

Für eine abschließende bildliche Darstellung kann hier auf die Grundidee der Facettentheorie zurückgegriffen werden. Der Hinweis auf die *bildliche* Darstellung sollte hierbei ernst genommen werden. Es geht keineswegs darum, die ohnehin aus der Psychologie stammenden Grundlagen jener Theorie zu übernehmen, sondern lediglich übersichtlich, kompakt und in einzelnen Schritten die Schritte des nun beschriebenen Arbeitszyklus‘ als Facetten mit entsprechenden Unterpunkten darzustellen. Die Facetten selbst sind hierbei ausschließlich als verallgemeinertes Strukturmoment der im Feld erforschten Arbeit entscheidend, weniger ihre genaue Anzahl an Unterpunkten. So beschreiben Mohler und Borg den Nutzen an einer Stelle folgendermaßen: „Man sieht hieraus, daß solche Explikationen der Elemente eines Abbildungssatzes nicht nur zusätzliche Unterscheidungen ergeben, sondern möglicherweise den Abbildungssatz

selbst zu verallgemeinern erlauben.“ (Mohler/Borg 1993: 19) Insofern, als hier also von Facetten gesprochen wird, geht es lediglich um eine möglichst gute Darstellung dessen, was in den jeweiligen Arbeitsschritten als *handlungsrelevante Typen* zu verstehen ist, also ein Ausdruck dessen, was in einem MdB-Büro *typischerweise* getan wird. Die bildliche Darstellung in Facetten hilft hierbei, den Handlungsrahmen, innerhalb dessen verschiedene Teilschritte mit verschiedenen anderen Teilschritten und so letztlich Handlungen kombiniert werden können, darzustellen. Oder wie es Ruth Guttman und Charles W. Greenbaum an einer Stelle zusammenfassend sagen: „Its purpose is to express observations in a form that facilitates [...] in an explicit and systematic way [...] coordinating formal concepts and language with informal ones. The task of the mapping sentence is to construct the formal definitional framework for the design of the research [...].“ (Guttman/Greenbaum 1998: 15f.) Analog ist in diesem Zusammenhang zu sagen: Die Darstellung der in einem MdB-Büro alltäglich auftretenden Arbeitsschritte durch Facetten bildet den definitorischen Rahmen, innerhalb dessen Handlungsteilschritte und so typisierte Handlungsweisen alltäglich auftreten und entworfen werden. Gemäß der oben ausgeführten fünf Schritte können die Facetten dann so dargestellt werden:



Die jeweiligen Klammern um die einzelnen Teile der Facetten sollen dabei anzeigen, dass dies nur ansatzweise zu verallgemeinernde Aspekte sind oder zumindest, dass sie nicht in allen Kontexten auf genau diese Weise auftreten müssen. Umgekehrt macht es auch deutlich, dass prinzipiell jedes einzelne Element mit prinzipiell jedem anderen Element der folgenden Facette kombinierbar ist, sodass nachvollziehbar wird, wie viele potentielle Handlungsmöglichkeiten im Alltag eines MdB-Büros existieren (dargestellt durch die jeweiligen Pfeile, die von der einen zur nächsten Facette führen). Wichtig ist zudem zu betonen, dass die letzte Facette, der Schritt *Prozessende*, wie bereits angedeutet je nach konkreter Ausführung Rückwirkungen auf die erste Facette hat beziehungsweise je nach Ausführung – wie beispielsweise durch Wiedervorlage – in gewisser Weise *gleichzeitig* auch schon wieder als *Input* fungiert (angedeutet durch großen Pfeil). Dadurch wird deutlich, dass es sich im Alltag eines MdB-Büros sehr oft um zyklische Arbeitsabläufe handelt, die in dieser Weise typisierbar sehr oft auftreten und somit in gewisser Weise auch ausdrücken, dass politische Themen selten ganz abgeschlossen sind.

Um diese bisher beschriebene Struktur nochmals zu plausibilisieren, wird das Facettenmodell wie oben dargestellt im Folgenden anhand eines konkreten Beispiels erläutert und plausibilisiert. Dies hat gleich mehrere Gründe: Zum einen wird dieses Beispiel deutlich machen, dass die soeben beschriebene Facettenstruktur – die unter Umständen starr und unvollständig wirkt – einigermaßen flexibel ist und in keinerlei Weise bedeuten soll, dass Handlungen im Rahmen eines MdB-Büros monokausale Zusammenhänge und Ursachen haben oder hier endgültig und absolut vollständig beschrieben sind. Aber es zeigt dennoch, dass auch ein hochkomplexes, langwieriges und in jeder Hinsicht schwieriges Thema wie das der in den Jahren 2015 und 2016 aufgekommenen, sogenannten „Flüchtlingskrise“, in seinem Verlauf mit der hier angebotenen Struktur angemessen erläutert werden kann. Daneben wird auch der Bezug zum Thema Gerechtigkeit und speziell der Aspekt der Gerechtigkeits*konstruktion* nochmals deutlicher. Es soll durch die folgende Beschreibung klar werden, mit welchen Mitteln Gerechtigkeit im politischen Alltag konstruiert wird und insofern, welche Rolle Gerechtigkeit entsprechend zukommt. Zum anderen ist die ganze Thematik Asyl,

Flüchtlinge und Integration eine gute Überleitung zum zweiten Aspekt meines Forschungsfeldes, meiner Tätigkeit als Beigeordneter für Kultur und Soziales, in der ich mit ebenjener Thematik konfrontiert war und die so nochmals stärker als bisher deutlich machen soll, welche dezidiert handlungsrelevante Bedeutung Gerechtigkeit im alltagspolitischen Kontext – auf bundes- wie kommunalpolitischer Ebene, als Konstruktionsleistung wie als Element subjektiver Sinnkonstitution – zukommt.

Es war sicher nicht nur, aber doch in hohem Maße auch der allgemeinen Berichterstattung geschuldet, dass das Thema der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Laufe der vergangenen Jahre erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Zumindest kann man festhalten, dass – ähnlich wie beim Thema Güterverkehr, dem auch eine offizielle Anfrage von Seiten eines Landtagsabgeordneten vorrausging – nicht ‚einfach so‘, gleichsam aus dem Nichts heraus, das Thema auf der Tagesordnung auch unseres Büros war. Vielmehr war es in dem Fall eine Mischung aus einzelnen Bürgeranfragen oder eher vereinzelt Meinungsäußerungen ebenso wie die allgemeine, in Tages- und Wochenzeitungen wie auch durch Fernsehnachrichten vermehrte Berichterstattung. Zeitgleich war es zudem der Fall, dass vermehrt Verwaltungen – SPD-geführte und so mit unserem MdB und uns selbst vertraute Personen wie auch ich selbst als Beigeordneter – mit dem Thema konfrontiert wurden und eine gewisse Handlungsnotwendigkeit gesehen haben. Insofern ist der *Input* im Falle der sogenannten „Flüchtlingskrise“ schwer auf einen Aspekt zu reduzieren, vielmehr kann man sagen, dass die allgemeine ‚Stimmung‘ ein Handeln notwendig machte. Auf einen der oben genannten Begriffe reduziert, könnte man jedoch sagen, dass der *Input* in jenem Fall am ehesten die allgemeine Berichterstattung war. Der *interne Informationsaustausch* anschließend war dadurch gekennzeichnet, dass zunächst die Kollegen in Berlin an den entsprechenden Stellen der Fraktion über einen aktuellen Sachstand gebeten haben und daraufhin – ebenfalls ein vor allem in Berlin wichtiges Artefakt für den MdB – einen „Sprechzettel“ erstellt haben. Dieser – ebenfalls bereits weiter oben schon angesprochen – soll in komprimierter Form den momentanen Sachstand eines Themas durch Aufzählung relevanter Hintergründe, Details für Deutschland wie auch das entsprechende Bundesland und den Wahlkreis ebenso

aufzeigen wie mögliche Handlungsoptionen.

Diese Herangehensweise zeigt, dass trotz der Brisanz und teils normativen Aufgeladenheit der Thematik eine sehr alltägliche und dem oben beschriebenen Arbeitszyklus' nahekommende Beschäftigung mit dem Thema vorherrschend war. Keineswegs spielten normative Appelle oder sonstige Weckrufe, die durchaus möglich und denkbar wären, zu Beginn der Bearbeitung des Vorgangs eine zentrale Rolle. Es ging vielmehr darum, die Situation zu verstehen und eben nicht blindlings in eine naiv-oberflächliche Forderung von ‚mehr Gerechtigkeit‘ zu geraten, die die Komplexität des Themas bezüglich der Zuständigkeiten, momentanen Gesetzgebung und vielem mehr unterschätzt oder gar ignoriert hätte. Nach der *internen Informationssuche* wurde dann in einer Rückspracherunde – im Modell dann der *interne Meinungs austausch* – festgelegt, dass man als einzelner Akteur nicht besonders weit kommt und daher entschieden, einen Runden Tisch zu initiieren, an dem die Verwaltungen ebenso teilnehmen sollten wie soziale Institutionen, Kirchen sowie weitere politische Entscheidungsträger – was somit dem (hier: vorläufigen) *Output* entspricht und dann einen ersten konkreten Aspekt in Richtung Gerechtigkeitskonstruktion darstellt. Als vorläufig ist der *Output* deshalb zu bezeichnen, weil dem Runden Tisch am Tag darauf eine Pressemitteilung als zweitem *Output* – typisch für ‚erfolgreiche‘ und vor allem länger angelegte oder wiederkehrende Veranstaltungsformate – folgte. Auffällig ist in jener Pressemitteilung, dass die Wortwahl vor allem in Bezug auf die Einforderung konkreter Maßnahmen eher zurückhaltend war. So wurde die Rahmung des Runden Tisches und so gewissermaßen die Erwartungshaltung beschrieben als „offenes Gespräch“, um „in einen Austausch zur Flüchtlingssituation“ vor Ort zu kommen. Auch die grundsätzliche Zielsetzung derartiger Treffen wurde allgemein lediglich beschrieben mit dem Versuch, „die Flüchtlinge hier willkommen zu heißen.“ Die konkreten Maßnahmen, die sich in der Pressemitteilung finden und Teil des Runden Tisches waren, finden sich dann in solchen Formulierungen wie „eine bessere Koordinierung der helfenden Stellen“ sowie eine „gute Unterbringung und Integration von Flüchtlingen“ vor Ort. Abgeschlossen wurde die Pressemitteilung gegen Ende mit der konkreten Forderung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), „um die Erstellung

eines Leitfadens für Kommunen sowie ehrenamtliche Initiativen mit wichtigen Informationen und Kontaktadressen zu bitten.“ Es wird mehr als deutlich, dass dieser *Output* nur sehr implizit eine Forderung nach ‚mehr Gerechtigkeit‘ sowie einer konkreten Herstellung derselben enthielt. Es scheint daher offensichtlich, dass dieser *Output* nur ein vorläufiger sein kann, dessen weitere Ergebnisse entsprechende weitere Handlungen zeitigen würden. Wichtig ist das deshalb, weil es deutlich macht, dass auch bei einem normativ aufgeladenen Thema wie dem der Flüchtlingshilfe und –integration ein sehr strukturiertes und eher ‚vorsichtiges‘ Vorgehen hauptamtlicher Politiker zu beobachten war. Das vorläufige *Prozessende* war in dem Fall – was wieder die zyklische Struktur des Modells belegt – gerade keine Ablage oder gar ein Wegwerfen der Vorgänge, sondern vielmehr eine sehr zeitige Wiedervorlage. Sehr schnell hat sich gezeigt, dass ein einzelner Runder Tisch nicht ausreicht, sodass in diesem Fall schon im *Output* weitere Handlungen angelegt waren. So ging es nach dem ersten Runden Tisch wieder zu Schritt zwei, der *internen Informationssuche*, die dann nach einiger Recherche zu Schritt drei, dem *internen Meinungs austausch* mit den bereits einbezogenen Akteuren und so dazu führte, dass man ein Informationspapier erstellte, in dem aufgekommene Detailfragen diskutiert wurden, so zum Beispiel, wen beschleunigte Asylverfahren betreffen, wie die Zuständigkeiten bei jenen Verfahren genau verteilt sind, wo es welche Arten von Beratungsstellen gibt und welche Weiterbildungskurse für Asylbewerber von welchen Akteuren angeboten werden. Stück für Stück wurden dann Aspekte wie allzu lange Wartezeiten beim Asylverfahren sowie weitere als Missstände betrachtete Punkte herausgearbeitet, sodass nach dem zweiten Runden Tisch einige Wochen darauf konkretere und in Bezug auf die Einforderung gerechtigkeitsspezifischer Inhalte rhetorisch deutlich klarere Schwerpunkte in weiteren Pressemitteilungen gesetzt wurden, die zu dem Thema die vorläufig letzten *Outputs* waren. Auch diese begannen jeweils mit einer Bestandsaufnahme oder genauer einem Hinweis auf die momentan problematische Situation gerade auf kommunaler Ebene. Schon hier aber wird eine veränderte Wortwahl deutlich, wie folgender Auszug zeigt: „Die Aufgaben für die Kommunen sind riesig. Sie dürfen nicht zum sozialen Sprengstoff werden.“ Jene Attribute wie „riesige“ Aufgaben sowie die Gefahr „sozialen Sprengstoffs“

sind im Vergleich zum ersten *Output* einige Wochen zuvor sehr explizit. Jener Rhetorik folgten dann konkrete Forderungen, die im Vergleich zur ersten Pressemitteilung die Einforderung von Gerechtigkeit auch deutlich zum Ausdruck bringen. So ist zur gleichsam ‚Bändigung‘ des sozialen Sprengstoffs anschließend die Rede davon, dass es demgegenüber „einen starken Rechtsstaat braucht, eine engagierte Zivilgesellschaft und eine entschlossen handelnde Politik“. Ähnlich normativ aufgeladen, wenn auch noch nicht direkt bezogen auf die Herstellung von Gerechtigkeit, ist auch eine andere Stelle, die nochmals eine Art „Willkommenskultur“ – in dem Zusammenhang ein ähnlich oft benutzter Begriff – heraufbeschwören soll: „Hier haben wir eine lange Tradition, Menschen aus vielen Ländern bei uns willkommen zu heißen. Viele Fremde wurden so zu Freunden, Nachbarn und Kollegen.“ In jenem Versuch, die Gastfreundlichkeit Deutschlands nochmals hervorzuheben, zeigt sich, was die Kernforderung jenes *Outputs* letzten Endes ist. So geht es trotz aller Wichtigkeit ehrenamtlichen Engagements, zivilgesellschaftlicher Offenheit sowie Hilfe zur Selbsthilfe oder dergleichen Forderungen mehr letztlich darum, Asylverfahren zügig zu Ende zu bringen, um den Flüchtlingen so einen konkreten Status zuschreiben zu können. Genau dies findet sich auch in einer entscheidenden Formulierung einer Pressemitteilung wieder, die dabei auch deutlich macht, welche Rolle Gerechtigkeit in solchen politischen Zusammenhängen zukommt – womit der Bogen zur Erläuterung der Gerechtigkeitskonstruktion selbst geschlagen werden kann: „Weiter müsse die Bearbeitung von Asylanträgen unter der Berücksichtigung eines jeden Einzelfalls gerecht und zügig durchgeführt werden, sind sich die Abgeordneten einig. Nur so könnten berechtigte Antragsteller schnell eine Arbeitserlaubnis bekommen und so ein integriertes Leben in Deutschland beginnen.“ Eine gerechte zu zügige Durchführung der Asylanträge zur Möglichkeit, ein integriertes Leben in Deutschland zu führen – das also ist es, was in diesem Zusammenhang als zentrale Forderung stehen bleibt. Das macht deutlich, was Gerechtigkeit im Zusammenhang eines professionell agierenden MdB-Büros in erster Linie meint oder genauer, wozu sie im Rahmen der *Konstruktion von Gerechtigkeit* eingesetzt wird – und somit, was hier als vorläufiges ‚Ergebnis‘ zur Konstruktion von Gerechtigkeit gesagt werden kann: Es handelt sich vor allem um eine

implizite Forderung, die sich rhetorisch in entsprechenden *Outputs* wie beispielsweise Pressemitteilungen ausdrückt. Somit ist Gerechtigkeit zu verstehen *ein Mittel zur Formulierung eines konkreten politischen Ziels*, das sich in ebenso konkreten themenspezifischen Forderungen findet und somit gleichsam als *rhetorische Manifestation einer politischen Positionierung* zu verstehen ist. Keineswegs also ist Gerechtigkeit ein konkreter Zustand der Gesellschaft, der auch so ausgesprochen und skizziert werden kann. Vielmehr ist Gerechtigkeit im Rahmen politischen Handelns ein *rhetorisches Mittel*, das sich – wie an jenem Beispiel nun gezeigt – erst im Laufe eines politischen Vorgangs ergibt, in dem thematisch Handlungssicherheit gewonnen wird und entsprechende Absprachen gemäß der Schritte zwei und drei des Modells, *interne Informationssuche* und *interner Informationsaustausch*, gemacht werden. Gerechtigkeit, so viel kann also festgehalten werden, ist im Rahmen alltäglicher Arbeit eines MdB-Büros vor allem ein rhetorisches Mittel, das in erster Linie zur Konkretisierung, Unterstreichung und teils auch Vereinfachung der eigenen politisch-inhaltlichen Position benutzt wird und so gleichsam als *Manifestation politischen Handelns* im Sinne Hitzlers zu verstehen ist.

2.1.2 Die Position des Beigeordneten

Es ist eine wichtige, bereits im Methodenteil besprochene Erkenntnis, dass sich neue Perspektiven und Sichtweisen auf das Feld und den erforschten Gegenstand erst im Laufe der Feldforschung und oftmals zufällig ergeben. So war dies auch in meinem Fall. Ein solches Ereignis mit entsprechenden Folgen war die Kommunalwahl 2014, bei der ich mich auf die Wahlliste der SPD in meinem Wohnort schreiben ließ. Es sind jene kontingenten Faktoren, die man im Nachhinein kaum mehr als solche auseinander zu halten vermag, die letzten Endes aber zu Chancen führen, die es auch und gerade im Rahmen einer Feldforschung zu ergreifen gilt. So hatte ich aufgrund eines recht schwierigen und von den Mehrheiten betrachtet unklaren Wahlergebnisses in meinem Wohnort nach langen Wochen der Diskussion die Möglichkeit, als Beigeordneter der Gemeinde gewählt zu werden. Es war nicht unbedingt eine Funktion, die ich vor der Wahl angestrebt hatte, und auch nach der Wahl war es mehr als einmal höchst unklar, ob dies funktionieren würde. Entscheidend aber war, dass ich neben dem puren Interesse an der Tätigkeit *auch* die Chance sah, das Forschungsfeld auszuweiten und von der trotz aller Eingebundenheit im MdB-Büro oftmals nur teilnehmenden Beobachtung tatsächlich zu einer beobachtenden Teilnahme im Sinne eigenen Handelns im Feld zu kommen. Konkret: Ich würde in der Funktion des Beigeordneten mehr denn je auch die Chance haben, selbst als Politiker – wenn auch freilich ‚nur‘ auf kommunaler Ebene (jedoch, wie sich zeigen wird, tauchen viele Alltagsmechanismen in ganz ähnlicher Weise auf) – aufzutreten und so die oben beschriebenen Funktionsweisen von Politik *selbst* in verantwortlicher Position zu erleben. Es wäre damit deutlich stärker als zuvor auch die bewusste Annahme einer anderen Rolle im Feld – vom Mitarbeiter eines Politikers, der ich weiterhin sein würde, zur Aufgabe eines (Kommunal-)Politikers *selbst*. Genau aus diesem Grund habe ich mich letzten Endes dafür entschieden, diesen Posten anzunehmen und wurde schließlich gewählt. Spätestens an dieser Stelle scheint deutlich, dass in dieser Arbeit erheblich stärker – nicht nur, aber ab diesem Punkt ganz besonders – das eigene Erleben eine zentrale Funktion einnimmt und weit über das, was Manytz und Neidhardt meinen über Politik

aus „phänomenologischer“ Perspektive aussagen zu können, hinausgeht. Die folgenden Einlassungen sollen aus diesem Grund zweierlei deutlich machen: Zum einen soll gezeigt werden, dass sich viele der oben beschriebenen typischen Wissensbestände, Handlungsweisen und Alltagsphänomene des MdB-Büros *auch* auf kommunaler Ebene wiederfinden. Mit anderen Worten: Das oben beschriebene Facettenmodell kommt in ähnlicher Weise auch im Rahmen kommunalpolitischer Handlungszusammenhänge vor. Diese gilt es zumindest ansatzweise zu beschreiben. Des Weiteren jedoch – und dieser Aspekt soll dann zur zweiten Erkenntnis dieser Arbeit generell überleiten – geht es hier *auch* darum deutlich zu machen, welche handlungsrelevante Funktion Gerechtigkeit im Alltag kommunalpolitischen Handelns im Allgemeinen zukommt und somit, was über die Konstruktion von Gerechtigkeit im Alltag von Politikern hinaus *noch* gesagt werden kann. Es soll anhand des eben bereits angesprochenen Themas der sogenannten „Flüchtlingskrise“ – nun aus kommunalpolitischer Sicht betrachtet – deutlich werden, dass Gerechtigkeit zumindest ansatzweise auch als Element subjektiver Sinnkonstitution fungieren kann. Dies möchte ich zunächst anhand eigener Erlebnisse und Handlungen im Rahmen der Arbeit eines Beigeordneten illustrieren, bevor ich dies anschließend nochmals mit anderen Daten verallgemeinere und so auf eine höhere Ebene zu heben versuche.

Man sollte meinen, dass die Fülle der Themen auf kommunalpolitischer Ebene geringer ist, sodass eine vorsorgliche Planung und Ausführung konkreter Handlungen besser von Statten gehen kann. Dies aber ist auch als Beigeordneter nur in gewisser Weise der Fall, sodass auch hier ein *Input* in der oben beschriebenen Weise sehr oft der Beginn eines Handlungsentwurfs ist. Freilich ist dies weniger häufig die allgemeine Berichterstattung als mehr der direkte *Input* von Seiten konkreter Bürgerinnen und Bürger, die sich gegenüber dem Beigeordneten zu einem Thema äußern, einfach nur deshalb, weil man sich im dörflichen Kontext näher ist beziehungsweise besser kennt. Dann aber funktioniert die Strukturierung einer Handlung in ganz ähnlicher Weise: Nach dem *Input* geht es auf die *interne Informationssuche*, die dann naheliegenderweise jedoch nicht mit Berlin abgestimmt wird, sondern innerhalb des Hauses, sprich der kommunalen Verwaltung vor Ort. In gewisser Weise ist die *interne Informationssuche*

hierbei nochmals stärker ausgeprägt, als dies im MdB-Büro der Fall ist, da man als Beigeordneter immer nur ehrenamtlich tätig und so explizit kein Experte seines Gebietes ist. Es entsteht so ein hohes Abhängigkeitsverhältnis zu den jeweiligen Mitarbeitern der Verwaltung, sodass bei vielen Fragen und Ideen, die aus einem *Input* resultieren, zunächst einmal Absprachen mit den jeweils Zuständigen geführt werden müssen. Offensichtlich wird dies bei solchen Themen, die in bestimmter Weise finanzielle Aufwendungen implizieren. Hierbei wird – ein Wissensbestand, den man sich als Beigeordneter oftmals erst aneignen und verstehen muss – eindeutig unterschieden zwischen dem „Geschäft der laufenden Verwaltung“, ein in der Kommunalverwaltung feststehender Begriff für alles, was eben tagtäglich gebraucht und getan wird, sowie all jenen Ausgaben, die darüber hinausgehen (und die dann beispielsweise von Seiten eines Gemeinderats „außerplanmäßig“ oder „überplanmäßig“ bereitgestellt werden müssen). Es wird somit deutlich, dass man als Beigeordneter in besonderer Weise von Schritt zwei, der *internen Informationssuche*, abhängig ist, die in diesem Fall weniger die Frage nach Hintergründen zu einem konkreten Thema beinhalten als mehr die gemäß der kommunalen Verwaltungsordnung erlaubten Handlungsstrukturen selbst. Der *interne Informationsaustausch* anschließend kommt im Rahmen der Kommunalpolitik ebenfalls vor. Nachdem die Rahmenbedingungen seitens der Verwaltung geklärt sind, geht es anschließend ähnlich dem MdB-Büro darum, in internen Teamsitzungen, hier mit Bürgermeister und anderen Beigeordneten, zu klären, ob und wie man die geplanten Handlungen umsetzen kann. Die Umsetzung selbst entspricht in gewisser Weise dem *Output*, da nahezu alle Projekte einer Ortsspitze durch den Gemeinderat entschieden werden müssen. Dessen Sitzungen finden zumindest teilweise in der Öffentlichkeit inklusive Anwesenheit der Presse statt, sodass die Öffentlichkeit hier gleichsam von alleine besteht. Der *Output* ist dann also in gewisser Weise die Entscheidung des Gemeinderates, die dann anschließend von der Verwaltung umzusetzen ist und dann – in einem halbwegs dörflichen Kontext – mit der Zeit von alleine von den meisten Menschen wahrgenommen wird. Auch aus diesem Grund heraus kann von einem *Prozessende* schließlich kaum gesprochen werden, da auch hier die meisten Themen – durch Anfragen von Ratsmitgliedern, Interessierten oder auch aus der Verwaltung

heraus – nie wirklich werden abgeschlossen sein. In vielerlei Hinsicht also ähneln die Schritte der Handlungen eines Beigeordneten, zumindest im laufenden Geschäft, stark denjenigen innerhalb eines MdB-Büros. Es ist also durchaus naheliegend zu sagen, dass jene fünf Schritte, die im obigen Facettenmodell beschrieben werden, Funktionsweisen von Politik *auf verschiedenen Ebenen* in ihren jeweiligen Schritten von *Input* zu *Prozessende* adäquat beschreiben.

Daneben jedoch ist sogleich deutlich zu machen, dass es bei aller Ähnlichkeit im *Ablauf* derlei Handlungen erhebliche Unterschiede in der Distanz zu den Beteiligten und somit zum *Erleben* von Politik selbst gibt. Vereinfacht gesagt: Als Beigeordneter ist man trotz aller Ähnlichkeiten in der Planung und Umsetzung konkreter Handlungen selbst *direkt* verantwortlich für – ganz allgemein gesprochen – „Geschäftsbereiche“. Im MdB-Büro fungiert trotz allem der Abgeordnete selbst gleichsam als Filter, der die direkte Konfrontation mit Menschen zwar nicht verhindert, aber doch in der letztlichen *Verantwortung* derjenige ist, der Entscheidungen trifft, für Inhalte und sonstige Handlungen geradestehen muss. Diese Verantwortung hat man als Beigeordneter eben *selbst* inne, sodass auch in diesem Zusammenhang nochmals eine andere Art von Erleben zu spüren war. Dies habe ich kurz nach meiner Wahl zum Beigeordneten am 4. September 2014 nach ersten Sprechstunden und damit zusammenhängenden Aufgaben auch in einem entsprechenden Feldprotokoll festgehalten, das nochmals die Bedeutung dieses Verantwortungsgefühls in Abgrenzung zum MdB-Büro skizziert:

„[...] – man ist qua Rolle und öffentlicher Funktion für eine Menge x (Menschen, Themen, Institutionen) verantwortlich, und von dieser Seite aus wird erwartet, dass man die Verantwortung in Form von

- *Anteilnahme an alltäglichen Problemen wie Finanzierung, Raumsuche o.Ä.*
- *Mehr oder weniger regelmäßiger Austausch am Telefon, per Mail oder auch vor Ort*
- *Präsenz bei Veranstaltungen*

deutlich macht.

Mir selbst wird diese Verantwortung im Rahmen der Rollenzuschreibung nun sehr bewusst und präsent, weil ich im Rahmen meines Ehrenamtes „Beigeordneter“ eben

selbst diese Aufgabenstellung und die Erwartungen an mich erfahren, **erleben** kann. Es ist damit eine nochmals deutlich direktere Form der Erfahrung, als dies im Rahmen des MdB-Büros der Fall ist, wo mögliche Probleme, direkte Konfrontation mit Bürgern oder Ähnliches noch immer durch den „Puffer“ der Person des MdB's selbst abgefedert werden, da ich „nur“ das ausführende Organ, sprich der Mitarbeiter bin. Als Beigeordneter jedoch bin ich der Verantwortliche selbst, und als solcher muss man zwangsläufig auch selbst die „Verantwortung des Getanen“ tragen – weil man eben selbst der Handelnde ist.

In dieser Beschreibung treten zwei Aspekte auf, die bereits angesprochen wurden. Zum einen ist auffällig, dass auch hier der Begriff der „Rolle“ verwendet wird, wie dies durchaus im Goffman'schen Sinne bereits oben diskutiert wurde. Diese Rollenzuschreibung ist ähnlich wie oben auch im Sinne von (Re-)Präsen(tan)z zu verstehen, denn auch hier wird nicht umsonst die Präsenz bei Veranstaltungen angesprochen – solche sind dann mit Festen von Vereinen, Eröffnungen von Geschäften oder Autorenlesungen und sonstige von der Bücherei organisierte Veranstaltungen (und so als zuständiger Beigeordneter dezidiert *meine* Aufgabe) jenen, die ein MdB besucht, sehr ähnlich. Dies ist in gewisser Weise – auch das ist Teil von (Re-)Präsen(tan)z wie oben erläutert – teilweise keine Frage des Wollens, sondern schlicht eine Pflichtaufgabe, die auch erfüllt werden *sollte*. An dieser Stelle spielt das, was im Auszug des Feldprotokolls mit dem Erleben der Erwartungen an mich selbst beschrieben wird, eine zentrale Rolle: *Als Beigeordneter (analog zu: als MdB) kommen diese Aufgaben auf einen zu, und man muss sich zu jenen in gewisser Weise verhalten. Ähnlich ergeht es auch dem Abgeordneten, wenn im Rahmen von (Re-)Räsen(tan)z im Bürokontext in direkter oder indirekter Rücksprache darüber entschieden wird, ob sich gewisse Veranstaltungen ‚lohnen‘ oder nicht. Bei manchen Außenterminen ist das kaum eine Frage, vor allem jene etablierten und über den Rahmen einer Gemeinde hinausgehenden bedeutungsschweren Veranstaltungen und Feste, bei welchen man im Sinne von (Re-)Präsen(tan)z einfach gesehen werden muss. So ist dies hier auch in der Funktion des Beigeordneten zu verstehen.*

Die in der letzten Zeile zu findende Formulierung der „Verantwortung des

Getanen“ ist in diesem Zusammenhang nochmals eine in gewisser Weise ‚höhere Ebene‘ von Verantwortung. (Re-)Präsen(tan)z ist das Eine, aber die Verantwortung zu tragen für faktisch Getanes und in den politischen Gremien Entschiedenes – und so von der Verwaltung Umgesetztes und dadurch *Geschehendes* – ist nochmals etwas anderes. Die tatsächlichen Inhalte der Geschäftsbereiche sind dabei sekundär. Man könnte auch auf kommunaler Ebene meinen, dass große Bauvorhaben, Investitionen von Unternehmen, Verkehrsfragen oder Ähnliches besonders drängend sind im Vergleich zu jenen Themen wie Soziales, Bildung und Kultur, die in meiner Verantwortung standen. Es war eine sehr schnelle Erkenntnis, dass dem nicht so ist – zumindest, und das ist für eine Ethnographie, wie sie hier präsentiert wird, zentral – für diejenigen, die die entsprechenden Subsinnwelten in Vereinen, Parteien und dergleichen bewohnen. Anhand eines Konfliktes, der kurz nach Zuweisung der Geschäftsbereiche im Oktober 2014 aufkam, lässt sich nochmals deutlich machen, was mit der zuvor angesprochenen „Verantwortung des Getanen“ gemeint ist:

Diese Woche hatte ich als Beigeordneter meinen ersten Konflikt auszutragen, an dessen Ablauf sehr schön zu dokumentieren ist, was unter dem Stichwort „Verantwortlichkeit“ bei einem politisch Verantwortlichen [...] zu verstehen ist.

Es ging um die Organisation eines Abschlussfestes für einen alten Verein, der sich Anfang des Jahres 2014 aufgelöst hatte. Dabei bekam ich die Woche den Anruf des langjährigen Ehrenvorsitzenden dieses Vereins, der sich massiv darüber beschwerte, dass er zwar eingeladen wurde, jedoch an diesem Tag nicht könnte. Dies, so sagte er zudem, sei den Organisatoren auch bekannt gewesen. Er beschwerte sich nun in jeglicher Form, werde mit diesem Affront auch an die Presse gehen und sich mit allen Mitteln wehren.

*Entscheidend ist dabei folgendes: War ich auch nur am Rande bei der Organisation dieses Festes beteiligt – bei der Festlegung des Termins, der hier entscheidende Punkt – überhaupt nicht, so spielt das in der Wahrnehmung dieses Bürgers offenbar keine Rolle. Ich erläuterte ihm dies alles auch, jedoch sagte er dann mit dem Hinweis, ich sei nun einmal der Verantwortliche, den entscheidenden Satz. Tatsächlich ist es als Politiker/politisch Verantwortlicher ganz offensichtlich der Fall, dass man – **eben***

unabhängig davon, ob man selbst tatsächlich gehandelt hat oder nicht – in irgendeiner Weise eine Gesamtverantwortung für Entwicklungen trägt, die dann eben gegen einen selbst gewendet werden können. Man ist, salopp formuliert, derjenige, der es abbekommt, egal, ob man direkt oder nur indirekt die konkrete Situation herbeigeführt hat – weil man in jedem Fall eben **verantwortlich** ist.

Dieser Feldbericht macht nochmals deutlich, inwieweit Verantwortung für konkrete (Geschäfts-)Bereiche eine Gemeinsamkeit von Bundes- wie auch Kommunalpolitik zu sein scheint. Die oben beschriebene Situation ist deshalb so interessant, weil sie eben zeigt, dass man selbst gar nicht primär handeln muss, um dennoch als der Verantwortliche erfasst und dann gegebenenfalls auch angegriffen zu werden. Es kommt einem wenn auch nicht lähmenden oder allzu negativ konnotierten, so dennoch permanenten Druck gleich, unter jener Verantwortung zu stehen. Dies mag zumindest ein Teil der Erklärung dafür sein, dass sich Politiker oftmals bei verschiedensten Handlungen nach diversen Seiten absichern, versuchen mit jedem gut auszukommen und so im Sinne Goffmans jegliche Eventualitäten mit einbezogen haben wollen.

Freilich kann dieser Aspekt aber auch als *gestalterisches* Element von Politik verstanden werden und so entsprechend als Grundlage von Handlungsentwürfen dienen. Die schon des Öfteren angesprochene, aber dennoch in ihrer Wichtigkeit für den Erhebungszeitraum dieser Arbeit kaum zu überschätzende Entwicklung im Bereich der sogenannten „Flüchtlingskrise“ bietet hier den passenden Rahmen für weitere Erläuterungen. Die Ausgestaltung der Integration von Flüchtlingen war zumindest in gewisser Weise auch Teil meines Geschäftsbereichs „Soziales“, wenn auch die zentralen Aspekte laufender Verwaltung – Transport, Unterbringung, medizinische Versorgung etc. – in der Hand der übergeordneten Verwaltungseinheit, der Verbandsgemeinde, lagen. Dennoch war es mir bei diesem Thema ein Bedürfnis, tätig zu werden. Es geht im Folgenden darum, dieses Bedürfnis genauer in den Gesamtkontext dieser Arbeit einzuordnen. Konkret: Ich bin der Überzeugung, dass in genau diesem Bedürfnis, dieser ersten Motivation, in einer solchen ‚Krise‘ tätig zu werden, vieles von Gerechtigkeitsvorstellungen in konkrete Handlungsentwürfe einfließt. Mit anderen Worten: Flüchtlingen zu helfen, sich ehrenamtlich für jene einzusetzen,

hängt viel mit der Überzeugung zusammen, hier ‚das Richtige‘ (gegebenenfalls sogar ‚im Namen von Gerechtigkeit‘) zu tun. Es geht um jene Motivation, um jene ‚ersten Schritte‘ einer Handlung, die ich beschreiben und damit überleiten möchte zum letzten Aspekt dieser Arbeit – der Versuch, Gerechtigkeit zumindest in bestimmten Situationen *auch* als Element subjektiver Sinnkonstitution im Rahmen (insbesondere) *politischen Handelns* zu verstehen. Als Beigeordneter sah ich Anfang des Jahres 2015 zunächst die Notwendigkeit, hier überhaupt etwas zu tun, weil ich festgestellt hatte, dass es keinerlei ehrenamtliche Strukturen gab. Die Initiierung eines „Runden Tisches“ zur Diskussion der aktuellen Lage, dem genaueren Ausmachen entsprechender Bedarfe und Sammeln von Ideen war deshalb eine der ersten konkreten Handlungen. Nicht lange danach hatte sich eine kleine Mannschaft gebildet, die zunächst versuchte, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, in welchen Alltagssituationen Flüchtlingen auf welche Art zu helfen sei. Recht schnell war, unabhängig jener Alltagsorganisation, der Wunsch aller nach einer Art Willkommensfest für die bereits angekommenen Flüchtlinge – zu jener Zeit rund achtzig Menschen – sehr groß. Im Anschluss an dieses Fest schrieb ich in einem Feldprotokoll folgende Zeilen, die deutlich machen, worum es mir im Folgenden gehen soll:

Vor einigen Tagen hatten wir in der Verbandsgemeinde eine große Veranstaltung, an deren Konzeption und Stattfinden ich als Beigeordneter großen Anteil hatte. Es war ein von uns so benanntes Begegnungsfest, will heißen eine Veranstaltung, bei der wir alle Asylbewerber unserer Verbandsgemeinde (VG deshalb, weil das Thema Asyl von der Zuständigkeit her bei der VG liegt; zu dem Zeitpunkt rund 80 Menschen) ebenso eingeladen haben wie alle Bürger und Funktionsträger, um sich gegenseitig einfach mal zu begegnen und der ganzen Thematik auch eine positive Konnotation zu geben.

Der Ablauf war entsprechend durchdacht. Zuerst gab es von mir sowie dem Bürgermeister des Orts und so Hausherrn eine Begrüßung. Danach gab es Kaffee und Kuchen, bevor dann die verschiedenen Gruppen von Asylbewerbern sich und ihre Herkunftsländer genauer vorstellten. Daneben gab es auch noch einige musikalische Beiträge von ihnen, und es war dieser Moment, als der ganze Saal mit rund 120 Menschen dem jungen Mann aus Eritrea zuhörte, wie er auf seinem Instrument spielte,

donnernden Applaus gab, und sich danach alle gemeinsam unterhielten, in allen Sprachen, mit Gestik und Mimik. Es klappte, funktionierte. Danach gab es draußen noch ein Fußballspiel der „Mannschaften“ aus Afrika und Europa. Auch das war schön, bevor der Tag mit Grillen und Essen abgeschlossen wurde.

Es war jenes Gefühl, das an dem Tag, obwohl es viel Arbeit war, in jenen Momenten dazwischen, wenn man ein wenig Zeit hatte, aufkam; dieses Gefühl, hier und heute an diesem Ort etwas Richtiges, Gerechtes getan zu haben. Man sieht die Menschen, hört teilweise etwas davon, wie und warum sie hergekommen sind, und es sind diese Geschichten, die man kaum glauben kann. Dann versucht man, es ihnen hier besser zu machen und ihnen zu helfen und dieses Erlittene vielleicht in den Hintergrund zu drängen.

Es wird vor allem anhand der letzten Sätze deutlich, dass ich auch wenige Tage nach der Veranstaltung das Erlebte nicht frei von Pathos beschreiben konnte. Gerade dadurch aber wird offensichtlich, worum es in solchen Situationen geht oder genauer, warum man jene Situationen so, wie sie abgelaufen sind, geplant und entworfen hat – und somit, warum man gehandelt hat, wie man eben gehandelt hat. Wie im Feldprotokoll steht, ging es zunächst darum, der „Sache eine positive Konnotation“ zu geben. Dies deutet schon an, dass der erste Impuls zu handeln, in gewisser Weise idealistisch konnotiert und so weniger konkret und durchdacht im Sinne des oben beschriebenen Handlungsmodells einer (alltags-)politischen Handlung war. Mit anderen Worten: Wenn auch in diesem Fall sicherlich ein Input im Sinne der allgemeinen Berichterstattung und generellen Situation zur „Flüchtlingskrise“ Auslöser für weitere Handlungen war, so ging es dann eben nicht – oder nur sehr rudimentär – in den üblichen Ablauf einer sehr strukturierten büro- oder verwaltungsinternen Informationssuche mit anschließenden Überlegungen zu Outputs und entsprechenden weiteren Schritten. Vielmehr war die gleichsam ‚pure‘ Überzeugung, hier einfach etwas tun zu ‚müssen‘, ausschlaggebend. Dies hängt stark zusammen mit der späteren Formulierung, dass ich nach Erleben eines schönen Momentes das Gefühl hatte, bei dieser Veranstaltung „etwas Richtiges, Gerechtes getan zu haben“. Diese ebenfalls sehr emotionale und wenig reflektierte Äußerung korrespondiert mit dem zuvor geäußerten Impuls, der ganzen Thematik eine

positive Konnotation zu verleihen. Das Funktionieren der Veranstaltung mit verschiedenen „schönen“ Momenten, die mir das Gefühl gaben, hier etwas „Gutes und Gerechtes“ getan zu haben, ist somit in gewisser Weise das erhoffte Ergebnis des zuvor Initiierten. An dieser Stelle lässt sich also neben der im ersten Teil beschriebenen *Konstruktion* von Gerechtigkeit (vor allem im Rahmen eines MdB-Büros) ein gleichsam zweiter und dem gewissermaßen gegenüberliegender Aspekt ausmachen: Es zeigt sich in solchen Situationen ansatzweise, dass Gerechtigkeit und ähnliche normative Grundvorstellungen auch am Beginn einer Handlung und so ein Teil subjektiver *Sinnkonstitution* sein können. Am Beispiel hier: Die Notsituation vieler Flüchtlinge und damit verbundene Gerechtigkeitsvorstellungen waren der erste Impuls, tätig zu werden. Dieser war in gewisser Weise sehr diffus und undifferenziert, in jedem Fall gerade *nicht* strukturiert in dem Sinne, wie ich dies bei einer (alltags-)politischen Handlung in einem professionellen Politikerbüro beschrieben habe. Insofern bieten diese Erfahrungen, die ich als Beigeordneter gemacht habe, die Überleitung zu einem Aspekt, den ich nun nochmals genauer beschreiben will: Gerechtigkeit ist nicht nur, wie oben beschrieben, ein rhetorisches Mittel zur Manifestation konkreter politischer Handlungen im Alltag professioneller Politiker, sondern fungiert in nicht-alltäglichen, emotional aufreibenden und somit entsprechend „besonderen“ Situationen auch als Element subjektiver Sinnkonstitution. Dies gilt es nun nochmals genauer zu beschreiben.

2.2 Gerechtigkeit als Element subjektiver Sinnkonstitution im Rahmen politischen Handelns

Es ist in einer empirischen Arbeit bekanntermaßen *eine* Sache, über die eigenen Erlebnisse zu sprechen, wie es oben getan wurde. Dies wäre sogleich Ansatzpunkt für (berechtigte) Kritik, würde man *ausschließlich* von den eigenen Erlebnissen sprechen. Dies ist hier jedoch nicht der Fall. Die Erlebnisse rund um die sogenannte „Flüchtlingskrise“ und dem oben Beschriebenen – dem Handeln aus einem Drang und Gefühl nach Gerechtigkeit heraus – soll nun nochmals, zumindest ansatzweise, intersubjektiv anschaulich und dadurch deutlich gemacht werden, dass es hier keineswegs nur subjektive Erlebnisse sind, die die Grundlage weiterer interpretativer Analysen und schließlich Erkenntnisse bilden. Zwar sollen im Folgenden keine *abschließenden* Erkenntnisse präsentiert werden, wie das mit dem oben beschriebenen Facettenmodell der Fall ist, an dessen Ende Gerechtigkeitskonstruktion als Manifestation und rhetorische Untermauerung (alltags-)politischer Handlungen steht. Eine ebenso umfassende Beschreibung, Typisierung und modellhafte Strukturierung ist hier nicht zu leisten. Aber dennoch soll zumindest auf einigen Seiten darauf hingewiesen werden, dass Gerechtigkeit eben auch als ein Element subjektiver Sinnkonstitution fungiert und so gewissermaßen ‚am Anfang‘ politischen Handelns stehen kann – ein Aspekt, nochmals sei es betont, der in der bisherigen Forschung kaum vorkommt.

In gewisser Weise folgt die Beschreibung noch immer dem Paradigma politischen Handelns, das mit Hitzler bereits angesprochen wurde und die Notwendigkeit der Mit-Repräsentation „einer bestimmten alltagstranszendenten Wirklichkeit“ (Hitzler in Ebertz/Schützeichel 2010: 125) impliziert. Dies ist oben durch das Feldprotokoll des Begegnungsfestes für Asylbewerber entsprechend angedeutet – der Versuch (wie es hieß), dem Thema „eine positive Konnotation zu geben“, ist durchaus in dieser Weise zu interpretieren. Dennoch soll es weniger darum gehen, inwiefern man dies auch auf kommunaler Ebene bewerkstelligt, sondern um die These, dass trotz aller Inszenierungsmöglichkeiten und vielmehr noch –*notwendigkeiten* sinnstiftende Elemente für die handelnden Politiker *selbst* in bestimmten Situationen von großer

Bedeutung sind. Vereinfacht gesagt: Es geht sowohl auf Ebene der Bundes- wie auch der Kommunalpolitik manchmal nicht nur darum, alltägliches Handeln sinnstiftend zu unterfüttern, sondern in bestimmten Situationen ist es tatsächlich der Fall, dass man jene Elemente der Sinnstiftung *für sich selbst* und das eigene Handeln notwendigerweise braucht.

Methodisch betrachtet besteht einer der Vorteile explorativer Interviews darin, dass das Ergebnis des Diskutierten vorher nicht feststeht, ja noch nicht einmal anvisiert werden sollte. Natürlich gibt es ein konkretes Thema, über das gesprochen wird; dennoch – und das nun ist wiederum eine Erfahrung, die man als Ethnograph sehr häufig macht – ist es immer wieder überraschend, wie schnell und vor allem ungeplant man in derlei Interviews auf andere Themen und Inhalte zu sprechen kommt, was nach entsprechender Interpretation zu neuen Erkenntnissen führt. Noch spannender ist die ebenso wenig vorhersehbare Entwicklung, dass manchmal auch eine Art Metakommunikation – insbesondere bei jenen Interviewpartnern, die auf der angesprochenen ‚Augenhöhe‘ sind – über die Ideen und Ziele des Forschungsprojekts selbst entsteht. Diese ungeplante und auch unmöglich zu planende Entwicklung hat sich auch in einem Interview ereignet, dass ich mit einem zu der Zeit vor allem kommunalpolitisch aktiven Bekannten geführt habe. Über verschiedenste verwandte Themen kamen wir plötzlich – mehr noch: kam *ich selbst* plötzlich – darauf, nochmals die Grundidee dieses nun folgenden Kapitels zu erläutern. Es ging in den Minuten zuvor um das Verhältnis von Werten wie Gerechtigkeit einerseits und festgeschriebenes Recht und Gesetz andererseits, wobei sich, so der Interviewte, schwer ein Punkt finden lasse, bei dem man Recht und Gesetz eines Staates klar und deutlich dem eines anderen Staates vorziehen könne. Daraufhin kam ich selbst, kaum mehr in der Rolle des fragenden Interviewers, vielmehr des Mitdiskutanten, darauf, an diesem Punkt nochmals die Grundidee dieses Kapitels – dass *trotz* dieser oben diskutierten Unklarheit Menschen mit Gerechtigkeit und ähnlichen Sinnangeboten ganz konkrete Handlungen entwerfen – zu formulieren. Folgender Auszug aus dem Interview belegt dies:

66 *B: Ja aber es ist nicht gerechter oder ungerechter das ist das was ich meine das*

wäre Quatsch ist halt ein anderes Recht fertig #00:44:57-4#

67 I: Genau und das ist, also das würde auf, zu **hundert** Prozent so unterschreiben und das **Interessante** ist und das ist das, an dem Problem fricke ich ja die ganze Zeit herum, **trotzdem** auch obwohl es so extre:m unklar ist, handeln die Leute in irgendeiner Form danach weißt du und das ist das was ich so krass finde und da, das versuche ich zu erklären, und wie funktioniert das [...] das ist da wo ich mich jetzt gerade tummle mit meinen Fragenstellungen und was passiert bei diesem Denken noch bevor es in irgendeiner Handlung resultiert was passiert da und wie ist da die Gerechtigkeit zu verordn- zu verorten das ist eigentlich genau das was ich gerne wissen will und man kann natürlich einfach ganz, ((atmet laut aus)) man kann auch die Diskussion an dem Punkt abbrechen und sagen <haja was weiß ich das kommt halt von irgendwelchen von Sozialisation und dann wars das> aber ist das alles das frag ich mich #00:46:15-6#

Es wird in diesem Auszug nochmals deutlich, dass es nun weniger um die Frage geht, wie sich Gerechtigkeit in Handlungen manifestiert, sondern vielmehr um Handlungsentwürfe im Sinne Schützens und die Frage, welche handlungsrelevante Bedeutung Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang zukommt.

2.2.1 Sinnkonstitution nach Alfred Schütz

Bereits mehrfach angesprochen wurde die Wichtigkeit der beiden Hauptwerke *Strukturen der Lebenswelt* sowie *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt* von Alfred Schütz. Thomas Eberle gibt in diesem Zusammenhang in seinem Buch *Sinnkonstitution in Alltag und Wissenschaft* unter anderem eine Zusammenfassung dessen, was der Begriff der „Sinnkonstitution“ in Schützens Denken bedeutet. Er entwickelt dies aus der Grundlegung der Sozialwissenschaften nach Max Weber wie an der Schütz'schen Auseinandersetzung mit derselben – im Kern eine vielschichtige Kritik an Webers Begriff des „Handlungssinns“ (vgl. hierzu Eberle 1984: 13f.). Dies führte Schütz dazu, mit

Bezug auf die Phänomenologie Edmund Husserls eine Methode in die Sozialwissenschaft einzuführen, die „sowohl die Konstitutionsanalyse des Erlebnis- und Handlungssinns im individuellen Bewusstsein wie auch die Analyse der Strukturen der Alltagswelt ermöglicht.“ (a.a.O.: 15) Der Akt des Wahrnehmens und die Bewusstseinsleistungen, die dabei von Statten gehen, sind sowohl für die theoretischen Einlassungen von Schütz selbst wie auch für den hier verfolgten Gedanken – dass Gerechtigkeit im Rahmen politischen Handelns ein solcher Aspekt subjektiver Sinnkonstitution sein kann – von großer Bedeutung. Grundlegend ist hierbei die analytische Unterscheidung Husserls zwischen „dem Akt des Wahrnehmens (cogitare) und dem Wahrgenommenen (cogitatum) [...], zwischen *Noesis* und *Noema*.“ (a.a.O.: 23) Anhand des Beispiels eines Hauses, bei dem je nach Betrachtung meist nur eine, bestenfalls zwei Seiten zu sehen sind, dekliniert Eberle durch, dass das Bewusstsein offensichtlich – unter zusätzlicher Verwendung von Husserls Begriff des „inneren Horizontes“ (ebd.) – in der Lage ist, alleine durch die Verwendung des Begriffs „Haus“ und die dabei mitschwingenden Typisierungen mehr zu sehen, als empirisch tatsächlich zu sehen ist. Dieses Ordnen von Eindrücken, Perspektiven ebenso wie Begrifflichkeiten und Wissensbeständen ist der Punkt, an dem die soziologisch relevante Analyse für Schütz beginnt. Nochmals mit Eberle gesprochen: „Unsere Bewusstseinsleistungen bringen Struktur ins Bewusstseinsfeld und konstituieren Phänomene als sinnhafte, wodurch diese denkerisch verfügbar und untereinander in Zusammenhang gebracht werden können.“ (a.a.O.: 24) Der Kern zum Verständnis subjektiver Sinnkonstitution ist also der Hinweis darauf, dass das Bewusstsein in der Lage ist, trotz unzulänglicher Sinneswahrnehmung die Phänomene selbst als sinnhaft zu *deuten*. Eberle beschreibt im Folgenden, mit Bezug auf Husserl wie Henri Bergson, wie sich Schütz zufolge Sinn im subjektiven Bewusstsein konstituiert. Der erste wichtige Aspekt, auf den Eberle hinweist, ist dabei die Betonung subjektiv erlebter Zeitstrukturen – auch hier in Abgrenzung zu Max Weber, der zeitlichen Verläufen bei der Entstehung von Handlungen keine derartige Bedeutung beimisst: „Bezüglich der Sinnkonstitution im subjektiven Bewusstsein spielt dabei nicht die objektive, quantifizierbare Zeit die entscheidende Rolle, sondern die subjektiv erlebte Zeit; die *Trennung von subjektiver*

Erlebniszeit und intersubjektiver Standardzeit wird eine Grundprämisse seiner weiteren Untersuchungen.“ (a.a.O.: 26) Dieser Hinweis deutet bereits an, was bei der subjektiven Sinnkonstitution nach Schütz zentral ist: Es geht stets darum, dass Sinn nicht in Dingen, Handlungen oder Erlebtem selbst enthalten ist, sondern durch Reflexion des Subjekts erst konstituiert wird. Vereinfacht gesagt: Sinn wird nach gemachten Erfahrungen reflexiv zugeschrieben, um aus ‚blankem‘ Erleben *sinnhafte* Erfahrungen zu machen. Eberle beschreibt dies, indem er neben dem Begriff der Reflexion zudem den der „Retention“ einführt: „Sinn wird stets thetisch konstituiert, d.h. kommt durch stellungnehmende Akte (Ichakte) durch Reflexion zustande. [...] Die *Retention* schliesst sich unmittelbar an die Impression an, ist ein Noch-Bewusstsein der gerade abgelaufenen Impression. Die Wahrnehmung einer Bewegung z.B. ist Moment für Moment eine Jetzt-Auffassung, doch jede Jetzt-Auffassung führt einen Kometenschweif von Retentionen mit sich, die auf die unmittelbar abgelaufenen Jetzt-Punkte bezogen sind; da Bewusstseinerleben stets im absoluten Jetzt abläuft, wäre ohne diese Retentionen die Wahrnehmung eines Bewegungsablaufs gar nicht möglich.“ (a.a.O.: 27) Mit dem Begriff der Retention weist Eberle darauf hin, dass Sinn durch entsprechende Deutungsakte seitens des Einzelnen überhaupt erst als solcher entsteht und bezeichnet werden kann. Dies geschieht in Bezug auf verschiedenste Routinen, Erfahrungen und Wissensvorräte. Insofern ist subjektive Sinnkonstitution zu verstehen als die Zuschreibung von Sinn durch den Einzelnen, die im unmittelbaren Nachhinein zum Erleben selbst durch bereits Bestehendes, Wissendes oder Erfahrens geleistet wird. Nochmals mit Eberle gesprochen: „*Zusammengefasst* zeigen diese Analysen, dass aktuelles Erleben per se sinnlos ist und ein Erlebnis erst zu einem sinnhaften wird, wenn es durch einen eigenständigen Bewusstseinsakt, nämlich durch vergangenheits- oder zukunftsbezogene Reflexion aus dem stetigen Bewusstseinsstrom als "wohlunterschiedenes" ausgegrenzt und ihm Sinn prädiziert wird. Selbstausslegung ist Sinnschöpfung, eine eigenständige Bewusstseinsleistung, die auf dem gegenwärtig verfügbaren Wissensvorrat beruht, der die vergangenen Erfahrungen in Form von vergegenständlichten Sinnzusammenhängen enthält.“ (a.a.O.: 29)

In diesem letzten Zitat Eberles sind mehrere Aspekte enthalten, auf die im Folgenden

Bezug genommen werden soll. Einmal ist dies die bereits angesprochene Reflexion über den Bewusstseins- und Erlebensstrom, was mithilfe bereits gemachter Erfahrungen, Wissensbestände und dergleichen geleistet wird. Daneben aber ist vor allem der Begriff der „Selbstausslegung durch Sinnschöpfung“ wichtig, denn er legt nahe, dass subjektive Sinnkonstitution auch immer eine Auseinandersetzung mit sich selbst ist, ein Vergegenwärtigen seiner Selbst sowie der jeweiligen Situation, in der man sich befindet. Gerade dieser Aspekt ist im Zusammenhang mit Gerechtigkeit als Element subjektiver Sinnkonstitution wichtig und vor allem empirisch auch nachvollziehbar. Schon am Anfang meiner Tätigkeit im MdB-Büro hatte ich ein solches Erlebnis, anhand dessen deutlich wird, was gemeint ist.

2.2.2 Gerechtigkeit und Objektivierung: von den ‚Krisen des Selbst‘ zum Handlungsentwurf

Zum besseren Verständnis seien die eben genannten Begriffe nochmals zusammengefasst (wenngleich deutlich sein sollte, dass die in der Beschreibung nahe gelegte Chronologie in der Wirklichkeit so nicht auftritt): Am ‚Beginn‘ des Erlebens steht eine Reihe von Impressionen, die der Handelnde durch die eigene Handlung sowie die Reaktionen der Umwelt erhält. Um diese einordnen und verstehen zu können, schließt sich an die Impression die Retention an, also die unmittelbare Einordnung der Impression *als* Impression. Um diesen Erlebenskomplex nun jedoch in die gesamte individuelle Lebenswelt einordnen zu können, wird noch ein dritter Aspekt, nämlich die *Objektivierung* in dem Sinne nötig, wie es Peter L. Berger und Stanley Pullberg folgendermaßen beschreiben: „By objectivation we mean that process whereby human subjectivity embodies itself in products that are available to oneself and one’s fellow men as elements of a common world. This process, we must emphasize from the beginning, is anthropologically necessary. It has its roots in the fact that human subjectivity is not a closed sphere of interiority, but is always intentionality in movement. That is, human subjectivity must continuously objectivate itself. Or, in other words, man is a world-

producing being.” (Berger/Pullberg 1966: 60) Handlungen verbleiben also nicht im Stadium des Erlebten, sondern werden vom Subjekt – laut Berger und Pullberg kommt dies einer anthropologischen *Notwendigkeit* gleich – in einen größeren Erlebniszusammenhang eingeordnet, um dem reziproken Prozess zwischen eigenem Erleben und Gesellschaft als mehr oder weniger fester Entität Rechnung zu tragen. Dies entspricht in etwa auch dem Drang, Erlebtes in die Zeitstruktur der Alltagswelt einzuordnen, die letztlich Stationen des eigenen Lebens, ja eine ganze Biographie ergeben soll, die entsprechend ‚Sinn ergibt‘, wie dies Berger/Luckmann (vgl. Berger/Luckmann [1969] 2010: 30f.) ausführen. Entscheidend ist: Der Einzelne erlebt im Alltag fortwährend Dinge, welchen man mit Alltagsroutinen zu begegnen versucht, die aber manchmal nicht hinreichend sind, sofern es sich bei bestimmten Erlebnissen um außeralltägliche handelt. Dann kommt der Objektivation eine besondere Bedeutung zu – und mit ihr jenen Hilfsmechanismen, die das ‚Zurückholen‘ außeralltäglicher Erlebnisse in die individuelle Lebenswelt vereinfachen. Jochen Dreher spricht in diesem Zusammenhang davon, dass bestimmte Begriffe Vorstellungen und Typisierungen evozieren und dementsprechend in der Lage sind, allein durch ihre Nennung ganze Symbolsysteme in die individuelle Lebenswelt einzuführen – was auf politische Fragestellungen bezogen jenem ‚Zurückholen‘, wie es eben genannt wurde, entspricht. Anhand des Begriffspaares Gleichheit/Ungleichheit beschreibt Dreher dies folgendermaßen: „Bestimmte mit der Vorstellung von Gleichheit oder Ungleichheit verbundene Typisierungen besitzen eine besondere Funktion, die einen rein zeichenhaften Bedeutungszusammenhang überschreiten. [...] Die Begriffe können nicht nur im Sinne von Symbolen ausgelegt werden, die Vorstellungen von „Ungleichheit“ und „Gleichheit“ gründen darüber hinaus auf Symbolsystemen. [...] Symbole in diesem Sinne sind in der Kommunikation eingesetzte Träger alltagstranszendenter Bedeutungen. So symbolisiert beispielsweise die Figur der Justitia außeralltägliche Vorstellungen von juristischer Gleichheit bzw. Gerechtigkeit – Justitia wird mit verbundenen Augen dargestellt, da das Abwägen der Schuld, das Ausüben von Gerechtigkeit ohne Ansehen der Person erfolgen muss. Offensichtlich wird an dieser Stelle, dass die vom Symbol „Justitia“ versinnbildlichten bzw. repräsentierten Ideen in

ihrer kollektiv imaginierten Ausprägung so in der Realität der Wirkwelt des Alltags nicht umgesetzt werden können, jedoch konkret Handeln im Sinne von Rechtsprechung leiten können.“ (Dreher 2012: 135) In diesem Sinne geht es im Folgenden darum, selbst erlebte wie auch in Interviews diskutierte Situationen und Erfahrungen zu beschreiben, in welchen Gerechtigkeit ganz analog diese Funktion hat, nämlich durch die dem Symbolsystem und politischen Sinnangebot ‚Gerechtigkeit‘ inhärenten Verweisungsstrukturen entsprechende Handlungsanweisungen zu evozieren – oder vereinfacht gesagt, in problematischen, allgemein gesagt Krisensituationen wieder handlungsfähig zu machen. Einmal soll dies beschrieben werden anhand eines konkreten Erlebnisses im MdB-Büro, das zeigt, dass Gerechtigkeit dergestalt *innerhalb* einer konkreten Situation funktioniert, einmal sollen diverse Interviewpassagen mit haupt- und ehrenamtlichen Politikern deutlich machen, dass Gerechtigkeit auch *außerhalb* einer konkreten Situation und so, ähnlich der Beschreibung Drehers, als generelles Symbolsystem fungiert und auf allgemeine Sinnzusammenhänge verweisen kann, die ihrerseits dann wieder handlungsfähig machen.

Ich habe dieses Erlebnis an anderer Stelle gemeinsam mit Paul Eisewicht und Tilo Grenz als „Sog ins existentielle Engagement“ (vgl. Eisewicht/Emling/Grenz in Hitzler/Gothe 2014: 240ff.) bezeichnet. Damit sollte deutlich werden, dass es bei besonderer Eingebundenheit im Feld immer wieder zu existentiellen Situationen kommen kann, die eben *aufgrund* jener Eingebundenheit auftreten – einer jener zentralen Vorteile lebensweltlich orientierter Ethnographie, würde man andernfalls in jene Situationen gar nicht erst kommen. Es handelt sich bei diesem Beispiel also um eine subjektiv erlebte Situation, die aber im Besonderen die handlungsanleitende Funktion von Gerechtigkeit dokumentiert. Auslöser war die eigentlich alltägliche und als solche routinisierte Beantwortung eines Bürgerbriefs aus dem Wahlkreis. Das Thema war der Bürgerkrieg in Syrien. Eine Feldnotiz, die ich am 20.11.2013 angefertigt hatte, belegt, dass dieser Brief in einer mir bisher unbekanntem emotionalen Weise geschrieben sowie mit einem Appell am Ende versehen wurde, alles in unserer als MdB-Büro stehenden Macht zu tun, dem Krieg ein Ende zu setzen. Zudem enthielt der Brief zwei Besonderheiten, die in einer alltäglichen Bürgeranfrage selten stehen: Zum einen

offenbarte der Autor seine jahrzehntelange Arbeit als Entwicklungshelfer, nach eigener Aussage jemand, der schon viel Leid gesehen hat. Mit anderen Worten: Der Autor des Briefes schien sehr genau zu wissen, wovon er sprach. Dies ist zwar immer wieder in Bürgerbriefen zu finden, jedoch dient dieser Hinweis oftmals lediglich dazu, ‚den Politikern‘ Versagen zu konkreten Themen vorzuwerfen, weil man es selbst ja besser wüsste. Selten jedoch ist eine derartige Zurückhaltung zu finden, wie sie in jenem Brief erkennbar war. Zum anderen enthielt das Schreiben zusätzlich noch einen Link zu einer Dokumentation über Kinder aus Syrien, die unter anderem Bilder über den Versuch ausländischer Ärzte vor Ort zeigte, bei einem Bombenangriff schwer verletzte Kinder medizinisch zu versorgen. Diese beiden Rahmenbedingungen illustrieren deutlich die Situation, in der ich mich als Mitarbeiter des Wahlkreisbüros befand. Dies sind der besonders emotionale Appell, das Wissen um die (anhand des Briefs durchaus seriös wirkende) Entwicklungshilfetätigkeit des Autors und damit dessen langjährige Erfahrung in sogenannten ‚Krisenregionen‘ vor dem Hintergrund seiner Tätigkeit als Experte sowie schließlich die eindringlichen Bilder der Dokumentation selbst:

„Ein Bürger hat uns geschrieben, dass ihn eine ARD-Dokumentation zum Thema Syrien so sehr bewegt hat. Es wurde gezeigt, wie nach einem Bombenangriff auf eine Schule zahlreiche verletzte Kinder in eine Klinik gebracht wurden und die Ärzte dort völlig überfordert waren. Schlimme Bilder, sehr bewegend, einfach schrecklich.

Und nun war es meine Aufgabe, dem Bürger, der forderte alles in unserer Macht stehende zu tun, um dieses zu ändern, eine adäquate Antwort zu geben...Was tut man da?

Es ist hochspannend und bewegend zugleich, wie man einerseits mitfühlt, andererseits überlegt, was man in so einen Brief schreiben kann, und drittens schließlich diese Handlungen wiederum als Ethnograph reflektiert – womit dies durchaus ein sehr krasses Beispiel ist dafür, welche verschiedenen Rollen ich spiele bzw. wie ich als Ethnograph verschiedenste Handlungsoptionen gleichzeitig präsent haben muss.“

Es ist naheliegend, dass in einem solch unmittelbar auftretenden Moment die Frage nach einem adäquaten Umgang mit der Situation selbst aufkommt. Man sitzt in seinem

Büro, sieht die Bilder der Dokumentation, hört die Schreie – von verletzten Kindern und verzweifelten Ärzten gleichermaßen – und versucht, auf die beschriebenen Routinen, die man sich als Mitarbeiter eines Wahlkreisbüros angeeignet hat, zurückzugreifen, nach Handlungsentwürfen zu suchen, die diese Bilder und Klänge einerseits sowie das Verlangen des Bürgers, dieses zu beenden, andererseits irgendwie einordnen und eventuell sogar plausibilisieren können. Angesichts der Situation selbst fällt dies aber zunehmend schwer (interessanterweise auch unabhängig davon, dass ich, wie die Feldnotiz zeigt, sehr wohl *auch* schon als Ethnograph und somit multiperspektivisch gedacht habe). Andererseits genügt es selbstredend nicht, den Brief schlichtweg zu ignorieren. Mir bleibt als Wahlkreismitarbeiter daher zunächst nichts anderes übrig, als auf die typischen Schreibweisen zurückzugreifen – also vorsichtig zu sein mit dem was ich verspreche, deutlich zu machen, wie komplex die Lage in Syrien ist, die Diplomatie als einzig gangbaren Weg darzustellen und dergleichen. Aber der Brief behält seine Sonderstellung, auch und besonders während der Zeilen, die ich für eine zunächst mögliche Antwort halte: Weder kann ich ihn als kritische Meinungskundgabe ‚abtun‘, noch scheint er mit strategischen Hintergedanken geschrieben worden und somit für mich überhaupt einzuordnen zu sein – die Möglichkeit, auf Typisierungen zurückzugreifen, wie sie bei den oben in Bezug auf derlei Schreiben üblich sind, ist somit keine Option. Eher ist es so, dass der Schreibende durch seine ‚Ehrlichkeit‘ schiere Verzweiflung transportiert, womit es mir während des Antwortens zunehmend unmöglich erscheint, auf mein sonst genutztes ‚Rüstzeug‘ zurückzugreifen. Es ist in dieser Situation also schwer vorstellbar, eine standardisierte Antwort im Stile der Botschaft zu schreiben, dass man sich etwa des Problems annehme und sich nach genauerer Auseinandersetzung wieder melde. Ebenso wenig scheint es geboten, einen Lösungsvorschlag oder gar ein Versprechen zu geben, eine Lösung finden zu können. Das Thema des außenpolitischen Konflikts in Syrien, dessen sich der Schreiber und nun auch ich als Leser – und Antwortender – annehmen (muss), erweist sich schlichtweg zu ‚gewichtig‘, um ihm mit Standardisierung zu entgegnen. Ich fordere mich – alleine in und mit der Situation, aller Routinen in dem Moment beraubt – gleichermaßen *selbst* dazu auf, irgendwie vertretbar auf das Thema zu antworten. Zusätzlich getragen von den

Bildern und Geräuschen der Dokumentation, auf die der Schreibende in seinem Brief verweist, sehe ich mich plötzlich regelrecht mit mir selbst konfrontiert. Es stellt sich die grundlegende Frage: Wie stehe ich dazu, jemandem zu antworten, der offenbar derart von einem Thema betroffen ist und von dem Büro – genauer: von mir – eine Reaktion erwartet? Diese Konfrontation ist es, die mich dazu bringt, über die Grundlagen meines Handelns in dieser konkreten Situation nachzudenken. In diesem Moment bemerke ich letztlich also einen Ausfall der rollenspezifischen, mir als Mitarbeiter des Wahlkreisbüros zur Verfügung stehenden Wissensbestände, was mich dazu bewegt, auf nicht-typisierte, gleichsam von mir als Individuum und Mensch – und somit *nicht* primär als Wahlkreismitarbeiter – gefühlte Intentionen zurückzugreifen, die mir in dieser Situation helfen sollen, eine plausible Antwort zu formulieren. Zum Ausgangspunkt meines Antwortversuchs werden plötzlich normative Überzeugungen, die von dem Gefühl getragen sind, das ‚Richtige‘ (vs. Unpassende, Unangebrachte, Unvertretbare) zu formulieren. Mit anderen Worten: Es drängt sich eine Sichtweise auf, die mehr aus einer tief sitzenden, wie auch immer erworbenen, in jedem Fall aber als ‚richtig‘ empfundenen Gewissheit resultiert, dass ich es hier mit einer großen Ungerechtigkeit zu tun habe. Es scheint, zumindest für jenen einen Moment, keine andere Handlungsoption zu geben als die, das Gesehene mit aller Radikalität und Einfachheit als zutiefst ungerecht zu brandmarken – und zwar primär zu dem Zweck, mir *selbst* daraus die Handlungsoption gegenwärtig zu machen, alles zu verurteilen, was ich vor mir sehe (und höre). Überspitzt formuliert: Gerade – aber nicht nur – bei Fragen nach ‚Krieg und Frieden‘ sowie nach ‚Leben und Tod‘ ist ‚Gerechtigkeit‘/‚Ungerechtigkeit‘ als eine subjektive Gewissheit oftmals der einzige Ausweg aus einer ansonsten ausweglosen Situation radikaler Selbstkonfrontation. ‚Gerechtigkeit‘/‚Ungerechtigkeit‘, so unspezifisch und abstrakt alles, was damit verbunden sein mag, ist, und so wenig es gelingen will, dies genauer zu beschreiben, scheint als eine Art letztes Refugium zu fungieren, um im Falle besonderer Krisensituationen diese Unterbrechung überwinden und, einfach gesagt, weiterhandeln zu können. Es geht primär also nicht darum, was nun im Einzelnen im Brief steht,³³

³³ Auch auf die Gefahr hin, dass diese Antwort von meinem Chef als unangebracht beurteilt würde, positionierte ich mich schließlich und schrieb folgende Zeilen, die sowohl meine moralische Entrüstung über die Ungerechtigkeiten in Syrien als auch meine Pflicht als Wahlkreismitarbeiter kanalisieren

sondern vielmehr, dass man *selbst* durch existenzielles Engagement scheinbar urplötzlich dem Feld(-geschehen) und den Relevanzen beteiligter Akteure ausgesetzt ist, die nicht selten zumindest zu temporären ‚Krisen des Selbst‘ (vgl. Eisewicht/Grenz 2010: 21) führen können. Es sind ebensolche ‚Krisen‘, derer man in bestimmten Situationen wie der hier beschriebenen nur mit besonderem, ‚normativem Rüstzeug‘ begegnen kann – erst dann scheint ein ‚Weiter-Handeln‘ für den dezidiert beobachtenden *Teilnehmer* möglich. Mit den oben genannten Begrifflichkeiten hieße das: Die zahlreichen Impressionen des Briefs, vor allem aber der Dokumentation, bewirken eine derartige Unsicherheit, die nicht mit den üblichen Routinen und der Retention als anschließendem Deutungsakt zu meistern ist. Vielmehr wird ein Bezug auf gleichsam ‚größere‘ Erklärungsmodelle notwendig, der im Sinne einer Objektivierung hilft, die Momente der Selbstkonfrontation, will heißen vor allem *sich selbst*, in den Gesamtkontext jener Situation einzuordnen. Hierbei kommt Gerechtigkeit als einem fundamentalen Sinnangebot eine zentrale Funktion zu, eben weil es – *als* Sinnangebot – hinreichend viele Möglichkeiten der Einordnung bietet (und gleichzeitig hinreichend unspezifisch ist). Mit anderen Worten: Es hilft einem in der Situation, das Gesehene und Gehörte, den ganzen Syrienkonflikt und überhaupt die ‚unsicheren Zeiten‘, in welchen man sich scheinbar befindet, als zutiefst ungerecht, unmenschlich, schrecklich und dergleichen zu verurteilen. Mag dies zu keinerlei Lösung beitragen, so hilft es doch zumindest, in jener ‚Krise des Selbst‘ den eigenen Gefühlshaushalt ordnen und so schließlich zu einer Handlung gelangen zu können.

Als Außenstehender mag man diese Passage abtun als einmaliges Erlebnis, das zum Zwecke einer beinahe dramatischen Beschreibung in Bedeutung und Reichweite deutlich überspitzt wurde. Wie oben schon gesagt wäre dies auch zutreffend, würde man als Ethnograph nun bei dieser einen – und vor allem: höchst subjektiven, weil selbst erlebten – Beschreibung bleiben. Es ist jedoch auffällig, dass die Redeweisen, Überlegungen und auch Verunsicherungen in nahezu allen geführten Interviews

sollten: „Die Diplomatie ist daher der einzige Weg, der übrig zu bleiben scheint. Man mag innerlich die Faust ballen, einen Diktator wie Assad noch immer gut gekleidet auf den Verhandlungsbänken dieser Welt zu sehen, wenn man diese Bilder im Kopf hat. Aber ich befürchte, dass es kaum eine andere Möglichkeit gibt.“

vergleichbar werden, sobald über derartige Themen wie die sogenannte „Flüchtlingskrise“ oder andere außenpolitische Konflikte gesprochen wurde. Dabei spielte es interessanterweise auch keine Rolle, ob es sich bei den Interviewten um hauptamtliche Politiker handelte, um Mitarbeiter derselben oder ‚nur‘ um politisch wie auch immer Engagierte. In allen Fällen – und somit eben zu einem gewissen Grad intersubjektiv nachvollziehbar – zeigte sich, dass die Interviewten, kam die Sprache auf besonders schwierige, komplexe und generell negativ konnotierte Themen, auf abstrakte Gerechtigkeitsvorstellungen zurückgriffen beziehungsweise sehr unmittelbar und direkt die jeweiligen Situationen mit entsprechendem Vokabular beschrieben. In einem Interview mit einem hauptamtlichen Politiker, das ich 2014 geführt habe, ging es auch um die damals besonders schwierigen Beziehungen zu Russland sowie der Frage, was ein deutscher Politiker in einer solchen Situation tun kann:

*B: Das ist, wahnsinnig schwer, und die Frage habe ich auch schon mit ganz viel Kollegen diskutiert wir sprechen ja mittlerweile über Sanktionsmechanismen die wir eingebaut haben Sanktionsstufe eins zwei und drei, die Frage die am schwersten wirkt dabei ist was passiert denn wenn Stufe drei nicht zündet was ist denn dann was bleibt dann übrig und, wenn wir uns (beantworten) müssen dass die Stufe vier nur Krieg ist und wir Krieg ausgeschlossen haben dann stellen wir fest dass die Sanktionen eigentlich endlich und vielleicht auch vom Drohpotential her gar nicht so sind wie man denkt, die Frage die auch damit einhergeht ist **will** ich denn überhaupt eine Sanktionsstufe vier und was noch viel schwerwiegender ist ist weiß der Gegenüber mit dem man in Konflikt ist nicht auch dass wir diese Sanktionsstufe vier gar nicht haben ist das dann nicht so dass wir unser Handeln einengen er seins aber eher nicht #01:10:31-9#*

I: Hm, hm und wie fühlt man sich dabei bei so was #01:10:35-9#

B: Dreckig #01:10:36-4#

I: Dreckig #01:10:37-2#

Es geht bei dieser Interviewpassage weniger als im Beispiel des Bürgerbriefs zum

Thema Syrien darum, dass man von Bildern, Klängen und der gesamten politischen Situation schlicht überwältigt ist. In der Redeweise wie auch entsprechenden Kenntnissen über Sanktionsstufen und Ähnlichem wird der Kenntnisstand und professionelle Umgang mit derlei Themen durchaus spürbar. Gerade deshalb aber zeigt sich bei der Nachfrage, wie man sich dabei fühlt zu wissen, dass Sanktionen gegenüber gewissen Ländern (in dem Fall Russland, sicher wäre dies auch auf andere übertragbar) endlich sind, wie stark die Verzweiflung und auch Angst gegenüber einer weiteren Eskalation tatsächlich ist. Man muss sich dabei, wie es vom Interviewten auch gesagt wird, vergegenwärtigen, dass die Option eines Krieges sehr wohl – zumindest faktisch als letzte Sanktionsstufe – existiert. Es ist gerade für einen hauptamtlichen Politiker durchaus eine grundlegende Krisensituation zu versuchen, bei derlei Rahmenbedingungen klar, strukturiert oder ‚sinnvoll‘ zu handeln – da bezweifelt werden darf, dass es derartige Handlungsoptionen überhaupt gibt. Die unmittelbare Antwort, dass man sich in einer solchen Situation der Einengung „dreckig“ fühlt, ist durchaus bemerkenswert – zeugt sie doch von einem hohen Maß an Ehrlichkeit, vor allem aber einer Unsicherheit über weitere Handlungsoptionen. Dies ist die Verbindung zu jener Situation, die ich selbst als Wahlkreismitarbeiter erlebt habe: Es geht um jene Momente der Unfähigkeit zu handeln aufgrund einer besonderen Krisensituation in einem generellen Konflikt- oder Problemzusammenhang. Wenig bis nichts scheint man in einer derartigen Situation tun zu können, außer den Bezug zu abstrakten Werten und Sinnangeboten herzustellen (wie dies im weiteren Verlauf dieses Interviews auch geschehen ist). Dies hat dann offensichtlich zwei konkrete Funktionen: *Erstens* geht es darum, jene Krisensituation als eine solche überhaupt zu identifizieren, *zweitens* durch jene Identifizierung diese – im Sinne einer Objektivation nach Berger/Pullberg – entsprechend in die subjektive Lebenswelt einzuordnen. Mal implizit, mal explizit, scheinen Werte und grundlegende Sinnangebote wie Gerechtigkeit hierfür geeignet, sodass ihnen dergestalt eine konkrete *handlungsanleitende Funktion* zukommt – in erster Linie, um jene temporären ‚Krisen des Selbst‘ überwinden zu können.

2.2.3 Gerechtigkeit und Objektifikation: vom Sinnangebot zur Handlung

Die erste Lesart von Gerechtigkeit als Objektivation erfüllt in Krisensituationen wie eben dargestellt vor allem den Zweck, *überhaupt* wieder handlungsfähig zu werden. Eine zweite handlungsanleitende Funktion von Gerechtigkeit ist stärker in meinem als Ethnograph immer wieder gemachten Versuch zu finden, Gerechtigkeit selbst genauer zu identifizieren – weniger (oder genauer: gar nicht) ontologisch gleich der Philosophie, sondern mehr dahingehend, was Menschen ‚mit Gerechtigkeit tun‘. In gewisser Weise geht es wieder um die Frage, die ich zu Beginn dieses Abschnitts in der zitierten Interviewpassage meinem Interviewpartner gestellt habe: Einerseits weiß niemand, was Gerechtigkeit genau *ist*, andererseits wird der Begriff ständig verwendet und mehr noch, wird im Namen von ‚Gerechtigkeit‘ konkret gehandelt. Insofern kam in den Interviews – wie gesagt: sowohl mit MdB-Mitarbeitern wie auch haupt- und ehrenamtlichen Politikern – früher oder später immer wieder ‚Gerechtigkeit‘ selbst zur Sprache. Im Falle eines SPD-Mitarbeiters klang dies dann so:

B: Na ich glaube es hat schon was mit eigener Einstellung eigener- eigenem Verständnis von Politik und von der eigenen Partei und eigener Identifikation zu tun, also ich würde jetzt einfach mal unterstellen dass die meisten Leute die SPD-Mitglied werden oder sich als SPD-nah sehen Gerechtigkeit als einen extre:m wichtigen Wert ansehen und die SPD ja eigentlich als die Partei verstehen für die Gerechtigkeit der Markenkern ist inwieweit man das dann immer erfüllt ist dann nochmal eine andere Frage da gibt es auch durchaus unterschiedliche Meinungen jeweils und auch Kritik und es gibt auch andere Parteien die das auch für sich in Anspruch nehmen wie DIE LINKE zum Beispiel wo ich dann sagen würde die ist bei denen, bei dem Thema oder bei dem Selbstverständnis wahrscheinlich der größte Konkurrent, aber das ist halt einfach der Markenkern Sozialdemokratie ist einfach soziale Gerechtigkeit war es von der Gründung her und, ist glaube ich einfach bei, bei den meisten die sich irgendwie damit identifizieren einfach das Kernding [...] #00:16:54-0#

Zunächst wird hier Gerechtigkeit als „extrem wichtiger Wert“ beschrieben und sogleich die SPD als jene Partei identifiziert, für die „Gerechtigkeit der Markenkern“ ist. Begründet wird dies zunächst weniger inhaltlich als mehr historisch, ein Erklärungsmuster, das sehr oft in diesen Zusammenhängen auftaucht und der SPD jene vermeintliche historische Größe verleihen soll, die viele Mitglieder mit der Partei in Verbindung bringen. Der Begriff des „Markenkerns“ ist insofern spannend, als er auch in anderen – beispielsweise ökonomischen – Kontexten aufkommt und somit kein dezidiert politischer Begriff ist. Es wird aber gerade dadurch deutlich, dass es vor allem um eine Art der (Selbst-)Identifikation (durchaus auch im Sinne von Zugehörigkeit oder gar Zusammengehörigkeit; vgl. Grenz/Eisewicht 2012) jener Menschen geht, die sich als Mitglieder der SPD, gegebenenfalls auch als ‚links‘, ‚sozialistisch‘ oder ähnliches empfinden. Gerechtigkeit scheint also zunächst, oder zumindest *auch*, ein sinnstiftendes Element für eine soziale Gruppe oder, im Sinne von Grenz/Eisewicht, sozialer Subsinwelten (hier in erster Linie: eine Partei) zu sein. Spannender für die hier verfolgte Frage, welche dezidiert handlungsanleitende Funktion Gerechtigkeit (noch) haben kann, wird es im gleichen Interview nur wenig später, wenn es um konkrete Situationen geht, auf welche Gerechtigkeit gleichsam wie eine ‚Schablone‘ (so wurde es auch in anderen Interviews genannt) aufgelegt wird:

B: Vielleicht noch ein anderer Gedanke zum Thema was ist dann gerecht (3) ich glaube es ist viel einfacher das negativ anzufangen indem man sagt mehr Gerechtigkeit ist Ungerechtigkeiten abbauen weil ich glaube das ist vie:l greifbarer man weiß es ist ungerecht dass, dass Leute mit drei Euro Stundenlohn nach Hause gehen und deswegen das abzubauen ist ein Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit man, hat ein Gefühl dafür dass es ungerecht ist dass irgendwelche Manager das hundertfache verdienen von irgendwelchen Putzkräften oder so was und deswegen alles was da: die Schere zusammenbringt ist ein Schritt Richtung Gerechtigkeit man, man weiß dass es ungerecht ist dass es halt Regionen in der Welt gibt die irgendwie wirtschaftlich ausbluten weil, auch weil wir als Europa oder Deutschland teilweise wirtschaftlich agieren seien es jetzt Agrarsubventionen oder so was, und alles was dem entgegenwirkt und das näher aneinander bringt ist ein Schritt in Richtung Gerechtigkeit also ich glaube

das ist so was wo halt Gerechtigkeit auch was Greifbares ist also ich glaube

Ungerechtigkeiten abbauen ist einfach was was man besser fühlen kann #00:21:48-9#

Gleich mehrfach werden in dieser Passage zwei zentrale Aspekte genannt, um die es hier im Besonderen geht: Einmal wird im Zusammenhang mit der Frage, was Gerechtigkeit ist oder sein kann, auf „Gefühle“ wie auch auf „Wissen“ rekurriert, zum Zweiten wird damit stets zusammengebracht, dass dies anhand konkreter politischer Beispiele ‚greifbar‘ sein soll. Es sind jene beiden Aspekte, die die handlungsanleitende Funktion von Gerechtigkeit dokumentieren und innerhalb derer sich dezidiert politisch bezogene Handlungsentwürfe ergeben: Es gibt offensichtlich eine Art Gefühl von etwas – wenn schon, wie es hier heißt, auch nicht abschließend gesagt werden kann, was gerecht ist, so doch zumindest, was *ungerecht* ist. In genau der gleichen Weise wie „Gefühl“ wird auch der Begriff des „Wissens“ genannt („man weiß, dass es ungerecht ist [...]“), der in dieser Situation wissenssoziologisch gedeutet werden kann: Es geht nicht darum, dass man ‚einen Eindruck hat‘ oder ‚meint‘, es sei ungerecht, dass gewisse Regionen wirtschaftlich klein gehalten werden – man *weiß* es einfach. Ebenso *weiß* man offenbar einfach, dass es ungerecht ist, wenn manche Menschen von ihrem Gehalt nicht leben können. Die einschlägigen Beispiele haben also viel mit finanzieller Ausstattung von Menschen zu tun, einmal die Ungleichheit zwischen Putzkräften auf der einen und Managern auf der anderen Seite, einmal das Agieren großer Industrienationen wie Deutschland in der sogenannten Dritten Welt insbesondere im Agrarbereich. Der oft von Philosophen diskutierte Zusammenhang zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit mag hier gar nicht weiter interessieren: Entscheidend ist vielmehr, dass es offensichtlich ein tiefes Ungerechtigkeitsbewusstsein, ein Gefühl sowie Wissen darum gibt, das dem Einzelnen hilft, diese Ungerechtigkeiten zu identifizieren und anschließend dazu führt, aus jener Identifikation heraus mögliche Handlungsentwürfe zu folgern. An dieser Stelle wird das relevant, was Berger und Pullberg im Anschluss an Objektivation schließlich ‚objectification‘ nennen. Der eingedeutschte Begriff ‚Objektifikation‘ bezieht sich weniger als Objektivation auf einzelne Situationen, sondern meint eine mehr oder weniger bewusste Loslösung von einer konkreten Situation zum Zwecke einer generellen Selbstausslegung und, um es mit Eberle zu sagen, individuellen Sinnschöpfung: “By

objectification we mean the moment in the process of objectivation in which man establishes distance from his producing and its product, such that he can take cognizance of it and make of it an object of his consciousness. Objectivation, then, is a broader concept, applicable to all human products, material as well as non-material. Objectification is a narrower epistemological concept, referring to the way in which the world produced by man is apprehended by him.” (Berger/Pullberg 1966: 60) Wie Berger und Pullberg sagen, handelt es sich bei Objektifikation im Vergleich zu Objektivation demnach um eine allgemeinere Denkleistung, in gewisser Weise ein epistemologisches Konzept, also eine abstrakte Erklärung dessen, wie die Welt beschaffen ist. Der ontologische Einschlag – wie die Welt beschaffen *ist* – ist hierbei von großer Bedeutung, denn er impliziert dadurch einen (freilich notwendigerweise vereinfachten) Zugang zur Wirklichkeit, der so, in einer Art Metakommunikation mit sich selbst, hilft, dieselbe zu definieren und gleichzeitig für mehr oder weniger konkrete Handlungsentwürfe die Grundlage zu liefern. Vereinfacht gesagt: Objektifikation hilft dem Subjekt, sich von der Situation selbst loszulösen, diese ‚anzuschauen‘ und generell zu urteilen, wie die Welt denn ‚ist‘ – und eben dann als politisches Handeln im Sinne Hitzlers auszuloten, was zu tun ist, um dieses zu ändern. So zumindest ist auch jene Interviewpassage mit einem hauptamtlichen SPD-Politiker zu verstehen:

*I: Nein aber ich habe Dir ja nochmal erklärt, **ich** für mich ich kann nicht für andere sprechen ja ich für mich bringe einen Wertekatalog mit der durch Erziehung durch Erfahrung durch eigenes Erleben der sich gebildet hat, der wird sich im Lauf der Zeit nochmal ändern weil dazu immer noch neue Erfahrungen herkommen aber ich kann mir nicht vorstellen dass für mich der Wert so wie ich für mich Gerechtigkeit definiere als Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit dass sich das noch jemals ändert [...]*
#00:33:38-5#

Für den SPD-Politiker heißt dies also konkret: Gerechtigkeit ist eben – sozusagen ‚per definitionem‘ durch Erziehung, Sozialisation und Erfahrungen – Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Objektifikation bewerkstelligt hier, dass man – als Politiker – einen Schritt aus der alltäglichen Komplexität heraustritt und sich auf das besinnt, was man ‚weiß‘; und das ist eben, wie oben gesagt, dass Gerechtigkeit definiert ist als

Chancengleichheit und damit intendiert, was konkret zu tun ist, womit der Bogen zurückgeschlagen werden kann zu alltäglichen und teils sehr konkreten politischen Handlungen, die teils in dieser Zeit ausgeführt wurden – Einführung des Mindestlohns, Rente mit 63, eine entsprechende Bildungspolitik mit gebührenfreien Kitas, Universitäten und dergleichen. Diese zweite Funktion von Gerechtigkeit besteht also darin, als mehr oder weniger konkret umrissenes politisches Sinnangebot eine Art Hilfsmechanismus zur individuellen Selbstausslegung in einem komplexen gesellschaftlichen Kontext zu sein.

2.2.4 Zusammenfassung: Die Rolle fundamentaler Sinnangebote in der modernen Gesellschaft

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Gerechtigkeit im Rahmen subjektiver Sinnkonstitution zweierlei Bedeutung zukommt: Im ersten Fall geht es darum, dass eine ungewohnte Situation zu einer ‚Krise des Selbst‘ führt, die dann eine Objektivierung, also eine abstrakte Einordnung dieser konkreten Situation in die subjektive Lebenswelt, notwendig macht. Gerechtigkeit fungiert dabei – als fundamentales Sinnangebot – dergestalt, dass es Werturteile zur Verfügung stellt, die die jeweilige Situation einzuordnen helfen. Im zweiten Fall geht es allgemeiner um die Selbstausslegung des Subjekts innerhalb eines komplexen Handlungszusammenhangs. Die in der Politik zahlreichen und höchst unterschiedlichen Kontexte, Probleme und sonstigen Auseinandersetzungen können ab und an zu einer kognitiven Überforderung führen. Diese ist dann schwerlich mit einem ‚Weiter so‘ zu lösen, sondern vielmehr mit einem (Rück-)Besinnen auf den eigenen Wertekatalog. Diese Rückbesinnung findet sich in der Objektivierung, also eines ‚Zurücktretens‘ aus der jeweiligen Situation und in gewisser Weise einer Verobjektivierung des eigenen Wertehaushalts zum Zwecke individueller Selbstausslegung und (erneuter) Sinnstiftung. Gerechtigkeit fungiert ganz ähnlich wie im ersten Fall auch hier als Sinnangebot, das aber stärker als im ersten Fall zu mehr oder weniger konkreten Handlungen anregt. Ganz allgemein also lässt sich festhalten, dass

Gerechtigkeit eben nicht nur ein rhetorisches Mittel zur Aufwertung und Manifestierung des eigenen politischen Handelns ist, sondern auch als Element subjektiver Sinnkonstitution zu verstehen ist – und zwar in den beiden eben beschriebenen Ausprägungen.

Im Zuge der politischen Verhältnisse, in der dieser Text geschrieben wurde, ging es mit dem Aufstieg der AfD, dem beharrlichen Marschieren von Pegida und anderer rechtsnational orientierter Gruppierungen auch stets um die Frage, nach welchen Parametern jene, bei allem menschlichen Unverständnis, ebenso politisch Engagierten handeln. In einem Interview kam der Umgang mit derlei Gruppen ebenso wie die Frage, was man dagegen tun könne, ebenfalls zur Sprache:

[...] Du kannst nur werben bei allen Demokraten dass sie sich dieser Entwicklung dagegenstemmen was ich für schwierig halte was sehr schwer ist, in unserem Helferkreis hätte man kein Problem damit ((beide lachen leicht)) weil die es sowieso anders denken aber gehe mal raus auf, raus in die Öffentlichkeit was du da zu hören kriegst (3) ich weiß nicht ob man die Leute mit, mit wie sagt man rationalen Überlegungen mit Vernunftargumenten überzeugen kann ich weiß es nicht ich glaube eher nicht (3) da spielen Gefühle eine Rolle und die kannst du schwer wegwischen ja #00:39:28-7#

Insbesondere der letzte Satz ist zentral für das bisher Gesagte: Ist Gerechtigkeit als politisches Sinnangebot ein Element subjektiver Sinnkonstitution – einmal als Objektivation, einmal als Objektifikation – so ist damit die Frage danach, was genau zu politischem Handeln anregt und welche Rolle dabei Gefühlen und Emotionen zukommt, nicht mehr weit. Bei genauerer Betrachtung fügt sich dieser Gedanke in eine schon länger anhaltende Diskussion rund um die Wichtigkeit von Sinnangeboten im Rahmen moderner Gesellschaft überhaupt. Das schon zu Beginn angesprochene und erörterte ‚Unbehagen in der Modernität‘ mit Berger und Kellner zeigt dies sehr deutlich. Generell nämlich scheinen politische Grundsatzfragen – die Implikationen der „Flüchtlingskrise“ in der Zeit der Entstehung dieser Arbeit sind sicher die zentralsten – ein gutes Beispiel zu sein, um nochmals die Wichtigkeit fundamentaler Sinnangebote im Rahmen moderner Gesellschaft deutlich zu machen. Wie Hans-Georg Soeffner in einem Gastbeitrag in der

FAZ Anfang des Jahres 2016 schrieb, besteht eine Besonderheit bei der aktuellen Diskussion der Flüchtlingsthematik darin, dass sich zwei Lager mehr oder weniger unversöhnlich gegenüberstehen. Einmal jene als ‚vernünftig‘ betrachteten Politiker und ehrenamtlich Engagierten, die versuchen, die ‚Krise‘ zu einer Lösung zu führen und dabei Aspekte der Integration ebenso diskutieren wie eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen, im Großen und Ganzen diese Zuwanderung jedoch als Chance betrachten. Auf der anderen Seite stehen jene nicht immer, aber dem Eindruck nach immer öfter radikal argumentierenden Akteure, die eine ‚deutsche Leitkultur‘ gefährdet sehen und hierbei auf teils radikale (und vor allem) radikal einfache – will heißen: völkische, rassistische und dergleichen – Lösungen zurückgreifen. Soeffner macht in seinem Artikel deutlich, dass jene Fundamentalismen jedoch, wie so oft beschrieben, gerade *kein* Rückfall in alte Zeiten sind, sondern mit dem soziologischen Blick vielmehr verstanden werden müssen als Ausdruck grundlegender Verunsicherung bei vielen Menschen und so als typisches Merkmal moderner Gesellschaft: „Staatsbürgerliche Selbstverpflichtung und Toleranz auf der einen und Fundamentalismus auf der anderen Seite sind die beiden Extreme, die auf die fragile Struktur solcher offenen Gesellschaften antworten. Sowohl nationaler und ideologischer Autoritarismus als auch der weltweit beobachtbare Fundamentalismus und die für ihn charakteristische Suche nach Heimat und fester Bindung stehen also nicht für einen Rückfall in vormoderne Gesellschaftsformen - einen Rückfall, der wegen des ökonomisch, medial und politisch verflochtenen Gefüges unserer Welt ohnehin nicht möglich wäre -, sondern sie stellen gerade wegen der forcierten Sehnsucht nach Rückkehr ein modernes Phänomen dar.“ (Soeffner in FAZ 2016, Zugriff 27.10.2016) Mit anderen Worten: Fundamentale Sinnangebote, die in je unterschiedlichen politischen Angeboten auftreten und mal einfache, mal differenziertere Lösungen anbieten, sind geradezu *typisch* für moderne Gesellschaften. Denn: Lösungsansätze für höchst komplexe Fragen der (Welt-)Politik geben den Handelnden zumindest die scheinbare Möglichkeit, den großen Fragen ebenso große, weitreichende und so endgültige Lösungen zuzuführen – und in einer globalisierten Welt, in der eben auch außenpolitische Konflikte vor der Haustür spürbar und regelrecht *sichtbar* werden, scheint dies beinahe jeden Tag eine Notwendigkeit zu

sein. So möchte ich auch die Ergebnisse meiner Ethnographie verstanden wissen: Während Soeffner „staatsbürgerliche Selbstverpflichtung“ und „Toleranz“ auf der einen Seite, „Fundamentalismus“ auf der anderen Seite sieht, möchte ich die bisherigen Beschreibungen der Bedeutung von Gerechtigkeit als (auch) Element subjektiver Sinnkonstitution ganz bewusst in der gleichen Linie betrachten. Konkret: Es mag – vielleicht sogar mehr denn seit Langem – Fundamentalismen jeglicher Art geben, die auch in Deutschland grassieren und versuchen, den komplexen Fragen der (Alltags-)Politik mit einfachen Worten entgegenzutreten. Aber das – und darum geht es mir –, was hier unter Gerechtigkeit verstanden und erläutert wurde, fungiert neben der alltäglichen Gerechtigkeitskonstruktion *ebenso* als fundamentales Sinnangebot, das in der Politik mit zunehmender Komplexität auch zunehmend in Anspruch genommen wird, ja genommen werden *muss*. Mit anderen Worten: Gerechtigkeit ist in der heutigen Zeit ein ebenso großer Fundamentalismus wie zahlreiche andere Sinnangebote; der Unterschied liegt ‚nur‘ darin, welche Gruppen ihn in Anspruch nehmen und vor allem, *wie* sie danach handeln. Damit lässt sich im Übrigen die seit Jahrtausenden ungelöste Frage der Philosophie, was Gerechtigkeit denn wirklich *ist*, selbstredend nicht beantworten, aber doch zumindest sehr plausibel übergehen. Es ist nämlich unerheblich, was Gerechtigkeit ontologisch betrachtet ‚ist‘, denn unabhängig davon handeln die Menschen sehr konkret danach – eine Frage der Ontologie ist, empirisch betrachtet, also schlicht und ergreifend nicht relevant für die Frage danach, welche Rolle es im Handeln von politisch wie auch immer engagierten Menschen spielt. Vielmehr scheint Gerechtigkeit daher ein ähnlich fundamentales Sinnangebot zu sein wie jene (mit Berger/Luckmann gesprochen) übrig gebliebenen ‚symbolischen Sinnwelten‘ in der modernen Gesellschaft wie beispielsweise die Religion – und genauso sollte man Gerechtigkeit auch in der Diskussion behandeln.

Hier scheint die Lage ähnlich zu sein: Der engstirnige Blick sieht im Deutschland des 21. Jahrhunderts oftmals leere Kirchen, wenige Männer, die sich für den Priesterberuf entscheiden sowie immer mehr Kirchenaustritte. Die Frage, ob die grundlegende Botschaft von Religion in ihrer Wichtigkeit dadurch berührt ist, hat damit jedoch wenig bis nichts zu tun. Ein Blick in die USA und deren in regelmäßigen Abständen

stattfindenden Wahlkämpfe ist hier, wie so oft, erhellend. Vor allem die Religionswissenschaft hat hier in den vergangenen Jahren gezeigt, wie wichtig religiöse Semantiken ebenso wie entsprechende Wissensbestände in und für Politik in einer modernen Gesellschaft sein können (vgl. hierzu auch Emling 2013). Die Wichtigkeit von Religion auch oder gerade für moderne Gesellschaften wurde in diesem Zusammenhang vor allem von Thomas Luckmann immer wieder erläutert. In seinem Buch *Die unsichtbare Religion* bezieht sich Luckmann unter anderem auch auf die, wie er das entsprechende Kapitel nennt, „anthropologischen Bedingungen“ von Religion. Hierbei erklärt er zweierlei: Erstens, was die Bedingungen zum Entstehen von Religion anthropologisch betrachtet ausmacht, zweitens, warum Religion entsprechend eine derart fundamentale Bedeutung für den Menschen zu haben scheint. Ähnlich wie Eberle dies in der Auseinandersetzung mit Schütz getan hat, stellt auch Luckmann fest, dass subjektive Erfahrung alleine und für sich betrachtet keinerlei Sinn enthält. Es werden wie auch immer geartete Deutungsschemata notwendig, um Erfahrungen sinnhaft zu machen. Der Organismus allein vermag dies nicht; notwendig werden vielmehr Gesellschaft und Kultur, die dieses bewerkstelligen: „Er hätte weder eine klare und erinnerliche Vergangenheit noch eine »offene« Zukunft mit verschiedenen Handlungsmöglichkeiten. Sein Leben könnte keine zusammenhängende Gestalt als Biographie annehmen. Oder anders ausgedrückt: Er würde sich nicht zu einem individuellen Selbst entwickeln.“ (Luckmann 1991: 83) Die Konstruktion einer Biographie in diesem Sinne wird im Folgenden durch ‚den Anderen‘ und so im weitesten Sinne durch Gesellschaft selbst bewerkstelligt. Über Begegnung, eine gemeinsame Sprache und weitere Aspekte einer face-to-face-Situation wird es möglich, Prozesse von einem Hier und Jetzt zu lösen, später erfahrbar zu machen und so zu transzendieren – mit anderen Worten, Sinnsysteme für das individuelle Leben herzustellen, die, nochmals sei es betont, nötig werden, um jenes Leben überhaupt *als* ein sinnhaftes versteh- und erfahrbar zu machen: „Der Organismus – für sich betrachtet nichts anderes als der isolierte Pol eines »sinnlosen« subjektiven Prozesses – wird zum Selbst, indem er sich mit den anderen an das Unternehmen der Konstruktion eines »objektiven« und moralischen Universums von Sinn macht. Dabei transzendiert er seine biologische

Natur.“ (a.a.O: 85) Ist diese Beschreibung noch sehr allgemein gehalten und erklärt vor allem, warum der Mensch als biologisches Wesen Gesellschaft, Kultur und eben, wie Luckmann hier sagt, ein „Universum an Sinn“ braucht, so geht er im weiteren Verlauf des Buches immer mehr auf Religion selbst ein und erläutert deren spezifische Bedeutung für den Menschen. Diese findet sich im bereits Beschriebenen, nämlich der ‚Fähigkeit‘ von Religion, das Dasein des Einzelnen zu transzendieren, vom Hier und Jetzt ‚abzulenken‘ und einer ganzen Biographie Sinn zu verleihen. Insbesondere in Krisensituationen vermag Religion auf Fragen, Erfahrungen und Erlebnisse Antworten zu geben, die genau genommen gar nicht beantwortet und erklärt werden können: „Es gibt allerdings auch eine ganz andere Art von Erfahrung, die sich dann einstellt, wenn die Routinen des täglichen Lebens zusammenbrechen. Solche Erfahrungen reichen von der Hilflosigkeit im Angesicht unkontrollierbarer natürlicher Ereignisse bis zum Wissen um den Tod. [...] Erfahrungen dieser Art werden in aller Regel als unmittelbare Äußerungen der Wirklichkeit des sakralen Bereichs aufgefaßt. Sowohl der »letzte Sinn« des Alltagslebens wie auch der Sinn außergewöhnlicher Erfahrungen haben also ihren Ort in diesem »anderen«, »heiligen« Wirklichkeitsbereich.“ (a.a.O: 96) Religion vermag es als symbolische Sinnwelt auch auf die unlogischen, nicht verstehbaren und kaum auszuhaltenden Erfahrungen Antworten zu geben; als letzter Sinn, als Refugium, das das Hier und Jetzt transzendiert in eine völlig andere Wirklichkeit ist Religion in der Lage, den Verzweifelten wieder handlungsfähig zu machen, indem sie ihn mit Sinn ausstattet. Georg Simmel hat diesen Gedanken bereits im Jahre 1904 mit diesen Worten formuliert: „Der Mensch braucht Religion, um die Entzweiung zwischen seinen Bedürfnissen und ihrer Befriedigung, zwischen seinem Sollen und seinem Tun, zwischen seinem Idealbild der Welt und der Wirklichkeit zu versöhnen.“ (Simmel [1904] 1989: 72) Es ist just jener Gedanke, den ich im Rahmen von Politik in der modernen Gesellschaft anhand der beiden Beispiele der ‚Krisen des Selbst‘ – Objektivation – wie auch von ‚Gerechtigkeit als Gefühl‘ – Objektifikation – beschrieben habe. In beiden Fällen geht es darum: Der Mensch in der modernen Gesellschaft ist umringt von allerhand Kontingenzen, Unsicherheiten und Herausforderungen, die durch eine kaum zu durchschauende Alltagskomplexität gekennzeichnet sind. Jedwedes Sinnsystem, das

einem in derartigen Situationen grundlegende Antworten und ‚eine Richtung‘ geben kann, ist somit ein höchst willkommenes Gut, ja eine *Notwendigkeit*. Religion mag dies in vielen Kontexten sein; im Bereich der Politik sind dies jedoch in erster Linie Sinnangebote wie Gerechtigkeit, die als Richtschnur alltäglichen Handelns fungieren sollen, ganz oft aber das Gegenteil bewerkstelligen, nämlich vor allem in Krisensituationen den Einzelnen wieder handlungsfähig machen. Es ging mir darum, in diesem letzten Kapitel genau das zu zeigen: Gerechtigkeit als fundamentales Sinnangebot vermag es, den Einzelnen – ob Kommunal- oder hauptamtlicher Politiker – in ‚Krisen des Selbst‘ wie auch ähnlich gelagerten Handlungsproblemen durch Rückbesinnung auf Grundlegendes wieder handlungsfähig zu machen. Diese Eigenschaft hat Gerechtigkeit als Sinnangebot mit derlei symbolischen Sinnwelten wie der Religion gemein – und dies ist eine Eigenschaft, die es bei der Erklärung dessen, was Politik in der modernen Gesellschaft leistet sowie leisten kann, zu bedenken gilt.

3 Schluss

Es ging in der vorliegenden Arbeit um zweierlei Dinge: Im ersten Teil sollte deutlich werden, welche Funktion ‚Gerechtigkeit‘ im Alltag eines Politikers sowie seiner Mitarbeiter zukommt. Gemäß meines Feldzugangs konnte ich beim Aufbau eines gleichsam ‚neuen‘ Abgeordnetenbüros von Beginn an dabei sein und beobachten, inwiefern der im vorausgegangenen Wahlkampf durchaus strapazierte Begriff „Gerechtigkeit“ vermeintlich in die Tat umgesetzt werden würde – beziehungsweise, ob und wie dies konkret bewerkstelligt werden kann. Schnell zeigte sich, dass die Rede vom ‚Herstellen von Gerechtigkeit‘ mehr ein rhetorisches Mittel zur Untermauerung politischen Handelns (im Sinne Hitzlers) war und ist und entsprechend auch diese Rolle im Alltag von Politikern einnimmt. Der erste Teil der Empirie hat insofern deutlich gemacht, wie der Alltag eines solchen Abgeordnetenbüros mit je eigenen Habitualisierungen, Typisierungen und dergleichen funktioniert und dass vermeintlich ‚große Sinnangebote‘ wie Gerechtigkeit hierbei nur sehr selten von Bedeutung sind – und wenn, dann als rhetorische Untermauerung des bereits Initiierten im Sinne einer Unterfütterung mit Sinn. Der zweite Teil schloss sich an diese letzte Erkenntnis an und versuchte zu zeigen, in welchen Situationen derlei Sinnangebote *dennoch* wichtig sind, weil mit ihnen umgegangen wird, umgegangen werden *muss*. Dabei versuchte ich, anhand mehrerer Beispiele – teils auch des eigenen Erlebens – zu zeigen, inwiefern Gerechtigkeit als Sinnangebot in bestimmten Krisensituationen zu einem zentralen Element subjektiver Sinnkonstitution wird. Mir war dies deshalb wichtig, weil die wissenschaftlichen Diskussionen rund um Gerechtigkeit jenen Aspekt außen vor lassen und Gerechtigkeit stets verkommt zu einer Zustandsbeschreibung moderner Gesellschaften, in der bestimmte Werte sowie eine möglichst gleiche Güterverteilung erfüllt sein müssen; dass aber Gerechtigkeit vielmehr ein Mittel für Menschen ist, jene moderne Gesellschaft *überhaupt zu verstehen* oder genauer, *irgendwie mit ihr umzugehen*, wird in der Debatte kaum angesprochen. Es ging mir als Soziologe vor allem darum, diesen Aspekt deutlich zu machen, denn ohne denselben fehlt einerseits ein Verständnis dafür, warum Politiker oftmals so handeln wie sie handeln, und

andererseits bleiben die Antworten auf die Frage danach, warum gerade in der aktuellen politischen Landschaft derart viele Grundsatzdebatten herrschen inklusive Parteien, die sich mit ebenso grundlegenden Haltungen hierzu zu etablieren versuchen, unvollständig. Mit anderen Worten: Diese ethnographische Analyse der typischerweise zu rekonstruierenden Alltagshandlungen im Kontext eines Politikerbüros wie auch die – ansatzweise – Analyse der Lebenswelt eines Politikers *selbst* ist nicht nur ein (an sich schon wichtiger) Beitrag zu einem Verständnis vor allem politischen Handelns in der modernen Gesellschaft, vielmehr soll sie auch den Fokus auf die Rolle grundlegender Wertvorstellungen in unserer heutigen Zeit legen – und deutlich machen, wie wichtig Sinnstiftung in der modernen Gesellschaft gerade im Bereich der Politik ist.

Nun sollte man sich als nüchtern betrachtender Wissenschaftler davor hüten, die eigene Zeit, in der man lebt, als eine besondere oder gar noch nie da gewesene zu titulieren. Dennoch – und das sage ich nun auch als Mensch – waren die letzten rund drei Jahre, die ich als Ethnograph, Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten sowie Teilzeitpolitiker verbracht habe, sehr wohl besonders. Vor allem die Entwicklungen im Zusammenhang mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ riefen zahlreiche normative Grundsatzdebatten vom ‚großen Ganzen‘ der angeblich inkompatiblen Kulturen von ‚West‘ und ‚Ost‘ bis hin zu kleinteiligen Diskussionen um vermeintlich religiös aufgeladene Kleidungsstücke hervor, die die Möglichkeit für allerlei Politiker bot, sich ins grelle Licht medialer Aufmerksamkeit zu drängen. Auffällig war in der Zeit tatsächlich, wie grundsätzlich einige Akteure argumentierten – und wie überrascht und teils überrumpelt wiederum viele auf der anderen Seite des ‚vernünftigen‘ politischen Spektrums ebenso wie einige Medien davon waren. Ich glaube, der Grund dafür findet sich darin, dass noch immer sehr viele davon überzeugt sind, dass sich die Geschichte des (politischen) Miteinanders teleologisch (man könnte auch sagen fortschrittlich) entwickelt und die Parteien daran entscheidend mitwirken. Nicht erst seit Francis Fukuyamas *Ende der Geschichte* scheint dieser Glaube empirisch widerlegt – und dennoch hat er sich hartnäckig ins alltägliche Bewusstsein von uns allen gefressen. Anders ist die Bestürzung über die teilweise Unmenschlichkeit, den offenen Rassismus und die gnadenlose Ablehnung alles vermeintlich ‚Fremden‘, die einem sowohl auf

Bundesebene als auch als Kommunalpolitiker in direkter wie indirekter Konversation entgegenkommt, kaum zu erklären – inklusive der teilweise Unfähigkeit und Ratlosigkeit vieler, damit umzugehen. In den letzten Tagen der Fertigstellung dieses Textes hat es derweil ein Populist, Demagoge, Sexist und Rassist geschafft, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zu werden. Es scheint der traurige Höhepunkt einer ‚anstrengenden Zeit‘ zu sein, an deren Ende vielleicht die Erkenntnis stehen kann – und mit dieser Arbeit möchte ich dazu einen kleinen Beitrag leisten – , dass eben nichts von Dauer ist und alle erkämpften politischen Erfolge auch verteidigt werden müssen – bis hin zum gerade in Deutschland wohl größten Erfolg, einer funktionierenden Demokratie. Nichts davon ist selbstverständlich, und das lässt sich zumindest auch damit erklären, dass sich offenbar sehr viele Menschen ihrer lebensweltlichen Auffassung zufolge in ähnlichen Krisensituationen wiederfinden, wie ich sie oben beschrieben habe. Das ist auch der Grund, warum sie dann auf entsprechend einfache, aber gerade deshalb eben grundlegende und teils radikale Lösungsvorschläge populistischer und ressentimentgeladener Parteien und Akteure anspringen. Es gilt, die Bedeutung solcher grundlegender Sinnangebote und Fundamentalismen – egal, ob sie völkisch, religiös oder sonst wie ‚begründet‘ sind – zu verstehen, in die aktuellen politischen Debatten einzubeziehen und offen zu diskutieren. Nur dann, so glaube ich, kann ein Verständnis dessen, was mit uns passiert, auch dazu führen, sich gegen dieses Geschehnde zur Wehr zu setzen – und jenseits aller soziologischen Werturteilsfreiheit muss man das tun, um nicht die vermeintlich gegebenen Umstände, in welchen wir eigentlich gar nicht so schlecht leben, plötzlich als verloren zu beklagen.

Literatur

- Abraham, Martin (2007): Wann werden Löhne als gerecht eingeschätzt? Eine tauschtheoretische Betrachtung der Lohngerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. In: ZAF 1/2007, 9-22.
- Althoff, Klaus (2013): Psychologie in der Verwaltung, Hamburg: Maximilian Verlag.
- Anderson, Elizabeth S. (2000): Warum eigentlich Gleichheit? In: Krebs, Angelika (Hrsg.): Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 117-171.
- Arneson, Richard J. (2000): Luck Egalitarianism and Prioritarianism. In: Ethics, Vol. 110, No.2, 339-349.
- Bachmann, Götz (2002): Teilnehmende Beobachtung. In: Kühl, Stefan/Strodtholz, Petra (Hrsg.): Methoden der Organisationsforschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 323-357.
- Berger, Peter L./ Luckmann, Thomas ([1969] 2010): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Berger, Peter L./Berger, Brigitte/Kellner, Hansfried (1975): Das Unbehagen in der Modernität. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Berger, Peter L./Pullberg, Stanley (1966): Reification and the sociological critique of consciousness. In: New Left Review I/35, Jan-Febr.
- Breidenstein, Georg/ Hirschauer, Stefan/ Kalthoff, Herbert/ Nieswand, Boris (Hrsg.) (2013): Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung. Konstanz/München: UVK.
- Cohen, Gerald A. (1990): Equality of What? On Welfare, Goods and Capabilities. In: Recherches Économiques de Louvain/ Louvain Economic Review Vol. 56, No. 3/4, 357-382.
- Borg, Ingwer/Mohler, Peter (1993): Zur Indexbildung in der Facettentheorie. In: ZUMA Nachrichten 17 (1993), 10-24.

- Dellwing, Michael/Prus, Robert (2012): Einführung in die interaktionistische Ethnografie. Soziologie im Außendienst. Wiesbaden: Springer VS.
- Dewey, John ([1929] 2001): Die Suche nach Gewißheit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt a.M: Suhrkamp.
- Dreher, Jochen (2012): Zur lebensweltlichen Konstitution sozialer Ungleichheiten und symbolischer Machthierarchien. In: Dreher, Jochen (Hrsg.): Angewandte Phänomenologie: Zum Spannungsverhältnis von Konstruktion und Konstitution, Wiesbaden: Springer VS, 125-145.
- Dunkel, Wolfgang/Voß, Günter (Hrsg.) (2004): Dienstleistung als Interaktion: Beiträge aus einem Forschungsprojekt Altenpflege – Deutsche Bahn – Call Center. Augsburg: R. Hampp.
- Dworkin, Ronald (2012): Gerechtigkeit für Igel. Berlin: Suhrkamp.
- Eberle, Thomas S. (1984): Sinnkonstitution in Alltag und Wissenschaft: der Beitrag der Phänomenologie an die Methodologie der Sozialwissenschaften. Veröffentlichungen der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Schriftenreihe Kulturwissenschaft Bd. 5, Paul Haupt Berne, Bern/Stuttgart: Haupt.
- Edelman, Murray (1976): Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Eisewicht, Paul/ Emling, David/ Grenz, Tilo (2014): Auf feindlichem Terrain. Gewissheiten und Irritationen infolge existenzieller Eingebundenheiten. In: Hitzler, Ronald/Gothe, Miriam (Hrsg.): Ethnographische Erkundungen. Methodische Aspekte aktueller Forschungsprojekte, Wiesbaden: Springer VS, 231-255.
- Eisewicht, Paul/Grenz, Tilo (2010): Frei und auf den Beinen und gefangen will ich sein: Über die 'Indies'. Archiv der Jugendkulturen: Berlin.
- Emling, Sebastian (2013): Von „In God we trust“ zu „Yes we can“. Wandel und

- Neukonzeption des Untersuchungsfeldes Religion und Politik in den USA am Beispiel des Wahlkampfes Barack Obamas. Berlin: Lit Verlag.
- Emling, David/Grenz, Tilo (2017): Wider Emergenz und Zwang: Zur Kombinatorik in der Theoriearbeit. In: Burzan, Nicole/Hitzler, Ronald (Hrsg.): Theoretische Einsichten. Im Kontext empirischer Arbeit. Wiesbaden: Springer VS, 31-47.
 - Flick, Uwe/ Kardorff, Ernst von/ Steinke, Ines (Hrsg.) (2012a): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
 - Flick, Uwe (2012b): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
 - Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? Reinbek bei Hamburg: Kindler Verlag.
 - Gerhards, Jürgen (2001): Der Aufstand des Publikums. Eine systemtheoretische Interpretation des Kulturwandels in Deutschland zwischen 1960 und 1989. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 30, Heft 3, Juni 2001, 163-184.
 - Goffman, Erving ([1959] 2011): Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag. München: Piper.
 - Gosepath, Stefan (2004): Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines liberalen Egalitarismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
 - Grenz, Tilo/Eisewicht, Paul (2012): Taking the leap of faith. Gemeinsamkeit, Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit im Spiegel der Technik. In: Eisewicht, Paul/Grenz, Tilo/Pfadenhauer, Michaela (Hrsg.) (2012): Techniken der Zugehörigkeit. Karlsruhe: KIT Scientific Publishing, 239-259.
 - Guttman, Ruth/Greenbaum, Charles W. (1998): Facet Theory: its development and current status. In: European Psychologist, Vol. 3, No. 1, März 1998, 13-36.
 - Hammersley, Martyn/ Atkinson, Paul (1995): Ethnography. Principles in Practice. London/New York: Routledge Verlag.
 - Hirschauer, Stefan/ Amann, Klaus (1997): Die Befremdung der eigenen

- Kultur. Zur ethnographischen Herausforderung soziologischer Empirie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hegner, Victoria (2013): Vom Feld verführt: methodische Gratwanderungen in der Ethnografie. In: Forum Qualitative Sozialforschung 14(3). <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1957/3596> (Zugriff: 01.09.2016).
 - Hettlage, Robert (2007): Risikogesellschaft im Kleinformat. Goffmans Interaktionsordnung als Dialektik von Risiko und Absicherung. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Jg. 32 (2007), H. 2, 9-31.
 - Hitzler, Ronald (2012): Die rituelle Konstruktion der Person. Aspekte des Erlebens eines Menschen im sogenannten Wachkoma, FQS Vol. 13, No. 3, Art. 12.
 - Hitzler, Ronald (2010): Repräsentant des Gemeinwesens. Zum Aspekt der Sinnstiftung im professionellen Handeln des Politikers. In: Ebertz, Michael N./Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Sinnstiftung als Beruf, Wiesbaden: VS Verlag.
 - Hitzler, Ronald (2010): Der Goffmensch. Überlegungen zu einer dramatologischen Anthropologie In: Honer, Anne/Meuser, Michael/Pfadenhauer, Michaela (Hrsg.): Fragile Sozialität. Inszenierungen, Sinnwelten, Existenzbastler. Wiesbaden: VS, 17-34.
 - Hitzler, Ronald (2002): Inszenierung und Repräsentation. Bemerkungen zur Politikdarstellung in der Gegenwart. In: Soeffner, Hans-Georg/Tänzler, Dirk (Hrsg.): Figurative Politik. Opladen: Leske + Budrich, 35-49.
 - Hitzler, Ronald (2001): Eine formale Bestimmung politischen Handelns. In: Bluhm/Harald, Gebhardt, Jürgen (Hrsg.): Konzepte politischen Handelns. Kreativität – Innovation – Praxen, Baden-Baden: Nomos.
 - Hitzler, Ronald (2000): Die Erkundung des Feldes und die Deutung der Daten. Annäherungen an die (lebensweltliche) Ethnographie. In: Lindner, Werner (Hrsg.): Ethnographische Methoden in der Jugendarbeit. Opladen: Leske + Budrich, 17-31.
 - Hitzler, Ronald (1999a): Modernisierung als Handlungsproblem. Individuelle

- Lebensbewältigung in einer sich wandelnden Welt. In: Rapp, Friedrich (Hrsg.): Global Village. Eine Umwelt und viele Lebensstile. Bochum: (Studium Generale Band 8), 83-105.
- Hitzler, Ronald (1999b): Welten erkunden. Soziologie als (eine Art) Ethnologie der eigenen Gesellschaft. In: Soziale Welt, 50. Jg., H. 4/1999b, 473-483.
 - Hitzler, Ronald/Reichertz, Jo/ Schröer, Norbert (Hrsg.) (1999): Hermeneutische Wissenssoziologie. Konstanz: UVK.
 - Hitzler, Ronald (1996): Die Produktion von Charisma. Zur Inszenierung von Politikern im Medienzeitalter. In: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.): Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft. Zürich: Seismo, 265-288.
 - Hitzler, Ronald (1993): (Vorläufiges) Ende einer Medienkarriere. Zur Zwangsläufigkeit des Rücktritts von Bundeswirtschaftsminister Möllemann. In: Zeitschrift für Politische Psychologie (ZfPP), 1. Jg., H. 1/1993, 65-71.
 - Hitzler, Ronald (1991a): Goffmans Perspektive. Notizen zum dramatologischen Ansatz. In: Sozialwissenschaftliche Informationen (SOWI), 20. Jg., H. 4/1991, 276-281.
 - Hitzler, Ronald (1991b): Dummheit als Methode: Eine dramatologische Textinterpretation. In: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen: Westdt. Verl., 295-318.
 - Hitzler, Ronald (1989): Skandal ist Ansichtssache. Zur Inszenierungslogik ritueller Spektakel in der Politik. In: Ebbighausen, Rolf/Neckel, Sighard (Hrsg.): Anatomie des politischen Skandals. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 334-354.
 - Hitzler, Ronald (1988): Sinnwelten. Ein Beitrag zum Verstehen von Kultur. Opladen: Westdeutscher Verlag.
 - Hoerster, Norbert (2013): Was ist eine gerechte Gesellschaft? Eine philosophische Grundlegung. München: C.H. Beck.
 - Honer, Anne (1989): Einige Probleme lebensweltlicher Ethnographie. Zur Methodologie und Methodik einer interpretativen Sozialforschung. In:

Zeitschrift für Soziologie (ZfS), 18. Jg., 4, 297-312.

- Honer, Anne (1993): Lebensweltliche Ethnographie. Ein explorativ-interpretativer Forschungsansatz am Beispiel von Heimwerker-Wissen. Wiesbaden: DUV.
- Honer, Anne (2011): Kleine Leiblichkeiten. Erkundungen in Lebenswelten. Wiesbaden: VS Verlag.
- Honneth, Axel/Frazer, Nancy (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hughes, John/King, Val/Rodden, Tom/Andersen, Hans (1994): Moving out of the Control Room: Ethnography in System Design. In: Futura/Richard/Neuwirth, Charles (Hrsg.): Transcending Boundaries. Proceeding of the Conference on Computer Supported Cooperative Work. Chapel Hill, CPSR, 429-439.
- Kaesler, Dirk (Hrsg.) (2007): Klassiker der Soziologie 2. Von Talcott Parsons bis Anthony Giddens. München: C.H. Beck.
- Kaesler, Dirk (Hrsg.) (2006): Klassiker der Soziologie 1. Von Auguste Comte bis Alfred Schütz. München: C.H. Beck.
- Kaluza, Martin (2008): Der Kitt der Gemeinschaft. Über die Funktion von Gerechtigkeit. Paderborn: Mentis.
- Kelle, Udo (2005): "Emergence" vs. "Forcing" of Empirical Data? A Crucial Problem of "Grounded Theory" Reconsidered [52 paragraphs]. In: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 6(2), Art. 27, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0502275>. (Zugriff 01.09.2016)
- Keller, Reiner/Knoblauch, Hubert/Reichert, Jo (2012): Kommunikativer Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz. Wiesbaden: Springer VS.
- Kelsen, Hans ([1953] 2000): Was ist Gerechtigkeit? Stuttgart: reclam.
- Kevenhörster, Paul/Schönbohm, Wulf (1973): Zur Arbeits- und Zeitökonomie von Bundestagsabgeordneten In: ZParl. 4. Jg. (1973), H.1, 18-37.
- Kevenhörster, Paul (1984): Politik im elektronischen Zeitalter. Politische

Wirkungen der Informationstechnik. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

- Kieserling, André (2004): Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung. Beiträge zu einer Soziologie soziologischen Wissens. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Knoblauch, Hubert (1995): Kommunikationskultur. Die kommunikative Konstruktion kultureller Kontexte. Berlin: Walter de Gruyter.
- Knorr Cetina, Karin (1988): Das naturwissenschaftliche Labor als Ort der ‚Verdichtung‘ von Gesellschaft. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 17, Heft 2, April 1988, 85-101.
- Liebig, Stefan (2010): ‚Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.‘ Oder: Einkommensgleichheit als Lösung aller gesellschaftlicher Probleme? GWP Gesellschaft - Wirtschaft - Politik 59(3), 407–413.
- Luckmann, Thomas (1991): Die unsichtbare Religion. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luckmann, Thomas (1980): Über die Grenzen der Sozialwelt. In: Luckmann, Thomas: Lebenswelt und Gesellschaft. Paderborn: Schöningh, 56-92.
- Luhmann, Niklas (2009): Einführung in die Systemtheorie. Heidelberg: Carl Auer Verlag.
- Malinowski, Bronislaw (1922): Argonauts of the Western Pacific: An Account of Native Enterprise and Adventure in the Archipelagoes of Melanesian New Guinea. Routledge: London.
- Mayntz, Renate/Neidhardt, Friedhelm (1989): Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten – eine empirisch explorative Studie. Westdeutscher Verlag, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/89, 370-387.
- Mead, George Herbert (1987a): Gesammelte Aufsätze. Band 1, hrsg. von Hans Joas, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mead, George Herbert (1987b): Gesammelte Aufsätze. Band 2, hrsg. von

- Hans Joas, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Meyer, Thomas (1992): Die Inszenierung des Scheins. Essay-Montage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
 - Mohler, Peter (1978): Abitur 1917-1971. Reflektionen des Verhältnisses zwischen Individuum und kollektiver Macht in Abituraufsätzen. Frankfurt a.M.: Verlag Peter Lang.
 - Müller, Hans-Peter/Wegener, Bernd (1995): Die Soziologie vor der Gerechtigkeit. Konturen einer soziologischen Gerechtigkeitsforschung. In: Müller, Hans-Peter/Wegener, Bernd (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit, Opladen: Leske + Budrich, 7-53.
 - Müller, Paul J. (Hrsg.) (1977): Die Analyse prozeß-produzierter Daten. Stuttgart: Klett-Cotta.
 - Olk, Thomas (1986): Abschied vom Experten: Sozialarbeit auf dem Weg zu einer alternativen Professionalität. Weinheim: Juventa.
 - Pfadenhauer, Michaela (2009): Das Experteninterview: ein Gespräch auf gleicher Augenhöhe. In: Buber, Renate/Holzmüller, Hartmut (Hrsg.): Qualitative Marktforschung: Konzepte – Methoden – Analysen. Wiesbaden: Gabler, 449-461.
 - Pfadenhauer, Michaela (2006): Crisis or Decline? Problems of legitimation and loss of confidence of modern professionalism. In: Current Sociology, Vol 54, 4/2006, 565-578.
 - Pfadenhauer, Michaela (2003): Professionalität. Eine wissenssoziologische Rekonstruktion institutionalisierter Kompetenzdarstellungskompetenz. Opladen: Leske & Budrich.
 - Reichertz, Jo (2005): Prämissen einer hermeneutisch wissenssoziologischen Polizeiforschung. In: Historical Research 30 (1), 227-256.
 - Rorty, Richard (1987): Der Spiegel der Natur. Eine Kritik der Philosophie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
 - Sarcinelli, Ulrich/Tescher, Jens (2008): Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation. Köln: Herbert von

Halem Verlag.

- Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (1979): Strukturen der Lebenswelt. Band 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schütz, Alfred ([1932] 1974): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Simmel, Georg (1890): Über soziale Differenzierung. Soziologische und psychologische Untersuchungen. Leipzig: Duncker & Humboldt. http://socio.ch/sim/differenzierung/dif_5.htm, (Zugriff: 01.09.2016).
- Simmel, Georg ([1904] 1989): Gesammelte Schriften zur Religionssoziologie. Herausgegeben und mit einer Einleitung von Horst Jürgen Helle, in Zusammenarbeit mit Andreas Hirsland und Hans-Christoph Kürn. Berlin: Duncker & Humboldt.
- Soeffner, Hans-Georg (2016): Vergesst Eure Leitkultur! <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/hans-georg-soeffner-vergesst-eure-leitkultur-14007001.html>, (Zugriff 27.10.2016).
- Stichweh, Rudolf (1988): Inklusion in Funktionssysteme der modernen Gesellschaft. In: Mayntz, Renate/Rosewitz, Bernd/Schimank, Uwe/Stichweh, Rudolf (Hrsg.): Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme. Frankfurt a.M.: Campus, 261-294.
- Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (1998): Basics of Qualitative Research: Grounded Theory Procedures and Techniques. Thousand Oaks u.a.: Sage.
- Strübing, Jörg (2014): Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils. Wiesbaden: Springer VS.
- Thierse, Wolfgang (2012): Teilhabegerechtigkeit für eine starke Bürgergesellschaft. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte: Umkämpfte Gerechtigkeit. Bonn: J.H.W. Dietz.
- Wassermann, Rudolf (1989): Die Zuschauerdemokratie. München: Piper Verlag.
- Weber, Max ([1921/1922] 1956): Wirtschaft und Gesellschaft. Erster Halbband. Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch.

- Weber, Max ([1919] 1988): Politik als Beruf. In: Gesammelte Politische Schriften, Tübingen: J.C.B. Mohr.

Erklärungen

Hiermit versichere ich **schriftlich** und **eidesstattlich** gemäß § 11 Abs. 2 PromO v. 08.02.2011/08.05.2013:

1. Die von mir vorgelegte Dissertation ist selbstständig verfasst und alle in Anspruch genommenen Quellen und Hilfen sind in der Dissertation vermerkt worden.
2. Die von mir eingereichte Dissertation ist weder in der gegenwärtigen noch in einer anderen Fassung an der Technischen Universität Dortmund oder an einer anderen Hochschule im Zusammenhang mit einer staatlichen Prüfung vorgelegt worden.

Bellheim, 07.03.2017

Unterschrift

3. Weiterhin erkläre ich **schriftlich** und **eidesstattlich**, dass mir der „Ratgeber zur Verhinderung von Plagiaten“ und die „Regeln guter wissenschaftlicher Praxis der Technischen Universität Dortmund“ bekannt und von mir in der vorgelegten Dissertation befolgt worden sind.

Bellheim, 07.03.2017

Unterschrift